

Beteiligungsbericht 2013



Finanzverwaltung

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort der Oberbürgermeisterin	III
Wesentliche Änderungen im Jahr 2013 bei den städtischen Unternehmen und Beteiligungen	V
1. Organigramm der städtischen Unternehmen und Beteiligungen	VII
2. Kennziffern der städtischen Unternehmen und Beteiligungen	IX
3. Übersicht der Abschlussprüfer	XIII
4. Allgemeine Ausführungen	XV
5. Glossar	XVIII
6. Die Unternehmen	1
6.1. Dienstleistungen	1
✓ Stadtwirtschaft Eisenach GmbH (SWE)	2
6.2. Ver- und Entsorgung	9
✓ Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB)	10
✓ EVB Netze GmbH (ENG)	20
✓ Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis – Stadt Eisenach (AZV)	27
✓ Trink- und AbwasserVerband Eisenach – Erbstromtal (TAV)	35
✓ Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)	38
✓ Zweckverband Tierkörperbeseitigung Thüringen	41
6.3. Wohnungsbau und –verwaltung	43
✓ Städtische Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH (SWG)	44
6.4. Arbeits-, Wirtschafts- und Tourismusförderung	55
✓ Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Wartburg-Werraland mbH (ABS)	56
✓ Gründer- und Innovationszentrum Stadtfeld GmbH (GIS)	64
✓ Eisenach - Wartburgregion Touristik GmbH (EWT)	72
6.5. Verkehr	83
✓ Flugplatzgesellschaft Eisenach – Kindel mbH (FPG)	84
✓ Kommunale Personennahverkehrsgesellschaft Eisenach mbH (KVG)	92
✓ Verkehrsgesellschaft Wartburgkreis mbH (VGW)	100
6.6. Gesundheit, Soziales und Kultur.....	107
✓ Sportbad Eisenach GmbH (SEG)	108
✓ Landestheater Eisenach GmbH i. L. (LTE)	117
✓ Gesellschaft zur Förderung des Gesundheits- und Sozialwesens in der Wartburgregion mbH (GFG)	121
✓ St. Georg Klinikum Eisenach gGmbH (GKE)	128
Abkürzungsverzeichnis	137
Impressum	141

VORWORT



Die Stadt Eisenach legt mit dem Beteiligungsbericht 2013 den dreizehnten Bericht über die städtischen Beteiligungen vor. Der aktuelle Beteiligungsbericht baut auf den Berichten der Vorjahre auf und versteht sich als dessen Fortschreibung.

Die städtischen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften sowie Zweckverbände erfüllen wichtige Aufgaben sowohl in der Daseinsvorsorge als auch im kulturellen und sozialen Bereich für alle Bürgerinnen und Bürger.

Dabei ist das Leistungsspektrum breitgefächert und erstreckt sich auf die Energie- und Trinkwasserversorgung, die Abfall- und Abwasserentsorgung, Krankenhausleistungen, den öffentlichen Personennahverkehr, die Freizeitanlagen, die Wohnraumbereitstellung sowie die Wirtschafts-, Tourismus- und Beschäftigungsförderung.

In den Eigen- und Beteiligungsgesellschaften waren im Jahr 2013 rd. 1.150 Mitarbeiter (Vj.: 1.100) beschäftigt. Die Mitarbeiter erwirtschafteten Umsatzerlöse in einer Gesamthöhe von rd. 140 Mio. EUR (Vj.: 130,9 Mio. EUR). Zugleich leisteten diese Unternehmen im Berichtsjahr Investitionen in einem Umfang von ca. 21,7 Mio. EUR (Vj.: 8,7 Mio. EUR). Schwerpunkte in 2013 waren dabei die Weiterführung des Klinikneubaus durch die St. Georg Klinikum Eisenach gGmbH (ca. 8,1 Mio. EUR), der Beteiligungserwerb sowie die Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Städtischen Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH (ca. 3,8 Mio. EUR) sowie die Netzübernahmen im Rahmen der Konzessionserwerbs der Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (ca. 9,1 Mio. EUR).

Mit dem vorliegenden Bericht wird sowohl dem Stadtrat als auch den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Eisenach ein umfassendes und transparentes Bild über die wirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt Eisenach gegeben. Dabei geht der Bericht über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus.

Neben allgemeinen Informationen zur öffentlichen Zwecksetzung des Unternehmens, zu den Gesellschaftern und Beteiligungsverhältnissen und der Besetzung der Unternehmensorgane werden die Grundzüge des allgemeinen Geschäftsverlaufs sowie die Entwicklung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage dargestellt. Weiterhin werden die finanziellen Beziehungen zum Haushalt der Stadt dargestellt.

Der Beteiligungsbericht wurde auf der Grundlage der Geschäfts- und Prüfberichte 2013 der Beteiligungsunternehmen sowie entsprechender Auskünfte der Unternehmen erstellt. Die Geschäfts- und Prüfberichte wurden ausgewertet und komprimiert und sollen auf möglichst geringem Raum eine standardisierte Übersicht über die Eigen- und Beteiligungsgesellschaften der Stadt geben.

Allen Unternehmen und insbesondere ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich an dieser Stelle für ihre engagierte Arbeit danken.

Eisenach, im Dezember 2014

gez. Katja Wolf
Oberbürgermeisterin

WESENTLICHE ÄNDERUNGEN IM JAHR 2013 BEI DEN STÄDTISCHEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Im Jahr 2013 traten bei den städtischen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften folgende wesentlichen Änderungen ein.

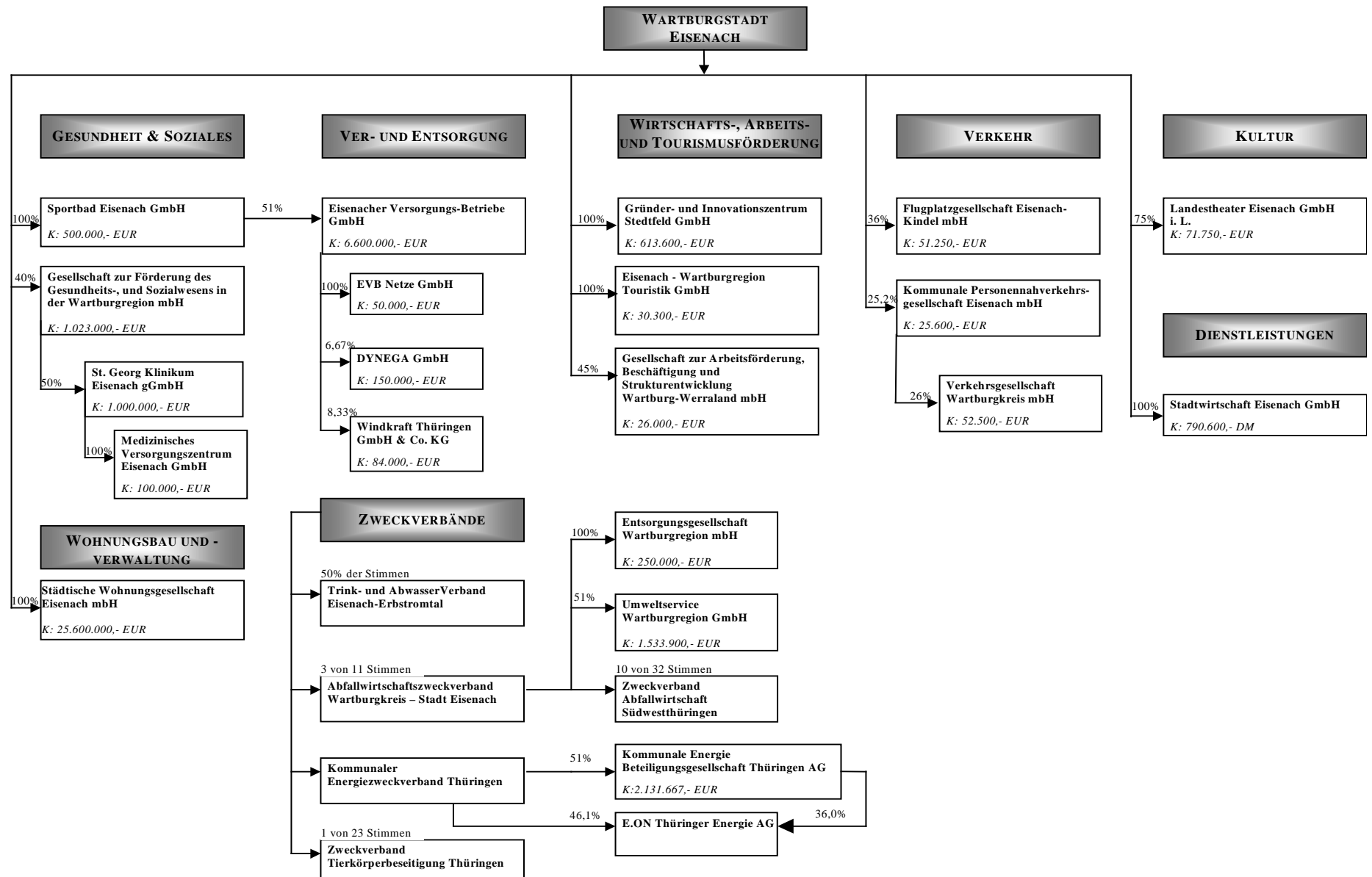
Mit dem Beschluss Nr. StR/0820/2013 vom 25.09.2013 hat der Stadtrat der Stadt Eisenach der Übertragung von 94 % der Anteile an der Gründer- und Innovationszentrum Stedtfeld GmbH (GIS) auf die Städtische Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH (SWG) zu einem Kaufpreis von 2.068.658,00 EUR zugestimmt. Mit Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 06.12.2013 wurde der Stadtratsbeschluss rechtsaufsichtlich genehmigt. Die Übertragung der Anteile erfolgte mit Wirkung zum 01.01.2014, die Kaufpreisabwicklung erfolgte Ende Dezember 2013.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach hat in seiner Sitzung am 05.06.2013 mit Beschluss Nr. StR/0753/2013 zugestimmt, dass sich die Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB) mit einem Anteil von 8,33 % bzw. 7.000 EUR am Stammkapital der Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG (WKT) beteiligt. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung der Beteiligung wurde mit Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 12.09.2013 erteilt. Die WKT wurde im September 2012 gegründet und ist ein Zusammenschluss von Thüringer Stadtwerken und der E.ON Thüringer Energie AG mit dem Ziel, Windkraftanlagen in Thüringen zu errichten und zu betreiben. Ein erstes Projekt der WKT in Sondershausen, Ortsteil Immenrode, wird derzeit realisiert. Die EVB wie auch alle anderen Gesellschafter haben hierfür in 2013 eine Kapitaleinlage von rd. 80 TEUR geleistet.

Darüber hinaus hat sich die St. Georg Klinikum Eisenach gGmbH (GKE) mit Wirkung vom 10.07.2013 mit einem Anteil von 43,86 % bzw. 250.000,00 EUR am Stammkapital der Diakonisches Bildungsinstitut Johannes Falk gGmbH Eisenach (DBI) beteiligt.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach hat am 28.11.2012 die Mitgliedschaft im Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) beschlossen. In diesem Zusammenhang wurden die von der Stadt Eisenach im Betrieb gewerblicher Art (BgA) Parkraumbewirtschaftung und Parkhaus gehaltenen 20.000 KEBT-Aktien auf den KET übertragen. Der Aktienübertragungsvertrag wurde am 21.08./12.09.2013 unterzeichnet. In der Verbandsversammlung der KET am 11.10.2013 wurde die Aufnahme der Stadt Eisenach in den KET beschlossen. Allerdings stand bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes die Genehmigung und Veröffentlichung im Staatsanzeiger durch das Thüringer Landesverwaltungsamt noch aus, so dass die Mitgliedschaft der Stadt Eisenach rechtlich noch nicht wirksam wurde.

1. ORGANIGRAMM DER STÄDTISCHEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN



2. KENNZAHLEN ZUM JAHRESABSCHLUSS FÜR DAS JAHR 2013

Unternehmen	Anteil der Stadt Eisenach in %	Stammkapital in € (* in DM)	Umsatz in T€	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-) in T€	Beschäftigte	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Anlagevermögen zur Bilanzsumme	Umlaufvermögen in T€	Umlaufvermögen zur Bilanzsumme	Eigenkapital in T€	Eigenkapital zur Bilanzsumme	Verbindlichkeiten in T€	Verbindlichkeiten zur Bilanzsumme	Investitionen in T€	Zuschüsse (+) / Kapital- entnahmen (-) in T€
Dienstleistungen																
SWE	100	790.600*	969	29	9	3.479	2.803	81%	666	19%	1.967	57%	1.487	43%	88	-33
Ver- und Entsorgung																
EVB (über SEG)	51	6.600.000	41.521	0	66	43.764	26.349	60%	17.399	40%	12.942	30%	17.493	40%	9.056	0
ENG (über EVB)	100	50.000	13.539	0	8	4.026	0	0%	4.026	100%	411	10%	2.539	63%	0	0
Wohnungsbau und -verwaltung																
SWG	100	25.600.000	18.376	653	33,05	140.013	124.277	89%	15.619	11%	67.558	48%	69.757	50%	3.761	0
Arbeits-, Wirtschafts- und Tourismusförderung																
ABS	45	25.000	2.120	-79	241	1.157	15	1%	1.122	97%	758	66%	263	23%	5	0
GIS	100	613.600	793	137	6	7.337	7.223	98%	106	1%	947	13%	2.690	37%	14	79,3
EWT	100	30.300	359	-277	8	217	20	9%	191	88%	152	70%	54	25%	3	290
Verkehr																
FPG	36	51.250	549	-66	6	860	672	78%	180	21%	209	24%	580	67%	6	8
KVG	25,2	25.600	7.192	187	127	5.286	4.308	81%	972	18%	3.403	64%	1.529	29%	575	250
VGW (über KVG)	26	52.500	4.574	1	5	1.831	25	1%	1.806	99%	898	49%	719	39%	0	0
Gesundheit, Soziales und Kultur																
SEG	100	500.000	836	885	1	17.902	11.672	65%	6.223	35%	14.764	82%	212	1%	151	0
LTE i.L.	75	71.750	0	0	0	513	0	0%	513	100%	72	14%	9	2%	0	32
GFG	40	1.023.000	63	-7	1	23.035	12.297	53%	10.739	47%	23.003	100%	22	0%	0	0
GKE (über GFG)	50	1.000.000	62.270	2.691	646,4	109.399	80.944	74%	18.851	17%	26.970	25%	16.474	15%	8.080	0
Summe			139.622	4.154	1.157	358.819	270.605		78.413		154.054		113.828		21.739	626

KENNZAHLEN ZUM JAHRESABSCHLUSS FÜR DAS JAHR 2012

Unternehmen	Anteil der Stadt Eisenach in %	Stammkapital in € (* in DM)	Umsatz in T€	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-) in T€	Beschäftigte	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Anlagevermögen zur Bilanzsumme	Umlaufvermögen in T€	Umlaufvermögen zur Bilanzsumme	Eigenkapital in T€	Eigenkapital zur Bilanzsumme	Verbindlichkeiten in T€	Verbindlichkeiten zur Bilanzsumme	Investitionen in T€	Zuschüsse (+) / Kapitalentnahmen (-) in T€
Dienstleistungen																
SWE	100	790.600*	1.032	49	8	3.670	2.861	78%	796	22%	1.977	54%	1.622	44%	81	0
Ver- und Entsorgung																
EVB (über SEG)	51	6.600.000	38.034	0	63	37.861	19.620	52%	18.210	48%	12.942	34%	10.947	29%	841	0
ENG (über EVB)	100	50.000	13.276	0	7	4.620	0	0%	4.620	100%	411	9%	3.080	67%	0	0
Wohnungsbau und -verwaltung																
SWG	100	25.600.000	18.619	3.579	33,65	144.947	126.981	88%	17.896	12%	66.883	46%	74.569	51%	856	0
Arbeits-, Wirtschafts- und Tourismusförderung																
ABS	45	25.000	2.137	-88	216	1.213	26	2%	1.178	97%	837	69%	255	21%	2	0
GIS	100	613.600	811	134	6	7.570	7.431	98%	138	2%	810	11%	2.937	39%	3	79,3
EWT	100	30.300	359	-289	8	218	30	14%	187	86%	139	64%	69	32%	27	300
Verkehr																
FPG	36	51.250	539	-5	6	877	719	82%	153	17%	253	29%	552	63%	41	20
KVG	25,2	25.600	7.413	0	126	5.818	4.305	74%	1.508	26%	3.216	55%	2.194	38%	915	250
VGW (über KVG)	26	52.500	4.547	1	4	1.982	35	2%	1.945	98%	897	45%	1.074	54%	0	0
Gesundheit, Soziales und Kultur																
SEG	100	500.000	739	568	1	17.795	11.941	67%	5.807	33%	13.879	78%	245	1%	32	0
LTE i.L.	75	71.750	0	0	0	573	0	0%	573	100%	72	13%	7	1%	0	
GFG	40	1.023.000	63	-131	1	23.049	12.599	55%	10.450	45%	23.010	100%	31	0%	0	0
GKE (über GFG)	50	1.000.000	56.649	2.303	612,7	103.589	79.477	77%	14.775	14%	24.280	23%	9.562	9%	5.926	0
Summe			130.942	6.121	1.092	353.782	266.025		78.236		149.606		107.144		8.724	649

3. ÜBERSICHT DER ABSCHLUSSPRÜFER

Gesellschaft	2013	2012	2011
ABS	Dr. Muth & Co. GmbH, Fulda	Dr. Muth & Co. GmbH, Fulda	BDO Deutsche Warentreuhand AG, Hamburg - NL Erfurt
EVV*	MSC Schwarzer Albus GmbH	MSC Schwarzer Albus GmbH	MSC Schwarzer Albus GmbH
ENG*	MSC Schwarzer Albus GmbH	MSC Schwarzer Albus GmbH	MSC Schwarzer Albus GmbH
EWT	BDO Deutsche Warentreuhand AG, Hamburg - NL Erfurt	BDO Deutsche Warentreuhand AG, Hamburg - NL Erfurt	BDO Deutsche Warentreuhand AG, Hamburg - NL Erfurt
FPG	Dr. Muth & Co. GmbH, Fulda	Dr. Muth & Co. GmbH, Fulda	BDO Deutsche Warentreuhand AG, Hamburg - NL Erfurt
GFG	Dr. Muth & Co. GmbH, Fulda	Dr. Muth & Co. GmbH, Fulda	Priller & Reinhard GmbH, Fulda - NL Bad Salzungen
GIS	Bavaria Treu AG, München, NL Erfurt	Bavaria Treu AG, München, NL Erfurt	Bavaria Treu AG, München, NL Erfurt
GKE*	Schüllermann & Partner AG, Dreieich	Schüllermann & Partner AG, Dreieich	Schüllermann & Partner AG, Dreieich
KVG	Priller, Reinhard & Coll. GmbH, Fulda	Priller, Reinhard & Coll. GmbH, Fulda	BDO Deutsche Warentreuhand AG, Hamburg - NL Erfurt
LTE	Priller, Reinhard & Coll. GmbH, Fulda	Priller & Reinhard GmbH, Fulda	Priller & Reinhard GmbH, Fulda
SEG	MSC Schwarzer Albus GmbH	MSC Schwarzer Albus GmbH	MSC Schwarzer Albus GmbH
SWE	Bavaria Treu AG, München, NL Erfurt	Bavaria Treu AG, München, NL Erfurt	Bavaria Treu AG, München, NL Erfurt
SWG	Wikom AG, Berlin, NL Erfurt	Wikom AG, Berlin, NL Erfurt	Wikom AG, Berlin, NL Erfurt
VGW*	Priller, Reinhard & Coll. GmbH, Fulda	Priller & Reinhard GmbH, Fulda	BDO Deutsche Warentreuhand AG, Hamburg - NL Erfurt

*: mittelbare Beteiligungen

4. ALLGEMEINE AUSFÜHRUNGEN

4.1. Grundlagen wirtschaftlicher Betätigung

Die Kommunen nehmen in vielfältiger Form als Auftraggeber und Unternehmer am Wirtschaftsleben teil. Ihnen ist verfassungsrechtlich garantiert, dass sie ihre örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung wahrnehmen können. Sie sind verpflichtet, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit für eine ordnungsgemäße Verwaltung zu sorgen und die dafür erforderlichen Einrichtungen zu schaffen. Zu diesen Aufgaben, die frei von jeglicher Weisung erfüllt werden können, gehört auch die Gründung wirtschaftlicher Unternehmen (z. B. der Ver- und Entsorgung).

Kommunal betriebene Unternehmen, die sich grundsätzlich in einer den privat betriebenen Unternehmen vergleichbaren Art am Wirtschaftsleben beteiligen, sind an enge Zulässigkeitsvoraussetzungen geknüpft. Die §§ 71 ff. der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) regeln die Zulässigkeit von Unternehmen der Kommunen.

So dürfen die Gemeinden nach § 71 Abs. 2 ThürKO Unternehmen nur gründen, übernehmen oder erweitern, wenn

1. der öffentliche Zweck das Unternehmen erfordert,
2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht,
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen anderen erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Gegebenenfalls ist ein Markterkundungsverfahren unter Einbindung der betroffenen örtlichen Betriebe in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie durchzuführen.

Grenzen sind der wirtschaftlichen Betätigung der Kommune auch dann gesetzt, wenn hierdurch eine wesentliche Schädigung oder Aufsaugung selbständiger Betriebe in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie bewirkt wird (§ 71 Abs. 3 ThürKO).

Durch § 71 Abs. 4 ThürKO wird klargestellt, dass sich Kommunen auch nicht an Bankunternehmen beteiligen dürfen. Für die Beteiligung an Sparkassen gelten spezialgesetzliche Regelungen.

4.2. Verwaltung gemeindlicher Unternehmen

Die Unternehmen und Beteiligungen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen (§ 75 Abs. 1 ThürKO).

Die Einnahmen jedes Unternehmens sollen zumindest alle Aufwendungen decken (vgl. u. a. § 75 Abs. 2 ThürKO) und neben einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals eine angemessene Rücklagenbildung ermöglichen. Insbesondere soll der kommunale Haushalt nicht belastet werden.

Zu den Einnahmen gehören auch angemessene Vergütungen für die Leistungen des Unternehmens an die Gemeinde oder an andere gemeindliche Unternehmen mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

4.3. Formen der wirtschaftlichen Betätigung

Die Auswahl der Organisationsform des kommunalen Unternehmens, also die Frage des Ob und Wie der Aufgabenerfüllung, bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung durch die Verwaltung. Die endgültige Entscheidung obliegt letzten Endes den kommunalen Mandatsträgern (Entscheidungsvorbehalt des Gemeinderates gemäß § 26 Abs. 2 Ziffer 11 ThürKO).

Hierbei ist neben der Umschreibung des Unternehmensgegenstandes von Bedeutung, ob die Aufgabenerfüllung durch eine rechtlich selbständige oder unselbständige Einrichtung wahrgenommen werden soll.

Der Eigenbetrieb

§ 73 Abs. 1 Nr. 2 ThürKO räumt dem kommunalen Eigenbetrieb den Vorrang vor anderen Organisationsformen privatrechtlicher Natur ein.

Der Eigenbetrieb hat keine eigene Rechtspersönlichkeit. Er stellt ein nach kaufmännischen Grundsätzen geführtes Sondervermögen der Kommune dar (§ 76 Abs. 1 Satz 1 ThürKO).

Im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften (z. B. Thüringer Eigenbetriebsverordnung) werden die Angelegenheiten des Eigenbetriebes durch eine Betriebssatzung geregelt.

Der Gemeinderat hat eine Werkleitung und einen Werkausschuss zu bestellen. Die Werkleitung führt die laufenden Geschäfte des Eigenbetriebes. Sie kann vom Gemeinderat zur Vertretung nach außen ermächtigt werden. Im Übrigen beschließt über die Angelegenheiten des Eigenbetriebes der Werkausschuss, soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist oder im Einzelfall die Entscheidung an sich zieht (§ 26 Abs. 3 Satz 2 ThürKO).

Die Kapitalgesellschaft

Wählt die Kommune zulässigerweise eine privatrechtliche Organisationsform, so hat sie die Vorschriften des § 73 ThürKO zu beachten.

Nach § 73 Abs. 1 Satz 1 darf die Gemeinde Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen, deren Zweckbestimmung ändern oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn:

1. die Voraussetzungen des § 71 Abs. 2 und 3 ThürKO vorliegen,
2. die Gemeinde angemessenen Einfluss im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Gremium enthält,
3. die übernommenen Verpflichtungen der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen,
4. die Gemeinde sich insbesondere nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet und
5. die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist; die Rechtsaufsichtsbehörde kann von der Haftungsbegrenzung in begründeten Fällen befreien.

Unzulässig sind grundsätzlich jene Gesellschaftsformen, die eine Haftungsbegrenzung ausschließen (z. B. Gesellschaft des bürgerlichen Rechts - GbR). Mögliche Gesellschaften sind beispielsweise die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) oder die Aktiengesellschaft (AG).

Die **GmbH** ist eine mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Schulden der Gesellschaft zu haften. Die Gesellschafter können die innere Struktur der Gesellschaft frei gestalten. Diese Regelungsfreiheit gibt den Kommunen die Möglichkeit, durch adäquate Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen als Gesellschafter einen entsprechenden Einfluss bei der Lenkung und Überwachung der Geschäftsführung und somit bei der Sicherung des öffentlichen Zweckes auszuüben. Hierbei ist anzumerken, dass kommunalrechtliche Vorschriften für GmbH's nur dann Geltung erlangen, wenn sie im Gesellschaftsvertrag explizit für anwendbar erklärt wurden. Grundsätzlich geht das Gesellschaftsrecht (als Bundesrecht) dem Kommunalrecht (als Landesrecht) vor; vgl. Artikel 31 des Grundgesetzes.

Als Organe besitzt die GmbH die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Fakultativ kann ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Die **AG** besitzt ebenso wie die GmbH eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter (Aktionäre) erwerben ihre Rechte durch die Übernahme von Anteilen des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Schulden der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen. Im Gegensatz zur freien Gestaltung der Gesellschaftsverhältnisse in der GmbH enthält das Aktiengesetz umfangreiche bindende Regelungen und Formvorschriften, so dass für ergänzende Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre untereinander wenig Raum bleibt. Als Organe besitzt die AG die Hauptversammlung, den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Der **Zweckverband** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, der der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner bestimmter, kommunaler Aufgaben dient, zu deren Erledigung die Gemeinde oder der Landkreis berechtigt bzw. verpflichtet ist. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Organe des Zweckverbandes sind der Verbandsvorsitzende und die Verbandsversammlung. Darüber hinaus kann die Verbandssatzung regeln, ob und wie ein Verbandsausschuss und weitere Ausschüsse gebildet werden. Die §§ 16 – 42 des Thüringer Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) beinhalten die allgemeinen Bestimmungen für Zweckverbände.

Die **Anstalt öffentlichen Rechts** (AöR) ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts, die mit einer öffentlichen Aufgabe betraut ist, welche ihr per Gesetz oder Satzung zugewiesen ist. Sie bündelt zur Erfüllung ihrer Aufgabe sachliche Mittel wie Gebäude oder Fahrzeuge sowie Personal in einer Organisationseinheit. Im Gegensatz zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts ist die AöR nicht mitgliederschaftlich organisiert; sie dient stattdessen einem Nutzungszweck und hat daher ‚Benutzer‘. Die Gemeinde kann selbstständige Unternehmen in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt öffentlichen Rechts gründen oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in kommunale Anstalten umwandeln (vgl. § 76 a Abs. 1 Satz 1 ThürKO). Die §§ 76 a-c der ThürKO sowie die §§ 43 – 44 des ThürKGG beinhalten die allgemeinen Bestimmungen für die Anstalten öffentlichen Rechts.

4.4. Prüfung kommunaler Unternehmen

Die Prüfung der Jahresabschlüsse erfolgt nach dem für die GmbH und AG geltendem Recht. Darüber hinaus kann nach Maßgabe des § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) auch für die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft vereinbart werden, dass sich diese unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

Die Kontrolle kommunaler Unternehmen in Privatrechtsform wird durch § 75 Abs. 4 ThürKO gewährleistet. Die Gemeinde hat dafür Sorge zu tragen, dass ihr die Rechte nach § 53 Abs. 1 HGrG eingeräumt und diese ausgeübt werden und dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 HGrG vorgesehen Befugnisse eingeräumt werden.

Nach § 85 Abs. 1 ThürKO soll der Jahresabschluss eines Eigenbetriebes spätestens innerhalb von neun Monaten nach Schluss des Wirtschaftsjahres durch einen sachverständigen Prüfer (Abschlussprüfer) geprüft sein.

Die Abschlussprüfung erstreckt sich auf die Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Jahresberichts. Dabei werden auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage, mögliche Ursachen erwirtschafteter Verluste sowie die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ausgewiesenen Fehlbetrages geprüft.

4.5. Beteiligungsverwaltung

Die Stadt Eisenach ist derzeit an 18 (Vj.: 18) Gesellschaften unmittelbar oder mittelbar beteiligt (Stand: 31.12.2013). Darüber hinaus ist die Stadt Eisenach Mitglied in vier Zweckverbänden, wobei die Mitgliedschaft im Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) bis zum 31.12.2013 noch nicht rechtswirksam war.

Auf Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement wurde mit dem Ziel einer einheitlichen Vorgehensweise bei der Steuerung und Kontrolle der kommunalen Unternehmen zum 01. März 1997 eine zentrale Beteiligungsverwaltung eingerichtet. Die Beteiligungsverwaltung ist seit dem 01. Januar 1998 der Finanzverwaltung, Abteilung Kämmerei zugeordnet, um so auch die finanziellen Verflechtungen zwischen der Stadt und ihren Unternehmen effektiver überwachen und steuern zu können.

Zu den Aufgaben der Beteiligungsverwaltung gehören im Wesentlichen die Betreuung und Überwachung der städtischen Gesellschaften bei der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher und kommunalrechtlicher Bestimmungen, die Koordination der finanzwirtschaftlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt und die Beratung der städtischen Vertreter in den Organen der Gesellschaften.

5. GLOSSAR

Abschreibungen

Betrag, der durch die Nutzung des Anlagevermögens (AV) eingetretene Wertminderung an den Vermögensgegenständen erfassen soll und somit in der GuV als Aufwand angesetzt wird.

Anlagevermögen

Umfasst alle Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, dauerhaft und längerfristig dem Geschäftsbetrieb zu dienen, z. B. Immobilien, technische Anlagen und Maschinen, Konzessionen und Beteiligungen.

Cap

Cap ist eine vertragliche Vereinbarung über eine Zinsobergrenze. Gegen Zahlung einer Prämie garantiert die Bank eine bestimmte Zinsobergrenze. Wenn der zu zahlende Referenzzinssatz über diesem Höchstsatz liegt, erhält die Kommune die Differenz als Ausgleichsleistung. Sie kann sich auf diese Weise den Vorteil niedriger variabler Zinsen sichern und sich zugleich gegen Zinssteigerungen absichern.

Cash-Flow

Finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angeben soll, der für Investitionen, Kredittilgungen und Ausschüttungen zur Verfügung steht; sie ist Indikator der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Gewinn- und Verlustrechnung

Teil des Jahresabschlusses, in dem die Aufwendungen den Erträgen gegenübergestellt werden.

Investition

Zielgerichtete, i. d. R. langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger autonomer Erträge: Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen zu unterscheiden, wobei sich die Zwecke zum Teil überlagern. Bei der Zuordnung sollte der überwiegende Charakter der Investition den Ausschlag geben.

Jahresergebnis

Begriff der handelsrechtlichen GuV und der Bilanz: Er ergibt sich als Differenzbetrag zwischen Aufwendungen und Erträgen eines Geschäftsjahres (Jahresüberschuss oder –fehlbetrag).

Wenn der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Ergebnisverwendung aufgestellt wird, werden in der GuV unterhalb des Jahresergebnisses noch zusätzliche Ausschüttungen, Entnahmen oder Rückstellungen aus offenen bzw. in offene Rücklagen und der Gewinn-/Verlustvortrag eingerechnet, um so den sogenannten Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust zu ermitteln.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie enthalten Ausgaben bzw. Einnahmen, die Aufwand bzw. Ertrag für künftige Zeiträume darstellen. Es wird zwischen aktivem RAP (auf künftige Jahre zurechenbarer Aufwand) und passivem RAP (auf künftige Jahre zurechenbare Erträge) unterschieden.

Rückstellungen

Rückstellungen dienen der periodengerechten Erfassung von ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verlusten oder dem Ausweis von noch nicht getätigten Aufwendungen, die dem Berichtsjahr oder früheren Jahren zuzuordnen sind, deren Eintreten wahrscheinlich oder sicher, deren Höhe oder Zeitpunkt des Eintritts jedoch ungewiss ist. Durch die Bildung von Rückstellungen sollen die später entstehenden Verpflichtungen zum Zeitpunkt ihres Bekanntwerdens berücksichtigt werden.

Sonderposten

In der Handelsbilanz werden hier steuerrechtlich zulässige Passivposten ausgewiesen, die noch unversteuerte Rücklagen darstellen. Im Fall der kommunalen Unternehmen sind dies auch häufig die für Investitionen erhaltenen Fördermittel bzw. Zuschüsse, wenn das entsprechende Anlagegut mit den ungekürzten Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten aktiviert wird. Der Fördermittelanteil stellt dann für das Unternehmen eine noch unversteuerte stille Reserve dar und wird daher im Sonderposten passiviert. Dieser Sonderposten wird dann über den Nutzungszeitraum des Anlagegutes parallel zur Abschreibung anteilig in Höhe der Förderquote ertragswirksam aufgelöst.

Swap

Der Swap ist eine vertragliche Vereinbarung zwischen Bank und Darlehensnehmer, für einen bestimmten Zeitraum in Bezug auf einen bestimmten Darlehensbetrag, die darauf entfallenden Zinszahlungsströme zu tauschen. Der Zinsswap erlaubt den Tausch von festem gegen variablen Zinssatz und umgekehrt. Die Vereinbarung bezieht sich nur auf den Austausch der Zinszahlungen. Der Swap ist vom Grundgeschäft unabhängig. Swaps haben sich als Alternativen zu direkten Finanzierungen an den Finanzmärkten als Quelle für kostengünstiges festverzinsliches Fremdkapital erwiesen.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, also solche, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks.

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftssteuerrechtlicher Begriff: Durch den Verlustvortrag können die im Verlustentstehungsjahr nicht anrechnungsfähigen Verluste in den folgenden Veranlagungszeiträumen als Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden.

6. DIE UNTERNEHMEN

6.1. DIENSTLEISTUNGEN



Seite

Stadtwirtschaft Eisenach GmbH.....2

Stadtwirtschaft Eisenach GmbH (SWE)

Sitz der Gesellschaft: Friedhofstraße 20
99817 Eisenach

E-Mail: info@stadtwirtschaft-eisenach.de
Internet: www.stadtwirtschaft-eisenach.de

Gründung: 20. Dezember 1990

Handelsregister: HR B 400602, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 26. Juli 1996

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr Joachim Gummert (ab 01.04.2012) - nebenamtlicher Geschäftsführer

Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich des laufenden Geschäftsführergehalts wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung:

Stadt Eisenach

vertreten durch:

- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Stadt Eisenach: 100,0 % am Stammkapital von 404.227,36 EUR (790.600,- DM)

Beteiligungen des Unternehmens

Keine.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der **Gegenstand des Unternehmens** gemäß Gesellschaftsvertrag ist:

- die Betreuung einer Stadtbeleuchtungsabteilung mit allen einschlägigen Leistungsaufgaben,
- die Durchführung aller Friedhofs-, Friedhofsverwaltungs- und Grabpflegeleistungen unter Maßgabe einer niveauvollen Kundenbetreuung,
- die Betreuung eines Bestattungsinstitutes,
- Beflaggungs- und Dekorationsleistungen,
- das Betreiben einer Verkaufsstelle zum Verkauf von Blumen, Stauden und Gehölzen,
- das Betreiben einer Kranzbinderei sowie
- die Planung und Ausführung von gärtnerischen und landschaftsgärtnerischen Maßnahmen
- Parkraumbewirtschaftung und Parkhausbetriebs der Stadt Eisenach.

Aktuell werden durch das Unternehmen die folgenden Geschäftsfelder wahrgenommen:

- Betrieb eines Bestattungsinstitutes sowie
- Besitzverwaltung CITY-Parkhaus und des Wohn- und Geschäftshauses Friedhofstraße 20.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter (VBE)	12	12	12	11	11	10	8	7	8	9

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die gegenwärtig wahrgenommenen Geschäftsfelder erfüllen einen öffentlichen Zweck.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 20.03.2014)

Die Gesellschaft ist, wie in den zurückliegenden Jahren unverändert in den Geschäftsbereichen Bestattungswesen und in der Bestandsverwaltung (Parkhaus sowie ein Wohn- und Geschäftshaus) tätig.

Das Hauptgeschäftsfeld liegt weiterhin im Bereich des Bestattungswesens. In der Branche sind mehrere örtliche Anbieter tätig, auch auswärtige Anbieter drängen auf den Markt. Die Sterbefälle allgemein haben leicht abgenommen. Das Unternehmen konnte seinen Marktanteil behaupten.

Das Geschäftsfeld „Besitzverwaltung City-Parkhaus“ war im Geschäftsjahr finanziell durch die ganzjährige Verpachtung, den ganzjährigen Betrieb der Photovoltaikanlage auf dem Dach des Parkhauses sowie geringerer Instandhaltungsaufwendungen gekennzeichnet.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der SWE erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 20.03.2014)

Risiken werden insbesondere in der Zunahme von Billigbestattungen gesehen. Eine ggf. notwendige Erhöhung der Dienstleistungspreise ist daher am Markt nur schwer durchsetzbar.

Wesentliche Risiken, die Einfluss auf die Vermögens- Finanz- und Ertragslage haben könnten, werden derzeit nicht gesehen.

Für das Geschäftsjahr erwartet die Gesellschaft, dass der Marktanteil bei moderat angepassten Dienstleistungspreisen gehalten werden kann. Eine Erhöhung der Dienstleistungspreise wäre zwar notwendig, ist aber am Markt derzeit nicht umsetzbar. Die Gesellschaft plant im Geschäftsjahr 2014 mit einem Ergebnis von rd. 33,8 TEUR.

Seit 1.4.2012 ist als alleiniger Geschäftsführer Herr Joachim Gummert bestellt.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Zuschüsse geleistet. Es erfolgte eine Gewinnausschüttung an die Stadt Eisenach aus dem Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 32.799,15 EUR (nach Steuern; Vj.: 0 EUR).

Stadtwirtschaft Eisenach GmbH
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva		2013		2012		2011	
Anlagevermögen	2.803	81%	2.861	78%	2.923	78%		
Immaterielles Vermögen	3		7		1			
Sachanlagen	2.800		2.854		2.922			
Finanzanlagen	0		0		0			
Umlaufvermögen	666	19%	796	22%	829	22%		
Vorräte	9		9		11			
Forderungen u. sonst. Vermögen	232		216		237			
Liquide Mittel	425		572		582			
Aktiver RAP	10	0%	13	0%	9	0%		
Bilanzsumme	3.479	100%	3.670	100%	3.762	100%		
	Passiva		2013		2012		2011	
Eigenkapital	1.967	57%	1.977	54%	1.928	51%		
Gezeichnetes Kapital	404		404		404			
Rücklagen	1.534		1.534		1.534			
Verlustvortrag	0		-10		-142			
Jahresergebnis	29		49		132			
Sonderposten	9	0%	10	0%	10	0%		
Rückstellungen	16	0%	61	2%	34	1%		
Verbindlichkeiten	1.487	43%	1.622	44%	1.789	48%		
Verbindlichkeiten >1 Jahr	1.107		1.224		1.350			
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	380		398		439			
Passiver RAP	0	0%	0	0%	0	0%		
Bilanzsumme	3.479	100%	3.670	100%	3.762	100%		

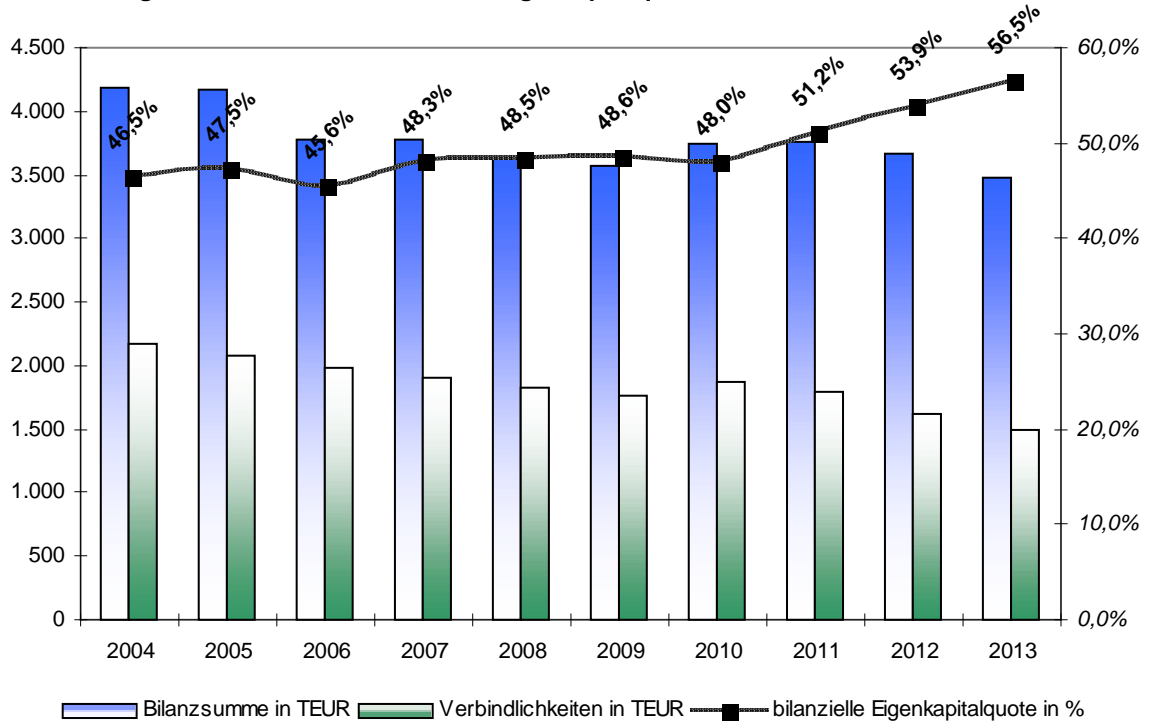
Die Bilanzsumme der Stadtwirtschaft Eisenach GmbH hat sich im Berichtsjahr um 191 TEUR auf 3.479 TEUR verringert. Ursächlich hierfür sind vor allem der Rückgang der liquiden Mittel (- 147 TEUR) und des Anlagevermögens (- 58 TEUR). Demgegenüber ist bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen ein leichter Anstieg um rd. 16 TEUR zu verzeichnen.

Das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 10 TEUR auf 1.967 gesunken. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass aus dem Jahresüberschuss 2012 eine Gewinnausschüttung i. H. v. 33 TEUR an den Gesellschafter erfolgte. Darüber hinaus hat sich der Jahresüberschuss ggü. 2012 um rd. 20 TEUR reduziert. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2013 beträgt bei gesunkener Bilanzsumme 56,5 % (Vj.: 53,9 %) der Bilanzsumme. Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestanden nicht.

Die Rückstellungen sind um 45 TEUR auf 16 TEUR gesunken und beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Prüfungskosten (6,5 TEUR), Urlaubsrückstellungen (6,0 TEUR) und Berufsgenossenschaftsbeiträge (2,3 TEUR).

Die Verbindlichkeiten haben sich um 135 TEUR auf 1.487 TEUR verringert. Die Verringerung resultiert insbesondere aus dem Rückgang der Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten i. H. v. 116 TEUR aufgrund planmäßiger Tilgungen. Weiterhin sind die sonstigen Verbindlichkeiten um 15 TEUR auf 232 TEUR gesunken. Hierin enthalten sind vor allem die Mittel aus vorhandenen Vorsorgeverträgen (221 TEUR).

Entwicklung der Verbindlichkeiten und der Eigenkapitalquote



2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	969	1.032	945	-64
Sonstige Erträge	61	136	80	-75
Gesamtleistung	1.030	1.168	1.025	-138
Materialaufwand	341	337	262	3
Personalaufwand	333	333	322	0
Abschreibungen	146	144	143	1
sonst. betriebl. Aufwendungen	101	220	80	-120
Finanzergebnis	-72	-77	-79	5
neutrales Ergebnis	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	38	56	139	-18
Steuern	8	7	7	1
Jahresergebnis	29	49	132	-19

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres betragen insgesamt 969 TEUR ggü. 1.032 TEUR im Vorjahr. Ursächlich für den Rückgang waren v. a. geringere Erlöse im Bestattungsinstitut infolge der Reduzierung der Bestattungen (- 64 TEUR).

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um 75 TEUR auf 61 TEUR resultiert vor allem aus dem einem Einmaleffekt im Vorjahr (Verkauf Leasingfahrzeug 71 TEUR); in 2013 haben sich die Erträge wieder auf „Normalmaß“ reduziert.

Der Materialaufwand ist ggü. 2012 marginal um rd. 3 TEUR auf 341 TEUR gestiegen. Dabei sind die Aufwendungen für bezogene Leistungen um rd. 14 TEUR (darunter v. a. Fremd- und Reparaturleistungen) gestiegen, während sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um rd. 10 TEUR verringert haben.

Der Personalaufwand bleibt ggü. dem Vorjahr unverändert bei 333 TEUR. Dabei wirkte sich v. a. der Wegfall einer Arbeitsstelle sowie der Wechsel in der Geschäftsführung ganzjährig aus.

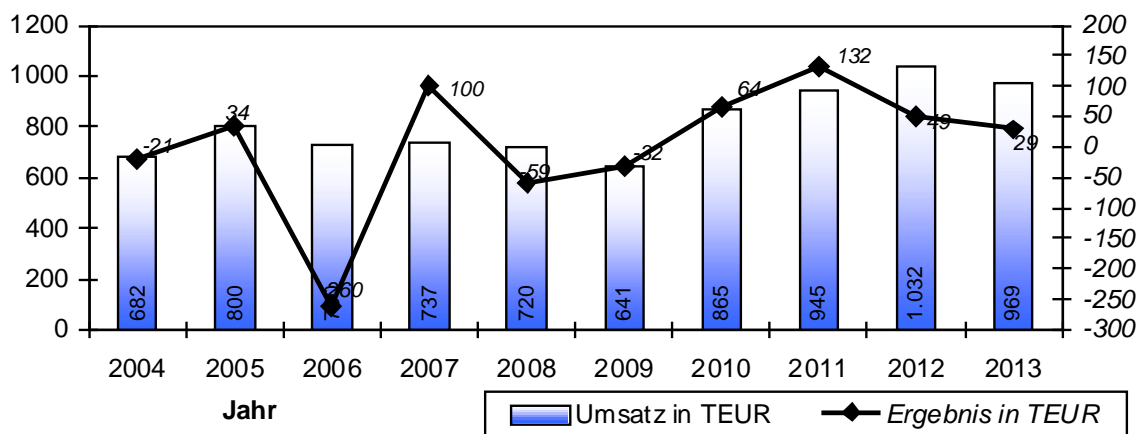
Die Abschreibungen betragen 146 TEUR (+ 2 TEUR). Der größte Teil der Abschreibungen betrifft regelmäßig das CITY-Parkhaus (107 TEUR).

Der sonstige betriebliche Aufwand (101 TEUR) reduzierte sich im Geschäftsjahr erheblich um 119 TEUR. Dies resultiert v. a. aus dem Einmaleffekt der Auflösung eines Kfz-Leasingvertrages im Vorjahr (111 TEUR), der in 2013 nicht angefallen ist.

Insgesamt ergab sich ein Jahresüberschuss von 28.609,26 EUR (Vj.: 49 TEUR), der sich nach Betriebszweigen wie folgt zusammensetzt:

- Bestattungsinstitut 35,5 TEUR (Vj.: 83,2 TEUR),
- Wohn- und Geschäftshaus 5,0 TEUR (Vj.: 7 TEUR),
- Parkhaus - 20,2 TEUR (Vj.: - 8,3 TEUR),
- Sonstiger / außerordentlicher Bereich 8,6 TEUR (Vj.: - 33,2 TEUR),

Umsatz- und Ergebnisentwicklung



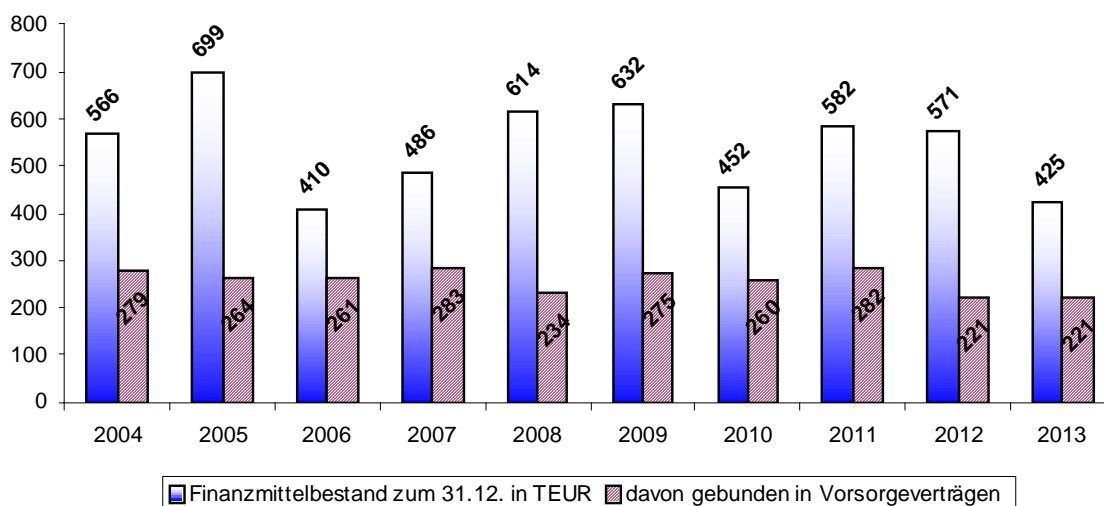
3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	29	49	132
+ Abschreibungen/Abgänge	146	149	145
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	0	0	-10
+/- Zu-/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	-45	26	-25
+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	0	0
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	-19	5	-20
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	-19	-52	20
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	92	176	241
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-88	-82	-23
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	10
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (2)	-88	-82	-13
+/- Darlehensaufnahme/Darlehenstilgung	-111	-105	-99
- Gewinnausschüttung	-39	0	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (3)	-150	-105	-99
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ : (1) - (3)]	-147	-11	130
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	571	582	452
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	425	571	582




Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (91,8 TEUR) hat sich ggü. dem Vorjahr erheblich um rd. 84 TEUR verringert. Unter Berücksichtigung der Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit (- 88,2 TEUR) sowie der Finanzierungstätigkeit (- 150,0 TEUR) ergab sich damit eine erhebliche Verringerung des Finanzmittelbestandes um 147 TEUR auf 425 TEUR.

Die Zahlungsfähigkeit war im Laufe des Geschäftsjahres 2013 jederzeit gesichert.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes in TEUR



6.2. VER- UND ENTSORGUNG

	Seite
	Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH..... 10
	EVB Netze GmbH.....20
	Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis – Stadt Eisenach.....27
	Trink- und AbwasserVerband Eisenach - Erbstromtal..... 35
	Kommunaler Energiezweckverband Thüringen.....38
	Zweckverband Tierkörperbeseitigung Thüringen41

Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB)

Sitz der Gesellschaft: An der Feuerwache 4
99817 Eisenach

E-Mail: info@evb-energy.de
Internet: www.evb-energy.de

Gründung: 20. Dezember 1991

Handelsregister: HR B 401139, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 5. November 2010

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr Oswin Vogel (seit 01.05.2012) - hauptamtlicher Geschäftsführer (ab 01.07.2013)
Herr Ivars Gludausis (seit 01.05.2012) - hauptamtlicher Geschäftsführer (ab 01.07.2013)
(nebenamtlich bis 30.06.2013)

Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich des laufenden Geschäftsführergehalts wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung:

Sportbad Eisenach GmbH

vertreten durch:

- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf

E.ON Thüringer Energie AG (ETE)

- Herr Stefan G. Reindl – Mitglied des Vorstandes der Thüringer Energie AG (ab 01.05.2013)
- Herr Dr. Hilmar Klepp – Mitglied des Vorstandes der Thüringer Energie AG (01.01.2013 – 30.04.2013)
- Herr Vorstandsvorsitzender Jürgen Gnauck (bis 31.12.2012)

Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH

- Herr Dr. Constantin Alsheimer - Vorstandsvorsitzender der Mainova AG

Aufsichtsrat:

Herr Peter Bock – ARV

- Vorstandsvorsitzender der Wartburg-Sparkasse, Eisenach (für die CDU-Stadtratsfraktion)

Herr Dr. Constantin Alsheimer – sARV

- Vorstandsvorsitzender der Mainova AG

Herr Stefan G. Reindl – sARV (ab 01.05.2013; sARV 01.05.2013 – 15.09.2013)

- Mitglied des Vorstandes der Thüringer Energie AG

Herr Dr. Hilmar Klepp – sARV (01.01.2013 – 30.04.2013)

- Mitglied des Vorstandes der Thüringer Energie AG

Herr Jörg Gerbatsch (ab 01.01.2013)

- Leiter Geschäftsbereich Versicherungen der Thüringer Energie AG

Herr Jürgen Gnauck (bis 31.12.2012)

- stellv. Vorstandsvorsitzender der Thüringer Energie AG

Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf

- für Die Linke-Stadtratsfraktion

Herr Dieter Suck

- CDU - Stadtratsfraktion

Herr Matthias Doht

- für SPD - Stadtratsfraktion

Herr Arno Reintjes

- Geschäftsführer der Gas-Union GmbH, Frankfurt/Main

Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates: 10.000,00 EUR (Vj.: 8.550,00 EUR).

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in %	in EUR
Sportbad Eisenach GmbH (SEG)	51,0	3.366.000,-
Thüringer Energie AG	25,1	1.656.600,-
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	23,9	1.577.400,-
Gesamt	100,00	6.600.000,-

Beteiligungen des Unternehmens

EVB Netze GmbH (ENG)	100 % von 50.000,- EUR Stammkapital
DYNEGA Energiehandel GmbH	6,67 % von 150.000,- EUR Stammkapital
Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG (WKT) (seit 11.12.2013)	8,33 % von 84.000,- EUR Stammkapital

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der **Gegenstand des Unternehmens** gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrages ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Fernwärme und die Übernahme anderer versorgungswirtschaftlicher Betätigungen. Die Versorgung der Abnehmer mit Energie erfolgte ab dem 1. Oktober 1992. Das Geschäftsjahr der EVB begann grundsätzlich am 01.10. eines Kalenderjahres und endete am 30.09. des jeweiligen Folgejahres. Zum 01.10.2010 wurde das Geschäftsjahr der EVB auf das Kalenderjahr umgestellt. Dies führte zur Bildung eines Rumpfgeschäftsjahres, welches den Zeitraum vom 01.10. bis 31.12.2010 umfasst.

Das Versorgungsgebiet der EVB umfasst die Kernstadt Eisenach.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter	78	76	75	73,5	59	58	61	62	63	66
Auszubildende (Stichtag)	3	3	3	4	5	6	4	7	8	8
BA-Studenten (Stichtag)	4	3	2	2	1	2	3			

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der in der Kurzvorstellung genannte Gegenstand des Unternehmens begründet den öffentlichen Zweck gem. § 2 ThürKO.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 20.06.2014)

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Energiewirtschaft sind durch das Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) vom 07. Juli 2005 vorgegeben. Mit diesem Gesetz wurde europäisches Gemeinschaftsrecht in Deutschland umgesetzt. Oberstes Ziel ist eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas. Mit dem Gesetz soll auch ein wirksamer und unverfälschter Wettbewerb bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas sichergestellt und ein langfristig angelegter leistungsfähiger und zuverlässiger Betrieb von Energieversorgungsnetzen gesichert werden. Die Aufgaben der Überwachung der regulatorischen Regelungen, die sich aus dem EnWG und ergänzenden Verordnungen ergeben, sowie insbesondere die Aufgaben zur Ermittlung der Effizienzwerte und der Festlegung der Erlösobergrenze auf der Grundlage der Anreizregulierungsverordnung wurden der Bundesnetzagentur übertragen.

Gemäß den Erfordernissen von § 6 b des Energiewirtschaftsgesetzes wird die buchhalterische Entflechtung der Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung Gasverteilung vorgenommen. Es erfolgt ein getrennter Ausweis dieser Netzaktivitäten. Die anderen Aktivitäten des Elektrizitätssektors bzw. des Gassektors sowie die anderen Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors werden ebenfalls jeweils gesondert ausgewiesen.

Geschäftsverlauf

Die EVB versteht sich als kommunales Energie- und Dienstleistungsunternehmen, das sich mit seinen Produkten und Dienstleistungen an den Bedürfnissen der Kunden in Eisenach und der Region ausrichtet.

In den eingemeindeten Stadtteilen Eisenachs konnten im Jahr 2012 die Strom- und Gaskonzessionen gewonnen werden. Diese sollen zum langfristigen Wachstum des Unternehmens beitragen. Der neue Konzessionsvertrag mit der Stadt Eisenach wurde am 23.12.2012 unterzeichnet. Die Übernahme des Stromnetzes von der Thüringer Energie AG und des Gasnetzes von der Ohra Energie GmbH erfolgte zum 01.01.2014. Die Verhandlungen über die Netzentflechtung zum Gasnetz der EnergieNetz Mitte GmbH sind abgeschlossen. Gleichzeitig wurden im gesamten Jahr 2013 intensive Preisverhandlungen mit der EnergieNetz Mitte GmbH zum Netzkaufpreis geführt. Ein Abschluss konnte bisher nicht erzielt werden, sodass die Netze nicht, wie ursprünglich vorgesehen, zum 01.01.2014 auf die EVB übergehen konnten.

Angesichts des starken Wettbewerbs auf dem Strom- und auf dem Gasmarkt hat die EVB auch im Jahr 2013 ihre Anstrengungen zur Kundenbindung und Kundengewinnung fortgeführt. Dies geschah vor allem durch Kampagnen, bei denen Kunden neue, attraktive Angebote erhielten, sowie durch die Entwicklung neuer Produkte. Mit diesen Maßnahmen konnte die EVB einen großen Anteil der Kunden vertraglich über längere Zeiträume binden. Nach wie vor besteht bei Strom- und Gaskunden der EVB eine starke Kundenbindung, welche durch eine im November 2013 durchgeführte Kundenbefragung, in Zusammenarbeit mit der Thüga AG, bestätigt wurde. Die EVB verfügt nach wie vor im Eigennetzgebiet in den Segmenten der Privatkunden Strom und Gas über einen hohen Marktanteil.

Beim Strombezug setzt die EVB weiterhin auf bilaterale Verträge und Beschaffung zu Großhandelspreisen, wodurch marktkonforme Preise erzielt werden können. Durch das im Jahr 2013 dem Aufsichtsrat vorgestellte und am 17.02.2014 genehmigt Risikohandbuch sind die Prozesse der Energiebeschaffung definiert.

Umsatz, Absatz, Preise

Beim Strom wurden im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr an Tarifikunden 2,3 % weniger verkauft, hingegen bei den Sondervertragskunden 10,2 % mehr. Bei der Gasbelieferung der Tarifikunden ergab sich im Jahr 2013 witterungsbedingt ein Zuwachs von 6,2 %. Der Verkauf an Sondervertragskunden stieg um 5,5 % ebenfalls witterungsbedingt. Bei der Fernwärme war aufgrund des kalten Winters ein Zuwachs von 4,2 % zu verzeichnen.

Zum 01.01.2013 wurde insbesondere aufgrund des drastischen Anstiegs der EEG-Umlage eine Strompreiserhöhung erforderlich. Die Gaspreise wurden bereits zum 01.10.2012 erhöht. Im Heizgasbereich werden weiterhin Festpreisverträge abgeschlossen. Bei den Fernwärmepreisen wurden Preisanpassungsklauseln in den Verträgen, die die Brennstoffkosten und den Wärmemarkt einbeziehen, berücksichtigt.

Energiebeschaffung

Zur Versorgung ihrer Kunden bezieht die EVB die Energie vorwiegend von Dritten. Der Strombezug für das Jahr 2013 erfolgte auf der Grundlage der klassischen Vollversorgung. Dabei werden die benötigten Mengen über einen längeren Zeitraum in Tranchen gekauft. Bedingt durch die erhöhte EEG-Umlage stiegen die durchschnittlichen Beschaffungskosten entsprechend an.

Der Gasbezug ist im Jahr 2013 von 234,9 Mio. kWh auf 244,6 Mio. kWh angestiegen. Die Gasbeschaffung erfolgte ebenfalls auf der Grundlage der klassischen Vollversorgung. Für eine Teilmenge von maximal 20 % des Vertriebsportfolios können zusätzlich Standardhandelsprodukte beschafft werden.

Die Bereitstellung der Fernwärme für die Kunden der EVB erfolgte vorwiegend durch den Bezug vom Heizkraftwerk Wiesengrund. Der Gesamtbezug belief sich auf 60,0 Mio. kWh.

Investitionen und Finanzierung

Im Jahr 2013 hat die EVB in das Sachanlagevermögen sowie in immaterielle Anlagewerte 9.056 TEUR investiert (Vorjahr 895 TEUR). In Finanzanlagen wurden 75 TEUR investiert (Vorjahr 0 EUR). Im Wirtschaftsplan 2013 waren für investive Maßnahmen in den Netzbereichen 1.795 TEUR und 800 TEUR im sonstigen Bereich eingestellt. In der Sitzung am 18.12.2013 hatte der Aufsichtsrat Mittel im Umfang von 1.400 TEUR für die Investitionen zur Netzeinbindung bzw. Entflechtung der Strom- und Gasnetze der neuen Konzessionsgebiete genehmigt. Die entsprechenden Baumaßnahmen wurden zum großen Teil im Jahr 2013 unter Verwendung der bereitgestellten Mittel realisiert. Zum 31.12.2013 wurden Anzahlungen für den Kauf der Strom- und Gasnetze getätigt, die durch Darlehen finanziert wurden.

Zusätzlich wurden Anzahlungen in Höhe von 7.559 TEUR für den Kauf der Stromnetze von der Thüringer Energie AG und der Gasnetze der Ohra Energie GmbH im Zusammenhang mit dem Konzessionserwerb entsprechend der Beschlussfassung des Aufsichtsrates in seiner Sitzung am 16.09.2013 geleistet. Die Anlagenzugänge bestehen in den Verteilungsnetzen und bei Hausanschlüssen aus Erweiterungen und aktivierten Erneuerungen.

Für die Finanzierung standen im Berichtsjahr aus erwirtschafteten Abschreibungen 2.388 TEUR zur Verfügung. Der Netzkauf wurde weitgehend über Darlehen finanziert.

Beteiligungen und Betriebsführungen

Die EVB hält Beteiligungen an insgesamt drei Unternehmen der Energieversorgung beziehungsweise energienaher Dienstleistungen. Im Jahr 2013 betrug der Ertrag aus Beteiligungen 631 TEUR.

Im Jahr 2013 hat sich die EVB mit einem Volumen von 75 TEUR an der Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG (WKT) beteiligt. Diese Gesellschaft hat das Ziel, insbesondere in On-Shore-Windanlagen in Thüringen zu investieren. Die WKT hat im Jahr 2013 ihr operatives Geschäft aufgenommen und ein erstes On-Shore-Windkraftprojekt in Immenrode erworben.

Gesamtaussage

Mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2013 ist die Geschäftsführung der EVB zufrieden. Die Gesellschaft konnte an die positive Entwicklung der vorangegangenen Jahre anknüpfen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag sogar deutlich über dem Plan. Dieses Ergebnis ist angesichts des herausfordernden Umfeldes besonders erfreulich. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts sind die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und ihre Finanzkraft unverändert gut.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ablauf des Geschäftsjahres 2013, die eine wesentliche Auswirkung auf die im Lagebericht dargestellte Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben, sind nicht eingetreten.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 sowie der Lagebericht der Geschäftsführung der EVB erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 20.06.2014)

Die erfolgreiche nachhaltige Positionierung in den Wettbewerbsmärkten Strom und Gas mit der Erzielung eines den Renditeerwartungen der Gesellschafter entsprechenden Unternehmensergebnisses ist nach wie vor oberstes wirtschaftliches Ziel der Gesellschaft. Dies schließt die volle Erwirtschaftung der Konzessionsabgabe mit ein.

Die sich nach wie vor schnell ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen der Energieversorgung mit dem Kernstück der Regulierung des Netzbetriebs bei Strom und Gas sowie der zunehmende Wettbewerb bei Gas erfordern hierbei sowohl kosten- als auch vertriebsseitig alle Anstrengungen. Im folgenden Prognosebericht geht die EVB auf die erwartete zukünftige Entwicklung ihres Unternehmens ein.

Absatzentwicklung

Beim Stromvertrieb erwartet die EVB im Jahr 2014 eine niedrigere Absatzmenge als im Jahr 2013. Dies ist insbesondere auf den Wegfall eines RLM-Kunden zum 31.03.2014 zurückzuführen. Im Rahmen einer Unternehmensübernahme wurde dieser Kunde in einen weltweit tätigen Konzern integriert und die damit einhergehenden Beschaffungsaktivitäten europaweit gebündelt. Im Segment Jahreskunden wird eine annähernd gleiche Vertriebsmenge erwartet. Durch Kundenbindungsmaßnahmen, insbesondere Kampagnen, soll einem möglichen Kundenverlust rechtzeitig entgegengewirkt werden.

Bei der Gasversorgung orientiert sich die Planung an den Planwerten des „Normjahres“. Aus diesem Grund sinken die prognostizierten Abgabemengen im Jahr 2014 gegenüber dem im Jahr 2013 festgestellten witterungsbedingten Anstieg.

Fortsetzung der Personalqualifizierung

Bei der EVB zählen hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren des Unternehmens. Mit der konsequenten Durchführung fachgerechter und auf den einzelnen Mitarbeiter angepasster Qualifizierungsmaßnahmen wird es besser gelingen, die wirtschaftlichen Ziele zu erreichen.

Risikomanagementsystem

Die Zielsetzung des bei der EVB seit dem Jahr 2000 eingerichteten Risikomanagements liegt in der Erkennung, Analyse, Bewertung und Steuerung der unternehmerischen Risiken. Unter Risiken verstehen wir alle Ereignisse und möglichen Entwicklungen innerhalb und außerhalb des Unternehmens mit negativen Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage.

Die EVB hat hierzu im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen nach § 91 Abs. 2 AktG ein den unternehmerischen Aktivitäten entsprechendes unternehmensweites Risikofrüherkennungssystem eingerichtet. Basierend auf der Identifikation der Risiken in den betroffenen Abteilungen werden diese entsprechend ihrer möglichen Auswirkungen in Risikokategorien eingeteilt und laufend quartalsweise aktualisiert.

Für den Bereich der Energiebeschaffung wurde ein spezielles Risikocontrolling-Handbuch im Jahr 2013 erarbeitet und nach der Genehmigung des Aufsichtsrates im März 2014 in Kraft gesetzt. Dieses Handbuch beschreibt die Berechnung des Markt-, Adressausfall-, Liquiditäts- und des operationellen Risikos, die Schwellenwerte für die Risikobegrenzung sowie die Gegenmaßnahmen bei Überschreiten der Schwellenwerte. Die Energiebezugsrisiken sind Teil des unternehmensweiten Risikomanagementsystems der EVB.

Zentrales Organ des Risikomanagements ist das Risikokomitee der EVB. Das Risikokomitee legt die Verfahren und die Schwellenwerte fest. Die Berichterstattung an das Risikokomitee und die Kontrolle der Realisierung möglicher Maßnahmen obliegen einem von der Geschäftsführung eingesetzten Risikobeauftragten.

Bei einer Gesamtbetrachtung der aktuell erfassten und bewerteten Risiken lassen sich keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen und Risiken erkennen. Die Risikokennzahlen halten alle Schwellenwerte ein und die Risikotragfähigkeit ist gegeben.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Zuschüsse geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages eine Gewinnabführung an die Sportbad Eisenach GmbH in Höhe von 2.270 EUR (Vj.: 1.955 TEUR).

Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva		2013		2012		2011
Anlagevermögen	26.349	60%	19.620	52%	21.259	51%	
Immaterielles Vermögen	349		411		343		
Sachanlagen	25.866		19.148		20.856		
Finanzanlagen	135		60		60		
Umlaufvermögen	17.399	40%	18.210	48%	20.442	49%	
Vorräte	156		230		219		
Forderungen u. sonst. Vermögen	10.060		9.567		8.113		
Liquide Mittel	7.184		8.412		12.111		
Aktiver RAP	15	0%	32	0%	195	0%	
Bilanzsumme	43.764	100%	37.861	100%	41.896	100%	
	Passiva		2013	2012	2011		
Eigenkapital	12.942	30%	12.942	34%	12.942	31%	
Gezeichnetes Kapital	6.600		6.600		6.600		
Rücklagen	6.342		6.342		6.342		
Gewinn-/Verlustvortrag	0		0		0		
Jahresergebnis	0		0		0		
Sonderposten	5.779	13%	6.679	18%	7.667	18%	
empfangene Ertragszuschüsse	2.418	6%	2.223	6%	2.766	7%	
Rückstellungen	5.094	12%	5.071	13%	4.739	11%	
Verbindlichkeiten	17.493	40%	10.947	29%	13.652	33%	
Verbindlichkeiten >1 Jahr	6.307		1		17		
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	11.186		10.946		13.634		
Passiver RAP	38	0%	0	0%	131	0%	
Bilanzsumme	43.764	100%	37.861	100%	41.896	100%	

Gegenüber dem Vorjahr ist die Bilanzsumme um 5.903 TEUR bzw. 15,6 % auf 43.764 TEUR gestiegen.

Auf der Aktivseite war dabei insbesondere der Anstieg des Sachanlagevermögens um 6.717 TEUR auf 25.865 TEUR maßgeblich, was vor allem auf den Erwerb der Strom- und Gasnetze in den Ortsteilen im Rahmen der Übernahme der Konzessionen für das gesamte Stadtgebiet (geleistete Anzahlung rd. 7,56 Mio. EUR) zum 01.01.2014 zurückzuführen ist.

Darüber hinaus waren auch Steigerungen bei den Finanzanlagen (+ 75 TEUR; Anteilserwerb an der WKT Windkraft Thüringen GmbH) sowie bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (+ 492 TEUR) zu verzeichnen. Der Anstieg der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände resultiert dabei maßgeblich aus dem Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände um 1.170 TEUR (hier vor allem Umsatzsteuerforderungen und Forderungen des Hauptzollamtes aus Rückforderungsansprüchen wegen höherer Vorauszahlungen betreffend die Energiesteuer). Dem Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände steht ein Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (hier: EVB Netze GmbH) um rd. 790 TEUR gegenüber.

Der Kassenbestand hat sich ggü. dem Vorjahr um rd. 1.228 TEUR auf 7.184 TEUR verringert. Auch der Bestand der Vorräte war rückläufig (- 74 TEUR).

Zu den Ursachen des Rückgangs des Finanzmittelbestandes wird auf die Erläuterung unter Finanzlage verwiesen.

Der Anstieg der Bilanzsumme auf der Passivseite erklärt sich wie folgt:

Das Eigenkapital ist in absoluten Zahlen ggü. dem Vorjahr unverändert (12.942 TEUR). Die bilanzielle Eigenkapitalquote (EKQ) beträgt bei gestiegener Bilanzsumme 29,6 % (Vj.: 34,2 %). Die betriebswirtschaftliche EKQ zzgl. 66 % Sonderposten (SoPo) + Empfangene Ertragszuschüsse (EEZ) beträgt 41,9 % (Vj.: 51,7 %). Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestehen lt. Wp. nicht.

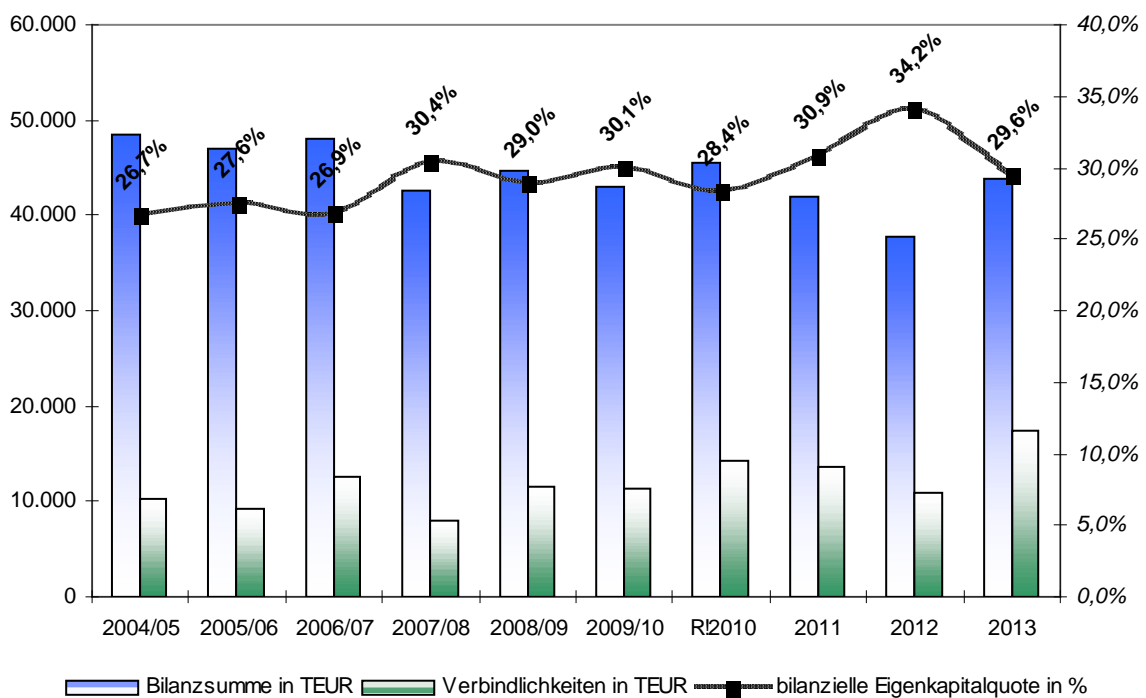
Die Sonderposten mit Rücklagenanteil (4.828 TEUR) sind ggü. dem 31.12.2012 um 789 TEUR und die Sonderposten für Zuschüsse um 111 TEUR planmäßig gesunken. Dagegen sind die empfangenen Ertragszuschüsse (2.418 TEUR) um 195 TEUR gestiegen, was v. a. aus der Übernahme der Baukostenzuschüsse im Zusammenhang mit dem Erwerb des Strom- und Gasnetzes resultiert.

Die Rückstellungen sind geringfügig um 23 TEUR bzw. 0,4 % auf 5.094 TEUR gestiegen.

Der Bestand der Verbindlichkeiten (17.493 TEUR) ist ggü. dem Vorjahr um 6.546 TEUR gestiegen. Maßgebliche Ursache war eine Kreditaufnahme i. H. v. 7,0 Mio. EUR im Zusammenhang mit dem Erwerb der Strom- und Gasnetze. Darüber hinaus waren auch Anstiege bei den Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern (+ 170 TEUR) und den sonstigen Verbindlichkeiten (+ 153 TEUR) zu verzeichnen. Rückläufig waren dagegen die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen (- 363 TEUR) sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (- 415 TEUR).

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt 38 TEUR (Vj.: 0 EUR).

Entwicklung der Verbindlichkeiten und der Eigenkapitalquote



2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	41.521	38.034	39.391	3.488
Bestandsveränderungen	-33	14	-46	-47
Andere aktivierte Eigenleistungen	133	98	82	35
Sonstige Erträge	5.418	5.652	6.234	-234
Gesamtleistung	47.040	43.798	45.661	3.241
Materialaufwand	34.633	32.481	34.252	2.152
Personalaufwand	3.589	3.670	3.434	-81
Abschreibungen	2.388	2.388	2.416	0
sonst. betriebl. Aufwendungen	3.011	2.747	1.978	264
Finanzergebnis	33	65	109	-31
Ertrag GAV ENG	631	1.156	319	-524
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.084	3.733	4.009	351
Steuern	356	399	190	-44
Jahresergebnis	3.728	3.334	3.819	394
Ausgleichzahlung an außenstehende Gesellschafter	1.457	1.379	1.189	79
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abzuführende Gewinne	2.270	1.955	2.630	315
Einstellung in die Gewinnrücklagen	0	0	0	0
Bilanzgewinn	0	0	0	0

Es wurde ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 4.083.631,88 EUR (Vj.: 3.733 TEUR) erzielt. Im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages (GAV) kommen 2.270 TEUR (Vj.: 1.955 TEUR) an die Sportbad Eisenach GmbH (SEG) zur Auszahlung. Darüber hinaus werden 1.457 TEUR (Vj.: 1.379 TEUR) als Ausgleichszahlung an die Mitgeschafter ausgezahlt. Eine Einlage in die Gewinnrücklage ist nicht vorgesehen.

Die Umsatzerlöse lagen mit 41.521 TEUR um rd. 3.487 TEUR bzw. 9,2 % über den Ergebnissen des Vorjahres. Maßgeblich war v. a. der deutliche Anstieg im Bereich Strom (+ 2.484 TEUR) der im Wesentlichen auf einem massiven Anstieg des Stromabsatzes im Bereich der Sondervertragskunden (+ 5,2 Mio. kWh) bei gleichzeitigem Rückgang des Absatzes im Tarifkundenbereich (- 1,2 Mio. kWh) beruht. Auch in den Sparten Gas (+ 845 TEUR) und Wärme (+ 168 TEUR) waren infolge steigender Absatzzahlen höhere Umsatzerlöse zu verzeichnen. Die Erträge aus Geschäftsbesorgung (SEG, ENG) sind ebenfalls um rd. 76 TEUR gestiegen. Demgegenüber waren die Erträge aus Installations- und anderen Leistungen (- 50 TEUR) sowie die Ertragszuschüsse (- 35 TEUR) rückläufig.

Die aktivierten Eigenleistungen sind ggü. 2012 um rd. 35 TEUR auf 133 TEUR gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (5.418 TEUR) sind ggü. dem Vorjahr um 234 TEUR gesunken. Wesentliche Positionen stellen hierbei v. a. die Mieterträge von der EVB Netze GmbH i. H. v. 3.445 TEUR (Vj.: 3.275 TEUR) und die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten i. H. v. 789 TEUR (Vj.: 830 TEUR) dar. Ursächlich für den Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge waren darüber hinaus insbesondere die Verringerung der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (- 254 TEUR auf 255 TEUR) und die rückläufigen Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen (- 78 TEUR auf 9 TEUR). Dagegen sind die sonstigen Erträge um 81 TEUR auf 282 TEUR gestiegen.

Der Anstieg der Materialaufwendungen (+ 2.152 TEUR bzw. 6,6 %) auf 34,63 Mio. EUR resultiert wesentlich aus den gestiegenen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (+ 2.127 TEUR).

Der Personalaufwand i. H. v. 3,59 Mio. EUR liegt um rd. 2,2 % unter dem Niveau des Vorjahres (- 81 TEUR). Der Rückgang ist auf einen niedrigeren Personalstand zurückzuführen. Im Jahresdurchschnitt waren 66 Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung und Auszubildende) beschäftigt.

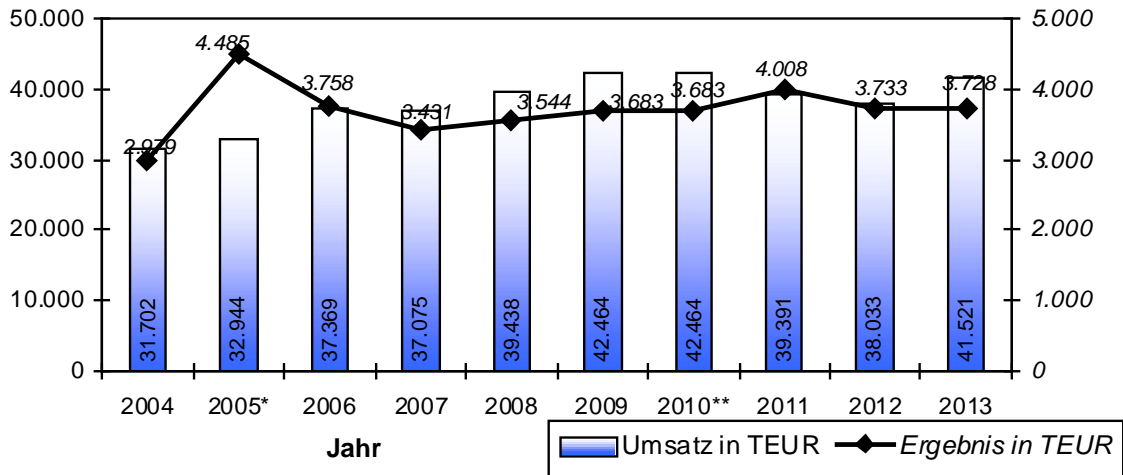
Die planmäßigen Abschreibungen betragen ggü. dem Vorjahr unverändert 2.388 TEUR.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 264 TEUR bzw. 9,6 % auf 3.011 TEUR resultiert maßgeblich auf den Steigerungen der Rückstellungen für Preisanpassungsklauseln (+ 357

TEUR), der Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und Werbemittel (+ 70 TEUR) und der Aufwendungen für Datenverarbeitung (+ 79 TEUR). Demgegenüber waren insbesondere die Aufwendungen für die Auflösung gezahlter Baukostenzuschüsse (- 148 TEUR), die Aufwendungen für Wertberichtigungen / Forderungsverluste (- 71 TEUR) und die periodenfremden Aufwendungen (- 55 TEUR) rückläufig.

Die Erträge aus dem GAV mit der ENG reduzieren sich deutlich um 525 TEUR auf 631 TEUR.

Umsatz und Ergebnisentwicklung



*: ab 2005: Jahresergebnis vor Ergebnisabführung

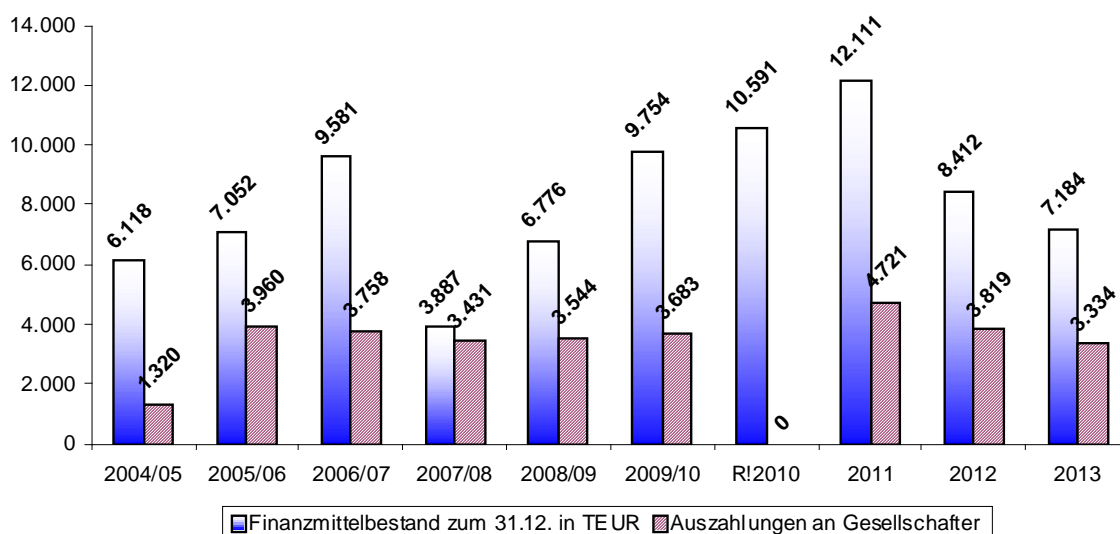
** : in 2010 kumulierte Werte Geschäftsjahr 2009/10 inkl. Rumpfgeschäftsjahr 2010 (15 Monate)

3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresergebnis (ab 2004/05 vor Gewinnabführung)	3.728	3.334	3.819
+ Abschreibungen	2.388	2.388	2.416
+/- Zu-/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	23	332	-1.303
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	-9	-86	-1
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge einschließlich der Auflösung von Sonderposten zum Anlagevermögen und empfangener Ertragszuschüsse	-1.414	-1.662	-1.620
-/+ Zunahme/Abnahme anderer Aktiva	706	-1.303	3.733
+/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva	-1.919	-2.218	117
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	3.503	785	7.161
Auszahlungen für Investitionen	-9.131	-841	-922
Einzahlungen aus Anlagenabgängen	24	176	2
Einzahlungen aus Zugang Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
= Cashflow aus Investitionstätigkeit	-9.107	-665	-920
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	7.001	0	0
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0	0	0
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-3.334	-3.819	-4.721
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen einschließlich Zuführung zu Sonderposten und Ertragszuschüssen	709	0	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	4.376	-3.819	-4.721
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel	-1.228	-3.699	1.520
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	8.412	12.111	10.591
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	7.184	8.412	12.111

Die positiven Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. 3.503 TEUR (Vj.: 785 TEUR) und aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. 4.376 TEUR (Vj.: - 3.819 TEUR) reichten nicht aus, um den Mittelbedarf aus der Investitionstätigkeit (9.107 TEUR) zu finanzieren. Im Ergebnis war ein Rückgang der Liquidität um 1.228 TEUR auf 7.184 TEUR zu verzeichnen.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes und der Auszahlungen an die Anteilseigner und Gesellschafter in TEUR



EVb Netze GmbH (ENG)

Sitz der Gesellschaft: An der Feuerwache 4
99817 Eisenach

E-Mail: info@evb-netze.de

Internet: www.evb-netze.de

Gründung: 24. August 2006

Handelsregister: HR B 500794, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 24. August 2006

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr Hans Willi Nehrig

Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich des laufenden Geschäftsführergehalts wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung:

Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH

vertreten durch:

Herrn Ivars Gludausis (ab 01.05.2012)
Herrn Oswin Vogel (ab 01.05.2012)

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil in %	in EUR
EVb	100,0	50.000,-

Beteiligungen des Unternehmens

Keine.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der **Gegenstand des Unternehmens** gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist die Tätigkeit der Gesellschaft als Netzbetreiber gemäß EnWG im Hinblick auf die Verteilungsanlagen für Elektrizität und Gas einschließlich der Wahrnehmung aller dazugehörigen Aufgaben und Dienstleistungen.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter	6	7	6	6	7	7	8

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der in der Kurzvorstellung genannte Gegenstand des Unternehmens begründet den öffentlichen Zweck gem. § 2 ThürKO.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 12.06.2014)

Allgemeine Marktsituation

Die Region Eisenach ist industriell durch den Automobilbausektor mit Zulieferindustrie und Dienstleistungsgewerbe geprägt und hat somit in Analogie zum deutschen Konjunkturverlauf infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise die konjunkturelle Talfahrt und den anschließenden Konjunkturverlauf mit Wachstum in 2011 durchlaufen. Die in 2012 zu verzeichnende Stagnation setzte sich auch 2013 weiter fort.

Das operative Geschäft der Netzgesellschaft, d. h. die Entwicklung des Strom- und Gastransportaufkommens war für Strom leicht rückläufig um 4,4 GWh auf 126,6 GWh gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang ist im Wesentlichen im RLM-Netzanschlusskundensegment zu verzeichnen, der sich durch die konjunkturelle Situation, durch Maßnahmen der Elektroenergieeinsparung und durch die erhöhte Eigenverbrauchsnutzung von Elektroenergie aus EEG- und KWK-Erzeugeranlagen der Netzanschlusskunden begründet.

Die Netznutzung der Gastransportsysteme hat sich wiederum witterungsbedingt um 12,6 GWh gegenüber 2012 auf 295,8 GWh erhöht. Wesentliche Neuansiedlungen im Gewerbe haben leider nicht stattgefunden.

Infolge der Netzzugangs- und Regulierungsverordnungsgebungen hat der Händlerwettbewerb weiterhin spürbar an Fahrt aufgenommen. Es waren zum 31.12.2013 125 Lieferanten im Strom- und 80 Lieferanten im Gasbereich zur Versorgung von Letztverbrauchern tätig.

Der EVB Netze GmbH ist es auch im Berichtsjahr gelungen, eine hohe Netzqualität und damit Versorgungssicherheit und -qualität zu garantieren.

Die Umsetzung der sehr anspruchsvollen Verordnungs- und Regulierungsanforderungen der Bundesnetzagentur zur Vereinheitlichung und Automatisierung der Geschäfts- und Kommunikationsprozesse der Marktteilnehmer hat im Berichtszeitraum den Schwerpunkt der Managementtätigkeit gebildet. Die Festlegungen der Bilanzierungsregeln für den Netzbetreiber im Gas-Bereich (GABi Gas) und Strom (MaBiS) mit jährlichen Formatanpassungen wurden termingemäß umgesetzt. Im März 2014 erfolgt die Mehr- und Mindermengenabrechnung des Bilanzzeitraumes 2013 für Strom und Gas.

Die enormen Anforderungen an die automatisierten elektronischen Geschäftsprozesse stellen nicht nur auf Grund der hohen Prozesskomplexität eine Herausforderung dar, zusätzlich erforderliche Humanressourcen sowie Lizenz-, Implementierungs-, Schulungs- und Wartungskosten stellen einen empfindlichen Kostentreiber dar.

Einen weiteren Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft im Berichtszeitraum bildete die Vorbereitung der 2. Regulierungsperiode Strom im vereinfachten Verfahren in Verbindung mit den bevorstehenden Kostenprüfungsverfahren der Bundesnetzagentur.

Für den in 2013 von der Netzgesellschaft an die Bundesnetzagentur (BNetzA) gestellten Kostenantrag zur Erlösobergrenze (EOG) Strom für die 2. Regulierungsperiode ab 01.01.2014 in Höhe von 6.323 TEUR, berechnet auf Grundlage der Index-Reihen der 1. Regulierungsperiode wurde bis dato die Anerkennung einer EOG in Höhe von 6.088 TEUR zugesagt und anerkannt durch ENG.

Zwischenzeitlich wurden zur Berechnung der EOG für die 2. Regulierungsperiode „neue“ Index-Reihen festgesetzt, sodass sich damit für die Netzgesellschaft die berechnete EOG auf 6.145 TEUR reduziert. Die EVB Netze GmbH ist weiterhin mit der BNetzA zur Erzielung einer höheren EOG in Verhandlung.

Gegen den endgültigen Bescheid der BNetzA zur Erlösobergrenze Gas für die 2. Regulierungsperiode in Höhe von 3.871 TEUR zu einer berechneten und beantragten EOG in Höhe von 4.557 TEUR wird durch die Netzgesellschaft ein Beschwerdeverfahren vor dem Thüringer OLG in Jena betrieben.

Entsprechend dem aktuellen Verfahrensstand wurde die BNetzA aufgegeben, zur Beschwerdebegründung bis 30.06.2014 Stellung zu nehmen.

Eine weitere Herausforderung für die EVB Netze GmbH im Jahr 2013 war die Entwicklung von Netztrennungs- und Netzentflechtungskonzepten gemeinsam mit den Netzgesellschaften der „Alt“-

Konzessionäre als Grundlage für den jeweiligen Netzkauf durch die Muttergesellschaft. Die Realisierung der gewählten messtechnischen Netztrennung wurde erfolgreich durch die Netzgesellschaft innerhalb von fünf Monaten zum 31.12.2013/01.01.2014 für das Elektrizitätsnetz und für das Erdgasnetz der Ohra Energie GmbH durchgeführt. Die Umsetzung des Netztrennungskonzeptes für das Erdgasnetz der EnergieNetz Mitte GmbH konnte aufgrund noch ausstehender Netzkaufvereinbarungen noch nicht erfolgen. Die Netzgesellschaft geht derzeit davon aus, dass diese Netztrennung mit der Vorlaufzeit von vier Monaten umgesetzt werden kann.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht bekannt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 sowie der Lagebericht der Geschäftsführung der ENG erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 12.06.2014)

Die Netzgesellschaft steht in den Folgejahren vor sehr anspruchsvollen Herausforderungen. Einerseits müssen zur Sicherung der Netzrenditen die Effizienzen des Netzbetriebes weiter zielgerichtet erhöht werden, da in der 2. Etappe der Anreizregulierung die allgemeine Produktivitätsvorgabe bzw. der Effizienzfaktor von bisher 1,25 % auf jährlich 1,5 % ansteigt. Zusätzlich erlösmindernd ist das derzeitige Verfahren zur Kostenanerkennung Gas und es bestehen Kostenanerkennungsrisiken für das laufende Kostenprüfungsverfahren Strom. Die Kostenprüfungsergebnisse haben direkt Auswirkungen auf die Netzentgelte und somit auf die Ertragskraft.

Andererseits stehen den sinkenden Erträgen steigende Kostenpositionen gegenüber. Zunächst entstehen der Gesellschaft, wie unter Allgemeiner Marktsituation bereits ausgeführt, steigende und unvermeidliche administrative Kosten, um die regulatorischen Anforderungen in Form massengeschäftstauglicher Geschäftsprozesse im komplexen IT-System zu integrieren und damit auch die Marktrolle der Marktteilnehmer zum automatisierten elektronischen Datenaustausch abzubilden und zu gewährleisten.

Mit dem Smart Metering und der Messzugangsverordnung (MessZV) kommen zum reibungslosen Wechselprozess für Messstellenbetreiber und Messdienstleister weitere Marktrolle hinzu. Dieser Prozess wird die Marktentwicklung beschleunigen und die Prozessanforderungen für Information, Steuerung, Bilanzierung und Abrechnung weiter erhöhen.

Die wesentliche Herausforderung der Netzgesellschaft in den Folgejahren besteht darin, bei Sicherung der Netzrenditen und gleichzeitig steigenden administrativen Kosten die Investitionsfähigkeit des Unternehmens zu gewährleisten. Die derzeit praktizierte risikoorientierte Assetstrategie zur Optimierung der Investitions- und Unterhaltungsbudgets unter Kosten-, Nutzen- und Risikoaspekten muss erweitert werden in punkto Substanzerhalt und Netzqualität.

Die Gesellschaft erwartet für das Jahr 2014 ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis, aber unter dem Vorjahresniveau infolge der Auswirkungen des Kostenprüfungsverfahrens der Bundesnetzagentur für die 2. Regulierungsperiode im Strom- und Gasbereich.

Fortsetzung der Personalqualifizierung

Um sich den immer weiter wachsenden und sich verändernden Anforderungen in der Energiewirtschaft zu stellen, ist auch künftig eine umfassende individuelle und persönliche Mitarbeiterqualifizierung unabdingbar. Eine angemessene Qualifikation der Mitarbeiter ist ein grundlegender Faktor für den Erfolg der EVB Netze GmbH.

Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem wird ständig auf die neuen gesetzlichen Anforderungen ausgerichtet. Infolge der stetig steigenden Anforderungen an die automatisierten elektronischen Geschäftsprozesse erhöht sich die Prozesskomplexität enorm. Die Aufsichtsgremien werden durch regelmäßige quartalsweise Berichterstattungen informiert.

Bestandsgefährdende Risiken sind zum derzeitigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Laufendes Geschäft

Die geschäftsnotwendigen Verträge für das laufende Geschäftsjahr sind kontrahiert und der jeweiligen Wettbewerbs- und Marktsituation individuell angepasst. Die Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes wurden umfassend berücksichtigt. Die Verträge garantieren hohe Flexibilität und Leistungsfähigkeit in den Märkten. Die mit dem Organträger Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH abgeschlossenen Pacht- und Dienstleistungsverträge gelten im nächsten Geschäftsjahr weiter.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht bekannt.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Zuschüsse geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

EVB Netze GmbH
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
		2013		2012		2011
Anlagevermögen	0	0%	0	0%	0	0%
Immaterielles Vermögen	0		0		0	
Sachanlagen	0		0		0	
Finanzanlagen	0		0		0	
Umlaufvermögen	4.026	100%	4.561	99%	5.743	100%
Vorräte	86		64		59	
Forderungen u. sonst. Vermögen	747		677		1.377	
Liquide Mittel	3.193		3.820		4.306	
Aktiver RAP	0	0%	59	1%	0	0%
Bilanzsumme	4.026	100%	4.620	100%	5.743	100%
	Passiva					
		2013		2012		2011
Eigenkapital	411	10%	411	9%	411	7%
Gezeichnetes Kapital	50		50		50	
Rücklagen	361		361		361	
Gewinn-/Verlustvortrag	0		0		0	
Jahresergebnis	0		0		0	
Sonderposten	208	5%	163	4%	142	2%
Rückstellungen	869	22%	965	21%	1.737	30%
Verbindlichkeiten	2.539	63%	3.080	67%	3.451	60%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	7		10		27	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	2.531		3.070		3.424	
Passiver RAP	0	0%	3	0%	3	0%
Bilanzsumme	4.026	100%	4.621	100%	5.743	100%

Zum Stichtag bestand eine Bilanzsumme von 4.026.127,33 EUR (Vj.: 4.620 TEUR), die sich auf der Aktivseite ausschließlich aus dem Umlaufvermögen (UV) zusammensetzt. Ursächlich für die erhebliche Verringerung der Bilanzsumme auf der Aktivseite war im Wesentlichen der Rückgang des Kassenbestandes um 627 TEUR auf 3.193 TEUR und der rückläufige aktive Rechnungsabgrenzungsposten (- 59 TEUR). Dem standen Steigerungen bei den Vorräten (+ 22 TEUR) und den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+ 80 TEUR) gegenüber.

Die Passivseite hat sich wie folgt entwickelt:

Das bilanzielle Eigenkapital betrug wie im Vorjahr 411 TEUR. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote (EKQ) von rd. 10,2 % (Vj.: 8,89 %). Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestehen lt. Wp. nicht.

Unter Hinzurechnung von 66 % des Sonderpostens (208 TEUR) ergibt sich eine wirtschaftliche EKQ von 13,6 % (Vj.: 11,2 %).

Rückstellungen bestanden i. H. v. rd. 869 TEUR (Vj.: 965 TEUR). Die Verringerung ggü. 2012 resultiert vor allem aus den Minderungen bei der Rückstellung für Mehr- oder Mindermengenabrechnung für den noch nicht berechneten Strom- und Gasbezug (- 251 TEUR) sowie aus der Rückstellung für ausstehende Rechnungen (- 55 TEUR). Demgegenüber war vor allem ein Anstieg bei der Rückstellung Regulierungskonto Gas (betrifft Verpflichtungen zu künftigen Entgeltabsenkungen aufgrund der zulässigen Erlösobergrenzen im Gasbereich) um 158 TEUR zu verzeichnen; darüber hinaus wurde eine Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von 32 TEUR neu gebildet.

Die Verbindlichkeiten i. H. v. rd. 2,54 Mio. EUR sind ggü. dem Vorjahr um rd. 540 TEUR zurückgegangen. Dies ist insbesondere auf die Verminderung der Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen (EVB) um rd. 577 TEUR auf 1.658 TEUR und den (stichtagsbezogenen) Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um rd. 164 TEUR auf 500 TEUR zurückzuführen. Dementgegen ist ein Anstieg bei den sonstigen Verbindlichkeiten um rd. 198 TEUR auf 365 TEUR zu verzeichnen.

2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	13.539	13.276	12.491	262
Bestandsveränderungen	22	5	-58	17
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
Sonstige Erträge	1.230	1.056	1.167	174
Gesamtleistung	14.790	14.337	13.601	453
Materialaufwand	7.139	6.626	6.293	513
Personalaufwand	645	606	583	39
Abschreibungen	0	0	0	0
sonst. betriebl. Aufwendungen	6.372	5.961	6.408	411
Finanzergebnis	-2	14	5	-16
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	632	1.158	321	-526
Steuern	1	2	2	-1
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abzuführende Gewinne	631	1.156	319	-524
Jahresergebnis	0	0	0	0

Im Berichtsjahr wurden Umsatzerlöse i. H. v. rd. 13,54 Mio. EUR (Vj.: 13,28 Mio. EUR) erwirtschaftet. Der überwiegende Teil (rd. 12,98 Mio. EUR) resultierte dabei aus den Netzentgelten für Strom & Gas. Dabei war in der Sparte Strom ein Anstieg um rd. 650 TEUR (+ 8,1 %) sowie in der Sparte Gas ein Rückgang um rd. 622 TEUR (- 13,2 %) zu verzeichnen. Die Erlöse aus Installationsgeschäften stiegen um 235 TEUR auf 560 TEUR an.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich ggü. dem Vorjahr um rd. 174 TEUR auf 1,23 Mio. EUR und betreffen im Wesentlichen Erlöse aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (750 TEUR; Vj.: 746 TEUR), periodenfremde Erträge (213 TEUR; Vj.: 146 TEUR) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (168 TEUR; Vj.: 49 TEUR).

Der Materialaufwand betrug rd. 7,14 Mio. EUR (Vj.: 6,63 Mio. EUR) und resultiert i. H. v. rd. 5,59 Mio. EUR (Vj.: 5,1 Mio. EUR) aus der Netznutzung vorgelagerter Gas/Strom-Netze (u. a. Thüringer Energienetze GmbH TEN) sowie i. H. v. rd. 1,55 Mio. EUR (Vj.: 1,52 Mio. EUR) aus Dienstleistungen (Unterhaltung/Installation) für Netze.

Der Personalaufwand beträgt bei 8 Mitarbeitern (Vj.: 7) rd. 645 TEUR (Vj.: 606 TEUR). Der Anstieg resultiert u. a. aus einer Tarifierung zum 01.05.2013 sowie aus einer Einstellung in die Rückstellung für Altersteilzeit (32 TEUR).

Der sonstige betriebliche Aufwand beträgt rd. 6,37 Mio. EUR (Vj.: 5,96 Mio. EUR) und resultiert hauptsächlich aus den Pachtentgelten EVB i. H. v. 3,40 Mio. EUR (Vj.: 3,23 Mio. EUR), den Konzessionsabgaben i. H. v. 1,23 Mio. EUR (Vj.: 1,22 Mio. EUR) sowie der Geschäftsbesorgung durch die EVB i. H. v. 1,11 Mio. EUR (Vj.: 1,03 Mio. EUR). Daneben war vor allem auch der Anstieg der übrigen Aufwendungen um rd. 157 TEUR ursächlich für den Anstieg des Gesamtaufwandes.

In der Folge wurde ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit i. H. v. + 632.137,65 EUR (Vj.: 1.158 TEUR) erwirtschaftet, welches nach Abzug der sonstigen Steuern (0,6 TEUR) aufgrund des bestehenden GAV an die EVB abgeführt wurde.

3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresergebnis (vor Gewinnabführung)	631	1.156	319
+/- Zu-/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	-96	-772	-212
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-11	-9	-7
-/+ Zunahme/Abnahme anderer Aktiva	-33	637	-188
+/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva	-18	-372	19
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	473	640	-69
= Cashflow aus Investitionstätigkeit	0	0	0
Einzahlungen aus Ertragszuschüssen	56	30	45
Auszahlungen aus Gewinnabführungen EVB	-1.156	-1.156	-319
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.100	-1.126	-274
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel	-627	-486	-343
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	3.820	4.306	4.649
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.193	3.820	4.306

Zum Stichtag waren liquide Mittel i. H. v. 3.193 TEUR (Vj.: 3.820 TEUR) vorhanden. Dabei reichte der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. 473 EUR nicht aus, um den negativen Cashflow aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. 1.100 TEUR zu kompensieren.

Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis – Stadt Eisenach (AZV)

Sitz des Zweckverbandes:	Andreasstraße 11 36433 Bad Salzungen
Internet:	www.azv-wak-ea.de
Gründung:	1998
Handelsregister:	HR A 1249, Amtsgericht Meiningen
Satzung:	gültig i. d. F. vom 23. Oktober 2007 (in-Kraft-getreten am 20. November 2007)

Organe des Zweckverbandes:

Geschäftsleitung:

Herr Dieter Trümper

Von § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Verbandsversammlung:

Herr Reinhard Krebs (Verbandsvorsitzender)	- Landrat des Wartburgkreises
Herr Andreas Ludwig	- Bürgermeister der Stadt Eisenach
Herr Gerhard Schneider	- CDU – Stadtratsfraktion der Stadt Eisenach
Frau Lydia Duft	- Die Linke - Stadtratsfraktion
Herr Kurt Kästner	- CDU - Kreistagsfraktion des Wartburgkreises
Herr Reinhardt Bönnhardt	- Die Linke - Kreistagsfraktion des Wartburgkreises
Herr Andreas Böhme	- Fraktion „Freie Wähler“ des Wartburgkreises
Herr Frank Pach	- SPD - Kreistagsfraktion des Wartburgkreises
Herr Thomas Fischer	- SPD - Kreistagsfraktion des Wartburgkreises

Verbandsausschuss:

Herr Reinhard Krebs – Vorsitzender	- Landrat des Wartburgkreises
Herr Andreas Ludwig	- Bürgermeister der Stadt Eisenach
Herr Kurt Kästner	- Rentner

Die Versammlung und der Verbandsausschuss sind ehrenamtlich tätig und erhielten im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen von 2 TEUR (Vj.: 2 TEUR).

Verbandsmitglieder

Wartburgkreis, **Stadt Eisenach**

Beteiligungen und Mitgliedschaften

Entsorgungsgesellschaft Wartburgregion GmbH (EWA) 100 % von 250.000,00 EUR Stammkapital
 Umweltservice Wartburgregion GmbH (USW) 51 % von 1.533.900,00 EUR Stammkapital
 Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestthüringen (ZAST) 10 von 32 Stimmen

Kurzvorstellung des Zweckverbandes

Der Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis – Stadt Eisenach (AZV) hat am 01. April 1998 seine Tätigkeit aufgenommen. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind der Wartburgkreis und die Stadt Eisenach, die gleichzeitig ihre gesetzliche Entsorgungspflicht auf ihn übertragen haben.

Die Hauptaufgabe des Zweckverbandes gemäß § 3 der Satzung ist das Wirken als öffentlich-rechtlicher Entsorger. Der AZV entsorgt die Abfälle der rd. 177.000 Bürger im Verbandsgebiet sowie zahlreicher Gewerbebetriebe. Der AZV arbeitet auf der Grundlage der Abfallentsorgungssatzung und der Gebührensatzung.

Der AZV wird als Eigenbetrieb geführt, das heißt, er handelt wie ein wirtschaftliches Unternehmen. Diese Organisationsform soll im Interesse aller Gebührenzahler dem allgemeinen Trend zu steigenden Kommunalabgaben und Gebühren durch kostenorientiertes Management entgegenwirken.

Der AZV ist seit dem 26. April 2001 Mehrheitsgesellschafter der USW mit Sitz in Eisenach Ortsteil Stockhausen. Dieser Betrieb ist ein nach den geltenden Vorschriften zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb und erfüllt die Forderungen des Qualitätsmanagements (QM) gemäß der DIN ISO 9002. Auf Grundlage des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 18.09.2008 wurde mit Wirkung vom 01.01.2009 die Entsorgungsgesellschaft Wartburgregion mbH (EWA) gegründet. Die EWA ist seitdem für die Entsorgung der im Verbandsgebiet anfallenden Abfälle sowie die Bereitstellung und Service für das Gefäßsystem verantwortlich.

Der AZV betreibt die Deponie Mihla-Buchenau sowie an den Müllumladestationen Großenlupnitz und Merkers je einen Wertstoffhof. Der AZV überwacht die bereits stillgelegten Hausmülldeponien Dankmarshausen, Bad Salungen - Kloster und Vacha. Dazu werden kontinuierlich Messungen des Grundwassers vorgenommen und andere umweltrelevante Daten erfasst.

Der AZV ist Mitglied im Zweckverband für Abfallwirtschaft Südwestthüringen, der für die Behandlung und Entsorgung der Beseitigungsabfälle ab dem 01. Juni 2005 verantwortlich ist. Der ZASSt unterhält im Verbandsgebiet des AZV die beiden Müllumladestationen Großenlupnitz und Merkers. Der Betrieb der beiden Müllumladestationen erfolgt durch den AZV.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter (inkl. Geschäftsleiter)	20	20	19	19	20	20	20	20	21	21

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die in der Kurzvorstellung genannten Aufgaben des Zweckverbandes begründen den öffentlichen Zweck.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsleitung; Stand: 12. April 2014)

Im Jahr 2013 war die durch die Verbandsversammlung am 14.12.2010 beschlossene 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung im 3. Jahr anzuwenden. Bei gleichem Gebührenniveau waren die Erlöse aus Hausmüllgebühren annähernd in gleicher Höhe wie im Vorjahr.

Die in der Verbandsversammlung vom 05.03.2013 gefassten Beschlüsse bzgl. der Ergebnisverwendung zu den Jahresabschlüssen 2010 bis 2011 wurden ebenso wie der Beschluss vom 20.11.2013 zur Ergebnisverwendung des Jahresabschlusses 2012 vom Landesverwaltungsamt nicht beanstandet. Es wird deshalb davon ausgegangen, dass die erzielten Ergebnisse der Jahre 2011 bis 2013 Grundlage der zu erstellenden Nachkalkulation sind. Die für den zukünftigen Kalkulationszeitraum (2015 – 2018) notwendige neue Gebührenkalkulation soll unmittelbar nach Feststellung des Jahresabschlusses 2013 erfolgen und dem Landesverwaltungsamt zur Genehmigung vorgelegt werden.

Wesentlicher Schwerpunkt der Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr 2013 war gemäß Vermögensplan der Austausch der Behältersysteme für Haus- und Biomüll. Dazu wurde eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. In der Sitzung des Verbandsausschusses am 17.07.2013 erfolgte die Zuschlagserteilung zur Lieferung von insgesamt 65.270 Müllgefäßen an zwei Firmen mit einem Auftragswert von 1.586 TEUR. Sämtliche Behälter waren werksseitig mit Transpondern ausgestattet, so dass eine nahtlose Weiterführung des Kunden- bzw. behälterbezogenen Identifikationssystems gesichert werden konnte. Nach der notwendigen Vorbereitung des EDV-Systems erfolgte der Tonnentausch im 4. Quartal 2013 durch die mit der Ausführung beauftragte Umweltservice Wartburgregion GmbH. Die Kosten hierfür betragen dafür abzüglich der Vergütung für die Altgefäße (80 TEUR) ca. 255 TEUR. Aus Praktikabilitätsgründen wurde die letzte Leerung der alten Abfallgefäße nicht berechnet (keine Leistungsgebühr), was überschlägig zu Mindererlösen von 120 TEUR führte.

Rückblickend kann eingeschätzt werden, dass der Tonnentausch Dank des großen Engagements aller Beteiligten ohne größere Probleme realisiert werden konnte. In diesem Zusammenhang wurde der mit der EWA bestehende Entsorgungsvertrag bzgl. der Bereitstellung und Bewirtschaftung des Gefäßsystems angepasst.

Ein weiterer Schwerpunkt der Investitionstätigkeit war die Einführung von ACS neo, einer weiterentwickelten Software zur Veranlagung der Abfallgebühren. Hier galt es, vorbereitende Maßnahmen zu treffen, um eine zeitgerechte Gebührenveranlagung für das folgende Wirtschaftsjahr abzusichern.

Die im Jahr 2009 begonnene Aufbereitung /Ablagerung von Kesselrostasche auf der Deponie Mihla wurde im Jahr 2013 weitergeführt. Es wurden 99 Tt abgelagert (Vj.: 100 Tt). Da die Deponiekapazität im Wesentlichen erschöpft ist, wurde 2011 ein Antrag zur Herstellung eines Stützkörpers mit erforderlicher Anpassung der Deponiekubatur an die Genehmigungsbehörde, das Landesverwaltungsamt, gestellt. Mit Datum vom 19.03.2012 erging ein entsprechender Bescheid. Hiernach wird die Möglichkeit eröffnet, im Rahmen von baulichen Maßnahmen zur Deponiesicherung und –sanierung weiterhin aufbereitete Kesselrostasche abzulagern. Infolge dieses Bescheides wurden die der Rückstellungen zugrunde liegenden Zahlungsströme für die Nachsorge und Rekultivierung neu geschätzt, was zu einer zeitlichen Verschiebung verschiedener Baumaßnahmen in die Folgejahre führte. Auf der Grundlage des Bescheides des Landesverwaltungsamtes vom 19.03.2012 wurden im Berichtsjahr die geforderten baulichen Maßnahmen umgesetzt. Dies beinhaltete die Erweiterung der Ablagerungsbecken sowie das Aufbringen einer entsprechenden Entwässerungsschicht zur Ableitung von Oberflächenwasser.

Insgesamt kann die Einnahmesituation des Verbandes als leicht rückläufig, aber unter Berücksichtigung der aus dem Gebührenüberhang der Vorjahre zur Verfügung stehenden Mittel als zufriedenstellend eingeschätzt werden.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsleitung; Stand: 12. April 2014)

Das im Wesentlichen seit Jahren praktizierte Entsorgungssystem entspricht den derzeitigen gesetzlichen Vorgaben und kann unter Berücksichtigung des Aspekts der Zumutbarkeitsgrenze für Kommunalabgaben als kundenorientiert betrachtet werden.

Die operative Abfallentsorgung im Verbandsgebiet erfolgt weiterhin im Wesentlichen auf der Grundlage der Verträge mit der Entsorgungsgesellschaft Wartburgregion mbH (EWA). Aufgrund eines im Wirtschaftsjahr 2013 bereits eingereichten, vertragsmäßigen Preiserhöhungsverlangens der EWA, wurden die Preise für die Sammelleistungen für Kühlgeräte, Elektroschrott, Sonderabfallkleinstmengen sowie Baum- und Strauchschnitt neu verhandelt und um jeweils 6,7 %, 1,5 %, 2,0 % sowie 14 % zum 01.01.2014 erhöht.

Als wesentliche Risiken sieht der Verband insbesondere die anhaltenden Kostensteigerungen sowie die demographische Entwicklung (zukünftige Verminderung der Erlöse). Ferner ist die Schätzung bezüglich der Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen risikobehaftet, da aufgrund des langjährigen Schätzzeitraums ggf. unvorhergesehene Umstände zu einer Kostensteigerung führen können, die dann nur sehr beschränkt auf die Höhe der Gebühren abgewälzt werden kann.

Dem Risiko der Kostensteigerung wird durch eine systematische Anpassung von Verträgen / Erschließung von Effizienzsteigerungen begegnet. Die Nutzung von Chancen ist dabei aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Art der Tätigkeit (hoheitlich) nur bedingt möglich.

Eine Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes auf der Grundlage einer zu erstellenden Hausmüllanalyse sollte unmittelbar erfolgen.

Mit Blick auf eine eventuell anstehende Kreisgebietsreform in Thüringen bzw. die bereits in Verhandlung stehende Rückführung der Stadt Eisenach in den Wartburgkreis ergibt sich für den AZV ein bislang noch nicht abschließend rechtlich beurteilbares Risiko. Mit Wegfall eines Verbandsmitgliedes geht dem Zweckverband die rechtliche Legitimation der kommunalen Zusammenarbeit verloren, heißt, er ist aufzulösen.

Mit der Maßgabe zur Gewährleistung einer auch zukünftig kontinuierlichen Abfallentsorgung unter dem Dach einer wirtschaftlichen Organisationsform, auch unter Einbeziehung der derzeit wirtschaftlichen Beteiligungen, sollten die Verbandsmitglieder im Vorfeld der Verbandsauflösung nach geeigneten Lösungen suchen, um die Verbandsstruktur zu erhalten. Nach gegenwärtigem Stand geht die Geschäftsleitung davon aus, dass die Verbandsarbeit aber auch auf kurz- bis mittelfristige Sicht (Zweijahressicht) in den gegebenen Strukturen ausgeübt wird.

Für den Kalkulationszeitraum 2015 bis 2018 wird im Folgegeschäftsjahr 2014 die Erarbeitung einer Gebührenkalkulation vorgenommen, die zu einer entsprechenden Überprüfung der Gebührenstruktur führen wird.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Die Stadt Eisenach leistete im Jahr 2013 (analog zum Vorjahr) keine Umlagen gem. § 37 des ThürKGG.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Zuschüsse geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis – Stadt Eisenach
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 – 2013 (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva		2013		2012		2011	
Anlagevermögen	9.968	16%	10.548	17%	11.736	20%		
Immaterielles Vermögen	78		16		17			
Sachanlagen	1.338		1.484		1.589			
Finanzanlagen	8.552		9.048		10.130			
Umlaufvermögen	50.491	83%	50.232	83%	47.251	80%		
Vorräte	0		0		0			
Forderungen u. sonst. Vermögen	2.561		2.402		1.940			
Wertpapiere	2.000		2.000		5.000			
Liquide Mittel	45.930		45.830		40.311			
Aktiver RAP	34	0%	41	0%	71	0%		
Bilanzsumme	60.493	100%	60.821	100%	59.058	100%		
	Passiva							
			2013		2012		2011	
Eigenkapital	13.951	23%	14.823	24%	16.259	28%		
Rücklagen	9.209		10.646		9.883			
Gewinn-/Verlustvortrag	5.613		5.613		5.613			
Jahresergebnis	-871		-1.437		763			
Rückstellungen	45.530	75%	45.255	74%	41.972	71%		
Verbindlichkeiten	1.012	2%	743	1%	827	1%		
Verbindlichkeiten >1 Jahr	3		2		0			
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	1.009		741		827			
Passiver RAP	0	0%	0	0%	0	0%		
Bilanzsumme	60.493	100%	60.821	100%	59.058	100%		

Die Bilanzsumme des AZV hat sich im Berichtsjahr um 328 TEUR bzw. 0,5 % auf 60.493 TEUR verringert.

Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen um 580 TEUR auf 9.968 TEUR gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang bei den Sachanlagen: so sind Verminderungen im Bereich Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten um 68 TEUR, Maschinen und maschinellen Anlagen um 46 TEUR sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung um 32 TEUR erfolgt. Weitere Reduzierungen sind bei den Finanzanlagen im Bereich der Ausleihungen an verbundene Unternehmen um 318 TEUR und sonstigen Ausleihungen um 178 TEUR zu verzeichnen. Ein Anstieg dagegen erfolgte beim immateriellen Vermögen (entgeltlich erworbene Software) um 62 TEUR.

Im Umlaufvermögen ist dagegen ein Anstieg um 259 TEUR auf 50.491 TEUR zu verzeichnen, was maßgeblich aus den Steigerungen der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (+ 79 TEUR), Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+ 69 TEUR), sonstigen Vermögensgegenständen (+ 11 TEUR) sowie des Kassenbestandes (+ 101 TEUR) resultiert.

Auf der Passivseite stellt sich die Entwicklung wie folgt dar: Das Eigenkapital des Verbandes ist aufgrund des Jahresverlustes um 871 TEUR auf 13.952 TEUR gesunken. Dadurch ergibt sich eine Verringerung der Eigenkapitalquote auf 23,1 % (Vj.: 24,4 %). Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestanden nicht.

Es ist ein Anstieg der Rückstellungen um 275 TEUR auf 45.530 TEUR zu verzeichnen, was u. a. aus der Erhöhung der Rückstellungen für Pensionen (+ 58 TEUR) resultiert. Die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich im Bereich der Rekultivierung und Nachsorge der Deponien (+ 1.209 TEUR), dagegen reduzierten sich die Rückstellungen für die Gebührenausgleichsrücklage um 969 TEUR. Unverändert verbleiben die Rückstellungen für strittige, ungewisse Verpflichtungen i. H. v. 2.001 TEUR.

Die Verbindlichkeiten haben sich ggü. dem Vorjahr um 268 TEUR bzw. 36,1 % auf 1.011 TEUR erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem (stichtagsbedingten) Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+ 4 TEUR) sowie der Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen (+ 271 TEUR). Die sonstigen Verbindlichkeiten sind um 4 TEUR auf 20 TEUR gesunken.

2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	10.997	9.124	10.157	1.873
Sonstige Erträge	2.921	2.684	2.287	237
Gesamtleistung	13.918	11.808	12.443	2.110
Materialaufwand	10.849	10.683	10.867	166
Personalaufwand	1.035	990	1.007	45
Abschreibungen	1.924	204	199	1.720
sonst. betriebl. Aufwendungen	828	2.565	1.309	-1.737
Finanzergebnis	-121	1.246	1.751	-1.367
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-839	-1.388	813	549
Steuern	32	49	50	-16
Jahresergebnis	-871	-1.437	763	565

Die Umsatzerlöse lagen mit 10.997 TEUR um rd. 21 % über den Ergebnissen des Vorjahres (Vj.: 9.124 TEUR). Ursächlich ist im Wesentlichen ein Plus der Erlöse Müllgebühren (+ 18 TEUR) und der Kippgebühren (+ 47 TEUR). Ohne Berücksichtigung der Inanspruchnahme bzw. Zuführung der Rückstellung für Kostenüberdeckung belaufen sich die Einnahmen aus Gebühren auf 10.027 TEUR und sind somit 92 TEUR niedriger als 2012.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um 237 TEUR auf 2.921 TEUR resultiert im Wesentlichen aus Mehrerlösen für den Verkauf von Altpapier.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Berichtszeitraum um 166 TEUR bzw. 1,6 % auf 10.849 TEUR und liegt damit etwa auf dem Niveau von 2011. Trotz dieser Erhöhung wurde der Planwert (11.165 TEUR) unterschritten, ursächlich waren hierfür geringere Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 45 TEUR bzw. 4,5 % auf 1.035 TEUR gestiegen: Die Ursachen liegen einerseits in der tariflich vereinbarten Lohnsteigerung. Andererseits wurde für einen zum 30.11.2013 ausscheidenden Mitarbeiter (Beamter) ab 01.06.2013 ein neuer Angestellter zur Einarbeitung eingestellt. Daraus erfolgte für sechs Monate eine Doppelbesetzung.

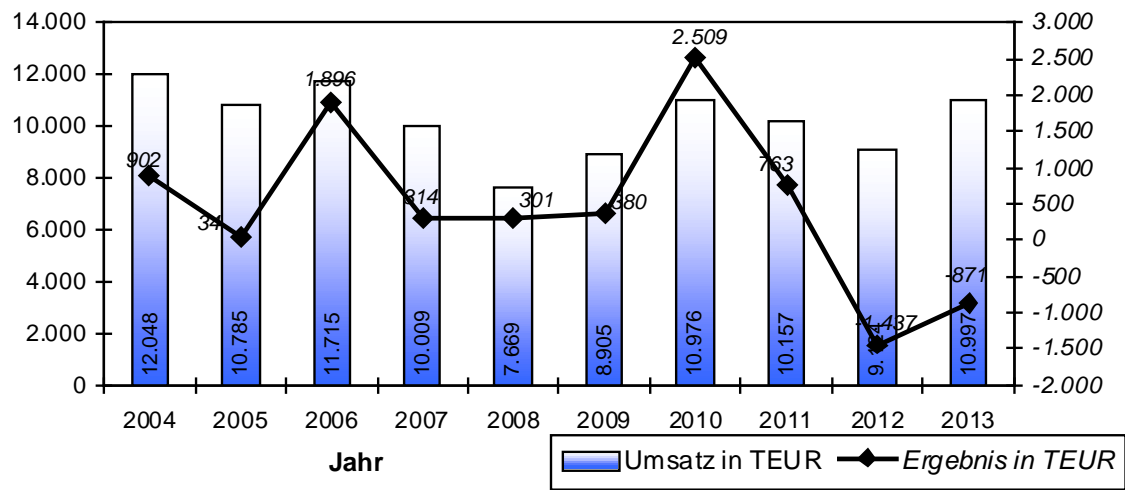
Die AfA sind ggü. 2012 um 1.720 TEUR auf 1.924 TEUR gestiegen. Maßgeblich für diese immense Steigerung ist der im Berichtsjahr vorgenommene Tausch der neuen Restmüll- und Biotonnen im Verbandsgebiet und die damit verbundene Abschreibung als GWG (geringwertige Wirtschaftsgüter) in voller Höhe innerhalb des Wirtschaftsjahres (1.709 TEUR).

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist eine Verringerung um 1.737 TEUR auf 828 TEUR zu verzeichnen. Im Vorjahr wurden Zuführungen zu Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus eventuell gebührenmindernden Sachverhalten der Vorjahre ausgewiesen (2.001 TEUR).

Das Finanzergebnis beträgt - 121 TEUR und zeigt sich damit ggü. dem Vorjahr (+ 1.246 TEUR) deutlich verschlechtert. Diese Verringerung ist mit den hohen Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen zu erklären. Das Neutrale Ergebnis beträgt - 650 TEUR (Vj.: - 2.510 TEUR).

Positiv beeinflusst wurde das Ergebnis ertragsseitig u. a. durch eine höhere Inanspruchnahme aus Rückstellungen für den Gebührenausschlag um 1.065 TEUR. Negative Auswirkungen ergaben sich aufwandsseitig hauptsächlich aus den Abschreibungen GWG (Tausch der Restmüll- und Biotonnen), durch Instandhaltungsaufwendungen (Tausch Gefäßsystem) auf 370 TEUR (Vj.: 0 EUR) sowie der Zuführung zur Rückstellung für den Gebührenausschlag i. H. v. 1.800 TEUR (Vj.: 2.700 TEUR). Im Ergebnis ergibt sich ein Jahresverlust von 871 TEUR (Vj.: Verlust i. H. v. TEUR 1.436).

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

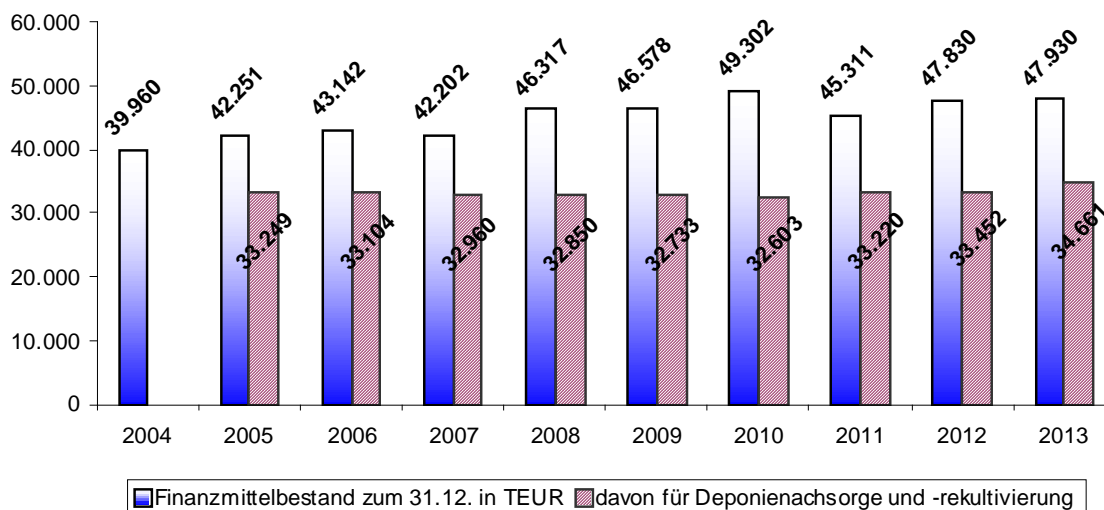


3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	-871	-1.436	763
+ Abschreibungen/Abgänge	1.924	204	199
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	0	-14	-3
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen	275	3.283	622
+ sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	-156	267	-33
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	4	-699	-467
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	268	-84	-120
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	1.444	1.521	961
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-1.840	-98	-5.087
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	0	14	3
+ Rückfluss gewährter Darlehen	496	1.082	132
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (2)	-1.344	998	-4.952
+/- Darlehensaufnahme/Darlehensstilgung	0	0	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (3)	0	0	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ : (1) - (3)]	100	2.519	-3.991
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	47.830	45.311	49.302
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	47.930	47.830	45.311

Der Finanzmittelbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 100 TEUR erhöht und betrug zum 31.12.2013 insgesamt 47.930 TEUR. Die Stichtagsliquidität ist, bedingt durch die hohe Vorhaltung von Finanzmitteln für die Deponienachsorge und -rekultivierung (Bestand 31.12.2013: 34.661 TEUR), als sehr gut anzusehen.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes in TEUR



Trink- und AbwasserVerband Eisenach – Erbstromtal (TAV)

Sitz des Zweckverbandes:	Am Frankenstein 1 99817 Eisenach
Internet:	www.tavee.de
Email:	info@tavee.de
Gründung:	2003
Satzung:	gültig i. d. F. der 6. Änderungssatzung vom 05. August 2011 (in Kraft getreten am 11. Oktober 2011)

Organe des Zweckverbandes:

Werkleiter:

Herr Peter Kahlenberg - Werkleiter seit 01.10.2011

Verbandsvorsitzender:

Herr Bernhard Bischof (ab 01.07.2012) - Bürgermeister Hörselberg-Hainich

Verbandsversammlung: (Stand 31.12.2013)

Stadt Eisenach

Herr Andreas Ludwig
Frau Gisela Büchner
Herr Gerald Kocian
Herr Frank Pechstädt (bis 21.05.2013)
Frau Karin May (ab 22.05.2013)
Herr Torsten Tikwe
Herr Steffen Senf
Herr Thomas Randhahn

Stadt Creuzburg

Herr Bürgermeister Ronny Schwanz
Frau Karla Leise
Herr Ralf Pollmeier

Gemeinde Seebach

Frau Bürgermeisterin Maritta Nagel (bis 05.05.2013)
Herr Beigeordneter Lothar Schäfer (ab 06.05.2013)
Frau Margot Pahl
Herr Ingo Auer

Gemeinde Wutha-Farnroda

Herr Bürgermeister Torsten Gieß
Herr Klaus Stöber
Herr Jörg Schlothauer
Herr Jörg Lückert
Herr Klaus Schleicher
Herr Detlef Krüger

Gemeinde Krauthausen

Herr Bürgermeister Frank Moenke
Herr Reinhard Henterich

Stadt Ruhla

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Ziegler
Herr Frank Bielert
Herr Thomas Töpfer
Herr Werner Probst
Herr Prof. Dr. Hans-Jörg Lessig
Herr Sigmund Brodner

Gemeinde Hörselberg-Hainich	Herr Bürgermeister Bernhard Bischof Frau Dr. Ute Rauschenberg Herr Daniel Steffan Herr Erhard Schade
Gemeinde Ifta	Herr Beigeordneter Wolfgang Uth Herr Uwe Bartel
Stadt Treffurt	Herr Bürgermeister Michael Reinz Frau Manuela Montag Frau Constanze Michel Herr Timo Biehl Herr Günter Oßwald Herr Willi Rublack

Verbands- und Werkausschuss: (Stand: 31.12.2013)

Herr Andreas Ludwig	- Bürgermeister der Stadt Eisenach
Herr Ronny Schwanz	- Bürgermeister der Stadt Creuzburg
<i>Frau Maritta Nagel (bis 05.05.2013)</i>	- <i>Bürgermeisterin der Gemeinde Seebach</i>
Herr Lothar Schäfer (ab 06.05.2013)	- 1. Beigeordneter der Gemeinde Seebach
Herr Torsten Gieß	- Bürgermeister der Gemeinde Wutha-Farnroda
Herr Frank Moenke	- Bürgermeister der Gemeinde Krauthausen
Herr Hans-Joachim Ziegler	- Bürgermeister der Stadt Ruhla
Herr Bernhard Bischof	- Bürgermeister der Gemeinde Hörselberg
Herr Wolfgang Uth	- 1. Beigeordneter der Gemeinde Ifta
Herr Michael Reinz	- Bürgermeister der Stadt Treffurt

Verbandsmitglieder

Verbandsmitglieder sind die Städte und Gemeinden Creuzburg, **Eisenach**, Hörselberg-Hainich, Ifta, Krauthausen, Ruhla, Seebach, Treffurt und Wutha - Farnroda

Beteiligungen des Zweckverbandes

Keine.

Kurzvorstellung des Zweckverbandes

Der TAV ist mit Wirkung zum 01. Januar 2003 aus dem Trinkwasser-Zweckverband Eisenach - Erbstromtal und dem Abwasser-Verband Eisenach – Erbstromtal hervorgegangen. Der Sitz des Zweckverbandes ist Eisenach / OT Stedtfeld. Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er erfüllt seine Aufgaben ohne Gewinnerzielungsabsicht.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, in seinem räumlichen Wirkungsbereich die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung und –reinigung nach den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen, insbesondere Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungs- und –reinigungsanlagen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten.

Bis zum 31. Dezember 2004 oblag dem TAV nur die überörtliche Ver- und Entsorgung (Teilverband). Zum 01. Januar 2005 wurden dem Zweckverband auch die Aufgaben der örtlichen Ver- und Entsorgung übertragen, womit der TAV zum Vollverband umgestaltet wurde.

Der räumliche Wirkungsbereich des Zweckverbandes umfasst das Gebiet seiner Verbandsmitglieder mit Ausnahme des Gebiets der Gemeinde Hörselberg-Hainich. Für das Gebiet der Gemeinde Hörselberg-Hainich erstreckt sich der räumliche Wirkungsbereich des Zweckverbandes nur auf die Ortsteile Beuernfeld, Bolleroda, Burla, Ettenhausen a. d. Nesse, Großenlupnitz, Hastrungsfeld, Kälberfeld, Melborn, Sättelstädt, Sondra und Wenigenlupnitz.

Personaldaten (Stichtag zum 31.12. laut Jahresabschluss)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Personalbestand gesamt	99	106	106	101	120	123	118	k. A.	k. A.
davon									
Geschäftsleiter	1	1	1	1	1	1	1		
davon Mitarbeiter	94	103	105	97	113	114	110		
davon Auszubildende	4	2	0	3	6	8	7		

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die in der Kurzvorstellung genannten Aufgaben des Zweckverbandes begründen den öffentlichen Zweck.

Situationsbericht des Unternehmens**Ausblick für das Unternehmen****Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage**

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes lagen keine geprüften Jahresabschlüsse für die Jahre 2012 und 2013 vor.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Die Stadt Eisenach leistete für die Straßenentwässerung im Jahr 2013 gemäß § 37 ThürKGG investive Umlagen von 312.968,88 EUR (Vj.: 287.738,14 EUR) an den TAV.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine weiteren Zuschüsse geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)

Sitz des Zweckverbandes: 99423 Weimar

Gründung: 2012

Satzung: gültig i. d. F. vom 01. November 2012
(in Kraft getreten am 20. November 2012)

Organe des Zweckverbandes:

Verbandsvorsitzender

Herr Frank Rostek Bürgermeister der Stadt Bleicherode

Verbandsversammlung:

§ 6 Abs. 1 Verbandssatzung: Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und den übrigen Verbandsräten. Jedes Mitglied entsendet einen Verbandsrat.

Über die Zusammensetzung der Verbandsversammlung lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes keine Informationen vor.

Verbandsausschuss:

Herr Frank Rostek - Verbandsvorsitzender	- Bürgermeister der Stadt Bleicherode
Herr Horst Brandt - stellv. Verbandsvorsitzender	- Bürgermeister der Stadt Langewiesen
Herr Steffen Harzer - stellv. Verbandsvorsitzender (bis 31.03.2014)	- Bürgermeister der Stadt Hildburghausen
Herr Johannes Hertwig	- Bürgermeister der Stadt Bad Sulza
Herr Christian Endter	- Bürgermeister der Stadt Steinbach-Hallenberg
Herr Jörg Klupak	- Bürgermeister der Stadt Bad Tennstedt
Herr Klaus Möller	- Bürgermeister der Gemeinde Meuselbach-Schwarzmühle
Herr Thomas Weigelt	- Bürgermeister der Stadt Bad Lobenstein
Herr Stefan Wolf	- Oberbürgermeister der Stadt Weimar
Herr Marco Seidel	- Bürgermeister der Stadt Tanna
Herr Uwe Möller	- Bürgermeister der Gemeinde Amt Wachsenburg

Verbandsmitglieder

Die aktuelle Zahl der stimmberechtigten Mitglieder beträgt 438 (Stand September 2014).

Der Stadtrat der Stadt Eisenach hat am 28.11.2012 die Mitgliedschaft im KET beschlossen. In diesem Zusammenhang wurden die von der Stadt Eisenach im Betrieb gewerblicher Art (BgA) Parkraumbewirtschaftung und Parkhaus gehaltenen 20.000 KEBT-Aktien auf den KET übertragen. Der Aktienübertragungsvertrag wurde am 21.08/12.09.2013 unterzeichnet. In der Verbandsversammlung der KET am 11.10.2013 wurde die Aufnahme der Stadt Eisenach in den KET beschlossen. Allerdings stand bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes die Genehmigung und Veröffentlichung im Staatsanzeiger durch das Thüringer Landesverwaltungsamt noch aus, so dass die Mitgliedschaft der Stadt Eisenach rechtlich noch nicht wirksam wurde.

Beteiligungen und Mitgliedschaften

Thüringer Energie AG	46,1 % am Grundkapital
KEBT AG	51,0 % am Grundkapital

Gegenstand des Unternehmens

Im Frühjahr 2012 hat E.ON Düsseldorf mitgeteilt, dass man sich von seinen Mehrheitsanteilen an der damaligen E.ON Thüringer Energie AG trennen möchte und den Thüringer Kommunen als zweitgrößtem Anteilseigner ein Vorkaufsrecht einräumt. Dies versetzte die Kommunalen Aktionäre der KEBT AG in die wohl einmalige Lage, durch eine Rekommunalisierung des größten Energieversorgers im Freistaat Thüringen zukünftig die Energiewende im Freistaat selbst aktiv zu gestalten, Arbeitsplätze in Thüringen dauerhaft zu sichern und neu zu schaffen. In der Hauptversammlung der KEBT AG am 18. Juli 2012 haben sich die kommunalen Aktionäre der KEBT AG mehrheitlich dafür ausgesprochen, diese historische Chance zu nutzen und die Verkaufsverhandlungen aufzunehmen. Diese Verhandlungen wurden über einen Zeitraum von mehreren Monaten intensiv und mit Unterstützung einer interministeriellen Arbeitsgruppe sowie einer Projektgruppe des Thüringer Innenministeriums geführt.

Aus finanzierungstechnischen Gründen (Aktienwerb über Kredite) hat der KET nunmehr die Übernahme der von E.ON zum Verkauf angebotenen Aktien an der ETE realisiert und hält jetzt rd. 46 % Prozent der Aktien. Unter dem neuen Namen „Thüringer Energie“ und einem neuen Erscheinungsbild seit dem 01. August 2013 sorgt das Unternehmen auch weiterhin für die Erzeugung, die Verteilung und den Vertrieb von Energie im Freistaat Thüringen.

Der KET beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Erwerb sowie mit der Verwaltung von Geschäftsanteilen an der Thüringer Energie AG. Er befasst sich mit der Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus der Beteiligung an der Thüringer Energie AG für die Kommunen ergeben. Der KET kümmert sich um die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlich zulässigen Interessenvertretung seiner Mitgliedskommunen.

Aufgaben und Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Aufgabe des Zweckverbandes ist die Teilaufgabe der kommunalen Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme, soweit es die Beteiligung an der KEBT AG und der Thüringer Energie AG betrifft. Die Aufgabe umfasst neben dem Besitz auch den Erwerb von Beteiligungen sowie die entsprechende Ausübung der mit den Beteiligungen verbundenen Rechte.

Zudem fördert der Zweckverband die regenerative Energieerzeugung. Der Zweckverband kann sowohl eigene Anlagen betreiben als auch seine Aufgaben mittelbar durch den Erwerb und das Halten bzw. die Finanzierung von Beteiligungen an Energieversorgungsunternehmen, die als Regionalversorger in Thüringen seinen satzungsmäßigen Zwecken dienen, erfüllen. Hierin eingeschlossen ist auch eine Beteiligung des Zweckverbandes an überörtlich tätigen Energieversorgungsunternehmen.

Im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung kann sich der Zweckverband unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften Dritter bedienen und alle notwendig werdenden oder in einem unmittelbar Zusammenhang stehenden Handlungen und Rechtsgeschäfte vornehmen.

Jedes Verbandsmitglied überträgt dem Zweckverband seine Anteile an der KEBT AG.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Da die Mitgliedschaft der Stadt Eisenach im KET bis zum Abschluss des Geschäftsjahres 2012/2013 der KEBT AG noch nicht wirksam geworden ist, hat die Stadt die KEBT-Aktien noch eigenständig über den BgA Parkraumbewirtschaftung und Parkhaus gehalten.

Die Hauptversammlung der KEBT AG hat am 16. Oktober 2013 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn 2012/2013 in Höhe von 30.438.225,75 Euro eine Dividende in Höhe von 4,25 Euro pro Stückaktie (Vorjahr 4,25 Euro), das sind insgesamt 9.029.694,50 Euro (2.124.634 Stückaktien), an die Aktionäre auszuschütten und den Restbetrag in Höhe von 21.408.531,25 Euro auf neue Rechnung vorzutragen. Die Ausschüttung der Dividende an die Aktionäre abzüglich Steuern ist am 11. Dezember 2013 erfolgt. Bei 20.000 städtischen KEBT-Aktien betrug die Dividende 85 TEUR (Vj.: 85 TEUR).

Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)
- Darstellung der Vermögens- und Ertragslage -
 2012 – 2013 (Rundungsdifferenzen möglich)

Auszug aus der **Bilanz** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2013:

Angaben in TEUR	2013	2012
Aktiva		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte		
Finanzanlagen		
Beteiligungen	1.153.755,5	0
	1.153.755,5	0
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Sonstige Vermögensgegenstände	16,9	0
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.016,8	0
	1.033,7	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme Aktiva	1.154.789,2	0
Passiva		
Eigenkapital		
Kapitalrücklage	207.243,7	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	24.701,4	0
	231.945,1	0
Sonstige Rückstellungen	1,1	0
Verbindlichkeiten	922.843,0	0
Bilanzsumme Passiva	1.154.789,2	0

Auszug aus der **Ergebnisrechnung** zum Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2013:

Angaben in TEUR	2013	2012
laufende Erträge aus Verwaltungstätigkeit	0	0
laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	10.225,9	0
laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	- 10.225,9	0
Finanzergebnis	38.012,4	0
ordentliches Ergebnis	27.786,5	0
außerordentliches Ergebnis	0	0
Jahresergebnis	27.786,5	0
Ausschüttung der Dividende aus eingelegten Aktien an Kommunen	3.085,1	0
Jahresergebnis nach Ausschüttung	24.701,4	0

Zweckverband Tierkörperbeseitigung Thüringen

Sitz des Zweckverbandes: Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz (ab 01.01.2010)

Internet: www.tierkoerperbeseitigung-thueringen.de

Gründung: 1995

Satzung: gültig i. d. F. vom 08. Juni 2009
(in-Kraft-getreten am 30. Juni 2009)

Organe des Zweckverbandes:

Verbandsvorsitzender:

Frau Martina Schweinsburg

Verbandsversammlung:

Die gesetzlichen Vertreter der Verbandsmitglieder bilden gem. § 6 Abs. 1 der Verbandssatzung die Verbandsversammlung. Sie sind kraft Amtes Mitglieder der Verbandsversammlung und werden als Verbandsräte bezeichnet. Im Falle ihrer rechtlichen oder tatsächlichen Verhinderung treten ihre Stellvertreter oder die in der Hauptsatzung aufgeführten weiteren Stellvertreter an ihre Stelle.

Stadt Eisenach - Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf

Verbandsmitglieder

Verbandsmitglieder sind alle Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Thüringen

Beteiligungen des Zweckverbandes

Keine.

Kurzvorstellung des Zweckverbandes

Der Zweckverband ist Aufgabenträger nach § 2 des Landesausführungsgesetzes zum Tierkörperbeseitigungsgesetz (TierKBG). Er hat die in seinem Gebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse im Sinne des § 1 TierKBG zu beseitigen.

Der räumliche Wirkungsbereich des Zweckverbandes umfasst das Gebiet seiner Mitglieder.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die in der Kurzvorstellung genannten Aufgaben des Zweckverbandes begründen den öffentlichen Zweck.


Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Zuschüsse bzw. Umlagen geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes lag die Jahresrechnung 2013 nicht vor.

6.3. WOHNUNGSBAU UND -VERWALTUNG

	Seite
 Städtische Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH.....	44

Städtische Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH (SWG)

Sitz der Gesellschaft: Jakobsplan 9
99817 Eisenach

E-Mail: info@swg-eisenach.de
Internet: www.swg-eisenach.de

Gründung: 29. Juni 1991

Handelsregister: HR B 400883, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 02. November 2010

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr Wilhelm Georg Wagner seit 01.10.2001

Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich des laufenden Geschäftsführergehalts wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung

Stadt Eisenach

vertreten durch:

- Herr Bürgermeister Andreas Ludwig *(ab 2. 1.2013)*
- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf *(bis 1.1.2013)*

Aufsichtsrat:

Herr Friedhelm Schönewolf – ARV

- Abteilungsleiter Gesamtbanksteuerung der
Wartburg-Sparkasse

Frau Regina Müller - sARV

- CDU-Stadtratsfraktion

Herr Dieter Suck

- CDU-Stadtratsfraktion

Frau Karin May (bis 06.06.2013)

- *Die Linke-Stadtratsfraktion*

Frau Lydia Duft *(ab 07.06.2013)*

- für Die Linke-Stadtratsfraktion

Herr Peter Gottstein

- BfE-Stadtratsfraktion

Frau Christiane Winter

- SPD-Stadtratsfraktion

Frau Gisela Rexrodt

- für B90/Grüne - Stadtratsfraktion

Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates: 9 TEUR (Vj.: 11 TEUR)

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in %	in EUR
Stadt Eisenach	100,0	25.600.000,00

Beteiligungen des Unternehmens

Keine.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Städtische Wohnungsgesellschaft Eisenach (SWG) ist Rechtsnachfolgerin des Eigenbetriebes „Kommunale Wohnungsverwaltung“ (KWV) der Stadt Eisenach. Dieser Eigenbetrieb ging aus der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Eisenach hervor, die vom 08. November 1979 bis zum 02. Oktober 1990 existierte.

Der **Gegenstand des Unternehmens** gemäß Gesellschaftsvertrag ist die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Die SWG errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben.

Die SWG kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

Seit 1995 erhöhten sich die Mieterfluktuation und die Leerstände von Wohneinheiten, speziell in den unsanierten Objekten. Um dieser Situation Herr zu werden, flossen erhebliche Mittel in die Sanierung und Modernisierung des Gebäudebestandes der SWG.

Der Gebäudebestand der SWG verringerte sich von 11.774 Wohneinheiten (WE) im Jahr 1990 auf 3.766 WE im Jahr 2013. Bereits 1991 gingen die ehemals von der KWV in Wutha-Farnroda bzw. Ruhla verwalteten WE auf die Gemeinde Wutha-Farnroda bzw. Stadt Ruhla über. Danach war der Rückgang maßgeblich bedingt durch die Rückübertragung von Alteigentum, der Veräußerung nach dem Altschuldenhilfegesetz (AHG) an Zwischenerwerber sowie der Schaffung von Wohneigentum und zuletzt der im Rahmen des Stadtumbaus getätigten Rückbaumaßnahmen.

Entwicklung der Leerstände im eigenen Bestand

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Wohneinheiten	1.116	682	684	679	623	489	491	419	420	390
in Prozent (WE)	24,8	16,94	16,97	16,8	15,4	13,3	11,7	10,82	10,93	10,36
WE ohne Abrissobjekte	470	476	485	467	393	259	282	252	282	310
in Prozent	12,6	12,8	13,05	13,5	10,4	6,9	7,1	6,8	7,65	8,41
Gewerbeeinheiten (GE)	22	20	23	18	17	11	13	9	9	10
in Prozent	44,0	36,0	42,59	31,6	31,58	22,9	19,7	19,56	20,45	19,23

Objekte (WE, GE) mit Restitutionsansprüchen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Insgesamt	136	110	93	75	70	56	56	41	14	10

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter	34,2	35,25	34,80	33,66	33,22	34,4	35,95	34,2	33,65	33,05
davon:										
Auszubildende	2	2	2	1,25	1	1,42	2	2	2	2
BA-Studenten	2	1,75	1	1,58	2	2	2	2	2	1,75

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als Hauptzweck und größtes Geschäftsfeld betreibt die SWG nach wie vor die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum. Die Gesellschaft orientiert sich hier an den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit.

Um attraktiven Wohnraum anbieten zu können, saniert die Gesellschaft in erster Linie die Wohnungen aus ihrem Bestand. Daneben errichtet sie vereinzelt Neubauten für besondere Nutzerschichten (z.B. Behindertengerechtes Wohnen in der Schmelzerstraße).

Ende 2013 haben ca. 3.376 Haushalte Wohnungen im Eigenbestand der SWG angemietet. D. h. mehr als 15 % der Haushalte in Eisenach sind Mieter im Eigenbestand der SWG. Hinzu kämen noch ca. 200 Haushalte in durch die Gesellschaft verwalteten Objekten. Die Mietpreise entsprechen in etwa dem Mietspiegel und sind i. d. R. kostendeckend.

Im Zusammenhang mit der Wohnungsvermietung wird zu günstigen Konditionen an die Stadt Eisenach zur Unterbringung von Aus- und Übersiedlern vermietet. Ferner erfolgt die Versorgung sozial schwacher Haushalte in Kooperation mit dem Sozialamt der Stadt Eisenach sowie der ARGE.

Weitere Betätigungsfelder im öffentlichen Interesse sind:

- Bau/Umbau, Finanzierung und kostengünstige Vermietung öffentlich genutzter Gebäude (Berufsakademie, Verwaltungsgebäude Markt 22, Alte Mälzerei),
- Grundstücksvorhaltung und -pooling zur Projektentwicklung und Vorbereitung von Investitionen Dritter und eigene Investitionen (z. B. Schmelzerstraße),
- Übernahme und Entwicklung von Bauland mit dem Ziel bauwilligen Interessenten und insbesondere jungen Familien im Stadtgebiet Eisenach passende Bauplätze zu günstigen Konditionen anbieten zu können (z. B. Baugebiete Karlskuppe und Göringen sowie Fischweide und Elisabethstraße),
- Bautätigkeiten und Grundstücksentwicklung im Sanierungsgebiet in Abstimmung mit der Stadtsanierung und -planung,
- aktive Mitwirkung an der Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes und des Stadtumbaus (z. B. Rückerwerb und Rückbau der „TLG-Blöcke“, Kauf von Gebäuden zum Abriss; Verkauf von Gebäuden mit Sanierungsverpflichtung)
- Mitwirkung bei der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie von Obdachlosen bzw. von Obdachlosigkeit bedrohter Menschen. Insgesamt wurden 8 WE mit Neuzugängen belegt.
- Unterstützung von und Beteiligung an Stiftungen von öffentlichem/kulturellem Interesse (Lippmann-Rau-Stiftung, Jazz-Archiv-Alte Mälzerei),
- Sponsoring und Unterstützung von Vereinen u.ä., mit dem Unterstützungsschwerpunkt Jugendarbeit,
- Mitwirkung bei der Optimierung der städtischen Beteiligungen im Rahmen des Beteiligungsgutachtens.
- Zur Verfügungstellen und Unterhaltung von Begegnungsstätten (Nachbarschaftstreffs) sowie eines Beratungszentrums.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 23. Mai 2014)

Rahmenbedingungen

Das Hauptbetätigungsfeld der Städtischen Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH ist die Vermietung und Verwaltung ihres Grundbesitzes.

Am 31. Dezember 2013 bewirtschaftete die SWG insgesamt 3.766 Wohnungen und 52 Gewerbeeinheiten im eigenen Bestand sowie 8 Wohnungen und 2 Gewerbeeinheiten, die mit Restitutionsansprüchen behaftet sind. 193 Wohnungseinheiten und 3 Gewerbeeinheiten werden im Auftrag Dritter treuhänderisch bzw. als Wohnungseigentum verwaltet. Daneben nimmt die SWG die kaufmännische und Teile der wohnungswirtschaftlichen Verwaltung für die Wohnbau Ruhla GmbH (WBR) und seit 01.01.2014 auch für die Wohnungsgesellschaft Wutha-Farnroda (WOG) wahr.

Derzeit kann keine Aussage darüber getroffen werden, wann mit einem Bescheid über die letzten noch bestehenden Eigentumsansprüche entschieden wird. Die Bestimmungen des Vermögensgesetzes ermöglichen hier nur eine „Notverwaltung“ der Grundstücke und aufstehenden Gebäude, Investi-

tionen in Sanierung bzw. Modernisierung dieser Objekte werden durch die SWG nicht vorgenommen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2013 liegt die Leerstandsquote bei 87,5 % im mit Restitutionsansprüchen behafteten Wohnungsbestand. Von 8 restitutionsbehafteten Wohnungen sind 7 WE leer stehend.

Die Stadt Eisenach zählt mit einem Anteil von ca. 30% der Einwohner im Alter über 60 Jahren zu den Thüringer Städten mit dem höchsten Seniorenanteil (Quelle: Statistische Angaben Stadtverwaltung Eisenach). Diese demografische Entwicklung stellt neue Anforderungen an die zukünftige Ausrichtung der Bestände der SWG als kommunales Wohnungsunternehmen. Ziel der laufenden und zukünftigen Investitionspolitik wird die Entwicklung des eigenen Wohnungsbestandes sowohl im Hinblick auf die Bedürfnisse der älteren Generation, in Blickrichtung Pflegebedürftigkeit/Hilfe im Alltag, als auch auf die Bedürfnisse junger Familien. Die Entwicklung des Bestandes soll, insbesondere bei Neubaumaßnahmen, auf ein „Miteinanderwohnen“ der Generationen ausgerichtet sein.

Die in den letzten Jahren vorgenommenen Modernisierungen bzw. Neubauten wurden bereits unter diesem Gesichtspunkt getätigt. Es wurde der Einbau von Aufzügen vorgenommen und, soweit dies bei Modernisierung im Bestand möglich war, auch Barrierefreiheit in den Wohnungen berücksichtigt. Geplant ist für die Jahre 2014 - 2016 der Neubau einer größeren Wohnanlage in der Innenstadt von Eisenach, die mit barrierefreien Wohnungen ausgestattet ist und im Parterre Räumlichkeiten für eine betreute Wohngruppe enthält, die von einer Sozialstation betrieben werden soll. Dort werden auch ältere Bewohner der Anlage, die ggf. Hilfe im täglichen Leben brauchen, Ansprechpartner finden.

Die Marktrisiken hinsichtlich der Vermietbarkeit und des Leerstandes sowohl im derzeitigen Bestand als auch die Risiken aus der Investitionstätigkeit werden als wohnungswirtschaftlich üblich angesehen. Das Interesse an senioren- und behindertengerechtem Wohnraum ist vorhanden. Im Bereich der Vermietung der SWG sind derzeit die Nachfragen nach diesen Angeboten weitaus höher, als die Gesellschaft aus ihrem bestehenden Bestand befriedigen kann.

Investitionstätigkeit

Die SWG hat im Geschäftsjahr 2013 Investitionen in Höhe von 3.761 TEUR getätigt und hat im Jahr 2013 u. a. begonnen, ein bis auf die Gewerbeunterlagerung leerstehendes Gebäude in der unmittelbaren Innenstadt von Eisenach komplett zu sanieren und zu barrierefreien Wohnungen umzubauen. Bis zum Bilanzstichtag 31.12.2013 wurden 629 TEUR in diese Maßnahme investiert. Insgesamt ist ein Investitionsvolumen von ca. 1.250 TEUR geplant. Das Objekt wird Mitte des Jahre 2014 bezugsfertig sein. Auch hier gibt es derzeit eine höhere Zahl an Mietinteressenten, als Wohnungen vorhanden sind. Daneben wurden an zwei Wohnanlagen Aufzüge angebaut mit einem Mitteleinsatz von 314,2 TEUR.

Im Dezember 2013 wurden für 2.069 TEUR 94 % der Anteile an der Gründer- und Innovationszentrum Stadtfeld GmbH (GIS) von der Stadt Eisenach gekauft. Der Besitzübergang erfolgt zum 01.01.2014.

Im Jahr 2014 wird in weiteren Wohngebieten der Anbau von Balkonen an bestehenden Wohngebäuden fortgesetzt. Ziel ist, damit eine Verbesserung der Vermietbarkeit zu erreichen. Die Nachfrage nach Wohnungen mit Balkonen ist stetig steigend. Wie bereits angeführt, ist für die Jahre 2014 - 2016 ein Neubau mit senioren- und behindertengerechten Wohnungen sowie einer im Objekt integrierten betreuten Wohngruppe vorgesehen.

Ebenfalls in der Planung für das Jahr 2014 ist der Einbau einer modernen Heizungsanlage in das eigene Verwaltungsgebäude, sowie die Erneuerung der Büroeinrichtungen nach ergonomischen Gesichtspunkten und entsprechend der Anforderungen an die Ausstattung von Bildschirmarbeitsplätzen.

Organisation und Personalentwicklung

Seit 01.01.2013 wird im Unternehmen mit dem wohnungswirtschaftliche EDV – Programm „Wowi cs“ der Haufe AG im Echtbetrieb gearbeitet. Die Umstellung auf ein neues System wurde notwendig, da das bisher genutzte Programm „WohnData“ der Aareon AG nicht mehr aktualisiert wird. Die Umstellung wurde bereits Ende des Jahres 2012 vorbereitet, die Datenübernahmen wurden im Dezember 2012 ausgeführt und die Übernahmen –insbesondere der Mietsollstellungen- mit den Daten aus dem alten System abgeglichen. Nennenswerte Probleme sind während der Umstellung nicht aufgetreten.

Der Personalbestand blieb im Jahr 2013 nahezu konstant bei durchschnittlich ca. 40 Mitarbeitern (33,05 VbE), von denen 6 Mitarbeiter in Teilzeit und 4 Mitarbeiter geringfügig beschäftigt sind. Der überwiegende Teil der Mitarbeiter ist bereits seit mehr als 15 Jahren im Unternehmen beschäftigt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der SWG erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 23. Mai 2014)

Prognose und Risiken der künftigen Entwicklung

Wesentliche Möglichkeiten zur Verbesserung der Ertragslage insbesondere im Bereich der Hausbewirtschaftung und Vermietung werden aufgrund der derzeitigen Situation am Eisenacher Wohnungsmarkt nicht gesehen. Mieterhöhungspotentiale sind weitestgehend ausgeschöpft. Auch zukünftig werden alle Mittel und Möglichkeiten ausgenutzt, um einen negativen Trend zu verhindern. Hierbei nehmen insbesondere die Bestandspflege und -entwicklung einen erhöhten Stellenwert ein, um eine Bindung der vorhandenen Mieterschaft an die SWG als Vermieter zu erreichen.

Die Strategiekonzepte der Gesellschaft laufen auf die Ausrichtung ihrer Bestände auf die zu erwartende demografische Entwicklung hinaus. Das beinhaltet die Bereitstellung von Wohnraum auf der Grundlage des Bedarfes älterer Mieter ebenso, wie die Bereitstellung von Wohnraum für Familien mit Kindern.

Die Risiken in der künftigen Entwicklung werden derzeit in folgenden Bereichen gesehen:

1. Externe Geschäftsrisiken, die durch die SWG nur wenig oder nicht beeinflussbar sind:
 - Bevölkerungsentwicklung (Geburtenrückgang / Abwanderung)
 - Entwicklung am regionalen Wohnungsmarkt in Verbindung mit der Entwicklung der Arbeitslosenquote
 - Vorhandensein von Förderregelungen insbesondere zur Marktanpassung des Wohnungsbestandes (§ 6a AHG; ThüMod – Programm; KfW – Programme)
 - Rückforderungen/Nachforderungen im Rahmen vermögensrechtlicher Regelungen (Erblastentilgungsfonds u. ä.)
2. Interne Geschäftsrisiken:
 - Entwicklung des Leerstandes und der Fluktuationsrate
 - zu realisierende durchschnittliche Monatssollmieten
 - Entwicklung der Kapitalkosten
 - Entwicklung der Instandhaltungskosten
 - Entwicklung der Kapitaldienstfähigkeit und der Innenfinanzierungskraft (EBITDA, Cash flow)
 - Entwicklung der Mietrückstände

Um entstehende Risiken rechtzeitig erkennen zu können, werden regelmäßige Auswertungen zur Entwicklung des Leerstandes, der Liquidität und zur Abrechnung der Jahresplanung vorgenommen.

Durch das im Jahr 2005 installierte Risikomanagementsystem können mittels regelmäßiger Kennzifferauswertung entstandene bzw. möglicherweise entstehende Risiken zeitnah erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Derzeit sind für ein Darlehensvolumen von ca. 18 Mio. EUR Konditionen auf Euribor – Basis vereinbart, davon sind ca. 16 Mio. EUR durch Swaps zinsgesichert. Erst ab 2016 sind erneut Zinsänderungsrisiken erkennbar, die in den Planungen der Gesellschaft eingearbeitet sind.

Zusätzlich zu den bereits vorgenommenen Zinssicherungsmaßnahmen wird in den kommenden Geschäftsjahren freie Liquidität vorwiegend zur Darlehenssondertilgung oder für Investitionen eingesetzt werden.

Im Jahr 1994 wurden Wohnungen mit insgesamt 5.706,24 m² Wohnfläche und einer Grundstücksfläche von insgesamt 8.077 m² zu einem Verkaufspreis von 1,00 DM (0,51 EUR) je m² Wohnfläche an den damaligen Anspruchsteller auf Restitution (GAGFAH) verkauft. Im Jahr 2011 erhielt die Gesellschaft durch das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen eine Mitteilung, dass möglicherweise die BGAG Immobilien Ost GmbH mit Sitz in Berlin der tatsächliche Restitutionsberechtigte sein könnte. Zu den rechtlichen und finanziellen Konsequenzen aus diesem Umstand können derzeit noch

keine Aussagen getroffen werden. Es besteht das Risiko, dass die SWG aus diesem Verfahren finanziell erheblich in Anspruch genommen wird.

Ausgehend von der derzeitigen wirtschaftlichen Situation am Wohnungsmarkt ist nicht zu erwarten, dass die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung, insbesondere die Mieterlöse, in den kommenden Zeiträumen eine wesentliche Steigerung erfahren können.

Daher werden Sanierungsmaßnahmen sinnvoll zur Marktanpassung des Wohnungsbestandes und zur Angebotsverbreiterung genutzt werden. Mittels Rückbaumaßnahmen und teilweisen Verkauf oder Sanierungen am Wohnungsbestand konnte bisher eine Altschuldenentlastung von insgesamt 4.131 TEUR erzielt werden. Das noch vorhandene Kontingent zur Altschuldenentlastung im Rahmen des § 6a AHG von ca. 74 TEUR wird im Jahr 2014 von der KfW abgerufen werden. Eine für die weitere Fortsetzung des Stadumbaus dringend benötigte Anschlussregelung gibt es nicht und ist derzeit auch nicht in Aussicht.

Die Gesellschaft ist überzeugt davon, dass mit strikter Einhaltung und Durchsetzung des Konsolidierungsplanes im Einklang mit der Ausführung der enthaltenen Abrissplanung sowie einer zukunftsgerichteten Entwicklung des Bestandes durch Sanierung und Neubau die bisherige positive Entwicklung weiter fortgesetzt wird.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Zuschüsse geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

Städtische Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
		2013		2012		2011
Anlagevermögen	124.277	89%	126.981	88%	130.704	88%
Immaterielles Vermögen	151		189		2	
Sachanlagen	122.049		126.793		130.702	
Finanzanlagen	2.077		0		0	
Umlaufvermögen	15.619	11%	17.896	12%	18.141	12%
Vorräte	7.981		7.922		7.902	
Forderungen u. sonst. Vermögen	1.063		1.118		1.233	
Wertpapiere	0		0		0	
Liquide Mittel	6.575		8.856		9.006	
Aktiver RAP	116	0%	70	0%	145	0%
Sonderverlustkonto gem. §17 Abs. 4 DMBilG	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme	140.013	100%	144.947	100%	148.990	100%
<i>Treuhandvermögen</i>	<i>1.189</i>		<i>1.646</i>		<i>1.383</i>	
	Passiva					
		2013		2012		2011
Eigenkapital	67.558	48%	66.883	46%	62.329	42%
Gezeichnetes Kapital	25.600		25.600		25.600	
Rücklagen	68.651		68.629		67.654	
Gewinn-/Verlustvortrag	-26.693		-27.346		-30.925	
Jahresergebnis	-		-		-	
Sonderposten für Investitionszulage	1.019	1%	1.046	1%	1.073	1%
Rückstellungen	1.680	1%	2.448	2%	4.063	3%
Verbindlichkeiten	69.757	50%	74.569	51%	81.524	55%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	59.835		64.507		71.337	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	9.922		10.062		10.187	
Passiver RAP	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme	140.013	100%	144.947	100%	148.990	100%
<i>Treuhandverbindlichkeiten</i>	<i>1.189</i>		<i>1.646</i>		<i>1.383</i>	

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 4.934 TEUR bzw. 3,4 % auf 140.013 TEUR verringert.

Auf der Aktivseite waren dafür im Wesentlichen die Rückgänge beim Anlagevermögen (- 2.704 TEUR), bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (- 55 TEUR) sowie den flüssigen Mitteln (- 2.281 TEUR) maßgeblich.

Der Rückgang des Sachanlagevermögens resultiert aus der Differenz der Zugänge (3.761 TEUR) zu den Abgängen (464 TEUR) und planmäßigen Abschreibungen (6.115 TEUR).

Demgegenüber ist ein Anstieg bei den Finanzanlagen um 2.077 TEUR zu verzeichnen, der aus der geleisteten Anzahlung für 94 % der Anteile an der Gründer- und Innovationszentrum Stedtfeld GmbH (GIS) von der Stadt Eisenach zum 01.01.2014 resultiert.

Der Rückgang der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände resultiert vor allem aus Rückgängen bei den Forderungen aus Verkauf von Grundstücken (- 143 TEUR) sowie bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (- 96 TEUR) bei gleichzeitigem Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände (+ 148 TEUR).

Zum Rückgang der liquiden Mittel wird auf die Erläuterungen zur Finanzlage (3.) verwiesen.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (aRAP) ist ggü. dem Vorjahr um rd. 47 TEUR auf 116 TEUR gestiegen.

Auf der Passivseite stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Das Eigenkapital ist ggü. dem Vorjahr um 675 TEUR in Höhe des Jahresüberschusses (653 TEUR) und aufgrund der Berichtigung der Sonderrücklage gem. § 36 DMBilG (+ 22 TEUR) gestiegen.

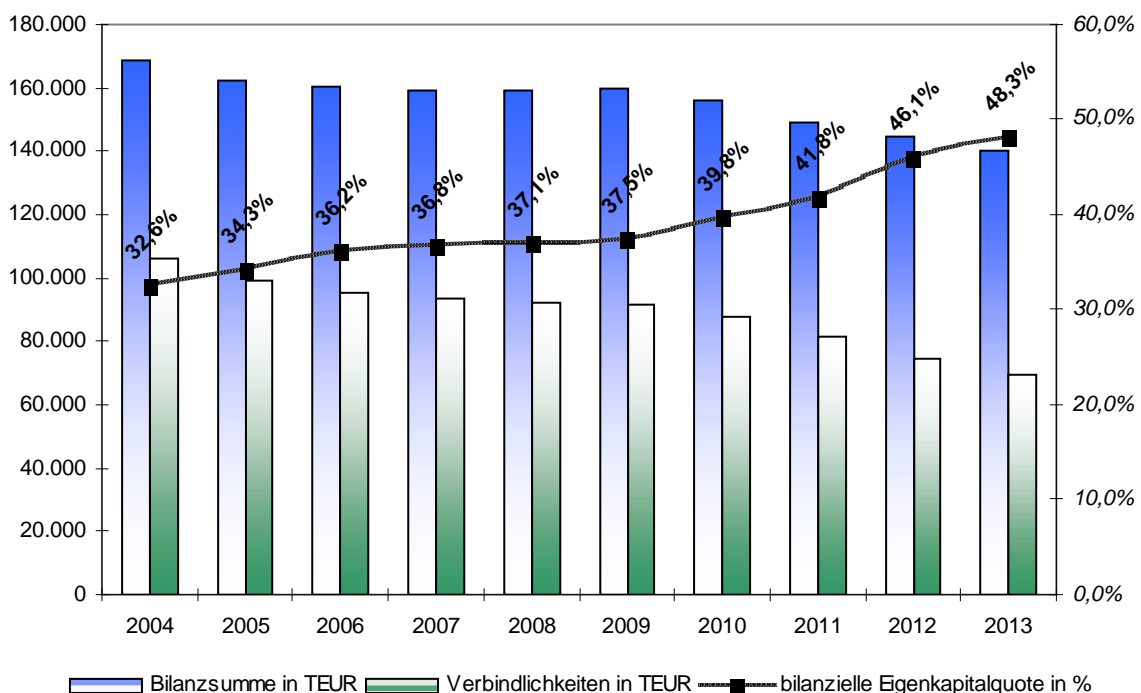
Die Eigenkapitalquote (EKQ) hat sich bei verringerter Bilanzsumme auf 48,2 % (Vj.: 46,1 %) erhöht. Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestanden lt. Wirtschaftsprüfer nicht.

Die Rückstellungen haben sich um 768 TEUR verringert. Maßgeblich hierfür waren vor allem die Inanspruchnahme/Auflösung von Steuerrückstellungen i. H. v. 615 TEUR sowie der Rückstellungen für Alteigentümeransprüche aus Grundstücksverkäufen i. H. v. 308 TEUR. Dem standen insbesondere Zuführungen zu den Rückstellungen für Gewerbesteuer (72 TEUR) und für Prozess- (89 TEUR) und Archivierungskosten (42 TEUR) gegenüber.

Bei den Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten ist ein Rückgang um 4.812 TEUR auf rd. 69,8 Mio. EUR zu verzeichnen, welcher sich aus den planmäßigen (2.574 TEUR) und außerplanmäßigen Tilgungen (3.054 TEUR) ergibt. Im Berichtsjahr wurde eine Kreditaufnahme i. H. v. 987 TEUR aufgenommen, die durch den Wirtschaftsplan gedeckt war.

Darüber hinaus sind vor allem die Verbindlichkeiten aus Vermietung und Umlagenabrechnung (+ 334 TEUR) gestiegen, welche jedoch zum Prüfungszeitpunkt im Wesentlichen ausgeglichen waren. Die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen (- 111 TEUR) und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (- 69 TEUR) waren dagegen rückläufig.

Entwicklung der Verbindlichkeiten und der Eigenkapitalquote



2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	18.376	18.619	19.054	-243
Bestandsveränderungen	51	16	-917	35
Sonstige Erträge	1.041	1.994	1.737	-953
Gesamtleistung	19.467	20.629	19.873	-1.161
Materialaufwand	7.707	7.974	7.288	-266
Personalaufwand	1.681	1.676	1.639	5
Abschreibungen	6.230	4.327	7.290	1.903
sonst. betriebl. Aufwendungen	1.089	884	1.046	205
Finanzergebnis	-1.955	-2.371	-2.594	415
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	805	3.398	17	-2.593
außerordentliche Erträge	0	546	294	-546
Steuern	152	365	282	-213
Jahresergebnis	653	3.579	28	-2.926

Es ergab sich ein Jahresüberschuss von 652.584,28 EUR (Vj.: + 3.579 TEUR). Die Verringerung des Jahresüberschusses wurde wesentlich durch den Anstieg der Abschreibungen um rd. 1.903 TEUR – vor allem infolge außerplanmäßiger Abschreibungen – sowie durch den Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um rd. 953 TEUR beeinflusst. Die außerplanmäßigen Abschreibungen betreffen Grundstücke mit Wohnbauten und wurden auf den niedrigeren Ertragswert vorgenommen. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge betrifft vorrangig die Verringerung bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen um rd. 1,2 Mio. EUR.

Die Umsatzerlöse betragen 18.376 TEUR und waren damit um 243 TEUR geringer als im Vorjahr. Ursächlich war dabei im Wesentlichen die Entwicklung der Erlöse aus Hausbewirtschaftung, die um rd. 219 TEUR rückläufig waren. Weiterhin waren auch die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken (- 12 TEUR) und aus anderen Lieferungen und Leistungen (hier v. a. Erlöse aus der Einspeisevergütung aus Photovoltaikanlagen) um rd. 25 TEUR rückläufig.

Bei den Bestandsveränderungen an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen ist ein Anstieg um 35 TEUR auf + 51 TEUR zu verzeichnen. Der Anstieg hängt im Wesentlichen mit Betriebskostenvorauszahlungen zusammen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 953 TEUR auf 1.041 TEUR gesunken. Ursächlich war vor allem der Rückgang der Erlöse aus der Auflösung von Rückstellungen (- 1.220 TEUR), der Erträge aus Abrissförderung (- 129 TEUR), der Erträge aus der Erstattung von Gebühren und Gerichtskosten (- 74 TEUR) und der Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (- 56 TEUR). Dem standen zusätzliche neutrale Erträge aus der Rückerstattung von Abwassergebühren i. H. v. 476 TEUR (Vj.: 0 EUR) gegenüber.

Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen (7.699 TEUR) sind ggü. dem Vorjahr um 193 TEUR gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf die Verringerungen der Abrisskosten (- 86 TEUR), der Zuführung zu den Rückstellungen Niederschlagswasser (- 180 TEUR) und der sonstigen Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung (- 79 TEUR) zurückzuführen. Dem stehen Anstiege der Instandhaltungsaufwendungen (+ 125 TEUR) und der umlagefähigen Betriebskosten (+ 27 TEUR) gegenüber.

Der Personalaufwand (1.675 TEUR) ist bei nahezu konstantem Personalbestand marginal um rd. 5 TEUR (0,3 %) gestiegen.

Der Anstieg der Abschreibungen um 1.903 TEUR auf 6.230 TEUR resultiert – wie eingangs beschrieben – maßgeblich aus außerplanmäßigen Abschreibungen i. H. v. 1.830 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (1.089 TEUR) haben sich ggü. dem Vorjahr um rd. 205 TEUR erhöht. Bei den laufenden Aufwendungen waren hierbei insbesondere die Anstiege bei den Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten (+ 26 TEUR), den Werbekosten (+ 21 TEUR) und den Raumkosten (+ 22 TEUR) ursächlich. Im Bereich der neutralen Aufwendungen sind vor allem die

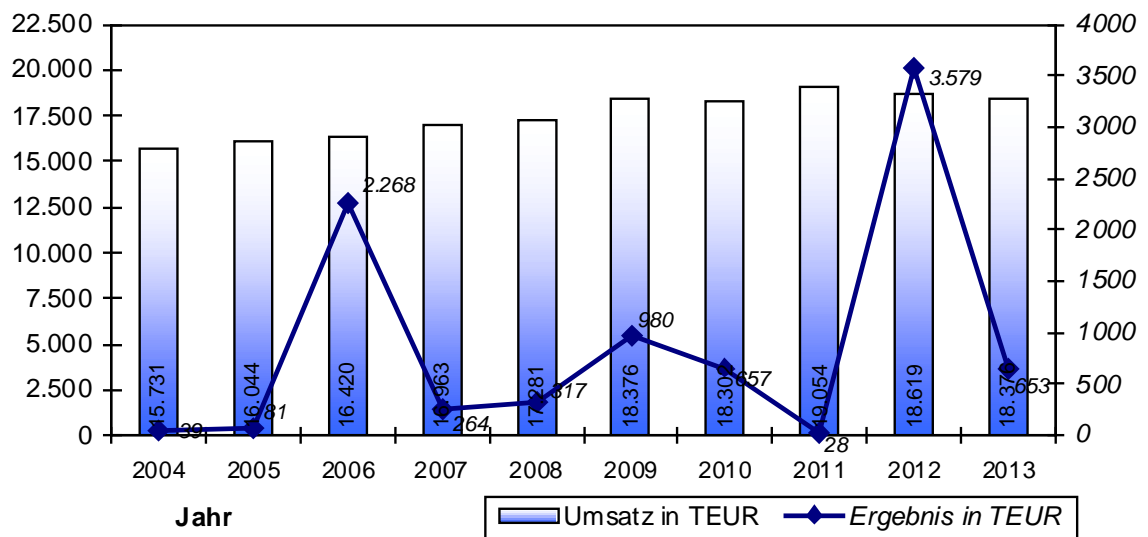
Zuführungen zu Rückstellungen (+ 98 TEUR) sowie die Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (+ 65 TEUR) gestiegen.

Das Finanzergebnis hat sich infolge geringerer Zinsaufwendungen (- 335 TEUR) und gesteigener Zinserträge (+ 81 TEUR) ggü. 2012 um 416 TEUR verbessert und betrug am Bilanzstichtag – 1.955 TEUR.

Die außerordentlichen Erträge sind um 546 TEUR auf 0 EUR gesunken. Es wurden im Berichtsjahr ggü. 2012 keine Mittel nach § 1 Abs. 1 Altschuldenhilfegesetz-Verordnung abgerufen.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sind um rd. 214 TEUR auf 105 TEUR gesunken.

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

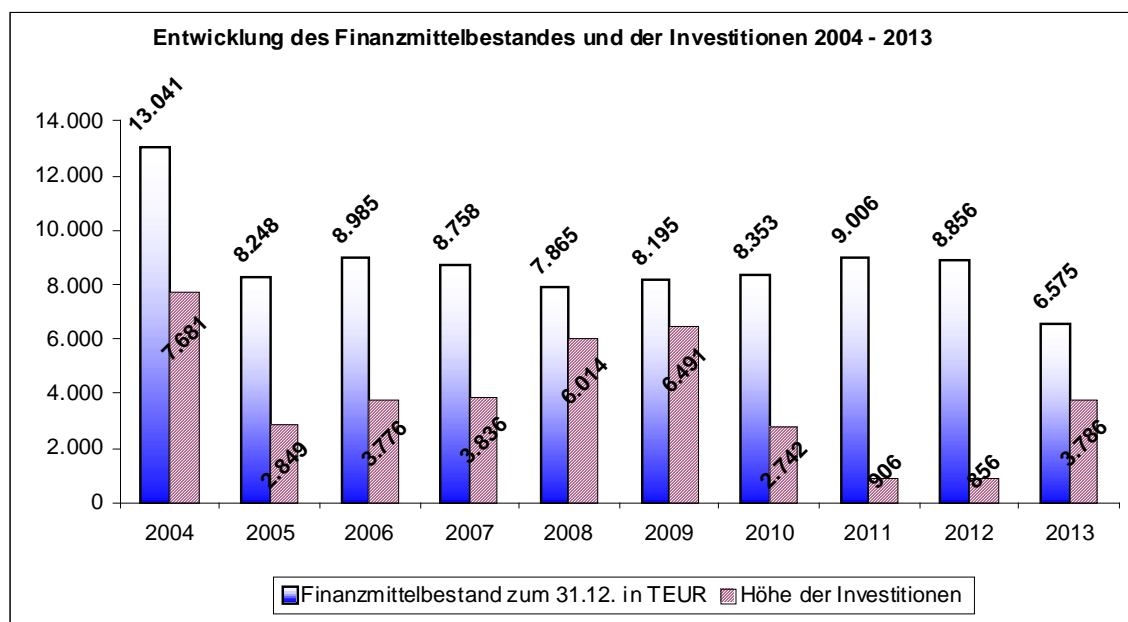


3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	652	3.579	28
+ Abschreibungen	6.230	4.327	7.290
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen	-609	-243	-1.037
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	14	-70	52
+ sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	-1.820	297
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	-239	70	388
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	-127	1.029	438
+/- Zu-/Abnahme Sonderrücklage gem. § 27 Abs. 2 S. 3 DMBilG	0	0	0
- Abnahme Verbindlichkeiten aus Restitutionsansprüchen	-22	-278	0
+ Vermögensrückgaben	0	0	0
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	5.899	6.594	7.456
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-3.786	-856	-906
+ Einzahlungen aus Abgängen des Anlagevermögens	246	296	615
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (2)	-3.540	-560	-291
+/- Darlehensaufnahme/Darlehenstilgung	-4.640	-6.184	-6.512
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (3)	-4.640	-6.184	-6.512
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ : (1) - (3)]	-2.281	-150	653
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	8.856	9.006	8.353
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	6.575	8.856	9.006

Die liquiden Mittel sind gegenüber dem Vorjahr um 2.281 TEUR bzw. 25,8 % gesunken und betragen zum 31.12.2013 6.575 TEUR. Der weiterhin hohe Bestand an liquiden Mitteln soll in den kommenden Jahren planmäßig reduziert und dabei für Investitionen oder Sondertilgungen verwandt werden.

Ursächlich für den Rückgang der liquiden Mittel war, dass die Finanzierungstätigkeit (- 4.640 TEUR) und die Investitionstätigkeit (- 3.540 TEUR) nicht in vollem Umfang durch Mittel der laufenden Geschäftstätigkeit (5.899 TEUR) finanziert werden konnten. Dies ist maßgeblich auf die in 2013 durchgeführten Sondertilgungen i. H. v. 3,053 Mio. EUR zurückzuführen.



6.4. ARBEITS-, WIRTSCHAFTS- UND TOURISMUSFÖRDERUNG

	Seite	
	<p>Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Wartburg - Werraland mbH.....</p>	56
	<p>Gründer- und Innovationszentrum Stedtfeld GmbH.....</p>	64
	<p>Eisenach - Wartburgregion Touristik GmbH.....</p>	72

Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Wartburg–Werraland mbH (ABS)

Sitz der Gesellschaft: Gaswerkstraße 9
99817 Eisenach

E-Mail: info@abs-ww.de

Internet: www.abs-ww.de

Gründung: 15. November 1991

Handelsregister: HR B 401104, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 25. März 2004

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr Thomas Brohm

Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich des laufenden Geschäftsführergehalts wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung

vertreten durch:

Stadt Eisenach

- Frau Beigeordnete Dr. Dorothea Hegele (ab 2.1.2013)
- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf (bis 1.1.2013)

Unternehmensbetreuungsgesellschaft für
die Beteiligungen des Wartburgkreises
(UBT) mbH, Bad Salzungen

- Herr Geschäftsführer Stefan Wagner

Aufsichtsrat:

Frau Nicole Gehret – ARV
Frau Dr. Dorothea Hegele – sARV (ab
01.01.2013)
Frau Katja Wolf – sARV (bis 31.12.2012)
Herr Gerhard Schneider
Herr Uwe Schenke
Herr Mario Henning
Herr Torsten Gieß
Herr Ralf Tonndorf
Frau Renate Hemsteg von Fintel (- 2013)

- Kreisbeigeordnete des Wartburgkreises
- Beigeordnete der Stadt Eisenach
- Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach
- CDU-Stadtratsfraktion
- Die Linke-Stadtratsfraktion
- CDU-Kreistagsfraktion des Wartburgkreises
- SPD-Kreistagsfraktion des Wartburgkreises
- Die Linke - Kreistagsfraktion des Wartburgkreis
- Gewerkschaftssekretärin der IG Metall

Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates: keine

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in %	in EUR
UBT	55,0	14.300,-
Stadt Eisenach	45,0	11.700,-
Gesamt	100,00	26.000,-

Beteiligungen des Unternehmens

Keine.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Eisenach mbH wurde am 15. November 1991 gegründet. Im Jahr 1999 wurde die Gesellschaft in Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Wartburg-Werraland mbH (ABS) umbenannt.

Der **Gegenstand des Unternehmens** ist gemäß Gesellschaftsvertrag:

- die Förderung von Maßnahmen und Hilfen für Arbeitnehmer durch Nutzung aller arbeitsförderungsrechtlichen Instrumente,
- die Unterstützung der Sanierung und Umstrukturierung der Unternehmen unter möglichst weitgehender Vermeidung von Entlassungen,
- die Entwicklung und Erprobung von Modellen und Verfahren, die geeignet sind, die Umsetzung der erworbenen Qualifikationen zu fördern,
- die Entwicklung und Förderung von Modellen und Verfahren, die der Herstellung einer ökologisch und sozial verträglichen Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur dienen,
- die Organisation und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sonstigen öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen,
- die Gesellschaft fördert beschäftigungswirksame Existenzgründungen,
- die Gesellschaft arbeitet zur Erreichung ihres Zweckes mit der Bundesanstalt für Arbeit, Körperschaften und Einrichtungen der öffentlichen Hand, Industrie- und Handelskammern, Unternehmen und Verbänden zusammen. Sie kann im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sämtliche Rechtsgeschäfte vornehmen, die im Interesse der Gesellschaft liegen und den Gesellschaftszweck fördern.

Die Schwerpunkte liegen dabei auf der Verbesserung der ökologischen, touristischen und wirtschaftlichen Infrastruktur sowie den Entlastungen öffentlicher Haushalte durch die Koordination und Nutzung aller förderrechtlichen Instrumente im wirtschaftlichen und sozialen Bereich.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter*	418	204	176	198	151	147	154	181	216	241

*: umfasst fest angestellte Mitarbeiter der ABS und Mitarbeiter, die befristet im Rahmen der Projekte angestellt sind

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Geschäftsjahr 2013 bestanden am 01.01.2013 mit 223 (Vj.: 216) Mitarbeitern Arbeitsverhältnisse. Die sich monatlich ändernden Mitarbeiterzahlen resultieren aus der unterschiedlichen Laufzeit von Projekten und den daraus resultierenden befristeten Arbeitsverhältnissen. Die durchschnittliche Beschäftigungszahl in 2013 beträgt 241 (Vj.: 253) Mitarbeiter. Am 31.12.2013 bestanden mit 242 (Vj.: 233) Mitarbeitern Arbeitsverträge. Im Bereich der gemeinnützigen Arbeit wurden 13 Personen betreut. Weiterhin wurden jahresdurchschnittlich 6 Personen im Rahmen von Beschäftigungen mit Mehraufwandsentschädigungen betreut.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 28.03.2014)

Die Gesellschaft unterhält mehrere nicht selbstständige Außenstellen innerhalb des Wartburgkreises. Der Schwerpunkt der ausgeführten Arbeiten lag im Bereich der Tourismusförderung, des Natur- und Umweltschutzes, von Sanierung und Grünpflegemaßnahmen, der vermittlungsorientierten Arbeitnehmerüberlassung (Personal-Service), der Personalvermittlung in Unternehmen und von Dienstleistungen.

Die Beschäftigungsmaßnahmen wurden als Auftragsmaßnahmen der Jobcenter, des Bundesverwaltungsamtes und des Freistaates Thüringen durchgeführt. Durch Gewährung von Zuschüssen und Entgelten des Freistaates Thüringen, der Bundesanstalt für Arbeit, des Bundesverwaltungsamtes, der

Jobcenter und der Europäischen Union wurden die Projekte finanziert. Alle Einzelprojekte stellen in sich geschlossene Strukturen dar.

Das Tätigkeitsgebiet der ABS Wartburg Werraland mbH erstreckte sich im Jahr 2013 über die Durchführung von Maßnahmen zur öffentlich geförderten Beschäftigung, Strukturanpassungsmaßnahmen, Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Qualifizierung, Auftragsarbeiten, Lohnarbeiten, Dienstleistungen und der Arbeitnehmerüberlassung bis zur Organisation der Ableistung von gemeinnütziger Arbeit im öffentlichen Bereich.

Die Geschäftsleitung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 78.686,28 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Organisation und Unternehmensstruktur wurde in 2013 an die sich veränderten Tätigkeitsbereiche und Aufgaben angepasst. Neben der Geschäftsführung werden durch eine in Verwaltung, Personalservice und Förderprojekte gegliederte Verwaltungs- und Leitungsstruktur alle Einzelprojekte individuell geleitet und verwaltet.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der ABS erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 28.03.2014)

Ziel des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2014 ist es, begonnene Projekte erfolgreich fortzuführen und abzuschließen, Folgeprojekte unter Berücksichtigung der Veränderung in der Arbeitsmarktpolitik auf regionaler, landespolitischer und bundespolitischer Ebene zu konzipieren und in Gang zu setzen.

Hieraus resultieren jedoch Risiken für die Gesellschaft, da die Ingangsetzung neuer Projekte vom Umfang und der grundsätzlichen Bereitschaft zur Weiterführung der Arbeitsmarktförderung auf Seiten der Fördermittelgeber abhängig ist. Die positive Tendenz auf dem Arbeitsmarkt reduziert die Aktivitäten der Gesellschaft auf spezielle Zielgruppen, die nicht von der positiven Entwicklung erfasst werden.

Insbesondere die Möglichkeiten der Jobcenter müssen als sehr restriktiv angesehen werden. Im Weiteren sinkt die Bereitschaft oder die Möglichkeit kommunaler Partner sich an den Kosten der Umsetzung von Arbeitsförderprojekten angemessen zu beteiligen bzw. eine mittelfristige Planung zu ermöglichen.

Der Bereich der vermittlungsorientierten Arbeitnehmerüberlassung soll konstant gehalten werden. Die Auswirkungen von Tarifentwicklungen und der Einführung des „Mindestlohn“ sind zur Zeit noch nicht konkret fassbar. Der Bereich Personalservice mit Personalentwicklung und Fachkräfteservice soll weiterentwickelt werden. Die Vermittlung von Arbeitslosen mit Vermittlungsgutschein muss auf Grund der aktuellen Entwicklung reduziert werden.

Der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung soll durch Nutzung geeigneter Programme, bei Bedarf, wie Transferlösungen auch weiterhin Rechnung getragen werden. Dies trifft ebenfalls für den Bereich des Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Programme bei der Verbesserung der regionalen touristischen Infrastruktur zu. Den Schwerpunkt bilden dabei auch 2014 die Projekte „Bürgerarbeit“. Hierzu sind Folgeprojekte zu entwickeln.

Weiterhin sind alle förderrechtlichen Instrumente zu nutzen, die zu einer weiteren spürbaren Verbesserung der Beschäftigungssituation und der weiteren strukturellen Entwicklung des Wartburgkreises und der Stadt Eisenach führen.

Aufgrund der wechselnden Förderbedingungen und der daraus resultierenden Auftragsschwankungen sind Aussagen zur Ergebnisentwicklung im neuen Geschäftsjahr nur schwer qualifizierbar. Für 2014 geht die Geschäftsführung von der Erreichung eines ausgeglichenen Jahresergebnisses im operativen Geschäft aus.

Für die Folgejahre ist die weitere Entwicklung abhängig von den Rahmenbedingungen und den allgemeinen Veränderungen in der aktiven Arbeitsförderung auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Zuschüsse geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Wartburg – Werraland mbH
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage
 2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
	2013		2012		2011	
Anlagevermögen	15	1%	26	2%	50	3%
Immaterielles Vermögen	6		3		3	
Sachanlagen	9		23		46	
Finanzanlagen	0		0		0	
Umlaufvermögen	1.122	97%	1.178	97%	1.378	96%
Vorräte	0		0		0	
Forderungen u. sonst. Vermögen	220		176		238	
Wertpapiere	0		0		0	
Liquide Mittel	902		1.003		1.140	
Aktiver RAP	19	2%	8	1%	8	1%
Bilanzsumme	1.157	100%	1.213	100%	1.436	100%
	Passiva					
	2013		2012		2011	
Eigenkapital	758	66%	837	69%	925	64%
Gezeichnetes Kapital	26		26		26	
Rücklagen	1.427		1.427		1.427	
Verlustvortrag	-616		-527		-348	
Jahresfehlbetrag	-79		-88		-179	
Rückstellungen	136	12%	121	10%	203	14%
Verbindlichkeiten	263	23%	255	21%	302	21%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	0		0		0	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	263		255		302	
Passiver RAP	0	0%	0	0%	5	0%
Bilanzsumme	1.157	100%	1.213	100%	1.436	100%

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 56 TEUR bzw. 4,6 % auf 1.157 TEUR verringert. Der Rückgang resultiert auf der Aktivseite v. a. aus den Rückgängen des Kassenbestandes (- 100 TEUR) und des Anlagevermögens (- 11 TEUR). Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind dagegen ggü. dem Vorjahr um rd. 44 TEUR gestiegen.

Die Entwicklung des Gesamtvermögens stellt sich auf der Seite der Passiva wie folgt dar.

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Jahresfehlbetrages um 79 TEUR auf 758 TEUR gesunken. Bei rückläufiger Bilanzsumme ist eine Verringerung der Eigenkapitalquote auf 65,5 % (Vj.: 69,0 %) zu verzeichnen.

Die sonstigen Rückstellungen sind ggü. dem Vorjahr um 15 TEUR auf 136 TEUR gestiegen. Maßgeblich waren dabei vor allem der Anstieg der Urlaubsrückstellungen um rd. 27 TEUR bzw. 42 % auf rd. 91 TEUR. Darüber hinaus wurde eine Rückstellung für Gerichtskosten i. H. v. 6 TEUR gebildet. Demgegenüber verringert sich die Rückstellung für Zuschüsse ESF um rd. 16 TEUR.

Die Verbindlichkeiten sind ggü. 2012 um rd. 7 TEUR bzw. 2,8 % gestiegen. Dies ist vor allem auf den Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten (hier v. a. für Löhne und Gehälter sowie Umsatzsteuer) um rd. 9,5 TEUR zurückzuführen.

2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	2.120	2.137	1.944	-17
Zuschüsse	1.689	1.826	1.056	-137
Sonstige Erträge	118	103	143	15
Gesamtleistung	3.927	4.066	3.143	-139
Materialaufwand	0	0	0	0
Personalaufwand	3.692	3.824	2.911	-132
Abschreibungen	16	26	32	-10
sonst. betriebl. Aufwendungen	300	318	397	-18
Finanzergebnis	11	24	28	-12
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-70	-79	-169	9
Steuern	8	9	10	-1
Jahresergebnis	-79	-88	-178	10
Verlustvortrag	0	0	0	0
Bilanzverlust	0	0	0	0

Insgesamt wurde ein Jahresfehlbetrag von – 78.686,28 EUR (Vj.: - 88 TEUR) erzielt. Das operative Betriebsergebnis (- 171 TEUR) hat sich dabei ggü. dem Vorjahr um rd. 15 TEUR verschlechtert.

Die Umsatzerlöse (2.120 TEUR) sind ggü. dem Vorjahr marginal um 17 TEUR gesunken. Ursächlich sind v. a. Rückgänge bei den Erträgen aus Arbeitnehmerüberlassung (- 18 TEUR), aus Vermittlungsgutscheinen ARGE (- 13 TEUR), aus Projekten (- 10 TEUR) und aus Erlösen Kleinanteile (- 8 TEUR). Dem stehen v. a. höhere Erlöse aus Eigenanteilen (+ 14 TEUR), Sachkostenanteilen (+ 10 TEUR) und höhere übrige Erlöse (+ 10 TEUR) gegenüber. Der Anteil der Arbeitnehmerüberlassung an den Gesamterlösen beträgt damit 79,01 % (Vj.: 79,21 %).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind ggü. 2012 um 15 TEUR auf 118 TEUR gestiegen. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass, ggü. dem Vorjahr (0 EUR), Gewinne aus Anlagenabgängen i. H. v. 60 TEUR generiert werden konnten. Demgegenüber waren jedoch die Erlöse aus der Ausgleichsabgabe Versorgungsamt (- 21 TEUR) und die Erlöse aus der Auflösung von Rückstellungen (- 25 TEUR) rückläufig.

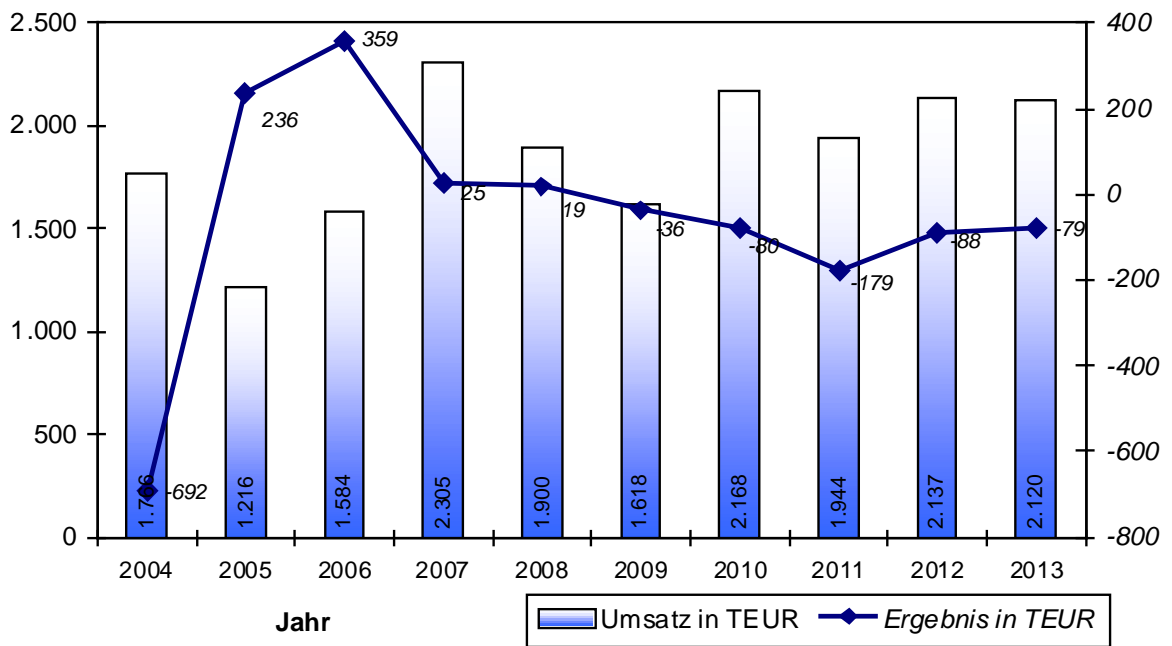
Die Einnahmen aus Zuschüssen (1.689 TEUR) sind ggü. dem Vorjahr um 137 TEUR bzw. 7,5 % gesunken. Der Rückgang basiert maßgeblich auf der Verringerung der Zuschüsse des Freistaates Thüringen (- 152 TEUR) und der Zuschüsse ESF Bund für Bürgerarbeit (- 15 TEUR). Bei den Zuschüssen ESF des Landratsamtes (+ 20 TEUR) und den Zuschüssen der ARGE für Bürgerarbeit (+ 11 TEUR) waren dagegen Steigerungen zu verzeichnen.

Der Personalaufwand (3.692 TEUR) ist im Berichtsjahr um 132 TEUR bzw. 3,5 % gesunken. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Reduzierung der durchschnittlichen MA-Zahl auf 241 (Vj.: 253) zurückzuführen. Den geringeren Personalaufwendungen stehen auf der Ertragsseite entsprechend geringere Zuschüsse entgegen.

Der sonstige betriebliche Aufwand (300 TEUR) ist ggü. dem Vorjahr um 18 TEUR bzw. 5,7 % gesunken. Dabei haben sich insbesondere die Fahrzeugkosten (- 21 TEUR) und die Kosten der Warenabgabe (- 9 TEUR) verringert. Dagegen ist bei den Raumkosten ein Anstieg um rd. 15 TEUR zu verzeichnen.

Das Finanzergebnis beträgt + 11,2 TEUR (Vj.: + 23,5 TEUR). Die Verschlechterung ist auf rückläufige Zinserträge (- 12,3 TEUR) zurückzuführen.

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

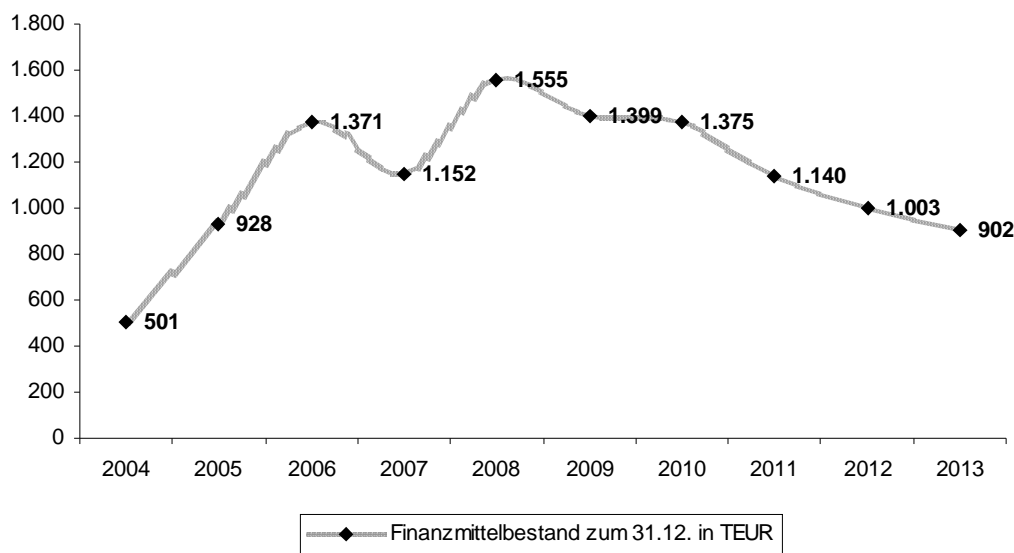


3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	-79	-88	-179
+ Abschreibungen/Abgänge	16	26	32
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	-57	0	-12
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen	0	-82	-82
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	-57	62	-35
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	9	-53	40
+ sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen	15	0	0
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	-153	-135	-236
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-5	-2	-11
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	57	0	12
+ Einzahlungen auf Grund von Finanzmittelanlagen i.R. der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0
- Auszahlungen auf Grund von Finanzmittelanlagen i.R. der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (2)	52	-2	1
+/- Darlehensaufnahme/Darlehenstilgung	0	0	0
- Gewinnausschüttung	0	0	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (3)	0	0	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ : (1) - (3)]	-101	-137	-235
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	1.003	1.140	1.375
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	902	1.003	1.140

Der Kassenbestand zum 31.12.2013 beträgt 902,2 TEUR und ist ggü. 2012 um rd. 100 TEUR gesunken. Dabei reichte der positive Cashflow aus Investitionstätigkeit (+ 52 TEUR) nicht aus, um den negativen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (- 153 TEUR) zu decken.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes in TEUR



Gründer- und Innovationszentrum Stedtfeld GmbH (GIS)

Sitz der Gesellschaft: Am Goldberg 2
99817 Eisenach / OT Stedtfeld

E-Mail: gis-info@gis-eisenach.de
Internet: www.gis-eisenach.de

Gründung: 17. Juni 1992

Handelsregister: HR B 401784, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: 17. Juni 1992 gültig i. d. F. vom 11. Dezember 2013

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr Joachim Gummert seit 01.10.2000

Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich des laufenden Geschäftsführergehalts wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung

Stadt Eisenach

vertreten durch:

- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf

Aufsichtsrat:

Frau Katja Wolf – ARV

Herr Andreas Reinemann - sARV

Herr Harald Hohmeister (ab 05.06.2013)

Herr Sascha Schorr (27.1.2012 – 22.3.2013)

Herr Jörg Rappold (bis 31.12.2013)

Herr Thomas Bauer

- Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach

- Mitarbeiter der Wartburg-Sparkasse, Eisenach;
für die CDU-Stadtratsfraktion

- CDU-Stadtratsfraktion

- *CDU-Stadtratsfraktion*

- für die SPD-Stadtratsfraktion

- Die Linke-Stadtratsfraktion

Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates: keine

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in %	in EUR
Stadt Eisenach	100,0	613.600,--

Beteiligungen des Unternehmens

Keine.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der **Gegenstand des Unternehmens** ist die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und technischen Infrastruktur sowie die Förderung von Innovationen und Technologietransfers in der Stadt Eisenach sowie im Wartburgkreis durch:

- Errichtung und Betrieb eines Gründer- und Innovationszentrums,
- Strukturverbesserung durch Innovationsförderung und Technologietransfers, Gewerbeansiedlung und Bestandsförderung,
- Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen, Aktivierung und Organisation von Unternehmenskooperationen, Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen für Investitionen und sonstige betriebliche Maßnahmen, Technologie- und Innovationsberatung,
- die Verwaltung und den Betrieb kommunaler Einrichtungen, soweit diese kostendeckend betrieben werden bzw. durch Zuschüsse Dritter gedeckt sind.

Das Gründer- und Innovationszentrum Stedtfeld bietet Existenzgründern, jungen und innovativen Unternehmen insgesamt 10.489 m² Büro- und Produktionsflächen zur Vermietung an. Diese Fläche war im Berichtsjahr zu durchschnittlich 96,21 % vermietet. Die sich ansiedelnden Firmen beschäftigen insgesamt ca. 180 – 230 Mitarbeiter.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter	8	7	7	8	8	7	6	6	6	6

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Bereich Wirtschaftsförderung wurden, wie auch in den Vorjahren, neben der Vermarktung der im Stadtgebiet liegenden Gewerbeflächen und der Akquisition und Betreuung von Investoren, Dienstleistungen für Existenzgründer und Bestandsunternehmen in Eisenach erbracht.

Schwerpunkte hierbei waren:

Bestandspflege

- Datenbankbasierte Bestandserfassung (Systematisierung, Kategorisierung)
- Kooperationsanbahnung
- Absatzunterstützung
- Netzwerkarbeit
- Veranstaltungsorganisation (Unternehmertag, Berufemarkt)
- Pflege Internetportale (EA, WAK, Südwestthüringen)
- Fördermittelberatung
- Finanzierungsberatung
- Veranstaltungs-Information

Standortmarketing/Investorenbetreuung

- Internetportal Wirtschaft – Eisenach
- Allgemeine Standortinformationen
- Interaktives Branchenverzeichnis
- Standortsuche, -vermittlung
- Information über Gewerbegebiete, -immobilien
- Aktive Immobilienangebote
- Fördermittelberatung
- Finanzierungsberatung
- Veranstaltungs-Information
- Leerstandsmanagement (im Aufbau)

Existenzgründungsberatung

- Unterstützung und Beratung bei der Erstellung von Businessplänen
- Fördermittelberatung
- Finanzierungsberatung
- Betriebswirtschaftliche Beratung
- Kontakthanbahnung, -vermittlung

Zu wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklungstendenzen der Stadt Eisenach und der Region erfolgte eine regelmäßige Informationserteilung an diverse Interessenten.

In Zusammenarbeit mit der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen (LEG) wurden die Standortunterlagen für sämtliche Gewerbegebiete der Gebietskörperschaft für das Standort-Informationssystem im Hinblick auf Belegung, Planungsstand, statistische Eckwerte überarbeitet und in die Akquisionsdatenbank eingespeist.

Ferner sind die Vorbereitung und Durchführung des Berufemarktes 2013 in Eisenach und des Unternehmertages der Wartburgregion 2013 in Wilhelmsthal, welche in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Wartburgkreises erfolgte, zu erwähnen.

Die Teilnahme am landesweiten Projekt „Büro Startklar“ zur speziellen Förderung von Existenzgründerinnen erfolgte auch im Jahr 2013.

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte waren:

- Organisatorische, kaufmännische und fachliche Leitung der GIS
- Vorhaltung sofort verfügbarer Gewerbeflächen für Unternehmensansiedlungen (Sprungbrettfunktion)
- Ansiedlung technologieorientierter Unternehmen
- Förderung und Unterstützung von innovativen und technologieorientierten Existenzgründungen
- Verbesserung des Branchenmixes durch Förderung wissensbasierter Unternehmensgründungen (non-automotive)
- Individuelle Begleitung von Existenzgründungen mit Schwerpunkt Technologie und Innovation von der Idee bis zur Phase Existenzsicherung
- Nutzung der vielfältigen Synergieeffekte im Technologiezentrum einschließlich der Bereitstellung von zeitgemäßer Infrastruktur
- Unterstützung der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung
- Anbahnung von Geschäftskontakten regional, national und international
- Netzwerkarbeit vor Ort und überregional
- Projektarbeit (Büro Startklar, Portal Südwestthüringen)
- Maßgebliche Mitarbeit im Netzwerk „Wirtschaftsförderung in der Wartburgregion“

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 24.02.2014)

Geschäftstätigkeit

Im Jahr 2013 gliederte sich die Geschäftstätigkeit der Gründer- und Innovationszentrum Stedtfeld GmbH in folgende Bereiche:

- Betrieb eines Technologie- und Gründerzentrums; damit im Zusammenhang stehend:
- Vermietung von Büro- und Produktionsflächen an Existenzgründer und innovative Jungunternehmen
- Wirtschaftsförderung der Stadt Eisenach

Die Vermietung von Gewerbeflächen ist die Haupteinnahmequelle der Gesellschaft.

Geschäftsverlauf

Die Vermietungssituation bzw. die Auslastungsquote bewegte sich im Jahr 2013 mit durchschnittlich 96,21 % (Vj.: 97,85 %) weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die Auslastung per 31.12.2013 lag bei 95,62%.

Zum 01.01.2014 wurden 94 % der Anteile der GIS GmbH an die Städtische Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH (SWG) veräußert.

Im Bereich Wirtschaftsförderung wurden, wie auch in den Vorjahren, neben der Vermarktung der im Stadtgebiet liegenden Gewerbeflächen und der Akquisition und Betreuung von Investoren, Dienstleistungen für Existenzgründer und Bestandsunternehmen in Eisenach erbracht.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der GIS erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung, Stand: 24.02.2014)

Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung

Die Gesellschaft hat als Technologie- und Gründerzentrum ein Alleinstellungsmerkmal in der Region. Die sehr guten infrastrukturellen Bedingungen innerhalb des Zentrums werden honoriert durch Mietpreise, die über dem Marktpreisniveau innerhalb Eisenachs liegen.

Gravierende Preisänderungs- und Ausfallrisiken hinsichtlich der Vermietsituation sind derzeit nicht erkennbar.

Die Gesellschaft ist seit 2011 nicht mehr an Auflagen aus der Zweckbindung von Investitionshilfen (GRW-Programm) gebunden, seither gibt es keine Einschränkungen mehr in Bezug auf Maximalmietdauer und KMU-Status von Mietern. Dies bedeutet eine wesentliche Verbesserung der Vermietbarkeit der Flächen im GIS.

Die Nachfrage nach Büro- und Produktions/Lagerflächen ist auch aktuell höher als das Angebot. Im GIS stehen zurzeit nur Restmietflächen zur Verfügung. Diese betriebswirtschaftlich erfreuliche Entwicklung ist allerdings verbunden mit einer eingeschränkten Flexibilität in Bezug auf Unternehmenserweiterungen und Neuansiedlungen bzw. Neugründungen im GIS. Aus diesem Grund werden derzeit Überlegungen zu einer Erweiterung des GIS im Stadtgebiet von Eisenach (Revitalisierung einer Industriebranche) angestellt. Eine mögliche Umsetzung dieses Vorhabens ist jedoch an die Ausreichung von öffentlichen Mitteln des Freistaates Thüringen gebunden. Eine entsprechende Förderanfrage für ein derartiges Investitionsvorhaben ist bereits durch das Thüringer Landesverwaltungsamt positiv beschieden.

Investitions- sowie Reparaturaufwendungen waren im Geschäftsjahr lediglich im gewöhnlichen Umfang erforderlich. Größere Risiken aus den Immobilien (Reparaturstau etc.) sind nicht erkennbar.

Mögliche steuerliche Risiken entstehen durch den Verkauf von 94 % der Anteile an die Städtische Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH zum 01.01.2014. Es besteht die Möglichkeit, dass die Verlustvorträge vermindert bzw. ganz ausgeschlossen werden, da mehr als 50 % der Anteile veräußert wurden.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen und liegen nicht vor.

Dieser Lagebericht wurde seitens der Geschäftsleitung nach bestem Wissen dargestellt und widerspiegelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild.

Wesentliche Ereignisse oder drohende Risiken nach dem Stichtag mit Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nicht ergeben.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Die Stadt Eisenach leistete im Geschäftsjahr 2013 einen Zuschuss i. H. v. 79,3 TEUR (Vj.: 79,3 TEUR).

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Kapitalentnahmen durchgeführt.

Gründer- und Innovationszentrum Stedtfeld GmbH

- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -

2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
	2013		2012		2011	
Anlagevermögen	7.223	98%	7.431	98%	7.648	98%
Immaterielles Vermögen	1		3		4	
Sachanlagen	7.222		7.428		7.644	
Finanzanlagen	0		0		0	
Umlaufvermögen	106	1%	138	2%	117	2%
Vorräte	0		0		0	
Forderungen u. sonst. Vermögen	86		93		69	
Liquide Mittel	20		44		47	
Aktiver RAP	8	0%	2	0%	5	0%
Bilanzsumme	7.337	100%	7.570	100%	7.770	100%
	Passiva					
	2013		2012		2011	
Eigenkapital	947	13%	810	11%	676	9%
Gezeichnetes Kapital	614		614		614	
Rücklagen	805		805		805	
Gewinn-/Verlustvortrag	-609		-743		-874	
Jahresergebnis	137		134		131	
Sonderposten	3.672	50%	3.790	50%	3.908	50%
Rückstellungen	27	0%	33	0%	23	0%
Verbindlichkeiten	2.690	37%	2.937	39%	3.157	41%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	2.309		2.567		2.758	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	381		370		399	
Passiver RAP	1	0%	0	0%	6	0%
Bilanzsumme	7.337	100%	7.570	100%	7.770	100%

Die Bilanzsumme hat sich ggü. dem Vorjahr um 233 TEUR bzw. 3,1 % verringert. Ursächlich war im Wesentlichen die Reduzierung des Anlagevermögens um rd. 207 TEUR. Hier stehen den Investitionen von 14 TEUR planmäßige Abschreibungen i. H. v. 221 TEUR sowie Abgänge i. H. v. 0,5 TEUR gegenüber.

Das Umlaufvermögen ist ggü. 2012 um rd. 26 TEUR gesunken. Dies ist maßgeblich auf die Verringerungen des Kassenbestandes um rd. 24 TEUR und der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um rd. 8 TEUR zurückzuführen. Demgegenüber ist ein Anstieg des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens um rd. 6 TEUR zu verzeichnen.

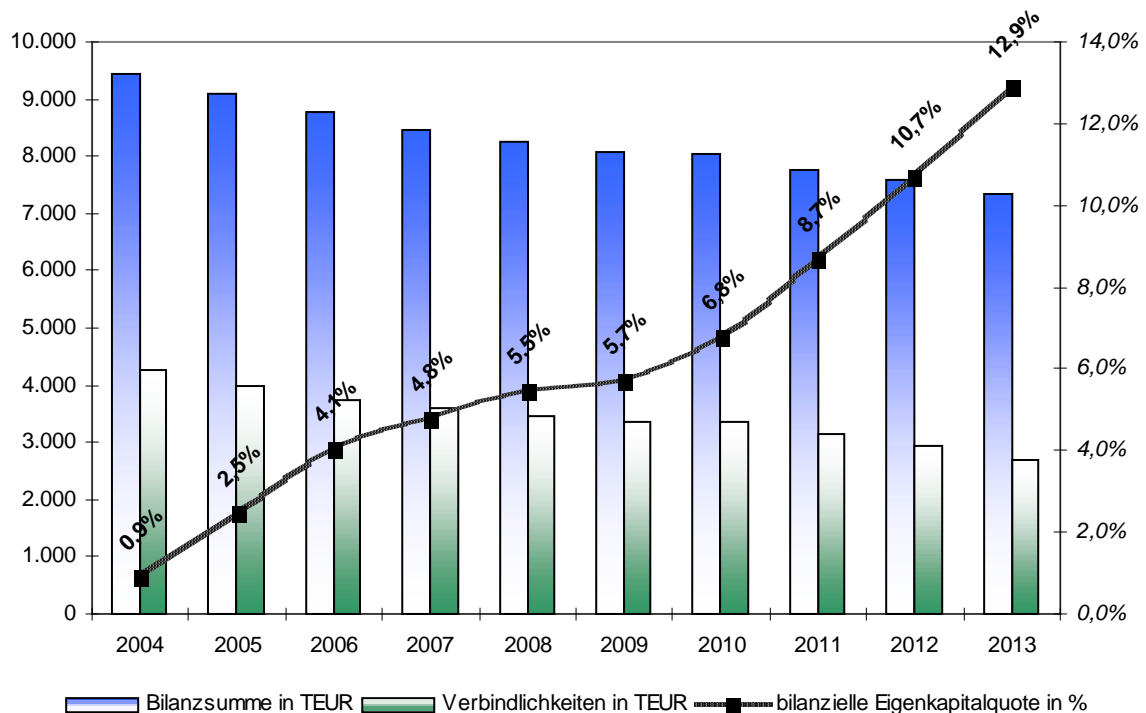
Das Eigenkapital ist aufgrund des Jahresüberschusses um 137 TEUR auf 947 TEUR gestiegen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote (EKQ) hat sich bei verringerter Bilanzsumme geringfügig auf 12,9 % (Vj.: 10,7 %) erhöht. Die Gesellschaft verfügt (bekanntermaßen) über keine angemessene Eigenkapitalausstattung. Hieraus resultieren seit Jahren Finanzierungsprobleme. Die Liquidität der Gesellschaft ist durch die Umsatzerlöse, die Zuschüsse der Stadt Eisenach und die vorhandene Kreditlinie gesichert.

Der Sonderposten (SoPo) für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen hat sich planmäßig um 118 TEUR auf 3.672 TEUR verringert. Die Auflösung des SoPo über den Abschreibungszeitraum der geförderten Wirtschaftsgüter wird steuerlich ergebniswirksam als sonstiger betrieblicher Ertrag behandelt. Die alleinige Gesellschafterin Stadt Eisenach hat gegenüber dem Freistaat Thüringen einen öffentlich-rechtlichen Schuldbeitritt für diesen Investitionszuschuss erklärt, weshalb der SoPo Eigenkapitalcharakter besitzt. Unter Hinzurechnung des SoPo zum Eigenkapital ergibt sich ein wirtschaftliches Eigenkapital von 4.619 TEUR (Vj.: 4.600 TEUR) und eine EKQ von 62,9 % (Vj.: 60,8 %).

Die Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten haben sich im Wesentlichen in Höhe der planmäßigen Tilgungen insgesamt um 238 TEUR auf 2.045 TEUR reduziert. Auch die sonstigen Verbindlichkeiten (-

13 TEUR) und die Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern (- 6 TEUR) haben sich verringert. Demgegenüber ist ein Anstieg bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um rd. 10 TEUR zu verzeichnen.

Entwicklung der Verbindlichkeiten und der Eigenkapitalquote



2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	793	811	772	-19
Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistungen	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	223	220	890	2
Gesamtleistung	1.015	1.032	1.662	-16
Materialaufwand	128	128	119	0
Personalaufwand	224	223	192	1
Abschreibungen	221	221	229	0
sonst. betriebl. Aufwendungen	207	224	929	-17
Finanzergebnis	-73	-79	-108	6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	162	157	86	4
ao Erträge	2			2
ao Ergebnis	2			2
Steuern	-27	-23	45	-4
Jahresergebnis	137	134	131	3

Es wurde ein Jahresüberschuss von 136.945,79 EUR (Vj.: + 134 TEUR) erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse lagen mit 792.664,97 EUR um rund 18,5 TEUR bzw. 2,3 % unter den Ergebnissen des Vorjahres. Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf geringeren Mieteinnahmen und entsprechend niedrigeren Erlösen aus der Weiterberechnung von Nebenkosten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind ggü. 2012 marginal um rd. 2 TEUR auf 223 TEUR gestiegen. Darin enthalten sind die Auflösung des Sonderpostens für Investitionen zum Anlagevermögen (118 TEUR), Zuschüsse der Stadt Eisenach (91 TEUR) und sonstige Erträge (14 TEUR).

Der Materialaufwand beträgt 128 TEUR (Vj.: 127 TEUR). Ausgewiesen werden die Aufwendungen für Heizung, Gas, Wasser, Strom sowie Telefon, welche auf die Mieter umgelegt werden.

Das Rohergebnis beträgt 887 TEUR (Vj.: 904 TEUR).

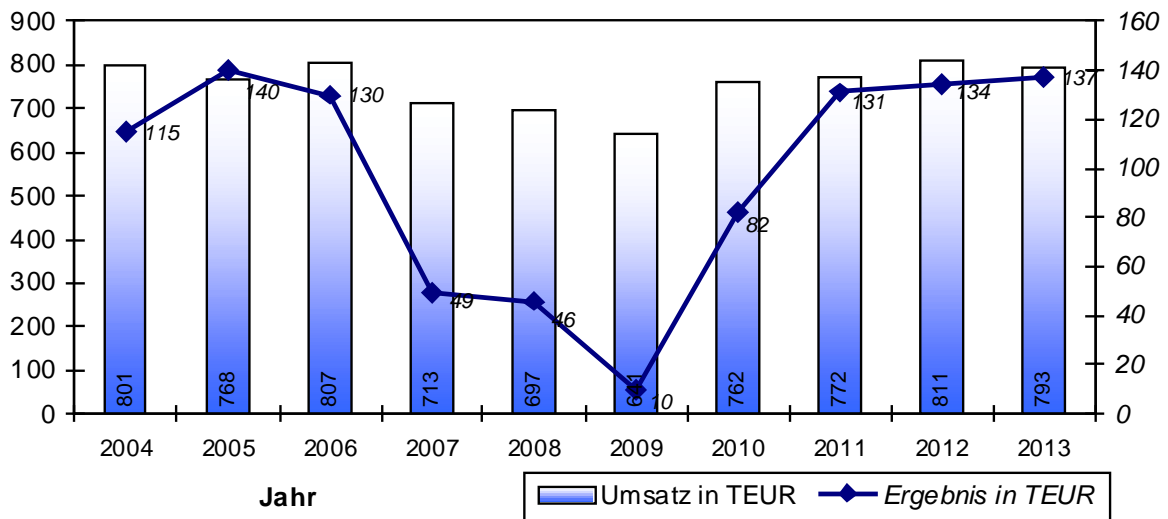
Der Personalaufwand beträgt 224 TEUR und liegt damit auf dem Niveau des Vorjahres.

Bei den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände i. H. v. 221 TEUR (Vj.: 221 TEUR) handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich ggü. dem Vorjahr um rund 17 TEUR bzw. 7,5 % auf 207 TEUR reduziert.

Das Finanzergebnis i. H. v. – 73,5 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund geringerer Zinsaufwendungen um rd. 5,5 TEUR verbessert. Die sonstigen Steuern sind geringfügig um 4 TEUR auf 27 TEUR gestiegen.

Umsatz- und Ergebnisentwicklung



3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	137	134	131
+ Abschreibungen/Abgänge	223	222	229
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen	-6	10	-60
+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (Verminderung SoPo)	-118	-118	-139
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	-1	-22	14
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	-3	13	-39
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	233	240	136
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-14	-3	-37
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	0	1	1
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (2)	-14	-2	-36
+/- Darlehensaufnahme/Darlehensstilgung	-242	-240	-160
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (3)	-242	-240	-160
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ : (1) - (3)]	-23	-3	-60
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	45	47	107
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	21	45	47

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von 233 TEUR reichte nicht aus, um die Investitionstätigkeit von - 14 TEUR und die Finanzierungstätigkeit von - 242 TEUR abzudecken. Im Ergebnis verbleibt ein Mittelabfluss i. H. v. 24 TEUR, der sich in der Reduzierung der liquiden Mittel bemerkbar macht.

Der Gesellschaft steht ein Kontokorrentkredit in Höhe von TEUR 102,3 zur Verfügung, der zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen wurde. Damit war die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

Eisenach - Wartburgregion Touristik GmbH (EWT)

Sitz der Gesellschaft: Markt 24
99817 Eisenach

E-Mail: info@eisenach.info
Internet: www.eisenach.info

Gründung: 15. November 1996

Handelsregister: HR B 403863, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 10. Juli 2014

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Frau Heidi Günther (ab 01.04.2013) - hauptamtliche Geschäftsführerin

Frau Monika Dombrowsky (01.01.2009 – 31.03.2013)
Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich des laufenden Geschäftsführergehalts wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung:

Stadt Eisenach

vertreten durch:

- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf

Aufsichtsrat:

Frau Katja Wolf – ARV - Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach
Herr Maik Krüger – sARV - Verkehrsverein Wartburgstadt Eisenach e.V.
für die SPD-Stadtratsfraktion
Frau Karin May - Die Linke-Stadtratsfraktion
Frau Gisela Büchner - CDU-Stadtratsfraktion
Herr Dr. Jörg Hansen - für die CDU-Stadtratsfraktion

Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates: keine, da ehrenamtliche Tätigkeit.

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in %	in EUR
Stadt Eisenach	100,00	30.300,-

Beteiligungen des Unternehmens

Keine.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung der tourismusfördernden Aufgaben der Stadt Eisenach und des Wartburgkreises, insbesondere durch die

- Vorhaltung und Betreuung der EISENACH-Information,
- Tourismusmarketing,
- Entwicklung und Verkauf touristischer Leistungen und Produkte.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben werden folgende Maßnahmen durch die Gesellschaft realisiert:

- Koordinierung und Durchführung von Werbemaßnahmen,
- Herstellung von Publikationen,
- Vermittlung und Verkauf touristischer Leistungen (z. B. Stadtführungen, Reiseleitungen, gastronomische Leistungen u. ä.),
- Zusammenarbeit mit touristischen Leistungsträgern und Verbänden,
- Sammlung, Aufbereitung und Weitergabe von touristischen Informationen an unmittelbare und potenzielle Besucher der Stadt und der Region,
- Serviceleistungen (Zimmerreservierungen, Ticket- und Souvenirverkauf, Aufenthaltsgestaltung, Reiseveranstaltung und –vermittlung),
- Zunehmende Eigenfinanzierung durch wirtschaftliche Betätigung,
- Betrieb von der Außenstelle Rennsteigwanderhaus am Rennsteigbeginn in Eisenach-Hörschel.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter (ab 2008: VBE)	10	11	11	13	9	10	10	8	8	8

Darüber hinaus wurden durchschnittlich 1 (Vj.: 1) Teilzeitkräfte und 3 (Vj.: 3) Auszubildende in 2013 beschäftigt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der unter der Überschrift „Kurzvorstellung des Unternehmens“ aufgeführte Unternehmensgegenstand entspricht dem gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Zweck von Unternehmen einer Gemeinde.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 13.07.2014)

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 276.619,18 EUR ab und unterschreitet damit den Plan aufgrund der vorstehend beschriebenen nicht planbaren externen Faktoren um 43 TEUR.

Der dennoch hohe Jahresverlust resultiert daraus, dass die Zuschüsse des Gesellschafters als Kapitaleinlage an die Gesellschaft gezahlt werden. Die Kapitaleinlage des Gesellschafters belief sich im Jahr 2013 auf 290 TEUR und war damit um 10 TEUR niedriger als im Vorjahr und um 60 TEUR niedriger als im Jahr 2011. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2013 jederzeit gegeben. Kredite wurden nicht in Anspruch genommen.

Entsprechend der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen stieg die Zahl der Gästeankünfte in der Stadt Eisenach, nach drei rückläufigen Jahren, erstmals wieder um 4,3 % von 165.716 auf 172.845. Die Anzahl der Übernachtungen stieg von 310.785 auf 319.386, was einen Zuwachs von 2,77 % ergibt.

Besonders erfreulich ist die wieder gestiegene Zahl der Ankünfte. Unser Ziel für die nächsten Jahre ist es, neben den Ankünften auch die Aufenthaltsdauer in der Stadt zu erhöhen. Um dies zu erreichen, wollen wir verstärkt unsere einzigartige Verbindung zwischen Kultur und Natur bewerben.

Der Umsatzerlöse insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Rückgänge im Bereich der Stadtführungen konnten durch gestiegene Umsätze in anderen Bereichen kompensiert werden.

Die Erlöse aus dem Bereich der Zimmervermittlung über das Buchungssystem THÜRIS/THOMA sind 2013 wieder angestiegen. Dies ist jedoch vorrangig der Messe "Demopark" geschuldet, die 2013 (im 2-jährigen Rhythmus) stattgefunden hat und viele zusätzliche Zimmersuchende in die Region brachte. Für 2014 bleibt die Entwicklung abzuwarten und bedarf, analog dem Bereich der Stadtführungen, der ständigen Überwachung durch die Geschäftsführung.

Durch die Präsenz der großen Buchungsportale in den Medien hat sich das Buchungsverhalten der Gäste in den letzten Jahren stark verändert. Viele Gäste buchen ihre Unterkunft direkt über diese Portale, vor allem im Hotelbereich. Damit sinkt die Anzahl der vermittelten Übernachtungen. Gäste, die über die EWT Quartiere suchen, sind meist auf der Suche nach preiswerten, privaten Angeboten, damit wird bei gleichem Arbeitsaufwand weniger Provision erzielt.

Die Personalkosten konnten (vor allem durch die Umbesetzung der Geschäftsführerstelle) um TEUR 22 gesenkt werden. Das hier eingesparte Geld wurde in den Bereich Marketing investiert, dabei flossen ca. 13 TEUR in die Neugestaltung der Internetseite.

Insgesamt wird der Geschäftsverlauf 2013 positiv eingeschätzt.

1. Tourist-Information mit den Bereichen:

Beratung, Information, Verkauf

Die Eisenach-Wartburgregion Touristik GmbH ist Anlaufstelle für Gäste und Einwohner der Stadt und des Umlandes. In der Tourist-Information am Markt werden die Gäste – zum größten Teil Individualbesucher – beraten. Umfassendes Informationsmaterial über Stadt und Umland, aber auch über den gesamten Freistaat Thüringen steht zur Verfügung.

Im Shop werden verstärkt Wanderkarten, Bücher, Souvenirs und Postkarten verkauft. Die gesamte Warenpräsentation wurde im Jahr 2013, soweit es die räumlichen Voraussetzungen zuließen, umgestaltet und optimiert. Das Sortiment wurde erweitert. Der Umsatz in diesem Bereich konnte so um 7,5% gesteigert werden.

Zur Tourist-Info mit dem Front-Officebereich kommt im Back-Office die Telefonzentrale und der zentrale E-Maileingang sowie die Internetseite www.eisenach.info, als 24-Stunden-Infoservice, hinzu. Von hier aus werden auch Reisegruppen und andere Multiplikatoren beraten, betreut und umfassend informiert.

Die Internetseite der Gesellschaft wurde 2013 komplett neu gestaltet und kann nun auch von mobilen Endgeräten optimal abgerufen werden. Dafür wurden insgesamt 13 TEUR aufgewendet.

Mit diesen Bereichen sichert die EWT in vielfacher Hinsicht den Erstkontakt für Gäste mit dem Informations- und Reisewunsch Eisenach und Umgebung. Ca. 50% der hier auflaufenden Anfragen und Wünsche generieren keinerlei Umsatz, sondern sind reine Beratungsleistungen, die der Gast selbstverständlich an dieser Stelle auch erwartet.

Das Nachfrageverhalten lässt sich mit folgenden Schwerpunkten zusammenfassen:
(die Reihenfolge stellt keine Wertung dar)

- Allgemeine Infos zu Stadt und Region
- Fragen nach Wegeföhrungen und Anfahrt, Auskünfte zu Busfahrplänen
- Auskünfte zu Eisenacher Kultureinrichtungen (z. B. Öffnungszeiten, Preise)
- Vermittlung von Föhrungen in den Eisenacher Museen
- Zimmervermittlungen
- Tickets für Veranstaltungen in Eisenach und Umgebung
- Rennsteig und andere Wandermöglichkeiten
- Baumkronenpfad und Wildkatzendorf im Nationalpark Hainich
- Stadtrundgänge und Programme

Zimmervermittlung

Es gehört zum Service einer modernen Tourist-Information, Gästen eine Unterkunft zu vermitteln. Die Vermittlung erfolgt auf verschiedenen Wegen. Bearbeitet werden sowohl telefonische bzw. schriftliche (E-Mail-, Postanfragen) als auch persönliche Anfragen vor Ort. Die Vermittlung erfolgt über das Re-

servierungssystem "THÜRIS" mit dem thüringenweiten Vertriebskanal "THOMA". Aus den Vermittlungen erhält die EWT Provisionserlöse.

Die EWT vermittelt bereits seit dem Jahr 2011 nur noch online-buchbare Anbieter, diese Praxis hat sich weiter gefestigt. Im Jahr 2013 wurde die von der Thüringer Tourismus GmbH (TTG) gestartete Qualitätsoffensive im Bereich der THÜRIS-Vermieter aktiv unterstützt. Neue Mindestkriterien im Bereich Zimmerqualität wurden ausgearbeitet. Alle Vermieter erhielten neue Verträge mit denen sie die Mindestkriterien akzeptierten. In enger Zusammenarbeit mit der TTG erfolgte die Kontrolle der Umsetzung dieser Kriterien in den einzelnen Häusern bereits bei ca. 70 % aller Objekte. Weitere Überprüfungen sind geplant.

Kartenvorverkauf/Ticketing

Veranstaltungen sind oftmals Motiv und Anlass für eine Reise oder sie sind ein wichtiger Baustein bei der Urlaubsgestaltung. Die EWT vertreibt Tickets für zahlreiche Veranstaltungen in Eisenach, aber auch deutschlandweit. Die EWT ist dem Buchungssystem "Ticketshop Thüringen" angeschlossen und arbeitet daneben mit verschiedenen anderen Ticketvertriebsplattformen. Das Buchungssystem "Eventim" wird seit dem Jahr 2012 nicht mehr von der EWT genutzt, die Konditionen waren nicht zu akzeptieren, die anfallenden monatlichen Fixkosten waren zu hoch. Dadurch ist es leider nicht mehr möglich, Karten für die Veranstaltungen auf der Wartburg anzubieten.

Neben dem Verkauf über die Plattformen werden für regionale Veranstalter auch Hartkarten außerhalb der Systeme verkauft. Damit können auch kleine Veranstalter das Angebot der EWT als Vertriebskanal nutzen. Im Jahr 2013 konnte das "Theater Am Markt" als weiterer lokaler Veranstalter gewonnen werden, die Tickets über die Tourist-Info zu verkaufen. Unser Ziel bleibt es, die Tourist-Information auch als Anlauf und Informationspunkt für die Eisenacher Bürger weiter auszubauen. Die Umsätze im Bereich des Ticketverkaufes konnten im Jahr 2013 um 20 % gesteigert werden.

2. Verkauf touristischer Produkte

Gästeführung/Reisebegleitungen

Die Gästeführungen und Reisebegleitungen werden in Eigenregie der EWT angeboten. Im Geschäftsjahr 2013 wurden insgesamt 1.656 Führungen durchgeführt. Für den Einzelgast wurden 2013 insgesamt 612 offene Führungen angeboten. Auch im Jahr 2013 konnte eine Kostendeckung bei den öffentlichen Führungen erreicht werden. Der Gesamtumsatz in diesem Bereich war allerdings im Vergleich zum Vorjahr mit 1,28 % leicht rückläufig. Im Bereich der Gästeführungen für Gruppen setzt sich zu Beginn des Jahres 2014 die rückläufige Tendenz verstärkt fort. Die Hauptursache hierfür ist aus unserer Sicht die massive Konkurrenz durch private Anbieter. Die Geschäftsführung wird diese Entwicklung sorgfältig im Auge behalten.

Pauschalangebote und touristische Einzelleistungen

Die EWT vermittelt einerseits Pauschalprogramme verschiedener Hotels und erhält daraus Provisionen, andererseits tritt sie im Bereich der Stadtführungen dem Kunden gegenüber als Veranstalter auf und geht damit in die Haftung des Veranstalters.

Die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Gesellschaft wurden auch in 2013 erneut durch einen Fachanwalt geprüft und den gesetzlichen Gegebenheiten angepasst.

3. Marketing

Das touristische Marketing stellt ein wesentliches Geschäftsfeld der EWT dar. Im Marketingplan sind die Aufgabenfelder - Teilnahme an Messen, Onlinemarketing, Herstellung von Druckerzeugnissen, Mitgliedschaft in Werbepartnerschaften, Vereinen und Kooperationen und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit - definiert und im Marketingbudgetplan finanziell untersetzt.

Produktion eigener Medien

Der Reisekatalog wurde mit 15.000 Exemplaren und einer Seitenstärke von annähernd 90 Seiten in diesem Jahr wieder unter die Kernkompetenzen Eisenachs gestellt. Im Bereich der Imageseiten haben wir an den bewährten Themen "KULTURgut", "SATTELfest", "WANDERlust", "WOHLbefinden" und "WASSERspaß" festgehalten und die entsprechenden Angebote unter den jeweiligen Rubriken präsentiert. Im Bereich der Gastgeber haben wir in diesem Jahr auf diese Zuordnung verzichtet. Hier gab es zu viele Gastgeber, die mehrere Bereiche abdecken können und wollen. Die Sortierung erfolgte nach den Kategorien Hotel, Pension, Ferienwohnung oder Privatzimmer. Der Katalog wurde vollumfänglich durch Anzeigen finanziert und hat einen Überschuss erwirtschaftet.

Der Gastronomie-Stadtplan zur ausschließlichen Verteilung auf der Wartburg enthält zehn Anzeigenplätze für Gastronomen in der Innenstadt und eine Übersicht der Sehenswürdigkeiten und Museen. Er soll die Besucher der Wartburg animieren, in der Stadt essen zu gehen und die Museen zu besuchen. Auch Mitte 2013 wurde eine neue Auflage von 100.000 Exemplaren gedruckt, die fast vergriffen ist.

Zu den Angeboten im Bereich der öffentlichen Stadtführungen ist Ende des Jahres 2013 ein neues Angebotsblatt entstanden. Auf einer Seite werden hier unsere Leistungen klar und übersichtlich dargestellt.

Erstmalig konnte nach mehreren Jahren Pause auch wieder ein Jahresveranstaltungskalender für 2014 erstellt werden. Dabei beteiligte sich der Verkehrsverein der Wartburgstadt mit ca. 60 % an den Kosten.

Seit 2007 erstellt die EWT einen eigenen Angebotskatalog für Reisegruppen. Dieser wird als CD-Version herausgegeben, auch für das Jahr 2013 wurde diese CD erstellt.

Auftritt auf Messen

Die EWT trat im Jahr 2013 auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin auf und war ebenfalls auf den wichtigen Fachbesuchermessen GTM und RDA sowie auf dem Travel.13 der TTG präsent. Im vergangenen Jahr war die Wartburg dabei unser Hauptkooperationspartner. Wir waren außerdem über den Verein Städtetourismus in Thüringen e. V. und über den Verein Werratal Touristik e. V. auf verschiedenen Publikumsmessen in Deutschland vertreten.

Über die Marketingkooperation "Goethestraße" war Eisenach auf der Dt. Reisewoche in Tokio vertreten. Der Verein Städtetourismus in Thüringen e. V. war für seine Mitglieder auf der FESPO in Zürich vertreten. Die Wartburg-Stiftung war auf der Reisemesse in Wien und auf der FESPO am Stand der UNESCO auch für die EWT vertreten. Der Verein "Wege zu Luther" war auf der Messe in Göteborg vertreten.

Für die Folgejahre werden im Bereich Messe weitere Kooperationen angestrebt: Ziel ist es, durch gemeinsame Präsentationen wieder auf mehr Messen präsent sein zu können.

Pressereisen und Öffentlichkeitsarbeit

Ziel der Studienreisen für Pressevertreter ist die qualitativ hochwertige Berichterstattung über Eisenach als Reisedestination, um das positive Städteimage weiter zu stärken.

Sie sollen den Medienvertretern in aller Welt Informationen über das Reiseziel Eisenach liefern und Artikel in Online- und Print-Medien sowie Beiträge in Funk und Fernsehen initiieren.

Die Pressereisen werden durch die EWT vorbereitet und koordiniert. Die Betreuung der Journalisten vor Ort übernahm bis ca. Mitte des Jahres 2013 eine Kollegin des Bachhauses. Nach dem Ausscheiden dieser Kollegin aus dem Bachhaus haben wir mit drei Gästeführern einen Vertrag auf Honorarbasis abgeschlossen. Damit kann die hochwertige Betreuung der Reisen weiter abgesichert werden. An der Finanzierung der Betreuung beteiligen sich das Bachhaus, das Lutherhaus und die Wartburg-Stiftung auf der Basis eines Kooperationsvertrages.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der EWT erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 13.07.2014)

Risikobericht

Finanzierungs- und Liquiditätsrisiko

Nach dem Ausscheiden des Gesellschafters Wartburgkreis zum 31. Dezember 2010 hat sich auch die Basis für die Finanzierung der Gesellschaft geändert. Die bisherige Finanzierung, die über einen öffentlich-rechtlichen Finanzierungsvertrag geregelt war, sollte nun im Gesellschaftsvertrag verankert werden. Der Gesellschaftsvertrag wurde neu gefasst und am 21. Januar 2011 notariell beurkundet. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung des Gesellschaftsvertrages wurde vom Landesverwaltungsamt jedoch mit Schreiben vom 14. Mai 2011 abgelehnt.

Daraufhin wurde der Vertrag unter Berücksichtigung der vom Landesverwaltungsamt angeregten Modifizierungen abgeändert. Die Höhe der Nachschusspflicht wurde schrittweise abgesenkt, von 300 TEUR im Jahr 2011 um jährlich 10 TEUR bis zum Jahr 2017.

Dieser Vertrag wurde am 12. Januar 2012 notariell beurkundet. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung des Landesverwaltungsamtes ist jedoch auch für diesen Vertrag bisher nicht erfolgt. Das Landesverwaltungsamt lehnte die Genehmigung erneut ab. Das Erwidierungsschreiben der Stadt wurde erst am 15. Mai 2013 beantwortet.

Um die Finanzierung der Gesellschaft für 2013 absichern zu können, wurde (analog zum Vorjahr) aus kommunalrechtlicher Sicht auf den zuletzt rechtsaufsichtlich genehmigten Gesellschaftsvertrag der EWT GmbH vom 21. August 2006 abgestellt. Gemäß § 16 Abs. 1 dieses Vertrages ist eine Nachschussverpflichtung grundsätzlich ausgeschlossen. Die Einforderung von Nachschüssen kann jedoch mit einstimmiger Zustimmung aller Gesellschafter beschlossen werden, wenn sämtliche Stammeinlagen eingezahlt sind.

Auf dieser Basis haben der Eisenacher Stadtrat und die Gesellschafterversammlung auch für 2014 gehandelt und einen Nachschuss in Höhe von 280 TEUR für das Jahr 2014 beschlossen (Stadtratsbeschluss vom 29. Januar 2014).

Zwischenzeitlich erfolgten jedoch weitere Rücksprachen und Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt. Mit Schreiben vom 24. Januar 2014 reichte der Gesellschafter Stadt Eisenach einen neuen Formulierungsvorschlag zur Änderung des Gesellschaftsvertrages ein. Laut dem neuen Vorschlag wird die Nachschusspflicht auf maximal 300 TEUR im Jahr begrenzt, bedarf jedoch immer der vorherigen Zustimmung des Stadtrates. Die Auszahlung soll dabei in Abhängigkeit der tatsächlichen Liquidität erfolgen.

Mit dem Schreiben vom 29. Juli 2014 hat das Thüringer Landesverwaltungsamt denn am 10. Juli 2014 notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag rechtsaufsichtlich genehmigt. Damit ist der geänderte Gesellschaftsvertrag, nach dem die Nachschusspflicht auf maximal 300 TEUR jährlich begrenzt ist, inzwischen wirksam. Der Beschluss über den jährlichen Nachschuss bedarf der vorherigen Zustimmung des Stadtrates der Stadt Eisenach.

Aus Sicht der Geschäftsführung stand der bisherige Stadtrat der Arbeit der EWT GmbH positiv gegenüber. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie der neu gewählte Stadtrat sich gegenüber der Gesellschaft positioniert. Sollte der Alleingeschafter Stadt Eisenach zukünftig jedoch die benötigten Kapitaleinlagen zum operativen Geschäft aufgrund der Verweigerung des Stadtrates nicht aufbringen dürfen, wäre die Gesellschaft in ihrem Bestand gefährdet. Zudem sollte, vor allem vor dem Hintergrund der vielfältigen Aufgaben und der zu erwartenden steigenden Besucherzahlen im Hinblick auf das Jahr 2017, eine weitere Abschmelzung des Zuschusses unbedingt verhindert werden. Schon jetzt arbeitet die Gesellschaft mit einem Minimum an Mitarbeitern und kann viele notwendige und wünschenswerte Projekte im Marketingbereich nicht umsetzen.

Operative Risiken

Operative Geschäftsrisiken für die EWT, die durch Trends im Reiseverhalten am Markt verursacht werden, kann man anhand der Übernachtungs- und Ankunfts zahlen im Geschäftsjahr 2013 nicht ableiten. Die rückläufige Entwicklung im Bereich der Erlöse aus Stadtführungen im Gruppenbereich und die weitere Entwicklung der Provisionserlöse aus THÜRIS werden von der Geschäftsführung laufend überwacht.

Chancenbericht

Die Chancen der Gesellschaft, die operative Geschäftstätigkeit weiterzuführen und die Erlöse zu steigern sind abhängig von der weiteren Finanzierung durch den Gesellschafter.

Wie bereits oben angeführt, gehen wir wegen der Lutherdekade und das durch die Deutsche Zentrale für Tourismus und die Thüringer Tourismus GmbH betriebene Marketing von einem Anstieg der Gästezahlen in den kommenden Jahren aus. Das Ziel, die Gästezahlen zu steigern, wurde 2013 erfüllt, wir erhoffen auch für 2014 einen Anstieg der Gästeankünfte. Für das erste Quartal 2014 konnte diese Erwartung bereits bestätigt werden.

Die Gesellschaft plädiert nach wie vor für die Einführung der Fremdenverkehrsabgabe, diese könnte langfristig die Finanzierung der EWT sichern. Die Hoteliers der Stadt stützen diese Idee, ebenso der Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Die Bettensteuer wird seit dem 1. Januar 2012 durch die Stadt erhoben und führt immer wieder zu Kritik aus den Reihen der Hoteliers und auch der Reiseveranstalter. Die Einführung dieser Steuer war vom Landesverwaltungsamt verlangt worden, um die Finanzierung der Gesellschaft genehmigen zu können.

Im Juli des Jahres 2012 wurde durch das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass diese Steuer nicht für berufsbedingte Reisen erhoben werden kann. Die Satzung der Stadt wurde daraufhin entsprechend angepasst. Da Eisenach von vielen Geschäftsreisenden frequentiert wird, ist davon auszugehen, dass Einnahmen aus dieser Steuer spürbar sinken werden. Da diese Einnahme als Steuer jedoch nicht zweckgebunden erhoben wird und deshalb nicht unmittelbar an die Gesellschaft gezahlt wird, wirkt sich eine Einbuße aus dieser Steuereinnahme nicht auf die GmbH aus.

Die EWT hat das Ziel, insbesondere durch die Beteiligung vieler Leistungspartner im Bereich des Marketings, ihre Marktposition mittelfristig zu sichern und auszubauen.

Voraussichtliche Entwicklungs-Prognose

Das Ziel, Kostendeckung in den Marketingprojekten zu erreichen, wurde weiterhin betrieben und umgesetzt.

Am 1. April 2013 wurde Frau Heidi Günther zur Geschäftsführerin berufen. Sie ist zunächst befristet bis zum 30. September 2014 eingestellt. In seiner Aufsichtsratssitzung vom 7. April 2014 haben sich die Aufsichtsratsmitglieder jedoch klar für eine Weiterbeschäftigung von Frau Günther auf der Grundlage eines unbefristeten Arbeitsvertrages ausgesprochen. Ein entsprechender Gesellschafterbeschluss soll in der nächsten Gesellschafterversammlung gefasst werden.

Der von den Gremien der Gesellschaft bestätigte Wirtschaftsplan 2014 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 284.688 EUR aus, 280.000 EUR werden durch die Kapitaleinlage des Gesellschafters abgedeckt. Die restliche Unterdeckung in Höhe von 4.688 EUR soll durch das aus den Vorjahren noch vorhandene Liquiditätspolster aufgefangen werden.

Im Frühjahr des Jahres 2013 wurde von der Geschäftsführung (unter Berücksichtigung des Wechsels bei der Geschäftsführung) ein Finanzplan bis zum Jahr 2018 aufgestellt. Die Planzahlen gehen von einer Weiterführung des Betriebes auf dem derzeitigen Niveau aus und belegen deutlich, dass die geplante schrittweise Absenkung des Zuschusses auf 250 TEUR bis zum Jahr 2017 für die Gesellschaft nicht zu verkraften ist.

Alle nur möglichen Sparpotentiale werden deshalb konsequent weiter ausgeschöpft. Zusätzliche Marketingmaßnahmen können mit den vorhandenen Mitteln nicht umgesetzt werden. Lohnerhöhungen für die Mitarbeiter können nicht realisiert werden. Selbstverständlich ist die Gesellschaft stets bestrebt, die Einnahmen weiter zu erhöhen und neue Einnahmequellen zu erschließen.

Sollten sich trotz aller Anstrengungen größere Rückgänge der Erlöse abzeichnen, wird die Gesellschaft weitere Einsparungen im Personalbereich vornehmen müssen. Damit können die derzeit vorgehaltenen Leistungen (z. B. Öffnungszeiten der Tourist-Info, Absicherung der telefonischen Erreichbarkeit) nicht mehr in vollem Umfang erbracht werden. Dies würde sicherlich vor dem Hintergrund der laufenden Lutherdekade und dem anstehenden Jahr 2017 einen Imageverlust und Qualitätsverlust für Eisenach bedeuten.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Die Stadt Eisenach leistete im Geschäftsjahr 2013 einen Gesellschafternachschiuss i. H. v. 290.000,00 EUR (Vj.: 300 TEUR).

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Kapitalentnahmen durchgeführt.

Eisenach - Wartburgregion Touristik GmbH
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
	2013		2012		2011	
Anlagevermögen	20	9%	30	14%	15	7%
Immaterielles Vermögen	0		1		3	
Sachanlagen	20		29		12	
Finanzanlagen	0		0		0	
Umlaufvermögen	191	88%	187	86%	195	93%
Vorräte	6		8		8	
Forderungen u. sonst. Vermögen	45		50		60	
Wertpapiere	0		0		0	
Liquide Mittel	139		130		127	
Aktiver RAP	6	3%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme	217	100%	218	100%	210	100%
	Passiva					
	2013		2012		2011	
Eigenkapital	152	70%	139	64%	127	61%
Gezeichnetes Kapital	30		30		30	
Rücklagen	987		697		397	
Gewinn-/Verlustvortrag	0		0		0	
Jahresergebnis	0		0		0	
Bilanzverlust	-865		-589		-300	
Sonderposten	0	0%	0	0%	1	0%
Rückstellungen	11	5%	10	5%	12	5%
Verbindlichkeiten	54	25%	69	32%	70	34%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	0		0		0	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	54		69		70	
Passiver RAP	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme	217	100%	218	100%	210	100%

Das Gesamtvermögen (217 TEUR) der Gesellschaft bleibt etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Innerhalb der Bilanzpositionen haben sich dabei folgende Veränderungen ergeben.

Auf der Aktivseite ist ein Rückgang des Sachanlagevermögens um 10 TEUR zu verzeichnen, der bedingt ist in der Differenz von Abschreibungen (-13 TEUR) zu Neu-Investitionen (3 TEUR). Demgegenüber steht ein Zugang der liquiden Mittel um 9 TEUR (siehe Finanzlage). Weiterhin wurde ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten i. H. v. 6,4 TEUR gebildet.

Auf der Passivseite stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Das Eigenkapital (152 TEUR) hat sich in Höhe der Kapitaleinlage (290 TEUR) und unter Berücksichtigung des Jahresfehlbetrages (- 277 TEUR) um 13 TEUR erhöht. Die Eigenkapitalquote hat sich damit bei nahezu unveränderten Gesamtvermögen auf 70 % (Vj.: 63,7 %) erhöht.

Die Rückstellungen (11 TEUR) haben sich ggü. dem Vorjahr nur marginal geändert.

Bei den Verbindlichkeiten (54,3 TEUR) ist ein Rückgang um 15 TEUR bzw. 21 % zu verzeichnen.

2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	359	359	440	-1
Bestandsveränderungen	-1	0	0	-1
Sonstige Erträge	1	1	2	0
Gesamtleistung	359	360	443	-1
Materialaufwand	117	135	142	-18
Personalaufwand	341	363	361	-22
Abschreibungen	13	12	13	1
sonst. betriebl. Aufwendungen	164	139	196	25
Finanzergebnis	0	0	3	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-277	-289	-266	12
Steuern	0	0	0	0
Jahresergebnis	-277	-289	-266	12
Verlustvortrag	-589	-300	-34	-289
Einstellung/Entnahme in/aus Gewinnrücklagen	0	0	0	0
Bilanzverlust	-866	-589	-300	-277

Der Umsatz lag im Geschäftsjahr mit rund 359 TEUR auf dem Niveau im Vorjahr.

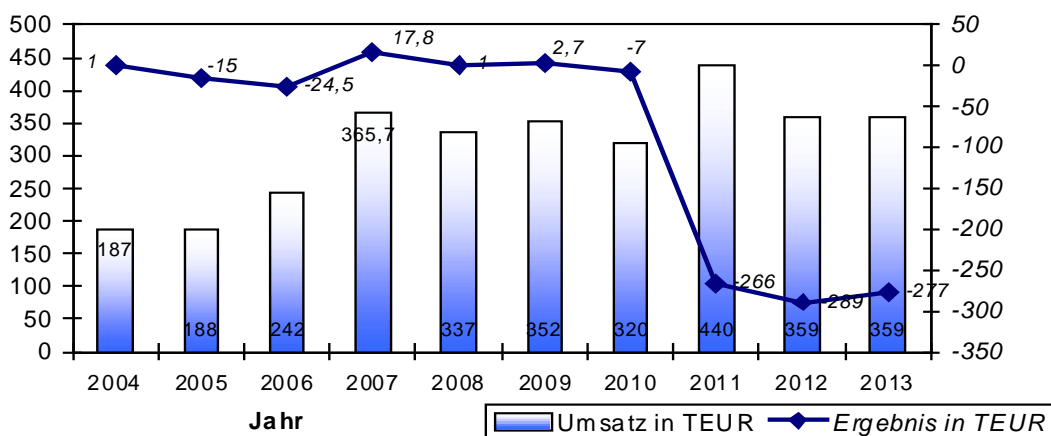
Der Materialaufwand (118 TEUR) reduzierte sich im Berichtsjahr um 17 TEUR.

Der Personalaufwand (341 TEUR) hat sich ggü. dem Vorjahr um 22 TEUR verringert. Diese Entwicklung hängt originär mit dem Wechsel in der Geschäftsführung zusammen. Neben der Geschäftsführerin sind insgesamt 9 weitere Mitarbeiter sowie drei Auszubildende angestellt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich ggü. 2012 um rd. 25 TEUR auf 164 TEUR.

Das Geschäftsjahr wurde insgesamt mit einem Fehlbetrag von 277 TEUR (Vj.: 289 TEUR) abgeschlossen. Dem Stand die Gesellschaftereinlage i. H. v. 290 TEUR (siehe Vermögenslage; Vj.: 300 TEUR) gegenüber.

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

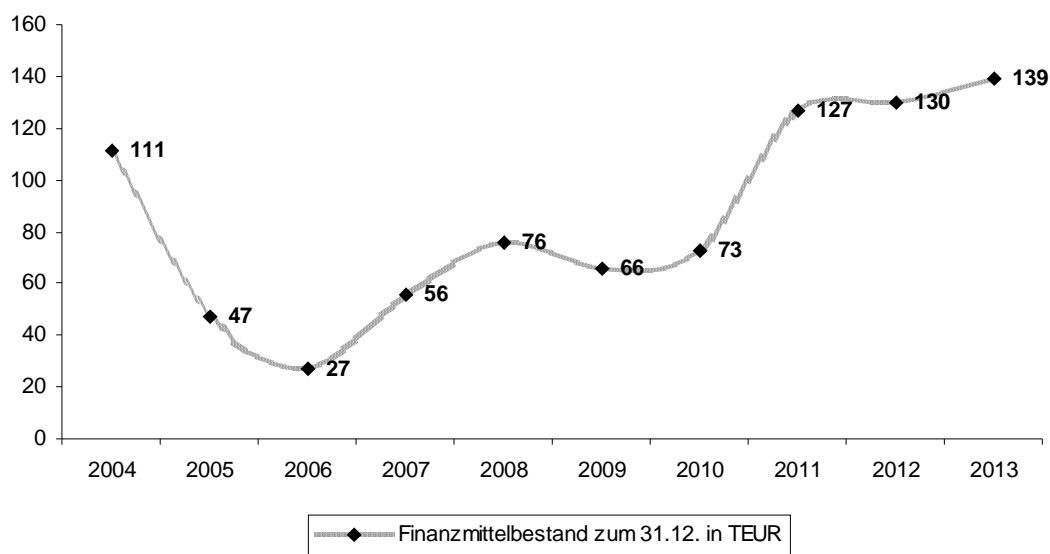


3. Finanzlage




Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	-277	-289	-266
+ Abschreibungen/Abgänge	13	12	12
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	0	0	0
- sonstige zahlungsunwirksame Erträge	0	-1	-2
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen	1	1	2
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	0	10	-42
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	-15	-3	1
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	-278	-270	-295
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-3	-27	-3
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	2
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (2)	-3	-27	-1
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	290	300	350
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (3)	290	300	350
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ : (1) - (3)]	9	3	54
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	130	127	73
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	139	130	127

Die Mittelabflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit (- 278 TEUR) sowie aus Investitionstätigkeit (- 3 TEUR) konnten vollständig aus dem Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit (hier: Kapitaleinlage der Gesellschafterin) in Höhe von 290 TEUR finanziert werden. Darüber hinaus war ein Zugang des Finanzmittelbestandes um 9 TEUR auf TEUR 139 zu verzeichnen.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes in TEUR



6.5. VERKEHR

	Seite
 Flugplatzgesellschaft Eisenach - Kindel mbH	Flugplatzgesellschaft Eisenach - Kindel mbH84
 KVG	Kommunale Personennahverkehrs- gesellschaft Eisenach mbH92
 VGW	Verkehrsgesellschaft Wartburgkreis mbH100

Flugplatzgesellschaft Eisenach - Kindel mbH (FPG)

Sitz der Gesellschaft: Am Flugplatz 1
99820 Hörselberg - Hainich

E-Mail: info@flugplatz-eisenach.de
Internet: www.flugplatz-eisenach.de

Gründung: 12. Dezember 1995

Handelsregister: HR B 403630; Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 04. Juli 2013

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr Thomas Doberstau seit 11.05.1999

Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich des laufenden Geschäftsführergehalts wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung:

vertreten durch:

Stadt Eisenach	- Herr Bürgermeister Andreas Ludwig (ab 2.1.2013)
	- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf (bis 1.1.2013)
UBT mbH, Bad Salzungen	- Herr Geschäftsführer Stefan Wagner
Gemeinde Hörselberg - Hainich	- Herr Bürgermeister Bernhard Bischof

Aufsichtsrat:

Herr Reinhard Krebs – ARV	- Landrat des Wartburgkreises
Herr Andreas Ludwig (ab 02.01.2013)	- Bürgermeister der Stadt Eisenach
Frau Katja Wolf – sARV (bis 01.01.2013)	- Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach
Herr Bernhard Bischof - sARV	- Bürgermeister der Gemeinde Hörselberg - Hainich
Herr Manfred Lindig	- CDU-Stadtratsfraktion
Frau Carola Hunstock	- CDU-Kreistagsfraktion des Wartburgkreises
Herr Torsten Gieß	- SPD-Kreistagsfraktion des Wartburgkreises

Gesamtvergütung (hier: Aufwandsentschädigung) der Mitglieder des Aufsichtsrates: 1.260,00 EUR
(Vj.: 1.320,00 EUR)

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil in %	in EUR
UBT mbH	54	27.650,-
Stadt Eisenach	36	18.450,-
Gemeinde Hörselberg - Hainich	10	5.150,-
Gesamt	100	51.250,-

Beteiligungen des Unternehmens

Keine.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind der Betrieb und die Entwicklung des Verkehrslandeplatzes Eisenach – Kindel sowie die Realisierung der Ziele des Flugplatzausbauplans.

Der Verkehrslandeplatz Eisenach - Kindel gehört wie andere Infrastruktureinrichtungen für den Personen- und Güterverkehr auf der Straße, der Schiene und dem Wasser zu den klassischen Verkehrsinfrastrukturanlagen. Er dient der regionalen Daseinsvorsorge, also der nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Wartburg-Region und des Industriegebietes Kindel.

Im Jahr 2000 erfolgte die endgültige Genehmigung des Verkehrslandeplatzes Eisenach – Kindel durch das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur (TMWAI). Im gleichen Jahr wurde die erforderliche Betriebserlaubnis durch das TMWAI für den Betrieb mit Flugzeugen bis 20 t Abflugmasse erteilt.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

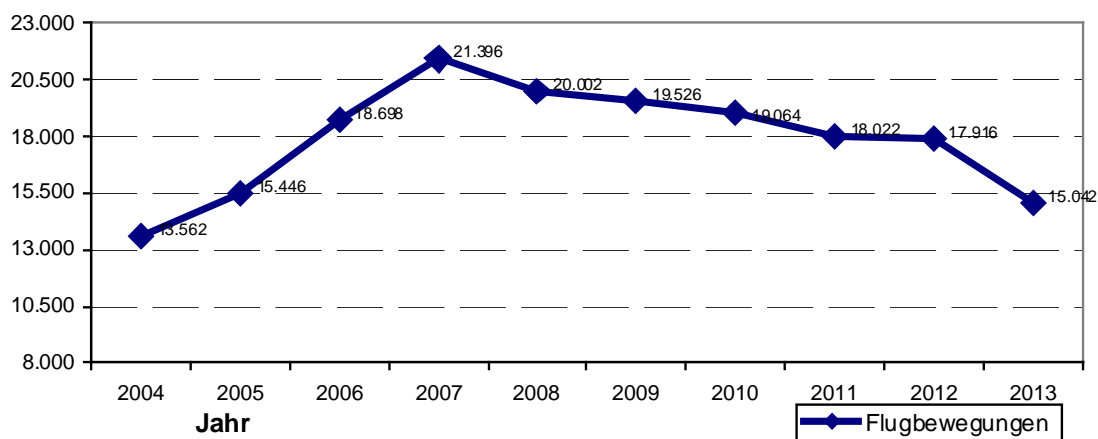
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter	4	4	5	4	5	6	6	6	6	6

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Konzept zur zivilen Nachnutzung des ehemaligen Militärflugplatzes als Teil des Konversionsprojektes Kindel findet in der bisherigen Entwicklung und Auslastung des Verkehrslandeplatzes Eisenach - Kindel seine Bestätigung. Bisherige Geschäftsfelder sind kontinuierlich auszubauen und neue Geschäftsfelder zu erschließen, um die positive Entwicklung der Flugplatzgesellschaft weiter zu stabilisieren.

Seiner Funktion als wesentliches Infrastrukturelement der Region Süd-West-Thüringen konnte der Verkehrslandeplatz Eisenach - Kindel auch im Jahr 2013 gerecht werden. Die Ansiedlungen und Investitionen luftfahrtspezifischer Unternehmen auf den Gewerbeflächen des Flugplatzes sind von wesentlicher Bedeutung für die weitere positive Flugplatzentwicklung, insbesondere auch, um die Einnahmesituation der Flugplatzgesellschaft Eisenach - Kindel mbH weiter zu verbessern.

Entwicklung der Flugbewegungen



Im Geschäftsjahr 2013 wurden am Verkehrslandeplatz Eisenach-Kindel insgesamt 15.042 Flugbewegungen (Vorjahr 17.916) realisiert, was im Vergleich zu 2012 einem Rückgang um rund 16 % entspricht. Dieser Rückgang entspricht weitestgehend dem derzeitigen Trend im Bereich der Allgemeinen Luftfahrt, insbesondere an den Verkehrslandeplätzen.

Mit 8.860 Flugbewegungen betrug der Anteil gewerblicher Flüge an den Gesamt-Flugbewegungen 59 % (Vorjahr 59 %), wobei daran der Ultraleichtflug einen Anteil von 40 % (Vorjahr 49 %) hatte. Vom Gesamtflugaufkommen wurden 69 % (Vorjahr 73 %) von den am Verkehrslandeplatz Eisenach-Kindel stationierten Luftfahrzeugen (inkl. Fallschirmsprung) realisiert.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 27.05.2014)

Die gesamtwirtschaftliche Situation der Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH war auch 2013 stabil und ausgeglichen. Der Verkehrslandeplatz Eisenach-Kindel wurde seiner Funktion als wesentliches Verkehrs-Infrastrukturelement im Wirtschaftsraum Süd-West-Thüringen gerecht. Eine Wettbewerbssituation benachbarter Flugplätze, die sich auf die wirtschaftliche Entwicklung der Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH auswirken konnte, war auch im Jahr 2013 nicht erkennbar.

Auch wenn die Zahl der Flugbewegungen abgenommen hat, konnten der Geschäftsbetrieb und die Marktposition der Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH 2013 weiter gefestigt werden. Die bedarfsgerecht ausgebaute Infrastruktur des Flugplatzes und die Personalstruktur der Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH sind auch weiterhin eine wesentliche Grundlage, um den Flugverkehr der ansässigen sowie den Flugplatz von außerhalb anfliegenden Unternehmen, Vereine und des Individualflugverkehrs zuverlässig abzufertigen. Darüber hinaus ist die Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH damit auch in der Lage, Flächen für die am Verkehrslandeplatz Eisenach-Kindel stattfindenden Veranstaltungen verlässlich bereit zu stellen.

Das aus der Flugplatzliegenschaft mit einer Größe von rund 100 ha, den auf ihr befindlichen modernen luftfahrttechnischen und meteorologischen Einrichtungen und Gebäuden sowie den luftrechtlichen Genehmigungen zur Anlage und zum Betrieb des Flugplatzes bestehende Anlagevermögen ist für den Umfang des Geschäftsbetriebes angemessen.

Der Verkehrslandeplatz Eisenach-Kindel, die angesiedelten Unternehmen und insbesondere die Flugplatzgastronomie müssen zunehmend von der deutlich verbesserten touristischen Infrastruktur der Welterbergregion Wartburg–Hainich profitieren. Hierzu ist die Integration der flugplatzspezifischen Leistungen in die vorhandenen touristischen Netzwerke notwendig.

Gegen den am 12.07.2010 durch das Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (TMBLV) erteilten ersten Nachtrag zur Flugplatzgenehmigung vom 29.09.2000 haben zwei Privatpersonen aus den umliegenden Ortschaften Klage mit der Begründung eingereicht, dieser erste Nachtrag wäre nicht rechtmäßig erteilt worden. Die Beklagte ist das TMBLV. Die Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH wurde dem streitgegenständlichen Verfahren beigegeben, da sie nach Auffassung des Gerichts derart am streitigen Rechtsverhältnis beteiligt ist, dass eine Entscheidung nur einheitlich ergehen könne.

Zwischenzeitlich hat vor dem Obergericht Weimar eine Güteverhandlung stattgefunden. Nach Auffassung des Gerichts könnte die Genehmigung im Falle eines Urteils wegen Verfahrensfehlern u. U. aufgehoben werden. In diesem Falle müsste das Genehmigungsverfahren neu durchlaufen werden. Da sich die Prozessparteien darüber einig waren, dass es im Verfahren nicht um die Aufhebung der Genehmigung sondern allenfalls um die Nachbesserung einzelner Auflagen geht, wurde unter dem Einverständnis aller vom Gericht das Ruhen des Verfahrens angeordnet. Ziel ist es, zwischen den Prozessparteien eine einvernehmliche Lösung herbei zu führen. Die Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH wird anwaltlich vertreten. Für das Verfahren wurde eine Rückstellung in Höhe von 7,5 TEUR gebildet.

Die in der Gesellschaft existierenden Risiken, insbesondere im Bereich der Abfertigung des Flugbetriebes und des Umweltschutzes, sind durch entsprechende Haftpflicht-, Gebäude- und Umwelthaftpflichtversicherungen abgesichert.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der FPG erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 27.05.2014)

Die Entwicklung der Gesellschaft unterliegt auch weiterhin den Risiken der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die sich vielfältig auf den Geschäftsbetrieb der Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel und der am Flugplatz angesiedelten Unternehmen auswirken kann. Die Entwicklung der gewerblichen Luftfahrt orientiert sich weitestgehend an der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung und den luftrechtlichen Rahmenbedingungen, die in den letzten Jahren durch die Harmonisierung der EU- Gesetzgebung weitest gehend neu definiert wurden. So haben sich die Rahmenbedingungen und Anforderungen an den Flugbetrieb der Allgemeinen Luftfahrt mit Luftfahrzeugen im Segment bis 5,7 t Abflugmasse deutlich verschärft, was sich zu Ungunsten wirtschaftlicher und finanzierbarer Flugbetriebe im Freizeitsektor auswirkt.

Die weitere Entwicklung des Freizeit- und Sportflugbetriebes ist darüber hinaus maßgeblich an die Entwicklung der allgemeinen Kaufkraft und rechtlichen Rahmenbedingungen gekoppelt, die sich in den letzten Jahren nachweislich zu Ungunsten dieser Luftfahrtsparte entwickelt haben. Darüber hinaus ist erkennbar, dass in der Folge der Bestand an Flugzeugen in der Kategorie bis 2 t Abfluggewicht, die für dieses Segment der „Allgemeinen Luftfahrt“ charakteristisch sind, stagniert bzw. sogar rückläufig ist. Die an den Flugplätzen ansässigen Luftfahrtvereine haben größtenteils Nachwuchsprobleme, was sich negativ auf die aus diesem Segment resultierenden flugbetrieblichen Aktivitäten auswirkt.

Forderungsausfälle sollen wie bisher durch eine zeitnahe Fakturierung vermieden werden.

Die Novellierung neuer europäischer und internationaler luftrechtlicher Vorschriften kann weitere Anpassungserfordernisse für den Betrieb des Verkehrslandeplatzes Eisenach-Kindel zur Folge haben. Der Umfang kann derzeit nicht definiert werden. Darüber hinaus können sich für die Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH und die Nutzer des Verkehrslandeplatzes Eisenach-Kindel auch weitere Veränderungen infolge der Umsetzung des Luftsicherheitsgesetzes ergeben. Es gilt mindestens, den genehmigungsrechtlichen Bestand des Verkehrslandeplatzes Eisenach-Kindel zu wahren.

Satzungsgemäßer Gegenstand der Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH ist der Betrieb und die Entwicklung des Verkehrslandeplatzes Eisenach-Kindel, die auf absehbare Zeit nicht abgeschlossen sein wird. Demzufolge ist mit einem ausgeglichenen Ergebnis mittelfristig nicht zu rechnen. Das aus dem Betrieb und der Entwicklung des Verkehrslandeplatzes eventuell entstehende Defizit ist auch weiterhin durch die Gesellschaftereinlagen zu decken. Insofern kann der wirtschaftliche Bestand der Gesellschaft als gesichert angesehen werden.

Unter Berücksichtigung der Bestandskraft der Betriebsgenehmigungen des Flugplatzes bestehen aus heutiger Sicht keine rechtlichen Bestandsgefährdungspotentiale.

Die Entwicklung des Verkehrslandeplatzes Eisenach-Kindel muss sich auch weiterhin an den objektiven Notwendigkeiten orientieren, die unter anderem von den Rahmenbedingungen in der Allgemeinen Luftfahrt sowie den gesetzlichen, politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen bestimmt werden. Der weitere bedarfsgerechte Ausbau der Infrastruktur des Flugplatzes ist dabei auch künftig von maßgeblicher Bedeutung.

Die vorhandenen soliden technischen und infrastrukturellen Potentiale der Flugplatzliegenschaft sind die Basis für eine weitere erfolgreiche Entwicklung aller am Verkehrslandeplatz Eisenach-Kindel ansässigen Unternehmen und den Geschäftsbetrieb der FPG. In diesem Zusammenhang erscheint es auch sinnvoll, die Investition in ein satellitengestütztes Anflugverfahren möglichst zeitnah weiter zu verfolgen, sofern die Finanzierung gesichert ist.

Durch die weitere Entwicklung des Geschäftsbetriebes und die Gesellschaftereinlagen ist die voraussichtliche Entwicklung der Zahlungsfähigkeit der FPG als gesichert anzusehen. Sich langfristig abzeichnende Vermögensverluste sind nicht erkennbar.

Zur weiteren Verbesserung des wirtschaftlichen Ergebnisses der Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH und der damit verbundenen Reduzierung der Gesellschafternachsüsse sind die bisherigen Geschäftsfelder weiter zu optimieren, neue sind zu akquirieren. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit weitere Veranstaltungen (Messen, Open- Air, etc.) auf den dazu nutzbaren Flugplatzfreiflächen im Einklang mit dem genehmigten Flugbetrieb unter Rücksichtnahme auf die angesiedelten Luftfahrtbetriebe durchgeführt werden können. Zur Verbesserung des Ergebnisses ist auch die weitere An-

siedlung von Luftfahrtgewerbe mit hoher Ausstrahlungskraft auf den Geschäftsbetrieb der Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH von maßgeblichem Interesse.

Der Verkehrslandeplatz Eisenach-Kindel muss auch künftig weiter in die für die Flugplatzentwicklung wesentlichen Infrastrukturmaßnahmen der Region sowie in die regionale wirtschaftliche und touristische Gesamtentwicklung eingebunden werden.

Die Zielstellungen zur weiteren Entwicklung des Verkehrslandeplatzes Eisenach-Kindel und der Flugplatzgesellschaft Eisenach-Kindel mbH sind unter der Berücksichtigung des bisher Erreichten, der Bedürfnisse der Region und der am Flugplatz angesiedelten Unternehmen sowie der Interessen der Gesellschafter der Flugplatzgesellschaft zu überarbeiten und entsprechend neu zu definieren. Hierzu sollte das in den letzten Monaten in den Gremien der Gesellschaft diskutierte Entwicklungskonzept Grundlage sein.

Unter der Annahme der weiteren positiven Entwicklung des Verkehrslandeplatzes Eisenach-Kindel, weiterer Ansiedlungen von Luftfahrtspezifischen Unternehmen, der Fortsetzung einer vertretbaren Nutzung von Flugplatz-Teilflächen für Veranstaltungen sowie der Nutzung des Verkehrslandeplatzes durch den Luftverkehr im bisherigen Umfang kann für die Jahre 2014 und 2015 mit einer mit 2013 vergleichbaren Umsatz- und Ergebnislage ausgegangen werden.

Trotz der bisherigen positiven Entwicklung ist auch für die kommenden Jahre mit einem negativen Geschäftsergebnis zu rechnen, welches durch Gesellschaftereinlagen auszugleichen ist. Die aus der Gewährleistung der Betriebspflicht des Flugplatzes resultierenden Defizite können auch mittelfristig durch die aus dem Geschäftsbetrieb zu erzielenden Erlöse nicht im vollen Umfang gedeckt werden.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Die Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs und kleinerer Investitionen sowie die Stärkung der Eigenkapitalbasis wurde auch im Wirtschaftsjahr 2013 anteilig durch die Gesellschaftereinlage i. H. v. TEUR 22,1 (Vj.: TEUR 55) sichergestellt. Gemäß Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft wurde die Einlage im Verhältnis der Gesellschafteranteile geleistet. Der Anteil des Gesellschafters Stadt Eisenach betrug EUR 7.950,81 (Vj.: 19,8 TEUR).

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Kapitalentnahmen durchgeführt.

Flugplatzgesellschaft Eisenach – Kindel mbH
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
		2013		2012		2011
Anlagevermögen	672	78%	719	82%	748	83%
Immaterielles Vermögen	34		34		33	
Sachanlagen	638		685		715	
Finanzanlagen	0		0		0	
Umlaufvermögen	180	21%	153	17%	144	16%
Vorräte	20		23		30	
Forderungen u. sonst. Vermögen	37		48		57	
Liquide Mittel	123		82		57	
Aktiver RAP	8	1%	5	1%	6	1%
Bilanzsumme	860	100%	877	100%	898	100%
	Passiva					
		2013		2012		2011
Eigenkapital	209	24%	253	29%	203	23%
Gezeichnetes Kapital	51		51		51	
Rücklagen	1.804		1.782		1.727	
Gewinn-/Verlustvortrag	-1.580		-1.575		-1.505	
Jahresergebnis	-66		-5		-70	
Rückstellungen	26	3%	26	3%	25	3%
Verbindlichkeiten	580	67%	552	63%	623	69%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	448		489		554	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	132		63		69	
Passiver RAP	45	5%	46	5%	47	5%
Bilanzsumme	860	100%	877	100%	898	100%

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr um 17,3 TEUR bzw. 2,0 % auf 860 TEUR verringert. Diese Entwicklung resultiert auf der Aktivseite im Wesentlichen aus der Verringerung der Sachanlagen (- 47 TEUR), der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (- 11 TEUR) und der Vorräte (- 3 TEUR). Demgegenüber war ein Anstieg des Kassenbestandes um 41 TEUR zu verzeichnen.

Die Passivseite hat sich wie folgt entwickelt:

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich ggü. dem Vorjahr um 44 TEUR bzw. 17,3 % auf 209 TEUR reduziert. Die Eigenkapitalquote hat sich bei verringerter Bilanzsumme von 28,8 % auf 24,3 % reduziert. Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestanden vor dem Hintergrund der bestehenden Nachschussverpflichtung nicht.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten um 28 TEUR auf 580 TEUR ist maßgeblich auf den Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 68 TEUR zurückzuführen. Dem steht v. a. der Rückgang der Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten aufgrund planmäßiger Tilgung (- 39 TEUR) entgegen.

2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	549	539	593	10
Sonstige Erträge	76	196	52	-120
Gesamtleistung	625	735	644	-110
Materialaufwand	282	309	316	-28
Personalaufwand	200	207	200	-7
Abschreibungen	53	52	47	0
sonst. betriebl. Aufwendungen	130	143	123	-12
Finanzergebnis	-22	-25	-26	3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-62	-1	-66	-61
Steuern	4	4	4	0
Jahresergebnis	-66	-5	-70	-61

Die Umsatzerlöse sind im Geschäftsjahr um 10 TEUR bzw. 2 % auf 549 TEUR gestiegen. Ursächlich war insbesondere der Anstieg der Erlöse aus der Vermietung (+ 47 TEUR) infolge der im zweijährigen Rhythmus stattfindenden Freilandmesse „DEMOPARK + DEMOGOLF“. Dadurch konnten die rückläufigen Erlöse aus dem Kraftstoffverkauf (- 32 TEUR), die sich vor allem aus einer geringeren Absatzmenge ergeben haben, kompensiert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind ggü. dem Vorjahr um 120 TEUR auf 76 TEUR zurückgegangen, was vor allem auf den geringeren Verkaufserlös aus Grundstücken (- 52 TEUR), reduzierten Erlösen aus Erschließung (- 60 TEUR) und einem geringeren Zuschuss für Flugbetriebsflächen / flugbetriebliche Sicherung (- 13 TEUR) zurückzuführen ist. Die hohen Erträge aus dem Vorjahr resultierten dabei aus Einmaleffekten im Rahmen der Ansiedlung der Helipark.

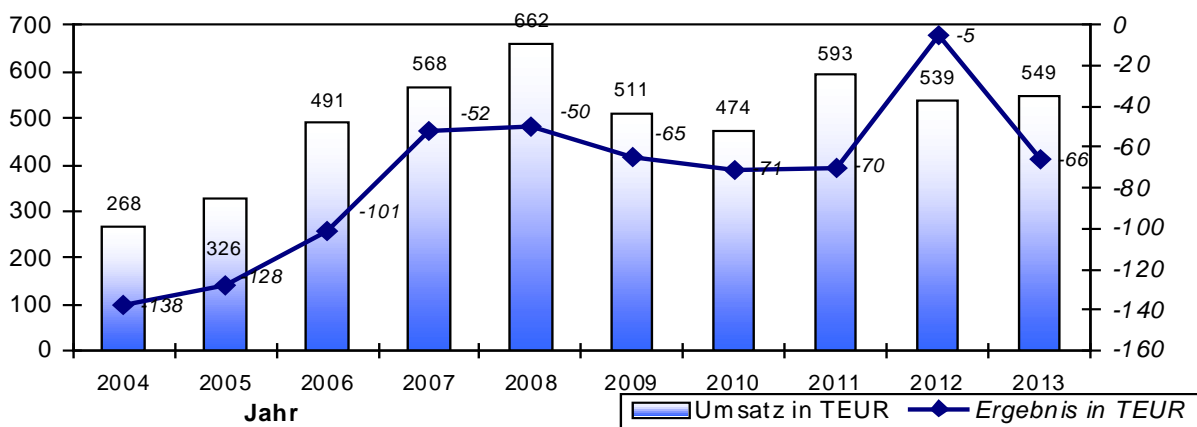
Der Personalaufwand (200 TEUR) war gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (- 7 TEUR).

Die Materialaufwendungen haben sich ggü. dem Vorjahr um 28 TEUR bzw. 9 % auf 282 TEUR verringert, was im Wesentlichen auf den Rückgang der Aufwendungen für Kraftstoffbezug – v. a. infolge geringerer Absatzmengen – zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind ggü. dem Vorjahr um 12 TEUR auf 130 TEUR gesunken. Die Minderung resultiert vor allem aus rückläufigen Instandhaltungsaufwendungen (- 15 TEUR) sowie geringeren Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten (- 7 TEUR). Demgegenüber sind v. a. die Raumkosten (+ 4 TEUR) gestiegen.

Im Ergebnis erhöhte sich der Jahresfehlbetrag um rd. 61 TEUR auf – 66 TEUR.

Umsatz- und Ergebnisentwicklung



3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	-66	-5	-70
+ Abschreibungen/Abgänge	53	52	47
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	-9	-61	1
+/- Zu-/Abnahme der kurz-/ mittelfristigen Rückstellungen	0	0	-8
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	11	17	-19
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	66	-6	2
+ sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen	0	0	0
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	55	-3	-49
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-6	-41	-4
+ Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuschüssen	0	0	0
+ Aktivierung einer Forderung für Fördermittel	0	0	0
+ Einzahlungen aus Forderungen für Fördermittel	0	0	0
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	9	79	0
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (2)	3	38	-4
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	22	55	50
+/- Darlehensaufnahme/Darlehenstilgung	-39	-65	-42
erhaltene Fördermittel	0	0	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (3)	-17	-10	9
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ : (1) - (3)]	41	25	-44
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	82	57	102
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	123	82	57

Im Berichtsjahr wurde ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. 55 TEUR erzielt. Zusammen mit der Investitions- und Finanzierungstätigkeit und saldiert mit den Nachschüssen der Gesellschafter ergibt sich ein Anstieg der liquiden Mittel um 41 TEUR auf 123 TEUR.

Kommunale Personennahverkehrsgesellschaft Eisenach mbH (KVG)

Sitz der Gesellschaft: Bahnhofstraße 34
99817 Eisenach

Postanschrift: An der Allee 2
99848 Wutha-Farnroda

E-Mail: office@kvg-eisenach.de
Internet: www.kvg-eisenach.de

Gründung: 01. Januar 1992

Handelsregister: HR B 401514, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 20. Dezember 2000

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr James R. Dürrschmid - nebenamtlicher Geschäftsführer

Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich des laufenden Geschäftsführergehalts wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung

Stadt Eisenach
UBT mbH, Bad Salzungen

vertreten durch:

- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf
- Herr Geschäftsführer Stefan Wagner

Aufsichtsrat:

Frau Nicole Gehret – ARV	- Kreisbeigeordnete des Wartburgkreises
Herr Gerhard Schneider - sARV	- CDU-Stadtratsfraktion
Frau Katja Wolf	- für Die Linke-Stadtratsfraktion
Herr Bernd Rosenbusch	- CDU-Kreistagsfraktion des Wartburgkreises
Herr Andreas Böhme	- Kreistagsfraktion der FW-Wartburgkreis
Herr Reinhardt Böhnhardt	- Die Linke-Kreistagsfraktion des Wartburgkreises
Herr Ernst Kranz	- SPD-Kreistagsfraktion des Wartburgkreises

Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates: 1.440,- EUR (Vj.: 1.860,- EUR)

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil in %	in EUR
UBT mbH	74,8	19.150,-
Stadt Eisenach	25,2	6.450,-
Gesamt	100,0	25.600,-

Beteiligungen des Unternehmens

Verkehrsgesellschaft Wartburgkreis mbH (VGW)	26 %	13.650,- EUR
--	------	--------------

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Kommunale Personennahverkehrsgesellschaft Eisenach mbH (KVG) ist zum 01. Januar 1992 aus der Abspaltung der Westthüringer Verkehrsgesellschaft mbH entstanden.

Der **Gegenstand des Unternehmens** gemäß § 3 des Gesellschaftervertrages ist die:

- Durchführung des öffentlichen Buslinienverkehrs im Wartburgkreis (Regionalverkehr) und in der Stadt Eisenach (Stadtverkehr)
- Durchführung des Schülerverkehrs
- Durchführung von Sonderverkehren gemäß §§ 43, 48 und 49 Personenbeförderungsgesetz (PBefG), die zur Auslastung der Omnibusse dienen
- Durchführung von Anschlussverkehren zum IC-Haltepunkt Eisenach, die im Rahmen der Gesetze und entsprechender Vereinbarungen auch über den Wartburgkreis hinausgehen können.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter	144	138	134	130	130	130	132	126	126	128
Auszubildende	4	4	3	3	3	3	3	3	4	2

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der in der Kurzvorstellung genannte Gegenstand des Unternehmens begründet den öffentlichen Zweck gem. § 2 ThürKO und § 8 PBefG i. V. m. §§ 2, 3 des Thüringer Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr (ThürÖPNVG).

Im Geschäftsjahr 2013 wurden ca. 3,3 (Vj.: 3,2) Mio. Personen befördert. Dabei wurden rd. 2,896 (Vj.: 3,077) Mio. Wagenkilometer zurückgelegt.

Der Schülerverkehr wurde weitgehend in den Linienverkehr integriert und damit wurden die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Ausbildungsverkehr nach § 45 PBefG geschaffen.

Neben Leistungen im Linienverkehr wurden noch Werks- und Berufsverkehr, Schienenersatz- und Gelegenheitsverkehr durchgeführt, die sich wie folgt verteilen:

24,76 % (Vj.: 23,67 %)	Stadtverkehr
60,02 % (Vj.: 59,93 %)	Überlandverkehr inkl. Schülerverkehr
15,22 % (Vj.: 16,40 %)	sonstige Verkehrsleistung

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 30.04.2014)

Die freiwilligen Zahlungen des Freistaates Thüringens sind sowohl für den Regionalverkehr (+ 58 TEUR) als auch für den Stadtverkehr (+ 30 TEUR) gestiegen. Dennoch sind die Umsatzerlöse insgesamt um 221 TEUR auf 7.192 TEUR gesunken.

Wesentlichen Anteil daran hatte die Verringerung der freiwilligen Zahlung des Aufgabenträgers Wartburgkreis um 134,5 TEUR (hier: Poolanteil KVG), die im Rahmen des Nahverkehrsplanes 2011 – 2016 erfolgte.

Im Jahr 2013 wurde entsprechend dem Nahverkehrsplan keine Fahrpreiserhöhung vorgenommen.

Trotz einer ungünstigen demografischen Entwicklung war die Zahl der beförderten Schüler weitgehend stabil. Die eigenen Erlöse im Stadtverkehr incl. Schülerverkehr liegen unter Berücksichtigung des höheren Schwerbehindertenausgleiches leicht über dem Niveau von 2012.

Ebenso wirkte sich im Geschäftsjahr 2013 die günstige Preisentwicklung für Dieselkraftstoff positiv aus. Während der Durchschnittseinkaufspreis 2012 1,1615 EUR/Liter betrug, ist dieser in 2013 auf 1,1125 EUR/Liter gesunken. Im Dezember 2013 lag der Einkaufspreis bei 1,0965 EUR/Liter.

Das operative Betriebsergebnis hat sich um 75 TEUR verbessert. Damit reichte die Betriebsleistung aus, um die operativen Betriebsaufwendungen zu decken, wodurch sich ein Betriebsergebnis von 17 TEUR ergab.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2 TEUR auf – 11 TEUR durch Zinserträge aus der Verzinsung langfristiger Rückstellungen gemäß § 277 Abs. 5 HGB verbessert.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der KVG erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 30.04.2014)

Grundlage der weiteren Entwicklung sind die Liniengenehmigungen nach § 42 PBefG für den Stadtverkehr Eisenach der KVG sowie für den Regionalverkehr der VGW und des daraus abgeleiteten Verkehrsbesorgungsvertrages zwischen der VGW und KVG. In Anwendung der EU-Verordnung 1370/07 und auf der Basis des Betrauungsvertrages zwischen dem Wartburgkreis, der Stadt Eisenach, der VGW und der KVG wurden die entsprechenden Liniengenehmigungen bis zum Jahr 2019 erteilt.

Für das Jahr 2014 ist im Regionalverkehr und Stadtverkehr unter der Annahme einer weiter moderaten Kostenentwicklung keine Fahrpreiserhöhung geplant. Die Planerlöse im Regionalverkehr liegen wegen der Sollkostensatzerhöhung über dem Vorjahresansatz. Dieser steigt auch 2015. Im Stadtverkehr sind konstante Umsätze geplant. Insgesamt wird von einer nur geringeren Umsatzsteigerung ausgegangen.

Im Jahr 2014 beträgt der Zuschuss durch den Aufgabenträger Wartburgkreis 4.000 TEUR und des Aufgabenträgers Stadt Eisenach 250 TEUR.

Risiken ergeben sich aus der Tatsache, dass der ÖPNV unter der Maßgabe sozialverträglicher Preise zwangsläufig von Zuschüssen des Freistaates Thüringen sowie der Aufgabenträger abhängig ist und die Finanzkraft des Freistaates sowie der Kommunen und Kreise auch künftig keine Verbesserungen erfahren dürfte.

Mit der qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung des Liniennetzes und der notwendigen Fahrpreisentwicklung sowie einer marktorientierten Produktpolitik bestehen aber dennoch Chancen, die wirtschaftlichen Risiken zu begrenzen. In diesem Zusammenhang bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen sich aus einer Untersuchung des Aufgabenträgers Wartburgkreis zur Zukunft und Perspektive des ÖPNV in der Wartburgregion für die Gesellschaft ergeben. Diese soll zu Beginn des Jahres 2015 vorliegen und Grundlage für den ÖPNV über die Konzessionsphase bis 2019 hinaus sein.

Für das Jahr 2014 ist, gemäß des von der Gesellschafterversammlung vom 12.12.2013 beschlossenen Wirtschaftsplans in Abhängigkeit von der Bereitstellung von Fördermitteln nach dem GVFG, ein Investitionsvolumen von 1.257 TEUR geplant. Die Investitionstätigkeit wird sich dabei auf die notwendige Modernisierung des vorhandenen Fuhrparks, der Werkstattausstattung sowie die Erneuerung von Betriebs- und Geschäftsausstattung konzentrieren.

Der Wirtschaftsplan 2014 sieht Umsatzerlöse von 7.481 TEUR für das Geschäftsjahr 2014 vor und prognostiziert das Jahresergebnis 2014 mit 73,3 TEUR. Für Folgejahre wird mit einem ähnlichen Ergebnis gerechnet.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Die Stadt Eisenach leistete im Wirtschaftsjahr 2013 einen Zuschuss zur Deckung der Aufwendungen des Stadtverkehrs i. H. v. 250.000,- EUR (Vj.: 250.000,- EUR).

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Kapitalentnahmen durchgeführt.

Kommunale Personennahverkehrsgesellschaft Eisenach mbH

- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -

2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
		2013		2012		2011
Anlagevermögen	4.308	82%	4.305	74%	4.115	80%
Immaterielles Vermögen	7		2		4	
Sachanlagen	4.068		4.070		3.878	
Finanzanlagen	233		233		233	
Umlaufvermögen	972	18%	1.508	26%	1.048	20%
Vorräte	153		169		121	
Forderungen u. sonst. Vermögen	736		875		702	
Liquide Mittel	82		464		225	
Aktiver RAP	6	0%	6	0%	10	0%
Bilanzsumme	5.286	100%	5.818	100%	5.173	100%
	Passiva					
		2013		2012		2011
Eigenkapital	3.403	64%	3.216	55%	3.215	62%
Gezeichnetes Kapital	26		26		26	
Rücklagen	2.685		2.685		2.685	
Bilanzgewinn	692		505		505	
Rückstellungen	230	4%	263	5%	225	4%
Verbindlichkeiten	1.529	29%	2.194	38%	1.722	33%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	425		1.044		663	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	1.104		1.150		1.059	
Passiver RAP	124	2%	146	3%	11	0%
Bilanzsumme	5.286	100%	5.818	100%	5.173	100%

Das Gesamtvermögen hat sich ggü. dem Vorjahr um 532 TEUR bzw. 9,1 % auf 5.286 TEUR verringert.

Auf der Aktivseite ist hierbei vor allem die signifikante Verminderung der liquiden Mittel um 382 TEUR auf 82 TEUR (s. Finanzlage) ursächlich.

Im Anlagevermögen war ein Anstieg i. H. v. 5,2 TEUR auf 7,4 TEUR bei den Immateriellen Vermögensgegenständen (entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten) zu verzeichnen.

Die Sachanlagen haben sich marginal um 2 TEUR auf 4.068 TEUR vermindert. Darin haben sich geleistete Anzahlungen im Bau im Vergleich zum Vorjahr von 376 TEUR auf 0 EUR reduziert. Gestiegen sind hingegen die Bestände an Fahrzeugen für den Personenverkehr um 63 TEUR auf 3.281 TEUR (Erwerb von fünf neuen Bussen) sowie an technischen Anlagen und Maschinen um 325 TEUR auf 366 TEUR (Inbetriebnahme des Rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL)). Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung sind marginal um 8 TEUR auf 87 TEUR gestiegen.

Bei den Finanzanlagen (Beteiligungen; 233 TEUR) war keine Veränderung ggü. 2012 zu verzeichnen.

Im Bereich des Umlaufvermögens resultiert die Verminderung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 139 TEUR auf 736 TEUR aus den Rückgängen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (- 74 TEUR) sowie der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (- 93 TEUR). Die sonstigen Vermögensgegenstände wiederum sind um 29 TEUR gestiegen.

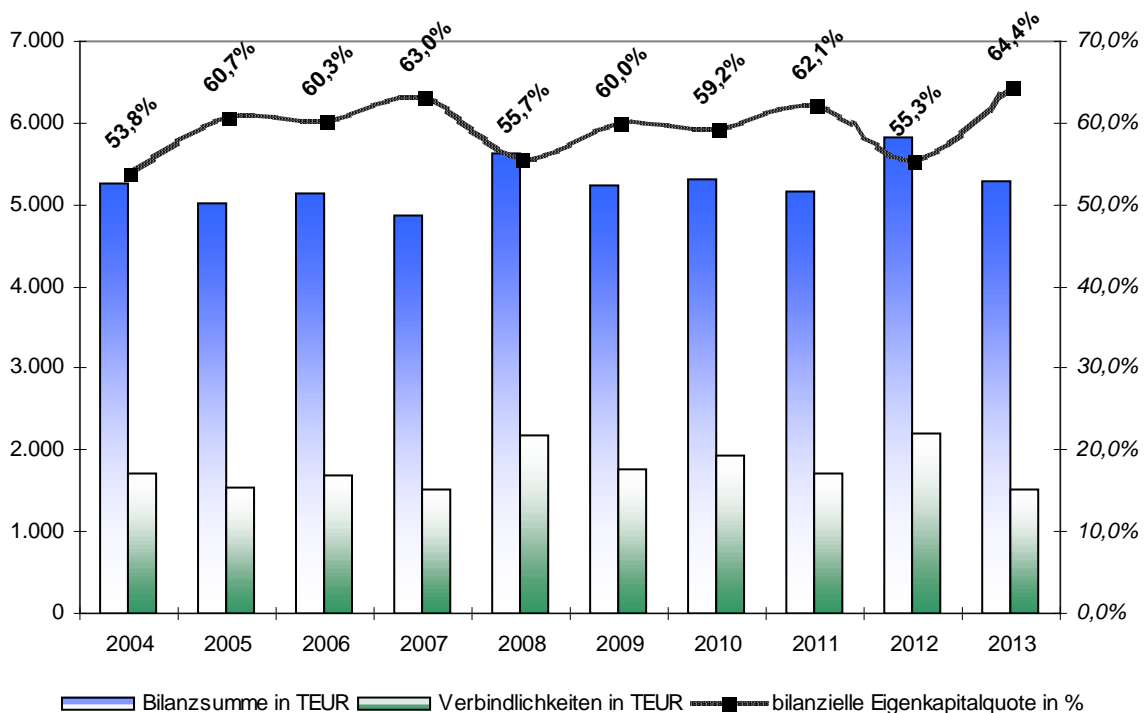
Auf der Passivseite stellt sich die Entwicklung wie folgt dar. Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöht sich in Höhe des Jahresüberschusses um 187 TEUR auf 3.403 TEUR (+ 5,8 %). Die bilanzielle Eigenkapitalquote hat sich bei gesunkener Bilanzsumme von 55,3 % deutlich auf 64,4 % erhöht.

Bei den Rückstellungen ist eine Minderung um 30 TEUR auf 230 TEUR (Niveau des Vorjahres) zu verzeichnen, der aus dem Rückgang der sonstigen Rückstellungen (- 36 TEUR) bei gleichzeitiger Steigerung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (+ 3 TEUR) resultiert. Maßgebliche Auswirkungen hatte bei den sonstigen Rückstellungen der Bereich Personal für noch nicht in Anspruch genommenen Urlaub (18 TEUR) und Überstunden (32 TEUR / Vj.: 61 TEUR).

Bei den Verbindlichkeiten ist – im Vergleich zum Vorjahr – eine erhebliche Verminderung um rd. 665 TEUR bzw. 30,3 % auf 1.529 TEUR zu verzeichnen. Ursächlich waren im Wesentlichen die Verringerungen bei den Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten (- 410 TEUR), den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (- 177 TEUR) und den sonstigen Verbindlichkeiten (- 77 TEUR).

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (pRAP) ist eine Reduzierung um 22 TEUR auf 123 TEUR zu verzeichnen. Hier werden unter anderem 115 TEUR (Vj.: 131 TEUR) Einnahmen aus der Weiterberechnung von Nutzungsentgelten für das RBL-Projekt an die Gesellschafter der VGW ausgewiesen. Des Weiteren wurden Einnahmen aus dem Verkauf von Monats- und Tageskarten für den Monat Januar 2014 i. H. v. 9 TEUR abgegrenzt.

Entwicklung der Verbindlichkeiten und der Eigenkapitalquote



2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	7.192	7.413	7.172	-221
andere aktivierte Eigenleistungen	0	19	-7	-19
Erhöhung/Verminderung Bestand fertige/unfertige Erzeugnisse	-2	1	0	-2
Sonstige betriebl. Erträge	481	327	372	154
Gesamtleistung	7.671	7.759	7.537	-88
Materialaufwand	2.320	2.626	830	-306
Personalaufwand	3.801	3.829	3.732	-28
Abschreibungen	774	725	696	49
sonst. betriebl. Aufwendungen	542	551	2.164	-9
Finanzergebnis	-11	-13	-36	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	222	15	80	208
außerordentliches Ergebnis	-22	-3	0	-19
Steuern	13	11	11	1
Jahresergebnis	187	0	69	188
Gewinnvortrag	505	505	436	0
Bilanzgewinn	692	505	505	187

Die Umsatzerlöse sind ggü. dem Vorjahr um 221 TEUR auf 7.192 TEUR gesunken. Anstiege waren in den Bereichen Stadtverkehr (+ 28 TEUR), Schülerverkehr (+ 17 TEUR), Erlösen aus Werbung (+ 5 TEUR) sowie der Nutzung der RBL-Technik (+ 16 TEUR) zu verzeichnen. Signifikante Rückgänge waren hingegen beim Gelegenheitsverkehr (- 83 TEUR), bei den Erlösen Dieselkraftstoff (- 121 TEUR) sowie den sonstigen Erlösen (- 58 TEUR) erkennbar.

Weiterhin wurde eine höhere Zuschusszahlung des Freistaates Thüringen für den Stadtverkehr (+ 30 TEUR) bei gleichbleibendem Zuschuss der Stadt Eisenach (250 TEUR) ausgewiesen. Die Zahlungen des Aufgabenträgers Wartburgkreis verminderten sich hingegen um 135 TEUR auf 3.900 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (481 TEUR) haben sich ggü. 2012 um 154 TEUR erhöht. Dies ist unter anderem auf signifikante Erhöhungen bei Versicherungsentschädigungen (+ 163 TEUR) sowie bei Erträgen aus Anlageverkäufen (+ 32 TEUR) zurückzuführen. Rückläufig waren u. a. die Erlöse aus der Auflösung von Rückstellungen (- 12 TEUR) und die „übrigen Erträge“ (- 35 TEUR).

Die Materialaufwendungen haben sich ggü. dem Vorjahr um rd. 306 TEUR auf 2.320 TEUR vermindert. Dies resultiert u. a. aus dem niedrigeren Wareneinsatz beim Kraftstoffeinkauf. Ebenso wirkte sich im Geschäftsjahr 2013 die günstige Preisentwicklung für Dieselkraftstoff positiv aus.

Der Personalaufwand ist um rd. 28 TEUR bzw. 0,7 % auf 3.801 TEUR gesunken. Mit Stichtag 31.12.2013 waren 127 Mitarbeiter beschäftigt (Vj.: 131). Ursachen für den leichten Rückgang der Personalkosten waren insbesondere die Erstattung der Krankenkasse für eine schwangere Mitarbeiterin und die geringe Anzahl an Auszubildenden. Gegenläufig ist die Erhöhung der durchschnittlichen Mitarbeiter um 2 sowie die tarifliche Lohnerhöhung (Eckgruppe IV bisher 11,30 EUR/h; ab 01.01.13 bis 31.12.13 = 11,50 EUR/h).

Die Abschreibungen sind im Berichtsjahr um 49 TEUR auf 774 TEUR gestiegen. Es handelt sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen.

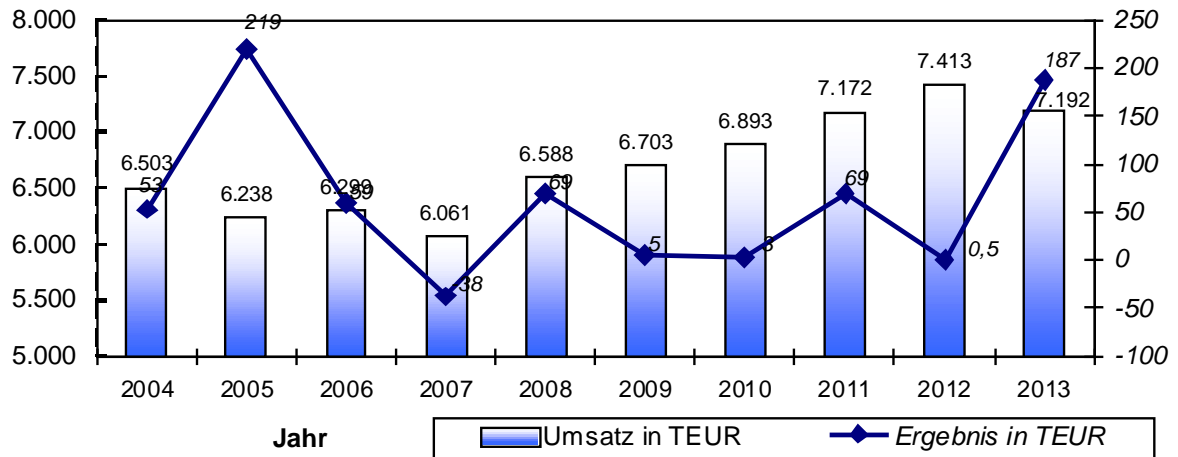
Der sonstige betriebliche Aufwand ist um 9 TEUR auf 542 TEUR gesunken. Dabei gab es teils größere Schwankungen in einzelnen Unterpositionen. Nachhaltige und erhebliche Kostensteigerungen gab es vor allem bei den Aufwendungen für Kfz-Versicherungen (+ 54 TEUR), den Reparaturen und Instandhaltungen (+ 14 TEUR) sowie der Abrechnung mit der PNG betreffend den Geschäftsführeranteil (+ 25 TEUR). Dagegen waren unter anderem die Fahrzeugkosten RBL Druckereinbau (- 16 TEUR) sowie die Aufwendungen für Versicherungen, Beiträge und Abgaben (- 31 TEUR) rückläufig.

Das Finanzergebnis hat sich um rd. 2 TEUR auf – 11 TEUR verbessert. Die Verbesserung betrifft im Wesentlichen die Reduzierung der Zinsen für aufgenommene Kredite.

Das Außerordentliche Ergebnis beträgt – 22 TEUR (Vj.: - 3,5 TEUR) und ist mit außerordentlichen Aufwendungen (22 TEUR) bezüglich Zuführungen zur Pensionsrückstellung aus der BilMoG-Umstellung begründet.

Im Ergebnis wurde ein Jahresüberschuss i. H. v. 187.368,38 EUR (Vj.: 464,31 EUR) erwirtschaftet. Der Bilanzgewinn beträgt nunmehr 692,5 TEUR (Vj.: 505,1 TEUR).

Umsatz- und Ergebnisentwicklung



3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	209	4	69
+ Abschreibungen/Abgänge	774	725	695
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	-59	-27	-108
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen	-33	38	-10
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	153	-216	-70
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	-477	521	-173
Auszahlungen aus ao. Posten	-22	-3	0
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	545	1.042	402
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-575	-915	-707
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	59	27	108
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (2)	-516	-888	-599
+ Darlehensaufnahme	0	500	400
- Darlehenstilgung	-411	-415	-430
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (3)	-411	85	-30
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ : (1) - (3)]	-382	239	-227
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	464	225	452
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	82	464	225

Die Gesellschaft hat einen positiven CashFlow aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. 545 TEUR (Vj.: 1.042 TEUR) sowie einen negativen CashFlow aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. - 411 TEUR (Vj.: + 85 TEUR) erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung des negativen CashFlow aus der Investitionstätigkeit i. H. v. - 516 TEUR (Vj.: - 888 TEUR) ergab sich ein Mittelabfluss von - 382 TEUR im abgelaufenen Geschäftsjahr. Der Finanzmittelfonds betrug somit am Ende des Berichtsjahres 82 TEUR (Vj.: 464 TEUR).

Verkehrsgesellschaft Wartburgkreis mbH (VGW)

Sitz der Gesellschaft: An der Allee 2
99848 Wutha-Farnroda

Email: info@vgwak.de
Internet: www.vgwak.de

Gründung: 19. Dezember 1996

Handelsregister: HR B 404027, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 27. November 2001,
geänderte Fassung vom 03. Juli 2008

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr Reinhard Schieck	- Omnibusverkehr Schieck
Herr James R. Dürrschmid	- Geschäftsführer der Personennahverkehrsgesellschaft Bad Salzungen mbH (PNG mbH)

Die Gesellschaft wird durch die Geschäftsführer ehrenamtlich geführt. Im Berichtsjahr wurde eine Aufwandsentschädigung i. H. v. 10.728,15 EUR (Vj.: 12.137,80 EUR) gezahlt.

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen / Gesellschafter

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in %	in EUR
KVG Eisenach mbH	26,0	13.650,-
PNG Bad Salzungen mbH	26,0	13.650,-
Helmut Fleischmann	4,0	2.100,-
Silvio Först	4,0	2.100,-
Martin & Frank Gabriel GbR	4,0	2.100,-
Herwig-Reisen GmbH	4,0	2.100,-
Ernst Katzmann	4,0	2.100,-
Steffen Kraft	4,0	2.100,-
Reise-Möller GmbH	4,0	2.100,-
Thüringer Rhöntourist Helmut Hartmann Nachfolger e. K.	4,0	2.100,-
Hartmut Riemann	4,0	2.100,-
Reinhard Schieck	4,0	2.100,-
Reinhold Thiele	4,0	2.100,-
Omnibusbetrieb „Rhönsegler“ Fritz Walch und Söhne GmbH	4,0	2.100,-
Gesamt	100,0	52.500,-

Beteiligungen des Unternehmens

Keine.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Verkehrsgesellschaft Wartburgkreis mbH (VGW) wurde am 19. Dezember 1996 gegründet. Ihr gehören zwei kommunale und zwölf private Busunternehmen an, die zuvor in den Verkehrsgesellschaften Eisenach und Bad Salzungen den ÖPNV durchführten.

Der **Gegenstand des Unternehmens** gemäß § 2 des Gesellschaftervertrages ist die:

- Koordinierung, Durchführung und Abrechnung des öffentlichen Personennahverkehrs im Wartburgkreis und in den Städten Eisenach und Bad Salzungen.

Aufgabe der Gesellschaft ist es, im Auftrag der Aufgabenträger des ÖPNV Wartburgkreis und der Städte Eisenach und Bad Salzungen den bestellten Straßenpersonennahverkehr wirtschaftlich zu gestalten und zu realisieren.

Dazu zählen insbesondere:

- Weitere Integration des Schülerverkehrs in den Linienverkehr und einheitliche Planung, Gestaltung und Abrechnung zur Sicherung der Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG durch den Freistaat Thüringen,
- Erstellung, Entwicklung und Anwendung eines einheitlichen Tarif-, Verkaufs- und Informationssystems,
- Wirtschaftliche Gestaltung und dem Aufkommen entsprechende Weiterentwicklung des kreislichen Liniennetzes unter der Beachtung der technologischen Wagenläufe im Gesamtunternehmen,
- Qualifizierung des Gemeinschaftsfahrplanes und Abstimmungen zum Fahrplanwechsel,
- Einrichtung und laufende Instandsetzung von Haltestellen und Busbahnhöfen in Verbindung mit Städten und Gemeinden auf der Basis des PBefG,
- Gestaltung einheitlicher Fahrausweise und Anwendung einheitlicher bzw. kompatibler Fahrscheindrucker und Abrechnungstechnik,
- Organisierung Verkehrszählungen und –untersuchungen, Verkehrs- und Fahrgastkontrollen,
- Schaffung gemeinsam genutzter Kommunikationstechnik für den operativen Einsatz der Busse,
- Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für das Gesamtunternehmen,
- Festlegung einheitlicher Richtlinien zur leistungsbezogenen Verteilung der Einnahmen auf die Gesellschafter,
- Abrechnung mit den Gesellschaftsunternehmen.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter	7	5	5	4	4	4	4	4	4	4	5

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der in der Kurzvorstellung genannte Gegenstand des Unternehmens begründet den öffentlichen Zweck gem. § 2 ThürKO und § 8 PBefG i. V. m. §§ 2; 3 ThürÖPNVG.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden 5.660.735 (Vj.: 5.914.211) Fahrplankilometer geleistet. Davon entfielen auf den Regionalverkehr 5.561.543 km (98 %) und 99.192 km (2 %) auf den Stadtverkehr Bad Salzungen.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 08.04.2014)

Die Verkehrsgesellschaft Wartburgkreis mbH (VGW) betreibt den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Wartburgkreis einschließlich des integrierten Schülerverkehrs und ist Inhaberin der Konzessionen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für den Regionalverkehr im Wartburgkreis sowie den Stadtverkehr Bad Salzungen. Auf Grundlage des gültigen Nahverkehrsplans haben die Konzessionen eine Laufzeit bis 2019 und bieten bis zu diesem Zeitpunkt die Grundlage für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft.

Die Aufgaben im ÖPNV realisiert die Gesellschaft über Verkehrsbesorger, die nach Maßgabe der Verträge bestimmte Fahrleistungen im Namen und auf Rechnung der VGW erbringen. Sie sind verpflichtet, die Interessen der VGW in jeder Hinsicht zu wahren und dafür Sorge zu tragen, dass der Auftraggeber seine Obliegenheiten gegenüber den Fahrgästen und dem Aufgabenträger des ÖPNV erfüllen kann. Die Laufzeit der Verträge ist an die Laufzeit der Konzessionen gebunden.

Die Vergütung für die von den Gesellschaftern auf der Basis der Verkehrsbesorgungsverträge ausgeführten Verkehrsleistungen erfolgte wie in den Vorjahren über die Poolfinanzierung auf der Basis des von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Vergütungsschlüssels. Die Rechnungslegung erfolgte wie in den Vorjahren im Gutschriftverfahren.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der VGW erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 08.04.2014)

Für das Jahr 2014 wird einschließlich gesetzlicher und freiwilliger Zahlungen für den ÖPNV ein Umsatz in Höhe von 12.089 TEUR erwartet. Das entspricht einer Steigerung um 0,6 %. Diese Steigerung resultiert überwiegend aus der Erhöhung der freiwilligen Zahlungen des Aufgabenträgers und der Sollkostensteigerung für den Ausgleich nach § 45a. Umsatzsteigerungen werden durch die geringeren Fahrplanleistungen nicht erwartet, vielmehr waren auf Grund der demographischen Entwicklung auch bei gleichbleibendem Fahrplangebot Umsatzrückgänge zu verzeichnen.

Im Nahverkehrsplan für die Jahre 2012–2016 hat der Aufgabenträger eine Erhöhung der freiwilligen Zahlungen auf 4.100 TEUR für 2015 vorgesehen.

Für die Jahre 2012 – 2016 wurde der Nahverkehrsplan fortgeschrieben. Der Aufgabenträger Wartburgkreis hat sich mit der Betrauung bis 2019 zur Beauftragung und Finanzierung des ÖPNV an die VGW bekannt. Somit sind die wirtschaftlichen Chancen der VGW für die Folgejahre grundsätzlich sehr gut. Risiken sind in der Finanzierung zu sehen. Das betrifft sowohl die freiwilligen Zahlungen des Freistaates Thüringen, die erst in den jeweiligen Haushaltsjahren festgelegt werden, als auch die Finanzierung durch den Aufgabenträger Wartburgkreis, die in dem im Dezember 2011 beschlossenen Nahverkehrsplan 2012 – 2016 dargestellt wurde.

Für die VGW bestehen die Risiken nur indirekt, da nach dem Poolfinanzierungsmodell nur die vereinbarten Mittel zur Auszahlung an die Verkehrsunternehmen kommen.

Angesichts der Kostensteigerungen bei den Kraftstoffen und Betriebsmitteln und den voraussichtlich weiteren Kürzungen für den ÖPNV im Landeshaushalt ergibt sich die Notwendigkeit zu Anpassungen. Hierfür sind sowohl Leistungsreduktionen als auch strukturelle und tarifliche Veränderungen in die Überlegungen einzubeziehen. Für 2014 sind 5.386.000 Fahrplankilometer geplant. Weitere Fahrplanreduzierungen sind kurzfristig nicht geplant.

Auf der Grundlage der Liniengenehmigungen nach § 42 PBefG, dem Gesellschaftervertrag VGW und dem Finanzierungsmodell der VGW ist der Fortbestand der Gesellschaft bis zum Ablauf der Konzessionen 2019 gesichert.

Besondere Haftungsbestände bestehen zum Berichtszeitraum nicht und haben im Wirtschaftsjahr 2013 auch nicht bestanden. Hinweise auf Bestandsgefährdungspotentiale bestehen zum Berichtszeitpunkt ebenfalls nicht.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Zuschüsse geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

Verkehrsgesellschaft Wartburgkreis mbH
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
	2013		2012		2011	
Anlagevermögen	25	1%	35	2%	47	2%
Immaterielles Vermögen	15		18		21	
Sachanlagen	10		17		26	
Finanzanlagen	0		0		0	
Umlaufvermögen	1.806	99%	1.945	98%	1.931	97%
Vorräte	8		11		14	
Forderungen u. sonst. Vermögen	1.642		1.588		1.537	
Liquide Mittel	156		346		380	
Aktiver RAP	0	0%	1	0%	3	0%
Bilanzsumme	1.831	100%	1.982	100%	1.981	100%
	Passiva					
	2013		2012		2011	
Eigenkapital	898	49%	897	45%	896	45%
Gezeichnetes Kapital	53		53		53	
Rücklagen	811		811		811	
Bilanzgewinn	35		34		32	
Rückstellungen	214	12%	9	0%	10	1%
Verbindlichkeiten	719	39%	1.074	54%	1.067	54%
Passiver RAP	0	0%	1	0%	8	0%
Bilanzsumme	1.831	100%	1.982	100%	1.981	100%

Das Gesamtvermögen hat sich ggü. dem Vorjahr um 151 TEUR auf 1.831 TEUR verringert.

Auf der Aktivseite ist hierbei vor allem die signifikante Verminderung der liquiden Mittel um 190 TEUR auf 156 TEUR ursächlich. Beim Anlagevermögen war eine Minderung um 3 TEUR auf 15 TEUR bei dem Immateriellen Vermögensgegenständen (entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten) zu verzeichnen. Die Sachanlagen haben sich um 7 TEUR auf 10 TEUR vermindert. Dies betrifft Andere Anlagen sowie Betriebs und Geschäftsausstattung.

Das Umlaufvermögen ist ggü. dem Vorjahr um 139 TEUR gesunken. Der Rückgang resultiert vorrangig aus dem Rückgang der liquiden Mittel um rd. 190 TEUR auf 156 TEUR (s. Finanzlage). Demgegenüber war ein Anstieg der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um rd. 54 TEUR zu verzeichnen.

Auf der Passivseite stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöht sich in der Höhe des Jahresüberschusses um 1 TEUR auf 898 TEUR. Die bilanzielle Eigenkapitalquote ist bei gesunkener Bilanzsumme von 45,2 % auf 49 % gestiegen.

Bei den Rückstellungen ist eine Erhöhung um 205 TEUR auf 214 TEUR zu verzeichnen, welche im Wesentlichen auf der Rückzahlung von Finanzhilfen des Wartburgkreises (206 TEUR) beruht.

Bei den Verbindlichkeiten ist im Vergleich zum Vorjahr eine erhebliche Verminderung um rd. 355 TEUR bzw. 33 % auf 719 TEUR zu verzeichnen. Ursächlich waren im Wesentlichen Reduzierungen der Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (- 358 TEUR).

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (pRAP) ist eine Reduzierung um 1,2 TEUR auf 0,1 TEUR zu verzeichnen.

2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	4.574	4.547	4.505	28
Sonstige betriebl. Erträge	7.323	7.007	6.798	316
Gesamtleistung	11.897	11.554	11.303	343
Materialaufwand	11.195	11.062	10.796	134
Personalaufwand	104	97	107	7
Abschreibungen	10	12	13	-2
sonst. betriebl. Aufwendungen	379	379	381	0
Finanzergebnis	-1	-2	-5	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	208	2	2	206
ao Aufwendungen	-206	0	0	-206
ao Ergebnis	-206	0	0	-206
Steuern	1	1	-3	0
Jahresergebnis	1	1	5	0
Gewinnvortrag	34	32	27	1
Bilanzgewinn	35	34	32	1

Die Umsatzerlöse sind ggü. dem Vorjahr um 27 TEUR auf 4.574 TEUR gestiegen. Hierbei konnten die Rückgänge aus dem Linienverkehr (§ 42 PbefG), die sich auf geringerer Nachfrage aus dem Jedermannverkehr aufgrund demografischer Entwicklungen ergaben, durch höhere Erträge aus der Schülerbeförderung kompensiert werden (Tariferhöhung bei gleichbleibender Schülerzahl).

Die sonstigen betrieblichen Erträge (7.323 TEUR) haben sich ggü. 2012 um 316 TEUR erhöht. Hier sind sowohl Finanzhilfen des Aufgabenträgers als auch freiwillige Zuwendungen des Freistaates Thüringen zur Erfüllung der Aufgaben der VGW enthalten.

Die Materialaufwendungen haben sich ggü. dem Vorjahr um rd. 133 TEUR auf 11.195 TEUR erhöht. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen der Gesellschaft betreffen gemäß den Verkehrsbesorungsverträgen die gefahrenen Fahrplankilometer der Gesellschafter in 2013.

Der Personalaufwand ist um rd. 7 TEUR bzw. 7 % auf 104 TEUR gestiegen. Im Berichtsjahr gab es eine tarifbedingte Lohnerhöhung zum 01.01.2013. Seit dem 01.02.2013 ist Herr Schieck als zweiter Geschäftsführer auf 450 EUR-Basis bei der Gesellschaft angestellt.

Die Abschreibungen sind im Berichtsjahr um 2 TEUR auf 10 TEUR gesunken. Es handelt sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen.

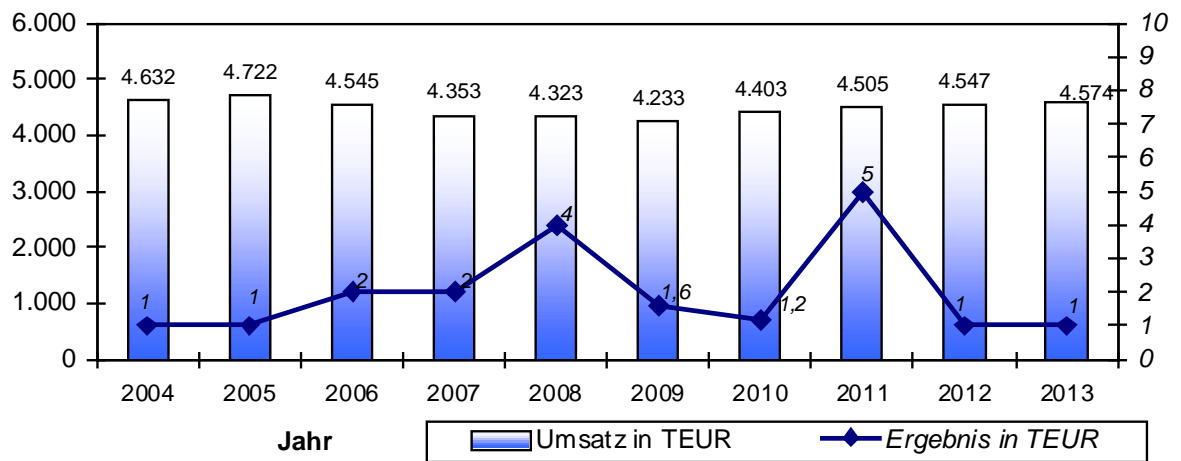
Der sonstige betriebliche Aufwand beläuft sich nahezu auf Vorjahresniveau (378 TEUR).

Das Finanzergebnis hat sich von – 2 TEUR auf – 1 TEUR verbessert. Ursache hierfür ist im Wesentlichen die geringere Inanspruchnahme des Kontokorrentkredits im Berichtsjahr.

Das außerordentliche Ergebnis beträgt – 206 TEUR (Vj.: 0 EUR) und beruht auf außerordentlichen Aufwendungen i. H. v. 206 TEUR für Zuführungen zu den sonstigen Rückstellungen. Der Aufgabenträger Wartburgkreis hat den Ausgleich von 234 TEUR für die höheren Betriebskosten 2012 i. H. v. 206 TEUR im Jahr 2013 zurückgefordert.

Im Ergebnis wurde ein Jahresüberschuss i. H. v. 924,20 EUR (Vj.: 1.401,63 EUR) erwirtschaftet. Der Bilanzgewinn beträgt nunmehr 34,6 TEUR (Vj.: 33,6 TEUR).

Umsatz- und Ergebnisentwicklung



3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	1	1	5
+ Abschreibungen/Abgänge	10	12	14
+/- Zu-/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	205	-1	2
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	-50	-47	-51
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	-356	1	270
+/- Zu-/Abnahme von Vorauszahlungen von Finanzhilfen	0	0	0
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	-190	-34	240
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	0	0	0
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0
+ Investitionszuschüsse	0	0	0
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (2)	0	0	0
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	0	0
+/- Darlehensaufnahme/Darlehensstilgung	0	0	0
- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	0	0	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (3)	0	0	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ : (1) - (3)]	-190	-34	240
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	346	380	140
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	156	346	380

Der Cashflow kennzeichnet den Betrag, der aus dem erzielten Umsatz einschließlich der Finanzhilfen und Zuschüsse der Aufgabenträger dem Unternehmen zur Selbstfinanzierung zur Verfügung steht.

Die Gesellschaft hat einen negativen CashFlow aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. - 190 TEUR (Vj.: - 34 TEUR) erwirtschaftet. Die CashFlows aus Finanzierungstätigkeit und Investitionstätigkeit haben jeweils 0 EUR (Vj.: 0 EUR) betragen. Der Finanzmittelfonds beziffert sich somit am Ende des Berichtsjahres auf 156 TEUR (Vj.: 346 TEUR).

Die VGW konnte im Berichtsjahr ihren laufenden Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen. Die Liquidität war im Berichtsjahr durchgängig gesichert.

6.6. GESUNDHEIT, SOZIALES UND KULTUR

	Seite
 Sportbad Eisenach GmbH.....	108
 Landestheater Eisenach GmbH i. L.	117
 Gesellschaft zur Förderung des Gesundheits- und Sozialwesens in der Wartburgregion mbH.....	121
 St. Georg Klinikum Eisenach gGmbH.....	128

Sportbad Eisenach GmbH (SEG)

Sitz der Gesellschaft: An der Feuerwache 4
99817 Eisenach

E-Mail: info@sportbad-eisenach.de
Internet: www.sportbad-eisenach.de

Gründung: 30. August 2004

Handelsregister: HR B 406040, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 30. August 2004

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr Jens Hartlep (seit 01.01.2008) - nebenamtlicher Geschäftsführer

Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich der laufenden Geschäftsführergehälter wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung

Stadt Eisenach

vertreten durch:

- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf

Aufsichtsrat:

Frau Katja Wolf – ARV
Herr Peter Bock - sARV

- Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach
- ehem. Vorstandsvorsitzender der Wartburg-Sparkasse
für die CDU-Stadtratsfraktion

Frau Sabine Doht

- SPD-Landtagsabgeordnete für die
SPD-Stadtratsfraktion

Herr Andreas Asmus
Herr Erwin Jentsch

- CDU-Stadtratsfraktion
- Die Linke-Stadtratsfraktion

Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates: keine

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in %	in EUR
Stadt Eisenach	100,0	500.000,--

Beteiligungen des Unternehmens

Firma	Stammkapitalanteil	
	in %	in EUR
EVB	51,0	3.366.000,-

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Gesellschaft ist durch Ausgliederung des Betriebs gewerblicher Art Sportstätten (Bäderbetrieb) der Stadt Eisenach nach § 123 Abs. 3 Nr. 2 Umwandlungsgesetz (UmwG) i. V. m. § 168 UmwG und § 20 Umwandlungssteuergesetz zum 01. Januar 2004 entstanden. Die Gesellschaft hat ihre Tätigkeit mit der Eintragung in das HR am 30. September 2004 begonnen. Im Jahr 2007 erfolgten Fertigstellung und Inbetriebnahme der grundhaft sanierten und erweiterten Schwimmhalle und der neuen Saunalandschaft. Damit konnte das Gesamtinvestitionsvorhaben aquaplex erfolgreich abgeschlossen werden.

Gegenstand des Unternehmens ist gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages die Errichtung und Betreuung des Frei- und Hallenbades der Stadt Eisenach, Wärmeversorgung und das Halten von Beteiligungen.

Personaldaten (Jahresdurchschnitt)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter	2	6	6	2	2	1	1	1	1	1

Weiterhin besteht ein Vertrag zur Betriebsführung mit einem Dienstleister, welcher bundesweit in der Beratung, Planung, Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitbädern tätig ist. Hierüber wird das notwendige Fachpersonal (Stand 31.12.2013: 32 MA; Vj.: 26 MA) gestellt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die SEG stellt diversen Nutzern (u. a. Schulen, Vereinen, Feuerwehr) das Sportobjekt Schwimmhalle mit den notwendigen Einrichtungen zur Durchführung von Schwimmsport-Unterricht, Dienstsport, Orthopädischem Schwimmen, Training und Ausbildung zur Verfügung. Den Vereinen wird die Schwimmhalle unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 21.07.2014)

Branchensituation

Der Aufwärtstrend des Jahres 2012 in den Freizeitbädern hat sich weiter gefestigt. Die Mitglieder der European Waterpark Association e.V. meldeten in einer Umfrage auch für das Geschäftsjahr 2013 Umsatzsteigerungen in vielen Profitcenterbereichen, bei relativ konstanten Besucherzahlen. Die Zuversicht, dass diese Entwicklung im aktuellen Jahr fortgeführt werden kann sowie ein insgesamt vorsichtig optimistischer Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr 2014, prägen die Stimmung in der Deutschen Bäderwirtschaft. Die Grundstimmung ist bei 64% der Befragten überwiegend optimistisch. Diese positive Einschätzung beruht im Wesentlichen auf dem wachsenden Trend der Bevölkerung zu Gesundheit und Prävention, der eigenen guten Positionierung, dem steigenden Trend zu Kurzurlaube und der stabilisierenden Wirtschaftsentwicklung sowie dem guten Start in das Geschäftsjahr 2014. Die Erwartungen zur Besucherentwicklung gehen von stabilen Gästezahlen aus. Viele Bäderbetriebe konnten von der relativ stabilen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der vorübergehenden Beruhigung der Eurokrise sowie der damit einhergehenden, schwindenden Unsicherheit in der Bevölkerung profitieren, welches sich in der Bereitschaft zum regelmäßigen Konsum und der Wahrnehmung von Freizeitangeboten niederschlägt. Diese sorgt vielerorts für positive Entwicklungen.

Analysen für einen zehnjährigen Betrachtungszeitraum im Freizeitbadbereich ergaben durchschnittliche operative Betriebsergebnisse von - 550 TEUR. Der operative Kostendeckungsgrad lag bei 83%. Im Freibadbereich lag das durchschnittliche operative Betriebsergebnis bei -260 TEUR. Der operative Kostendeckungsgrad lag bei 28%.

Geschäftsverlauf

Analog dem leicht steigenden Trend in den Mitgliedsunternehmen der European Waterpark Association e. V. stiegen auch im Sport und Freizeitbad "aquaplex" die Besucherzahlen im Jahr 2013 um 6% gegenüber dem Vorjahr an. Insgesamt besuchten 161.780 Besucher die attraktive Freizeitanlage der Stadt Eisenach (Vorjahr: 152.684 Besucher). Diese positive Besucherentwicklung wird getragen vom

Freibad, das alleine rund 8.000 Besucher mehr als im Vorjahr zu verzeichnen hatte. Aber auch in der Sauna konnte eine moderate Steigerung um 3% verzeichnet werden.

Die Ansprüche der Kunden an Sport- und Freizeitanlagen sind sehr hoch. Darüber hinaus besteht ein intensiver Wettbewerb der Anbieter in der Region. Im Einzugsbereich des aquaplex wurden gleichartige Anlagen modernisiert und ausgebaut. Es besteht daher ein ständiger Bedarf für die Erhaltung und eine weitere marktgerechte Attraktivierung der Anlage.

Das Jahr 2013 schließt für die Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH mit einem Jahresergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 3.728 TEUR (Vorjahr 3.334 TEUR) ab. Ein Teil des Jahresüberschusses in Höhe von 2.270 TEUR wird gem. Gewinnabführungsvertrag der Sportbad Eisenach GmbH gutgeschrieben (Vorjahr 1.955 TEUR). Die privaten Gesellschafter erhalten eine Ausgleichszahlung in Höhe von 1.457 TEUR (Vorjahr 1.379 TEUR). Das Planergebnis von 2.294 TEUR konnte damit deutlich überschritten werden. Gegenüber dem Vorjahr konnte das operative Ergebnis deutlich gesteigert werden.

Die sich nach wie vor schnell ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen der Energieversorgung mit dem Kernstück der Regulierung des Netzbetriebs bei Strom und Gas sowie der zunehmende Wettbewerb bei Gas erfordern hierbei sowohl kosten- als auch vertriebsseitig alle Anstrengungen.

Neben den bestehenden Chancen bergen eine Reihe von Faktoren, die teilweise außerhalb unseres Einflussbereichs liegen, Ungewissheiten und Risiken, die dazu führen können, dass die Ergebniserwartungen nicht eintreten. Insbesondere zählen wir hierzu die Risiken der im Zusammenhang mit der Anreizregulierung in der zweiten Regulierungsperiode weiter sinkenden oder kaum zu erhöhenden Netznutzungsentgelte sowie die Auswirkungen des Wettbewerbs auf dem Gasmarkt und auf dem Strommarkt. Hinzu kommt, dass die Energiepreise auch zu einer immer stärkeren Preissensibilisierung der Kunden führen. Mittelfristig bleibt die Zielsetzung der EVB, in den einzelnen Sparten die Rohmargen, d. h. die Differenz zwischen Erlösen und den Aufwendungen für Energiebezug und Netznutzung, zu erhalten. Im Zusammenhang mit dem steigenden Wettbewerbsdruck wird es aber immer schwieriger, dieses Ziel zu realisieren.

Investitionen und Finanzierung

Die Investitionen beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 152 TEUR. Sie betrafen hauptsächlich Investitionen für Attraktivierungen im Freibadbereich wie Beachvolleyballfeld und Minigolfanlage. Weiterhin wurde investiert in Betriebs- und Geschäftsausstattungen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der SEG erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 21.07.2014)

Besondere Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Prognosebericht

Die Sportbad Eisenach GmbH erwartet für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 durch Saldierung der positiven EVB-Beteiligungserträge mit den nachhaltigen Fehlbeträgen des operativen Hallenbad- und Freibadgeschäftes ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis.

Die erfolgreiche nachhaltige Positionierung der Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB) in den Wettbewerbsmärkten Strom und Gas mit der Erzielung eines den Renditeerwartungen der Gesellschafter der EVB entsprechenden Unternehmensergebnisses ist nach wie vor oberstes wirtschaftliches Ziel. Die sich nach wie vor schnell ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen der Energieversorgung mit dem Kernstück der Regulierung des Netzbetriebs bei Strom und Gas sowie der zunehmende Wettbewerb bei Gas erfordern hierbei sowohl kosten- als auch vertriebsseitig alle Anstrengungen. Neben den bestehenden Chancen bergen eine Reihe von Faktoren, die teilweise außerhalb des Einflussbereichs der EVB liegen, Ungewissheiten und Risiken, die dazu führen können, dass die Ergebniserwartungen nicht eintreten. Insbesondere zählen wir hierzu die

Risiken der im Zusammenhang mit der Anreizregulierung in der zweiten Regulierungsperiode weiter sinkenden oder kaum zu erhöhenden Netznutzungsentgelte sowie die Auswirkungen des Wettbewerbs auf dem Gasmarkt und auf dem Strommarkt. Hinzu kommt, dass die Energiepreise auch zu einer immer stärkeren Preissensibilisierung der Kunden führen. Mittelfristig bleibt die Zielsetzung der EVB, in den einzelnen Sparten die Rohmargen, d. h. die Differenz zwischen Erlösen und den Aufwendungen für Energiebezug und Netznutzung, zu erhalten. Im Zusammenhang mit dem steigenden Wettbewerbsdruck wird es aber immer schwieriger, dieses Ziel zu realisieren.

Risikobericht

Die Sicherstellung des Bäderbetriebs ist nur durch die Erreichung einer dauerhaft ausgeglichenen Gegenfinanzierung des nachhaltig defizitären Freibad- und Hallenbadbetriebes erreichbar. Dazu sind einerseits neben einem straffen Kostenmanagement zur Optimierung der Aufwandspositionen gleichzeitig die Erlössituation durch attraktive Angebots- und Servicestrukturen zu stabilisieren, wobei diese Maßnahmen alleine keine Kostendeckung erreichen lassen.

Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ist die Ergebnisentwicklung der Beteiligungserträge aus der Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB), infolge regulierungsbedingt sinkender Netzentgelte für die Strom- und Gasnetze, bei gleichzeitig fallenden Handelsmargen im Strom-, Fernwärme- und Gasgeschäft. Durch stark zunehmenden Wettbewerb in der EVB, besteht das Risiko, dass die Beteiligungserträge im Verhältnis zu den Vorjahren sinken und der entstehende Verlust in der Gesellschaft nicht mehr vollumfänglich kompensiert werden kann.

Der Klimawandel stellt auch die Sportbad Eisenach GmbH vor schwierige Aufgaben. Extreme Witterungslagen häufen sich. Durch milde Winter und verhältnismäßig instabile Hochdruckwetterlagen im Sommer bestehen unbeeinflussbare Risiken. Diese haben Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft.

Zur Sicherstellung der steuerlichen Organschaft zwischen der Sportbad Eisenach GmbH (SEG) und der EVB wurden Maßnahmen getroffen, um die technisch-wirtschaftlichen Verflechtungen des bestehenden steuerlichen Querverbundes zu prüfen und ggf. an die veränderten Rahmenbedingungen des Organschaftsrechtes anzupassen sowie erforderliche Rückschlüsse auf die zukünftige Gestaltung des Ergebnisabführungsvertrages zwischen der EVB und der SEG ziehen zu können. Diese Risiken sind für die Geschäftsführung insgesamt nicht abschließend bewertbar. Die Innenfinanzierung der Gesellschaft ist derzeit ohne Inanspruchnahme des Kommunalhaushaltes der Stadt Eisenach zum Verlustausgleich des operativen Geschäftsbetriebes gesichert.

Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Chancenbericht

Die Gesamtentwicklung des „aquaplex“ soll auch zukünftig durch gezielt ausgebaute Angebots- und Servicestrukturen von einer hohen Akzeptanz im regionalen Marktumfeld getragen werden. Die dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter vorgestellte Entwicklungsstrategie beinhaltet Entwicklungsschwerpunkte im Bereich der gesundheitlichen Prävention, die auf Grund der demographischen Entwicklung einen immer höheren Stellenwert einnehmen wird. Die Strategie steht im Einklang mit den Kernaussagen der aktuellen und zukünftigen Entwicklung in der Bäderbranche. Die strategischen Überlegungen umfassen insbesondere die bestehenden Profitcenterbereiche Sauna, Wellness und Gastronomie sowie neu, die schrittweise Etablierung gezielter, gesundheitsfördernder Fitnessangebote, die sich nicht als Konkurrenz für die am Markt bestehenden Fitnesseinrichtungen verstehen sollen.

Die im Geschäftsjahr 2013 neu errichtete 18-Loch Minigolfanlage im Außenbereich des Freibades steht bereits im Kontext dieser strategischen Überlegungen. Die Anlage wurde behindertengerecht gebaut und soll neben den Hauptnutzergruppen Familien mit Kindern und Jugendlichen auch verstärkt Bewegungsangebote für Seniorinnen und Senioren geben, um die Identität und Individualität zu fördern und gezielt mit den Arbeitsbereichen der Pflege zu vernetzen. Darüber hinaus bietet die SEG bereits externe Präventionsangebote für Unternehmen in der Region im Rahmen des „Betrieblichen Gesundheitsmanagements“ an.

Die positive Entwicklung der Besucherzahlen im Profitcenterbereich der Sauna setzte sich auch im Geschäftsjahr 2013 fort. Es wird eingeschätzt, dass die Saunaanlage an besucherstarken Tagen ihre Kapazitätsgrenzen erreicht hat. Gerade im Hinblick auf die Thermen – und Bäderlandschaft in der Planungsregion Südwestthüringen und die erheblichen Nachförderungen der Anlagen in Bad Salzungen und Oberhof durch das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie lässt sich die

bisherige Markstellung des „aquaplex“ nur mit einer durchgreifenden und nachhaltigen Strategie weiterentwickeln.

Aufgrund einer Kundenbefragung sollen darüber hinaus zukünftige Entwicklungspotenziale zielgerichtet analysiert und entwickelt werden.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Zuschüsse geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

Sportbad Eisenach GmbH
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 - 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
		2013		2012		2011
Anlagevermögen	11.672	65%	11.941	67%	12.338	71%
Immaterielles Vermögen	2		2		3	
Sachanlagen	5.152		5.421		5.817	
Finanzanlagen	6.519		6.519		6.519	
Umlaufvermögen	6.223	35%	5.807	33%	5.077	29%
Vorräte	1		1		2	
Forderungen u. sonst. Vermögen	2.499		2.196		3.142	
Liquide Mittel	3.723		3.610		1.934	
Aktiver RAP	8	0%	46	0%	42	0%
Bilanzsumme	17.902	100%	17.795	100%	17.457	100%
	Passiva					
		2013		2012		2011
Eigenkapital	14.764	82%	13.879	78%	13.311	76%
Gezeichnetes Kapital	500		500		500	
Rücklagen	13.379		12.811		12.325	
Jahresergebnis	885		568		486	
Sonderposten	1.513	8%	1.642	9%	1.776	10%
Rückstellungen	1.408	8%	2.029	11%	2.102	12%
Verbindlichkeiten	212	1%	245	1%	268	2%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	0		6		7	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	212		239		260	
Passiver RAP	5	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme	17.902	100%	17.795	100%	17.457	100%

Die Bilanzsumme (17.902 TEUR) der Gesellschaft ist im Berichtsjahr um 108 TEUR gestiegen. Ursächlich waren im Wesentlichen die Anstiege der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 303 TEUR und des Finanzmittelbestandes um 113 TEUR (s. Finanzlage). Demgegenüber stand eine Verringerung des Sachanlagevermögens um 269 TEUR.

Den Investitionen des Berichtsjahres von 152 TEUR standen planmäßige Abschreibungen und Abgänge von insgesamt 429 TEUR gegenüber. Bei den Zugängen handelt es sich um Investitionen vorwiegend im Freibadbereich (Beachvolleyballfeld, Minigolfanlage) sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Der Anstieg der Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände (+ 303 TEUR) resultiert maßgeblich aus dem Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (+ 263 TEUR) sowie der sonstigen Vermögensgegenstände (+ 22 TEUR).

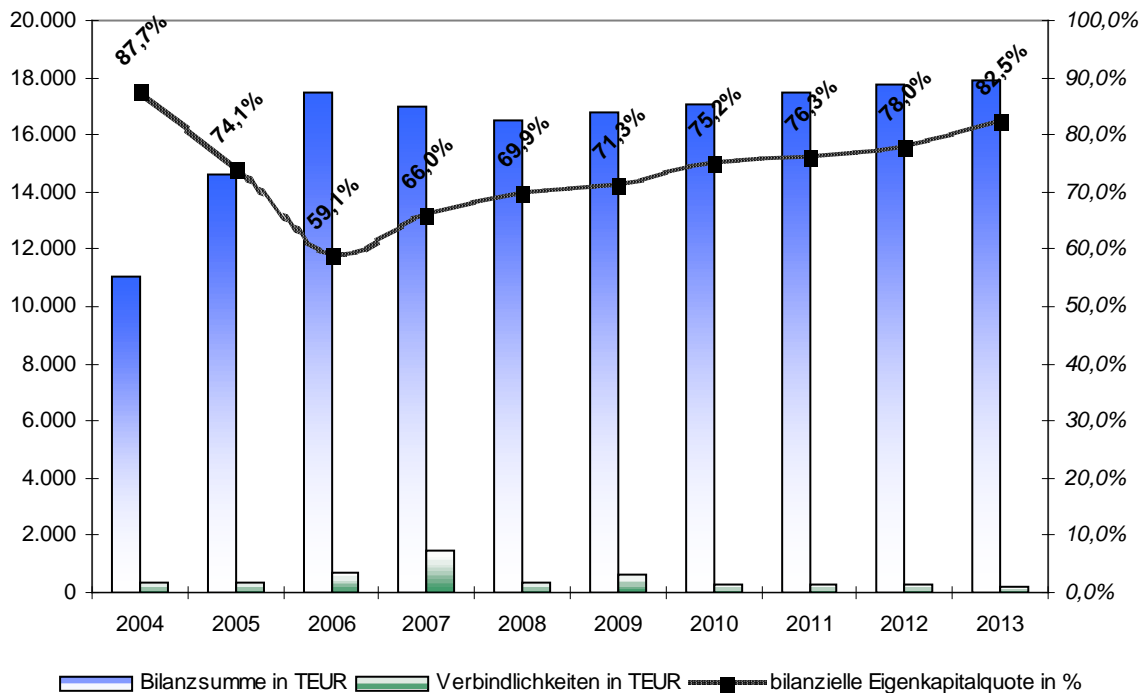
Auf der Passivseite stellt sich die Entwicklung, wie folgt, dar: Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich in Höhe des Jahresüberschusses auf 14.764 TEUR erhöht. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 82,47 % (Vj.: 78,0 %) des Gesamtkapitals. Finanzierungsprobleme aufgrund einer zu geringen Eigenkapitalausstattung bestehen lt. Wirtschaftsprüfer nicht.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sinkt planmäßig im Rahmen der jährlichen Passivierung um 129 TEUR auf 1.513 TEUR. Die wirtschaftliche Eigenmittelquote, die durch anteilige Zurechnung (2/3) dieses Sonderpostens über der bilanziellen Eigenkapitalquote liegt, beträgt 88,1 % (Vj.: 84,1 %).

Der Rückgang der Rückstellungen um 621 TEUR auf 1.408 TEUR resultiert maßgeblich aus der Verringerung der Steuerrückstellungen um 500 TEUR auf 1.302 TEUR. Darüber hinaus ist eine Verringerung der sonstigen Rückstellungen um 121 TEUR auf 227 TEUR zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten sind ggü. dem Vorjahr um rd. 33 TEUR auf 212 TEUR gesunken. Dies ist v. a. auf den Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (- 32 TEUR) zurückzuführen.

Entwicklung der Verbindlichkeiten und der Eigenkapitalquote



2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	836	739	677	98
Sonstige Erträge	592	365	339	227
Gesamtleistung	1.429	1.104	1.015	325
Materialaufwand	793	663	685	131
Personalaufwand	70	66	78	4
Abschreibungen	420	429	453	-10
sonst. betriebl. Aufwendungen	1.134	1.044	1.009	90
Ertrag GAV EVB	2.270	1.955	2.630	315
Finanzergebnis	-45	-20	-102	-25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.238	837	1.319	401
Steuern	353	269	833	84
Jahresergebnis	885	568	486	317

Die SEG weist Umsatzerlöse in Höhe von 836 TEUR (Vj.: 739 TEUR) aus. Dabei waren Anstiege in allen Bereichen zu verzeichnen: Sauna (+ 47 TEUR), Freibad (+ 16 TEUR) und Hallenbad (+ 31 TEUR). Auch der Wärmeumsatz ist geringfügig um 2,7 TEUR gestiegen.

Die sonstigen Erträge, die sich überwiegend aus der Auflösung von Sonderposten aus erhaltenen Fördermitteln, Vermietung/Verpachtung sowie Shop/Verleih/Cafeteria zusammensetzen, betragen 592

TEUR (Vj.: 365 TEUR). Die Erhöhung betrifft dabei insbesondere den Anstieg des Umsatzes der Cafeteria (+ 78 TEUR) sowie die Auflösung von Rückstellungen (+ 116 TEUR).

Der Materialaufwand, der sich im Wesentlichen aus fremdbezogenem Strom und Fernwärme zusammensetzt, beträgt 793 TEUR (Vj.: 663 TEUR). Ursächlich für den Anstieg waren insbesondere höhere Stromaufwendungen (+ 40 TEUR), der höhere Wareneinsatz der Cafeteria (+ 40 TEUR) sowie gestiegene Instandhaltungsaufwendungen (+ 35 TEUR).

Der Personalaufwand beläuft sich auf 70,3 TEUR (Vj.: 66,0 TEUR) und resultiert aus der Beschäftigung eines Mitarbeiters, eines nebenamtlichen Geschäftsführers und einer Prokuristin.

Die planmäßig rückläufigen Abschreibungen betragen 419 TEUR (Vj.: 429 TEUR).

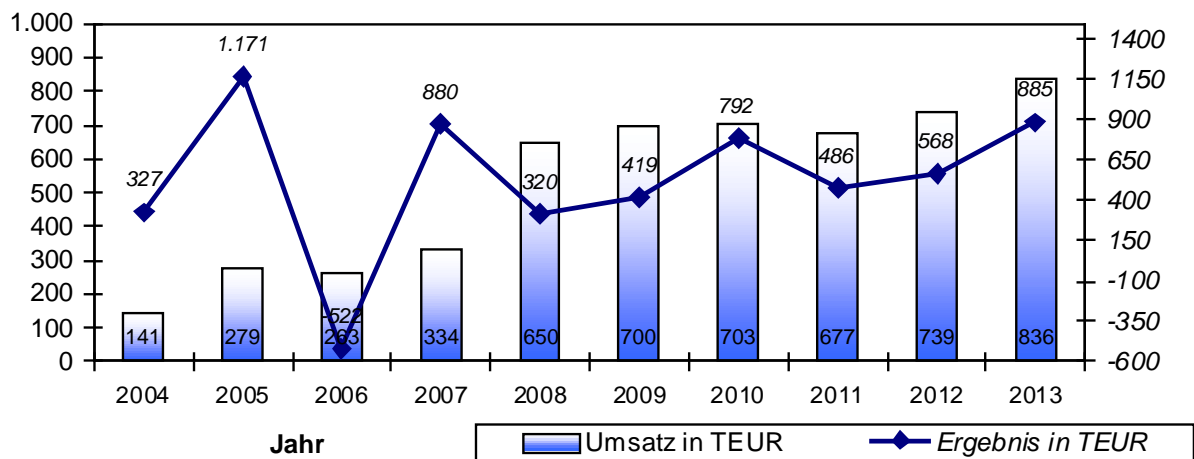
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 1.134 TEUR (Vj.: 1.044 TEUR) stellen hauptsächlich Dienst- und Fremdleistungen (868 TEUR; Vj.: 814 TEUR) für Reinigung, Service, Geschäftsbesorgung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Aufwendungen für Mieten und Pachten (156 TEUR; Vj.: 104 TEUR) dar. Auf Dienstleistungen der EVB entfallen dabei wie im Vorjahr 200 TEUR.

In den Erträgen aus Gewinnabführung wird die Ergebnisabführung gemäß Gewinnabführungsvertrag mit der EVB in Höhe von 2.270 TEUR (Vj.: 1.955 TEUR) abgebildet.

In 2013 fielen Steuern vom Einkommen/Ertrag in Höhe von 343 TEUR (Vj.: 261 TEUR) an.

Im Geschäftsjahr wird ein Jahresüberschuss von 884.851,07 EUR (Vj.: 567.808,91 EUR) ausgewiesen.

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

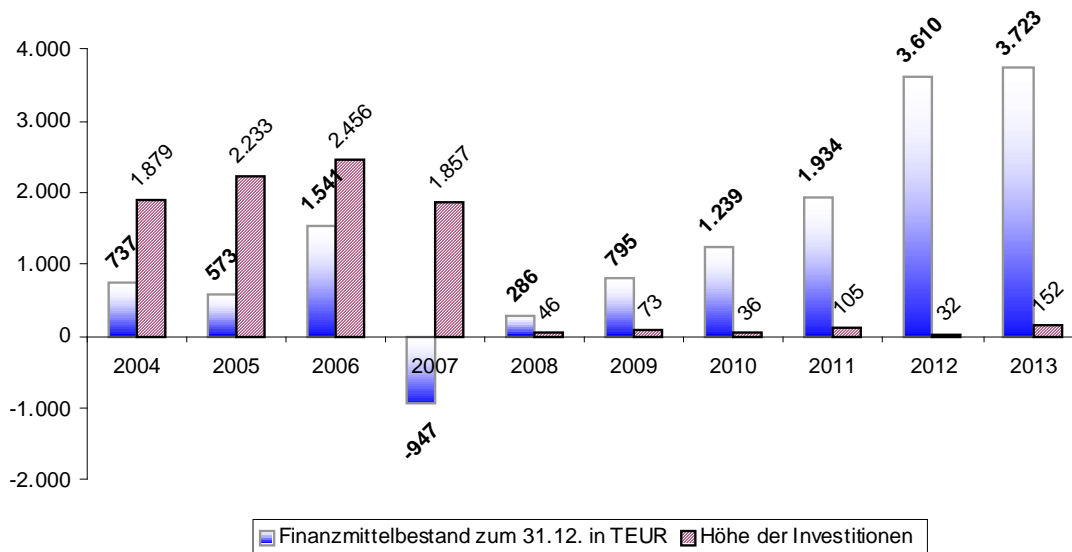


3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	885	568	486
+ Abschreibungen	420	429	453
Verlust aus Abgang von Vermögensgegenständen	1	0	0
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen	-621	-72	51
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	-129	-135	-142
-/+ Zunahme/Abnahme anderer Aktiva	-263	941	-57
+/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva	-26	-22	10
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	267	1.709	801
Auszahlungen für Investitionen	-152	-32	-105
= Cashflow aus Investitionstätigkeit	-152	-32	-105
Einzahlungen aus Kreditaufnahmen	0	0	0
Tilgung von Krediten	-2	-1	-1
Einzahlungen in den Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0	0
Einzahlungen in die Kapitalrücklage	0	0	0
= Cashflow Finanzierungstätigkeit	-2	-1	-1
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel	113	1.676	695
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	3.610	1.934	1.239
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.723	3.610	1.934

Der Mittelbedarf aus der Investitionstätigkeit (152 TEUR) sowie Finanzierungstätigkeit; hier: Darlehensstilgung (2 TEUR) konnte vollständig aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden. Darüber hinaus erhöhte sich der Finanzmittelbestand um 113 TEUR auf 3.610 TEUR.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes und der Investitionen in TEUR



Landestheater Eisenach GmbH i. L. (LTE)

Sitz der Gesellschaft: Theaterplatz 4 - 7
99817 Eisenach

E-Mail: Firnkorn@theater-eisenach.de

Gründung: 19. Juli 1994

Handelsregister: HR B 402650; Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 25. Januar 2010

Organe des Unternehmens:

Liquidator:

Herr Diplom-Kaufmann Hans-Jürgen Firnkorn (seit 01.06.2003)

Die Bezüge des Liquidators sind mit 7 TEUR (Vj.: 10 TEUR) im Personalaufwand enthalten.

Gesellschafterversammlung

vertreten durch:

Stadt Eisenach - Frau Beigeordnete Dr. Dorothea Hegele (ab 2.1.2013)
- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf (1.10.2012 – 1.1.2013)

UBT mbH, Bad Salzungen - Herr Geschäftsführer Stefan Wagner

Aufsichtsrat:

Frau Dr. Dorothea Hegele (seit 2.1.2013) - Beigeordnete der Stadt Eisenach
Frau Katja Wolf – ARV (1.10.2012- 1.1.2013) - Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach
Frau Nicole Gehret - sARV - Beigeordnete des Wartburgkreises
Herr Andreas Asmus - CDU-Stadtratsfraktion

Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates: keine.

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil in %	in EUR
Stadt Eisenach	75,0	53.800,-
UBT mbH	25,0	17.950,-
Gesamt	100,0	71.750,-

Beteiligungen des Unternehmens

Keine.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Gesellschafterversammlung hat am 05.12.2008 mit Wirkung zum 02.01.2009 die Auflösung (Liquidation) der Gesellschaft beschlossen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

s. Kurzvorstellung.

Situationsbericht des Unternehmens inkl. Ausblick

(Auszug aus dem Lagebericht; Stand: 15. Februar 2014)

Risikoeinschätzung

Angesichts der Haushaltslage der Stadt Eisenach bleibt das Risiko ihrer Zahlungsunfähigkeit nach wie vor bestehen. Sofern die beiden anderen Zuwendungsgeber für die Deckung der Transformationskosten bei einem Ausfall der Stadt Eisenach nicht in deren Verpflichtungen eintreten, muss die Landestheater Eisenach GmbH i. L. Insolvenz anmelden. Eine finanzielle Vorsorge dagegen ist nicht möglich.

Die im vorjährigen Lagebericht (2012) erwähnte Auseinandersetzung um das Ende der Abfindungszahlungen für einen Abfindungsgläubiger hat sich nicht fortgesetzt. Ob die Auseinandersetzung beim Herannahen des Endes der Zahlungen noch einmal auflebt, lässt sich nicht vorhersagen. Anzeichen dafür gibt es im Augenblick nicht.

Die am 6. März durchgeführte Lohnsteuer-Außenprüfung hat nicht zu Nachforderungen des Finanzamtes geführt. Der schriftliche Bescheid über die Aufhebung des Prüfvorbehaltes für die Zeit vom Januar 2010 bis Dezember 2012 liegt mit Datum vom 6.11.2013 vor. Der für eventuelle Nachforderungen vorgesehene Rückstellungsbetrag (5 TEUR) aus dem Jahr 2012 wurde aufgelöst.

Zu erwarten ist noch die Prüfung durch die Zusatzversorgungskasse. Nachzahlungsforderungen für die Teilabfindungen sind nicht abzuwehren. Nach unseren eigenen Vorberechnungen dürfte es sich dabei um eine Summe zwischen 4 TEUR und 5 TEUR handeln. Durch die Bildung einer Rückstellung in Höhe von 5 TEUR wurde Vorsorge getroffen.

Wie in allen vorausgegangenen Lageberichten wird auch dieses Mal darauf aufmerksam gemacht, dass es zwar eine grundsätzliche Vereinbarung aller drei Zuwendungsgeber zur Ausfinanzierung der Transformationskosten gibt, die zusätzliche Vereinbarung über die Modalitäten der Zahlungen (Anteil Land/Stadt Eisenach/Wartburgkreis, Liquiditätsberechnung, Fälligkeiten und Auszahlungsmodus) aber nur bis 31.7.2017 reicht und für die Zeit danach bis 2022 neu verhandelt und vereinbart werden muss.

Weitere Risiken für die Gesellschaft sind derzeit nicht zu erkennen.

Auflösung der GmbH i. L.

An den in den vorausgegangenen Lageberichten angestellten Überlegungen zur Beendigung der GmbH i. L. hat sich nichts geändert. Man wird bei der Reduktion auf nur mehr einen Abfindungsgläubiger ab August 2017 versuchen müssen, zu einer Vereinbarung zwischen diesem, der GmbH i. L. und der Kulturstiftung Meiningen-Eisenach zu kommen, wonach der Abfindungsgläubiger seine weiteren Abfindungsansprüche, die bis 2022 reichen, gegenüber der Kulturstiftung geltend macht und auf den Anspruch gegenüber der GmbH i. L. verzichtet. Dies ist rechtlich möglich, weil der Abfindungsgläubiger nach dem dazu geschlossenen Vergleich seinen Anspruch sowohl gegenüber der GmbH i. L. als auch gegenüber der Kulturstiftung geltend machen kann. Da alle drei Zuwendungsgeber auch im Stiftungsrat der Kulturstiftung vertreten sind, müsste sich eine entsprechende Regelung bewerkstelligen lassen. Voraussetzung wird eine Freistellung der Stiftung von den möglicherweise dann noch existierenden Risiken sein.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der LTE erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Kapitalentnahmen durchgeführt. Zur anteiligen Übernahme der Transformationskosten aus der unternehmerischen Entscheidung vom 15.06.2007 wurde ein Zuschuss i. H. v. 32 TEUR (Vj.: 122,1 TEUR) geleistet.

Landestheater Eisenach GmbH i. L.
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
		2013		2012		2011
Anlagevermögen	0	0%	0	0%	0	0%
Immaterielles Vermögen	0		0		0	
Sachanlagen	0		0		0	
Finanzanlagen	0		0		0	
Umlaufvermögen	513	100%	573	100%	1.009	100%
Vorräte	0		0		0	
Forderungen u. sonst. Vermögen	480		542		904	
Liquide Mittel	33		31		105	
Aktiver RAP	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme	513	100%	573	100%	1.009	100%
	Passiva					
		2013		2012		2011
Eigenkapital	72	14%	72	13%	72	7%
Gezeichnetes Kapital	72		72		72	
Rücklagen	0		0		0	
Jahresüberschuss	0		0		0	
Sonderposten	0	0%	0	0%	0	0%
Rückstellungen	432	84%	495	86%	930	92%
Verbindlichkeiten	9	2%	7	1%	8	1%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	0		0		0	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	8		8		8	
Passiver RAP	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme	513	100%	573	100%	1.009	100%

Die Bilanzsumme hat sich um 60 TEUR auf 513 TEUR verringert. Maßgeblich war v. a. die Verminderung der sonstigen Vermögenswerte um 62 TEUR, welche aus geringeren Erstattungsansprüchen aus den Transformationskosten herrührt. Weiterhin haben sich die liquiden Mittel um 2 TEUR auf 33 TEUR erhöht (s. Finanzlage).

Auf der Passivseite stellt sich die Entwicklung, wie folgt, dar: Der Rückgang der Rückstellungen (-TEUR 63) resultiert v. a. aus den niedrigeren Verpflichtungen aus Abfindungen und Weiterbeschäftigung.

Das gezeichnete Kapital (71.750,00 EUR) ist noch in voller Höhe vorhanden.

2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	0	0	0	0
Zuschüsse	0	0	0	0
Sonstige Erträge	0	0	0	0
Gesamtleistung	0	0	0	0
Materialaufwand	13	16	19	-3
Personalaufwand	13	14	10	0
Abschreibungen	0	0	0	0
sonst. betriebl. Aufwendungen	15	48	19	-33
Finanzergebnis	0	1	1	-1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-41	-76	-47	35
Außerordentliche Erträge	40	116	47	-76
Außerordentliche Aufwendungen	0	40	1	-40
Außerordentliches Ergebnis	40	77	47	-37
Steuern	-1	0	0	-1
Jahresergebnis	0	0	0	-1

Die Ertragslage ist weitgehend von den Aufwendungen im Liquidationsverfahren geprägt.

Das Jahresergebnis von 0,00 EUR wird durch das außerordentliche Ergebnis i. H. v. 40 TEUR ermöglicht, welches sich nach Verrechnung der tatsächlichen Transformationskosten mit den entsprechenden Rückstellungen ergibt.

3. Finanzlage

Die Mittelveränderung von 2 TEUR auf 33 TEUR resultiert einzig aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit im Rahmen des Liquidationsverfahrens.

Gesellschaft zur Förderung des Gesundheits- und Sozialwesens in der Wartburgregion mbH (GFG)

Sitz der Gesellschaft: Mühlhäuserstr. 94 - 95
99817 Eisenach

Postanschrift: Andreasstraße 11
36433 Bad Salzungen

Gründung: 15. Juli 1994

Handelsregister: HR B 40 3188, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: 15. Juli 1994; zuletzt geändert am 12. Dezember 2008

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung:

Herr Stefan Wagner (seit 01.09.2004) - nebenamtlicher Geschäftsführer

Von der Regelung des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung

Stadt Eisenach

vertreten durch:

- Frau Beigeordnete Dr. Dorothea Hegele (ab 2.1.2013)

- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf

(1.7.2012 – 1.1.2013)

Wartburgkreis

- Herr Landrat Reinhard Krebs

Aufsichtsrat:

Frau Nicole Gehret - ARV (ab 8.9.2012)

- Kreisbeigeordnete des Wartburgkreises

Frau Dr. Dorothea Hegele - sARV

- Beigeordnete der Stadt Eisenach

(ab 2.1.2013)

Frau Heike Apel – sARV (30.6.2012 – 1.1.2013)

- ehrenamtliche Beigeordnete der Stadt Eisenach

Herr Ernst Kranz

- SPD-Kreistagsfraktion des Wartburgkreises

Herr Daniel Steffan

- CDU-Kreistagsfraktion des Wartburgkreises

Frau Gisela Büchner (ab 28.01.2012)

- CDU-Stadtratsfraktion

Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates: 3.175,00 EUR (Vj.: 5.300,00 EUR)

Die Vergütung wird als Sitzungsgeld gewährt und richtet sich damit nach der Häufigkeit der Sitzungen und der Vollständigkeit der Aufsichtsratsmitglieder.

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in %	in EUR
Stadt Eisenach	40,0	409.200,-
Wartburgkreis	60,0	613.800,-
Gesamt	100,0	1.023.000,-

Beteiligungen des Unternehmens

Firma:	Beteiligung:	Anteil Stammkapital:
St. Georg Klinikum gGmbH (GKE)	50,0 %	500.000,- EUR

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Wartburg - Klinikum Eisenach GmbH wurde am 15. Juli 1994 mit Wirkung zum 1. August 1994 durch Umwandlung des bisher vom Wartburgkreis betriebenen, nicht in gesonderter Rechtsform geführten, Kreiskrankenhaus Eisenach gemäß § 58 UmwG gegründet. Im Jahr 1999 ist die Stadt Eisenach als Gesellschafter mit einem Geschäftsanteil von 40 % in die Krankenhausgesellschaft eingetreten.

Auf Vorschlag der Christlichen Krankenhaus Eisenach gGmbH (CKE) wurde ab Ende 2000 über eine Zusammenlegung der beiden Eisenacher Krankenhäuser beraten. Zum 1. April 2002 wurde der Betrieb des Krankenhauses auf die neu gegründete GKE, an der die WKE (nun: GFG) mit 50 % beteiligt ist, übertragen.

Mit Datum vom 11. April 2006 wurde die Umfirmierung der Gesellschaft von Wartburg-Klinikum Eisenach GmbH (WKE) in Gesellschaft zur Förderung des Gesundheits- und Sozialwesens in der Wartburgregion gGmbH (GFG) in das HR eingetragen.

Mit Datum vom 12. Dezember 2008 wurde der Gesellschaftsvertrag geändert, in dem der Zweck der Gesellschaft im Sinne der Abgabenordnung genauer dargestellt wurde.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens im Sinne des § 52 Abs. 2 Nr. 3 der Abgabenordnung (AO), die Förderung der Jugend- und Altenhilfe im Sinne des § 52 Abs. 2 Nr. 4 AO, die Förderung des Wohlfahrtswesens im Sinne des § 52 Abs. 2 Nr. 9 AO und die Förderung des Sports im Sinne des § 52 Abs. 2 Nr. 21 AO.

Der Satzungszweck soll in erster Linie dadurch verwirklicht werden, dass vorhandene oder zukünftige Geld- oder Sachmittel ganz oder teilweise anderen gemeinnützigen Einrichtungen des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens, der Jugend- und Altenpflege und des Sports zur zweckentsprechenden Verwendung im Sinne des § 52 Abs. 2 Nr. 3, 4, 9 und 21 AO, insbesondere auch durch Nutzungsüberlassung von Immobilien, zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus kann der Satzungszweck verwirklicht werden durch:

- die Organisation der ehrenamtlichen Betreuung und Begleitung von Patienten;
- die Förderung von Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern im Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, der Jugend- und Altenhilfe und des Sports;
- die Unterstützung anonymer Entbindungen und die anonyme Annahme Neugeborener.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des Gesellschaftszweckes wird im Wesentlichen durch die Förderung gemeinnütziger Institutionen und insbesondere auch der GKE, an der die Gesellschaft mit 50 % beteiligt ist, verwirklicht. Die in der Gesellschaft entstehenden Einnahmen wurden in 2013 zeitnah für die Förderung anderer gemeinnütziger Institutionen und die eigene Verwaltung verwendet. Insoweit wird auf den Situationsbericht des Unternehmens, den Ausblick für das Unternehmen sowie die Darstellung der Ertragslage verwiesen.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 23.04.2014)

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Tätigkeit als Fördergesellschaft für das Gesundheits- und Sozialwesen in der Wartburgregion ist nicht für einen Branchenvergleich geeignet. Die Beurteilung der Gesellschaft im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ist aufgrund der Gemeinnützigkeit und des Tätigkeitsfeldes nur hinsichtlich der Zinserträge von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Das weiterhin niedrige Zinsniveau wird auch weiterhin einen erheblich negativen Einfluss auf die Fördermöglichkeiten der Gesellschaft haben.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Einnahmen der Gesellschaft sind nicht von einer Auftragslage abhängig. Die bestehenden Pachtverträge haben eine sehr lange Laufzeit. Die Einnahmen im Bereich der Vermögensverwaltung sind stark von der Entwicklung des Kapitalmarktes abhängig.

Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurden lediglich zwei Schränke zur Aktenaufbewahrung angeschafft.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr haben keine personellen Veränderungen stattgefunden. Die erforderlichen Tätigkeiten innerhalb der Gesellschaft werden, soweit sie nicht vom Geschäftsführer selbst realisiert werden können, im Dienstleistungsauftrag erbracht. Wegen des Arbeitsumfanges, der erforderlichen Qualifikation und der unterschiedlichen Anforderungen war die Einstellung weiteren Personals aus wirtschaftlichen Gründen auch in 2013 nicht sachgerecht. Die Vorhaltung sozialer Einrichtungen war insoweit nicht erforderlich.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die umfangreichsten und wichtigsten Vorgänge des Geschäftsjahres 2013 beschränkten sich auf die Ausreichung von Fördermitteln zur ordnungsgemäßen und zeitnahen Erfüllung des gemeinnützigen Gesellschaftszweckes.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der GFG erhielten einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 23.04.2014)

Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Da die Gesellschaft aufgrund ihres gemeinnützigen Gesellschaftszwecks nicht gewinnorientiert arbeitet und die erwirtschafteten Mittel für die Umsetzung des Gesellschaftszwecks einzusetzen hat, bestehen aus der regelmäßigen Tätigkeit keine wesentlichen Risiken für die künftige Entwicklung.

Die zugunsten des Freistaates Thüringen eingetragene Belastung der Grundstücke bleibt bestehen. Sie resultiert aus der Besicherung der vom Freistaat Thüringen an die GKE ausgereichten Fördermittel zum Klinikneubau. Bei Entscheidungen über die weitere Entwicklung der Gesellschaft sind diese zu beachten.

Durch die Beteiligungsverhältnisse in der GKE ist es der GFG aktuell nicht möglich einen maßgeblichen Einfluss auf die Tochtergesellschaft auszuüben. Gleichwohl dürfen die noch bestehenden Möglichkeiten der Beteiligungssteuerung nicht weiter reduziert werden.

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres bei der Gesellschaft nicht eingetreten (§ 289 Abs. 2 Nr.1 HGB).

2. Voraussichtliche Entwicklung

Das anhaltend niedrige Zinsniveau wird die Fördermöglichkeiten der Gesellschaft weiter beeinträchtigen. In der Folge wird die Förderung anderer gemeinnütziger Institutionen ab 2014 noch erheblich zurückgefahren werden müssen. Damit müssen auch die geförderten Institutionen im Rahmen ihrer Projekte Kostenreduzierungen planen. Die Bemühungen der Gesellschaft, die Projektträger zu erheblichen Sparmaßnahmen zu bewegen, haben erste Früchte getragen. Trotzdem ist die Gesellschaft bereits ab 2013 gezwungen die geförderten Projekte zu reduzieren.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Kapitaleinlagen und Zuschüsse geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

Gesellschaft zur Förderung des Gesundheits- und Sozialwesens in der Wartburgregion mbH (GFG)

- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
		2013		2012		2011
Anlagevermögen	12.297	53%	12.599	55%	12.766	55%
Immaterielles Vermögen	0		0		0	
Sachanlagen	3.047		3.047		3.048	
Finanzanlagen	9.250		9.552		9.718	
Umlaufvermögen	10.739	47%	10.450	45%	10.461	45%
Vorräte	40		40		40	
Forderungen u. sonst. Vermögen	0		16		23	
Liquide Mittel	10.699		10.394		10.399	
Aktiver RAP	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme	23.035	100%	23.049	100%	23.228	100%
	Passiva					
		2013		2012		2011
Eigenkapital	23.003	100%	23.010	100%	23.141	100%
Gezeichnetes Kapital	1.023		1.023		1.023	
Kapitalrücklage	20.463		20.463		20.463	
Gewinnrücklage	12.145		12.145		12.145	
Bilanzverlust	-10.628		-10.490		-10.264	
Jahresergebnis			-131		-226	
Rückstellungen	10	0%	8	0%	8	0%
Verbindlichkeiten	22	0%	31	0%	78	0%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	0		0		0	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	22		31		78	
Passiver RAP	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme	23.035	100%	23.049	100%	23.228	100%

Das Gesamtkapital der Gesellschaft hat sich im Berichtsjahr marginal um 14 TEUR bzw. 0,1 % auf 23.035 TEUR verringert.

Dabei haben sich auf der Aktivseite die Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, deutlich reduziert. Dies betrifft die Tilgung des Investitionsdarlehens durch die GKE i. H. v. 302 TEUR. Des Weiteren gab es einen Rückgang bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen um rd. 16 TEUR.

Demgegenüber war ein Anstieg der liquiden Mittel um 304 TEUR auf 10.699 TEUR zu verzeichnen.

Auf der Passivseite stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Das Eigenkapital hat sich in Höhe des Jahresfehlbetrages geringfügig um 7 TEUR auf 23.002 TEUR verringert. Die Eigenkapitalquote beträgt dabei bei nahezu unveränderter Bilanzsumme wie im Vorjahr 99,8 %. Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestanden nicht.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten (- 9 TEUR) resultiert maßgeblich aus der Reduzierung der sonstigen Verbindlichkeiten um 9 TEUR auf 4 TEUR. Ursächlich ist im Wesentlichen die Verminderung der Verbindlichkeiten aus Zuwendungen an andere gemeinnützige Organisationen.

2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Umsatz	63	63	97	0
Sonstige Erträge	6	49	40	-43
Gesamtleistung	69	112	137	-43
Materialaufwand	0	0	172	0
Personalaufwand	14	15	14	0
Abschreibungen	1	1	1	0
sonst. betriebl. Aufwendungen	271	487	480	-216
Finanzergebnis	210	260	305	-50
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7	-131	-226	123
Steuern	0	0	0	0
Jahresergebnis	-7	-131	-226	123

Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr ihre Einnahmen im Wesentlichen aus Pachterlösen in Höhe von 63 TEUR (Vj.: 63 TEUR) und Zinseinnahmen von 187 TEUR (Vj.: 223 TEUR). Die Pachteinnahmen resultieren aus den Pachtverträgen mit der GKE sowie mit dem Ökumenischen Hainich-Klinikum gGmbH (ÖHK).

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 6 TEUR (Vj.: 49 TEUR). Der Rückgang resultiert v. a. daraus, dass im Vorjahr eine Erstattung aufgrund eines Entwässerungsbescheides (32 TEUR) erfolgte. Darüber hinaus waren auch die Erträge aus der Rückforderung von Zuwendungen an andere gemeinnützige Organisationen rückläufig (- 10 TEUR).

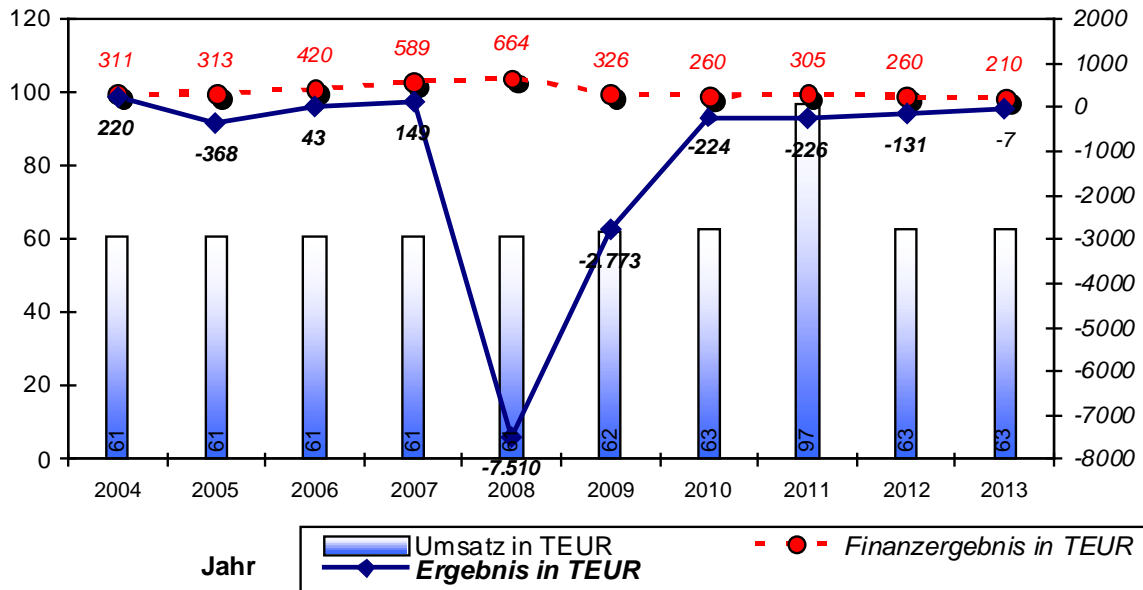
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. 272 TEUR (Vj.: 487 TEUR) werden im Wesentlichen durch die Position „Förderung anderer gemeinnütziger Institutionen“, die nach ihrem Satzungsgegenstand mit der Förderung des Gesundheits- und Sozialwesens befasst sind, geprägt. Hier wurden insgesamt 187 TEUR (Vj.: 410 TEUR) im Berichtsjahr aufgewendet. Weitere wesentliche Positionen sind „Verwaltungskosten“ i. H. v. 46 TEUR (Vj.: 59 TEUR) sowie Rechts- und Beratungskosten i. H. v. 23 TEUR (Vj.: 0 EUR).

Im Berichtsjahr wurden Zinseinnahmen aus Gesellschafterdarlehen GKE i. H. v. 23 TEUR (Vj.: 37 TEUR) als Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens generiert.

Im Ergebnis wurde ein negatives Jahresergebnis i. H. v. – 7.046,20 EUR (Vj.: - 131 TEUR) generiert.

Die Gesellschaft ist aufgrund ihrer Gemeinnützigkeit dazu verpflichtet, ihre Erträge zeitnah wieder gemeinnützig zu verwenden. Demzufolge wird regelmäßig ein ausgeglichenes Ergebnis geplant. Dabei sind die Ergebnisse der Vorjahre zu berücksichtigen, damit in der Gesamtbetrachtung eine zeitnahe Mittelverwendung sichergestellt ist. Demzufolge werden in der Gesellschaft teilweise bereits in den Wirtschaftsplänen negative Ergebnisse geplant.

Umsatz- und Ergebnisentwicklung



In den Jahren 2008 und 2009 haben Sondertatbestände im Zusammenhang mit der Beteiligung an der GKE zu erheblich negativen Einflüssen geführt, die von der GFG nicht beeinflusst werden konnten. So erfolgte in dem Jahr 2008 wegen anhaltend schlechter Jahresergebnisse der GKE eine Teilwertabschreibung auf die Anteile und in 2009 ein Ausgleich von Leistungen in die Zusatzversorgungskasse der ehemaligen Mitarbeiter/innen der GFG (WKE), die bereits in 2002 in die GKE übernommen wurden.

3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	-7	-131	-226
+ Abschreibungen/Abgänge	1	1	1
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	0	0	0
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen	2	0	-1
- sonstige zahlungsunwirksame Erträge	0	0	0
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	16	7	131
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	-9	-48	-92
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	3	-171	-187
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	0	0	0
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	301	166	42
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (2)	301	166	42
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (3)	0	0	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ : (1) - (3)]	304	-5	-145
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	10.394	10.399	10.544
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	10.698	10.394	10.399

Die positiven CashFlows aus Investitionstätigkeit (+ 301 TEUR) und aus laufender Geschäftstätigkeit (+ 3 TEUR) führten zum Anstieg des Finanzmittelbestandes zum 31.12.2013 um 304 TEUR auf 10.698 TEUR.

St. Georg Klinikum Eisenach gGmbH (GKE)

Sitz der Gesellschaft: Mühlhäuserstr. 94 - 95
99817 Eisenach

E-Mail: info@stgeorgklinikum.de
Internet: www.stgeorgklinikum.de

Gründung: 20. März 2002

Handelsregister: HR B 405528, Amtsgericht Jena

Gesellschaftsvertrag: gültig i. d. F. vom 20. März 2002

Organe des Unternehmens:

Geschäftsführung und Krankenhausleitung:

Herr Rolf Weigel (ab 01.09.2010) - kfm. Geschäftsführer

Herr Dr. Bickel - ärztlicher Direktor

Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 4 HGB bezüglich des laufenden Geschäftsführergehalts wird Gebrauch gemacht.

Gesellschafterversammlung

vertreten durch:

Gesellschaft zur Förderung des Gesundheits- und Sozialwesens in der Wartburgregion mbH (GFG)

- Herr Landrat Reinhard Krebs
- Frau Oberbürgermeisterin Katja Wolf
(ab 01.07.2012)

Christliches Krankenhaus Eisenach gGmbH (CKE)

- Frau Schwester Helga Schöller, Oberin
- Herr Bruno Heller, Caritasdirektor

Aufsichtsrat:

Frau Dr. Dorothea Hegele (sARV ab 29.08.2013)

- Beigeordnete der Stadt Eisenach

Frau Ute Lieske (ARV ab 30.03.2010 - 2013)

- Bürgermeisterin der Stadt Eisenach

Herr Sven Kost (sARV ab 30.03.2010)

- Verwaltungsdirektor Ev.-Luth. Diakonissenhausstiftung

Herr Simon Kokott (ARV ab 29.08.2013)

- Verwaltungsleiter Caritasverband Bistum Erfurt

Herr Stefan Wagner

- Geschäftsführer GFG mbH, Eisenach

Frau Ursula Becker-Rathmair

- Justitiarin Bischöfliches Ordinariat Erfurt

Herr Hans-Jürgen Aust

- Krankenpfleger; Mitarbeitervertretung

Frau Renate Weiß

- Krankenpflegerin; Mitarbeitervertretung

Frau Gabriele Phieler

- Oberin; Ev.-Luth. Diakonissenhausstiftung

Herr Klaus Rindschwentner

- Kreistagsfraktion der SPD- Wartburgkreis

Frau Rosel Neuhäuser

- Die Linke-Kreistagsfraktion des Wartburgkreises

Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates: 10.650,00 EUR (Vj.: 10.050,00 EUR)

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

GFG	50 %	500.000,- EUR
CKE	50 %	500.000,- EUR

Beteiligungen des Unternehmens

Firma:	Anteil	Stammkapital:
Medizinisches Versorgungszentrum Eisenach GmbH, Eisenach (seit 13.12.2010)	100,0 %	100.000,- EUR
Diakonisches Bildungsinstitut Johannes Falk gGmbH, Eisenach (seit 10.07.2013)	43,86 %	250.000,- EUR

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die GKE wurde am 20. März 2002 mit Wirkung zum 01. April 2002 gegründet.

Der Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Sie dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten nach Maßgabe der Aufnahme- und Benutzungsordnung der stationären und ambulanten Untersuchung und Behandlung von Patienten ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht oder Wohnsitz.

Der **Gegenstand des Unternehmens** ist gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages der Betrieb eines Krankenhauses in Eisenach.

Des Weiteren ist Gegenstand der Gesellschaft:

- die ehrenamtliche Betreuung und Begleitung von Patienten,
- die Bereitstellung seelsorgerischer Dienste für Patienten und Mitarbeiter sowie die Einrichtung entsprechend ausgestatteter Räumlichkeiten hierfür,
- die Förderung von Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter.

Das GKE verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften des Abschnittes „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens.

Personaldaten (Vollkräfte; Jahresdurchschnitt)*

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiter	513,40	484,13	502,36	541,1	538,2	555,9	575,4	612,7	646,4

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der unter der Überschrift „Kurzvorstellung des Unternehmens“ aufgeführte Unternehmensgegenstand entspricht dem gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Zweck von Unternehmen einer Gemeinde.

Krankenhausleistungen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Patienten (Fallzahl)	16.127	16.337	15.994	16.697	17.505	17.777	18.473	18.849	20.716
Zahl der Planbetten	530	385	388	391	391	391	404	407	420
durchschnittliche Verweildauer/Patient	7,21	7,21	6,91	6,75	6,17	6	6	6	6
Auslastung (in %)	80,3	79,69	71,8	73,8	73,2	81,8	84	86	k. A.

Situationsbericht des Unternehmens

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 03.04.2014)

Krankenhausplanung, gesetzliche Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen, Standort- und medizinische Strukturentwicklung

Das St. Georg Klinikum ist eine gemeinnützige GmbH in Trägerschaft der Christlichen Krankenhaus Eisenach gGmbH (50 %) und der Gesellschaft zur Förderung des Gesundheits- und Sozialwesens der Wartburgregion gGmbH, Eisenach (50%) und als Haus der Grund- und Regelversorgung mit teilweise überregionalem Versorgungsauftrag für die Versorgung der Menschen in der Stadt Eisenach und in der nördlichen Wartburgregion zuständig.

Gemäß Änderungsbescheid vom 30.01.2014 wurde rückwirkend zum 01.01.2013 der Bereich Orthopädie/Unfallchirurgie separat mit 51 Betten und der Bereich Chirurgie mit 61 Betten ausgewiesen. Damit sieht der geltende 6. Thüringer Krankenhausplan für das St. Georg Klinikum insgesamt 420 Betten vor. Die Planbetten teilen sich wie folgt auf die Fachabteilungen des Hauses auf:

Gebiete	Betten
Chirurgie	61
Orthopädie/Unfallchirurgie	51
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	27
Innere Medizin	177
Intensivmedizin	11
Kinder- und Jugendmedizin	21
Neurologie	15
Urologie	11
Psychiatrie, Tagesklinik	46
Gesamt	420

Die nach wie vor geltenden gesetzlich geregelten Vergütungsabschläge für mit den Krankenkassen vereinbarte Mehrleistungen in Höhe von 25 % geben den Krankenhäusern kaum die Möglichkeit, die kontinuierlich steigenden Personal- und Sachkosten zu refinanzieren. In Verbindung mit dem fortschreitenden Rückzug der Länder und Kommunen aus der Investitionsfinanzierung bleibt die Finanzierungssituation der Krankenhäuser angespannt.

Die auch für die Gewinnung von Ärzten und qualifiziertem Pflege- und Funktionspersonal wichtigen tariflichen Anpassungen konnten Ende 2013 vorgenommen werden. Im Rahmen des Vermittlungsverfahrens haben sich Dienstgeber und Dienstnehmer auf die Regelungen des Vermittlungsspruchs geeinigt. Dieser sieht sowohl im ärztlichen als auch im pflegerischen Bereich unter anderem rückwirkende Tarifierhöhungen vor. Trotz dieser notwendigen Anpassungen gestaltet sich die Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonal insbesondere im ärztlichen und pflegerischen Bereich nach wie vor schwierig. Ein den Rahmenbedingungen angepasstes Personalmarketing ist daher von großer Bedeutung. Darüber hinaus stellen unter Berücksichtigung der veränderten Prioritäten und Bedürfnisse von Mitarbeitern nicht nur monetäre Anreize zunehmend wichtigere Faktoren für eine erfolgreiche Personalgewinnung dar. Vor diesem Hintergrund wurden in 2013, wie auch in den Vorjahren, Maßnahmen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit umgesetzt.

Um den anhaltenden Problemen bei der Personalgewinnung entgegenzuwirken, wurden auch in Zusammenarbeit mit anderen Lehrinrichtungen, sowohl im Klinikum als auch in der Pflegeschule, zusätzlich Ausbildungsplätze z. B. zum Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten (PKA) oder zu Operationstechnischen Assistenten (OTA) geschaffen.

Medizinisch inhaltlich wurde das Leistungsportfolio der Kliniken weiter profiliert und ergänzt. So wurde beispielsweise nach Schaffung der räumlichen Voraussetzungen der neurologische Schwerpunkt auch personell und organisatorisch ausgebaut.

Durch die kompetente Nachbesetzung der Chefarztposition in der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe konnte eine inhaltliche und fachliche Erweiterung des Leistungsspektrums realisiert werden.

Das Leistungsangebot im ambulanten Bereich konnte mit der Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums um weitere Fachbereiche ausgeweitet werden. Um den wachsenden Patientenzahlen und zunehmend höherer Fallschwere gerecht zu werden, wird auch unter Berücksichtigung der Kostenstrukturen kontinuierlich an der Anpassung der Abläufe und der Organisationsstruktur gearbeitet.

Schwerpunkt des abteilungsübergreifenden Qualitätsmanagements war nach wie vor die externe stationäre Qualitätssicherung gemäß § 137 Abs. 1 SGB V i. V. m. § 135 SGB V für nach § 108 SGB V zugelassene Krankenhäuser. Darüber hinaus wurden in den einzelnen Kliniken wesentliche Aspekte des Qualitätsmanagements wie z.B. Standardisierungen, Erarbeitung von Behandlungspfaden und Leitlinien weiterverfolgt. Ziel ist die Etablierung eines umfassenden Qualitätsmanagementsystems, um dann eine Zertifizierung des Gesamthauses durchführen zu können. Unabhängig davon befindet sich die gesonderte Zertifizierung kleinerer medizinischer Bereiche in Vorbereitung.

Leistungs- und Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2013 wurden 20.716 Fälle und 19.476 Bewertungsrelationen erzielt. Der Trend der Leistungssteigerung gegenüber dem Vorjahr konnte somit auch in 2013 fortgesetzt werden: + 1.867 Fälle (+ 9,9%) mit + 1.415 Bewertungsrelationen (+ 7,8%). Die durchschnittliche Verweildauer lag bei knapp unter sechs Tagen.

Im Bereich der BPfIV wurden 11.049 Pflgetage erreicht (+ 369 gegenüber der Vereinbarung). Die Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr von 58,7 Mio. EUR auf 64,7 Mio. EUR.

Investitionen

Der in 2012 begonnene Umbau des denkmalgeschützten Südflügels zur Schaffung einer separaten neurologischen Station konnte Anfang 2013 abgeschlossen werden. Die Station wurde im Februar 2013 in Betrieb genommen. Im Rahmen der Umbauarbeiten wurden auch neue Räumlichkeiten für die Palliativstation sowie ein Schlaflabor geschaffen.

In 2013 wurde mit der baulichen Erweiterung des E-Gebäudes begonnen, in dem die Küche, die Mitarbeiter- und Besuchercafeteria sowie zwei weitere Operationssäle (u. a. ein Hybrid-OP) untergebracht werden. Die Inbetriebnahme wird im zweiten Quartal 2014 erfolgen. Des Weiteren wurde damit begonnen, die bisher hauptsächlich internistisch genutzte Intermediate Care Station zu erweitern und zu einer interdisziplinären Station auszubauen. Ebenso wurde mit der Planung für ein neu zu errichtendes Parkdeck begonnen.

Die Investitionen für Baumaßnahmen belaufen sich im Jahr 2013 auf 4 Mio. EUR. Zur Weiterentwicklung der Bausubstanz sowie für Neu- und Ersatzbeschaffungen von Einrichtungen, Ausstattungen und Anlagen erfolgten im Geschäftsjahr 2013 Investitionen von 8,1 Mio. EUR. 570 TEUR wurden aus pauschalen Fördermitteln und der Rest aus Eigenmitteln finanziert. Aus den Eigenmitteln flossen 200 TEUR in die Kapitalrücklage der Tochtergesellschaft Medizinische Versorgungszentrum GmbH (MVZ) und für 250 TEUR wurden Anteile am Diakonischen Bildungsinstitut „Johannes Falk“ gGmbH (DBI) neu erworben.

Der Buchwert des Anlagevermögens des Krankenhauses ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. EUR gestiegen.

Personal- und Organisationsentwicklung

Das St. Georg Klinikum beschäftigte am 31.12.2013 891 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter incl. Schüler und Freiwilligendienstleistende. Interne und externe Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter werden gefördert. Das Klinikum hat im Jahr 2013 408 TEUR (Vj.: 310 TEUR) für Fort- und Weiterbildungen bereitgestellt. Dadurch konnten Mitarbeiter Zusatzqualifikationen erwerben und es wurden Workshops zur Führungskultur, Führungskräftequalifikation und zur Strategiebildung durchgeführt.

Es existiert ein System der internen Budgetierung für die Kostenstellen und Kostenarten. Regelmäßiges Reporting an die Geschäftsführung und darauf aufbauend Gespräche mit den Budgetverantwortlichen ermöglichen eine zeitnahe Steuerung. Den Anforderungen an ein Risikoüberwachungssystem, welches sich über das gesamte Krankenhaus erstreckt und alle medizinischen und nichtmedizinischen Abteilungen bzw. Bereiche umfasst, wird entsprochen. Ein organisiertes Reporting, im Wesentlichen aus den Bereichen Unternehmens- und Medizin-Controlling sowie zukünftig Qualitäts- und Risikoma-

nagement, ermöglicht den Entscheidungsträgern jederzeit eine fundierte Beurteilung der Situation des Krankenhauses. Durch die jährlich aktualisierte strategische Organisationsentwicklung (Strategie-workshops) werden Probleme zeitnah erfasst und der Problemlösung zugeführt.

Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung

Der Schwerpunkt lag auch in diesem Jahr wieder auf der externen stationären Qualitätssicherung gemäß § 137 Abs. 1 SGB V sowie der Prozessoptimierung. Es erfolgt eine Teilnahme an externen Qualitätssicherungsmaßnahmen durch das Institut für angewandte Qualitätsförderung und Forschung im Gesundheitswesen (AQUA). Die Dokumentationsquote liegt bei 100 %.

Die Patientenzufriedenheit während des Behandlungsprozesses wird permanent durch Befragung der Patienten eruiert. Bei Bedarf werden Verbesserungsmaßnahmen daraus abgeleitet. Die Verantwortung für das Beschwerdemanagement ist dem Ärztlichen Direktor zugeordnet.

In den einzelnen Kliniken wurden wesentliche Aspekte des Qualitätsmanagements, wie z. B. Standardisierungen (Expertenstandards), Erarbeitung von Behandlungspfaden und Leitlinien weiterverfolgt. Wesentliches Ziel ist die Etablierung eines umfassenden Qualitätsmanagementsystems, um dann die vorgesehene Zertifizierung durchführen zu können. In Vorbereitung einer Zertifizierung des Krankenhauses wird vorab an der separaten Zertifizierung kleinerer abgegrenzter Organisationseinheiten gearbeitet.

Ausblick für das Unternehmen

(Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung; Stand: 03.04.2014)

A. Nachtragsbericht

Mit Frau Dr. Barbara John konnte zum 01.04.2014 eine kompetente Medizinerin als Nachfolgerin des ausscheidenden Chefarztes der Medizinischen Klinik gefunden werden. Damit einhergehend wurde die bisher von zwei Chefarzten geleitete Medizinische Klinik organisatorisch in zwei jeweils chefarztlich geleitete Kliniken der Inneren Medizin geteilt. Damit wird es möglich, beide Kliniken inhaltlich gezielter weiterzuentwickeln.

Anfang 2014 wurde mit dem Umbau eines bisher administrativ genutzten Gebäudeteils zu einer Komfortstation begonnen. Mit dieser Station wird das Angebot des Krankenhauses an Selbstzahler und Privatpatienten um weitergehende Sekundärleistungen ergänzt. Die Inbetriebnahme dieser Station ist im zweiten Quartal 2014 vorgesehen.

B. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Unter anderem durch die bereits in 2012 und 2013 vorgenommenen personellen Veränderungen auf Chefarzteebene sowie durch die Etablierung einer organisatorisch eigenständigen Klinik für Neurologie konnten weitere Patienten gewonnen werden. Es ist daher davon auszugehen, dass der sich auch insgesamt abzeichnende positive Leistungstrend aus den Vorjahren in 2014 fortgesetzt. Unterstützt wird die moderate Leistungssteigerung durch die bauliche Erweiterung des Operationsbereiches und der Intermediate Care Station mit den dadurch entstehenden zusätzlichen Kapazitäten.

Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass durch das zusätzliche Angebot an sekundären Komfortleistungen auf der dafür eingerichteten Station der Anteil an Selbstzahlern und Privatpatienten auf den Thüringer Durchschnittswert angehoben werden kann. Unter diesen Maßgaben wird für das Geschäftsjahr 2014 ein leicht steigender Umsatz erwartet.

Natürgemäß ist bei einer Leistungssteigerung auch mit höheren Kosten zu rechnen. Da die Kostenstrukturen geprüft und angepasst werden, wird davon ausgegangen, dass sich die Kosten proportional zur Leistungssteigerung entwickeln.

Unter diesen Prämissen geht der Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 von einem positiven Jahresergebnis in Höhe von rd. 2 Mio. EUR aus.

Risikobericht

Das Gesetz zur Einführung eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen (Psych-Entgeltgesetz) sieht ab 2013 die Ablösung der Grundlohnrate durch

den auf Bundesebene zu vereinbarenden Veränderungswert als Obergrenze für die Landesbasisfallwerte vor. Wichtiger Faktor dabei ist der vom statistischen Bundesamt berechnete Orientierungswert, der 2,02 % beträgt. Da er die Grundlohnrate in Höhe von 2,89 % unterschreitet, stellt er auch den Veränderungswert, d. h. die maximale Steigerungsmöglichkeit des Krankenhausbudgets für 2014 dar.

Die zu erwartenden Personal- und Sachkostensteigerungen können damit nur schwer kompensiert werden, zumal erneut für die mit den Krankenkassen zu vereinbarenden Mehrleistungen durch den Gesetzgeber Vergütungsabschläge in Höhe von 25 % festgelegt wurden. Dies bedeutet, dass Kostensteigerungen kaum durch Mehrleistungen auszugleichen sind.

Ende Juli 2012 hat das Thüringer Landesverwaltungsamt den Fördermittelrückforderungsbescheid für den 2. Bauabschnitt zugestellt. Das Amt fordert rund 420 TEUR zurück. Gegen diesen Bescheid wurde Widerspruch eingelegt. Eine Klärung ist bisher noch nicht erfolgt.

Chancenbericht

Im Jahr 2013 begann die Optionsphase zur Einführung der PEPP-Entgelte (Pauschalierende Entgelte Psychiatrie und Psychosomatik). Um unter geschützten Bedingungen (verbesserte Erlösausgleiche) eine möglichst lange Zeit Erfahrungen sammeln zu können, hat sich das Klinikum entschlossen, schon zu Beginn der Optionsphase auf das neue System umzusteigen.

Die einer stetigen Veränderung unterliegenden Rahmenbedingungen und Entwicklungen im Gesundheitsbereich machen eine kontinuierliche Prüfung und ggf. Anpassung der Unternehmensstrategie notwendig. Durch eine dementsprechende Personalentwicklung und Qualifizierung der Mitarbeiter sowie die Vornahme der notwendigen Sachinvestitionen werden die Voraussetzungen geschaffen, ein nachhaltiges und zukunftsträchtiges Leistungsspektrum anzubieten. Die damit verbundene Sicherstellung der Qualitätsanforderungen des Gemeinsamen Bundesausschusses sowie der Selbstverwaltungspartner auf Landesebene sind die Basis für ein stabiles Leistungs- und Erlösbudget. Gleichzeitig machen die Managementstrukturen sowie die personelle, bauliche und technische Ausstattung eine flexible Reaktion auf Änderungen der Rahmenbedingungen möglich.

Die im Leitbild verankerte Förderung der Mitarbeiter, sowohl allgemein als auch hinsichtlich ihrer fachlichen Qualifizierung und persönlichen Gesundheit, bildet die Grundlage für das St. Georg Klinikum als attraktiven Arbeitgeber. Durch die praktizierte Zusammenarbeit mit regionalen Partnern, die enge Kooperation mit dem Universitätsklinikum Jena als akademisches Lehrkrankenhaus und die fortschreitende fachliche Profilierung der einzelnen Klinikbereiche werden die angebotenen Versorgungsmöglichkeiten umfangreich ergänzt und weiterentwickelt. Dies kommt den Patienten, den niedergelassenen Ärzten und den Mitarbeitern zugute.

Die fachärztliche Profilierung des Hauses wird weiter vorangetrieben. Dies erfolgt über die o. g. kontinuierliche Personalentwicklung und Überprüfung und ggf. Anpassung der medizinisch fachlichen Ausrichtung innerhalb des Klinikums, aber auch durch die Zusammenarbeit mit Partnern im ambulanten Bereich. Insbesondere mit den Nachbesetzungen der Chefarzte in den Kliniken für Urologie und Gefäßchirurgie konnte zusätzliche hohe Kompetenz in diese Kliniken gebracht werden, was sich bereits jetzt überaus positiv in der Leistungsentwicklung niederschlägt.

Der Betrieb der PIA und die Erweiterung des MVZ um weitere Fachbereiche und Standorte trägt zum Ausbau der Fachbereich- und sektorenübergreifenden Versorgung in der Region bei. Darüber hinaus kann damit auch die ambulante Versorgungssituation für die Bevölkerung insgesamt verbessert werden.

Die Einrichtung von zwei weiteren Operationssälen im Erweiterungsneubau trägt zur Ausweitung der OP-Kapazitäten bei. Da in einem der beiden Säle ein Hybrid-OP – ein mit medizinischer Bildgebung ausgestatteter OP – vorgesehen ist, kann das Angebot von minimal-invasiven Eingriffen verbessert und die Profilierung einzelner Bereiche wie z. B. der Gefäßchirurgie weiter intensiviert werden. Einhergehend mit der OP-Erweiterung ist auch der Ausbau der Intermediate Care Station (IMC) zu einer interdisziplinären IMC-Station geplant. Damit können mehr überwachungspflichtige Patienten versorgt und die Intensiv- und Normalstationen entlastet werden.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Stadt Eisenach

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die Stadt Eisenach keine Zuschüsse geleistet oder Kapitalentnahmen durchgeführt.

St. Georg Klinikum Eisenach gGmbH (GKE)
- Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage -
 2011 – 2013 in TEUR (Rundungsdifferenzen möglich)

1. Vermögenslage

Bilanz	Aktiva					
		2013		2012		2011
Anlagevermögen	80.944	74%	79.477	77%	79.349	79%
Immaterielles Vermögen	45		82		145	
Sachanlagen	79.449		78.394		78.705	
Finanzanlagen	1.450		1.000		500	
Umlaufvermögen	18.851	17%	14.775	14%	12.582	12%
Vorräte	1.414		1.119		1.156	
Forderungen u. sonst. Vermögen	8.672		6.594		5.212	
Liquide Mittel	8.765		7.063		6.213	
Ausgleichsposten nach KHG	9.595	9%	9.316	9%	9.027	9%
Aktiver RAP	9	0%	21	0%	31	0%
Bilanzsumme	109.399	100%	103.589	100%	100.990	100%
	Passiva					
		2013		2012		2011
Eigenkapital	26.970	25%	24.280	23%	21.977	22%
Gezeichnetes Kapital	1.000		1.000		1.000	
Rücklagen	21.493		21.493		21.493	
Gewinn-/Verlustvortrag	1.787		-516		-3.723	
Jahresergebnis	2.691		2.303		3.207	
Sonderposten	62.711	57%	67.403	65%	71.325	71%
Rückstellungen	3.243	3%	2.345	2%	2.740	3%
Verbindlichkeiten	16.474	15%	9.562	9%	4.946	5%
Verbindlichkeiten >1 Jahr	9.596		3.611		976	
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	6.879		5.951		3.969	
Passiver RAP	0	0%	0	0%	2	0%
Bilanzsumme	109.399	100%	103.589	100%	100.990	100%

Das Gesamtvermögen hat sich ggü. dem Vorjahr um rd. 5.810 TEUR bzw. 5,6 % auf 109.399 TEUR erhöht. Maßgeblich waren dabei im Wesentlichen die Anstiege der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (+ 2.078 TEUR) und des Kassenbestandes (+ 1.702 TEUR).

Darüber hinaus war auch eine Erhöhung des Anlagevermögens um 1.468 TEUR zu verzeichnen, was v. a. auf einem Anstieg der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau (+ 1.361 TEUR) und einem Anstieg der Finanzanlagen (+ 450 TEUR) beruht. Letzterer resultiert zum Einen aus einer Erhöhung der Beteiligung MVZ (200 TEUR) und zum Anderen aus der Beteiligung an der DBI (250 TEUR).

Der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung (KHG) stieg im Vorjahresvergleich um 279 TEUR auf 9.595 TEUR.

Auf der Passivseite stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Das Eigenkapital hat sich in Höhe des Jahresüberschusses (2.691 TEUR) auf 26.970 TEUR erhöht. (Informativ: Zum 31.12.2013 wurde erstmals eine Gewinnrücklage i. H. v. 1.787 TEUR gebildet, welche aus der Verrechnung des Verlustvortrages zum 31.12.2012 i. H. v. – 516 TEUR mit dem Jahresüberschuss 2012 i. H. v. 2.303 TEUR resultiert).

Im Bereich der Sonderposten (SoPo) kam es zu einer (planmäßigen) Verringerung um 4.692 TEUR auf 62.711 TEUR.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote (EKQ) beträgt bei insgesamt gestiegener Bilanzsumme 24,6 % (Vj. 23,4 %). Die wirtschaftliche EKQ, bei der neben dem bilanziellen Eigenkapital auch der SoPo zu 2/3 hinzugerechnet wird, beträgt 62,9 % (Vj.: 66,8 %). Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung sind lt. Wirtschaftsprüfer (Wp) zum Bilanzstichtag 2013 nicht festzustellen.

Weiterhin kam es zu einem erheblichen Anstieg der Verbindlichkeiten um 6.912 TEUR bzw. 72,3 % auf 16.474 TEUR. Ausschlaggebend waren vor allem die Aufnahme eines Investitionsdarlehens bei der evangelischen Kreditgenossenschaft eG i. H. v. 7,0 Mio. EUR und der Anstieg der Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht um rd. 446 TEUR. Demgegenüber verringerten sich vor allem die Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern um rd. 302 TEUR und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um rd. 242 TEUR.

2. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011	Veränderungen 2013 zu 2012
Erlöse aus Krankenhausleistungen	62.270	56.649	53.389	5.621
Erlöse aus Wahlleistungen	274	141	127	133
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.006	1.979	1.897	27
Nutzungsentgelte der Ärzte	4	5	5	-1
Bestandsveränderungen	222	-35	-170	257
Erträge nach KHG und ThürKHG	5.728	5.828	6.252	-100
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	278	289	289	-11
sonstige Zuweisungen/Zuschüsse	691	506	375	185
Sonstige betriebliche Erträge	3.577	3.444	3.258	133
Gesamtleistung	75.050	68.807	65.421	6.243
Materialaufwand	21.488	20.134	19.525	1.354
Personalaufwand	37.811	34.713	31.719	3.098
Aufwendungen nach KHG	534	984	998	-450
Abschreibungen	6.175	5.771	5.878	404
sonst. betriebl. Aufwendungen	5.833	4.657	4.421	1.177
Finanzergebnis	-280	-93	-90	-187
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.929	2.455	2.790	473
Außerordentliches Ergebnis	0	0	535	0
Steuern	238	153	118	86
Jahresergebnis	2.691	2.303	3.207	388

Es ergab sich ein Jahresüberschuss von 2.691 TEUR (Vj.: 2.303 TEUR). Im Berichtsjahr konnte das vereinbarte Leistungsvolumen (Fallzahlen DRG + 1.867) überschritten werden.

Dem Anstieg der Erlöse/Erträge (+ 6,4 Mio. EUR auf 69,0 Mio. EUR) standen erhöhte Aufwendungen, insbesondere beim Personal (+ 3,1 Mio. EUR auf 37,8 Mio. EUR) und Material (+ 1,4 Mio. EUR auf 21,5 Mio. EUR) gegenüber.

Ursächlich für die Erhöhung des Personalaufwandes war insbesondere der Anstieg der Anzahl der Vollkräfte (+ 39,7). Weiterhin ist ein Anstieg des Personalaufwandes je Vollkraft um 1,3 TEUR bzw. 2,3 % auf 58,5 TEUR zu verzeichnen.

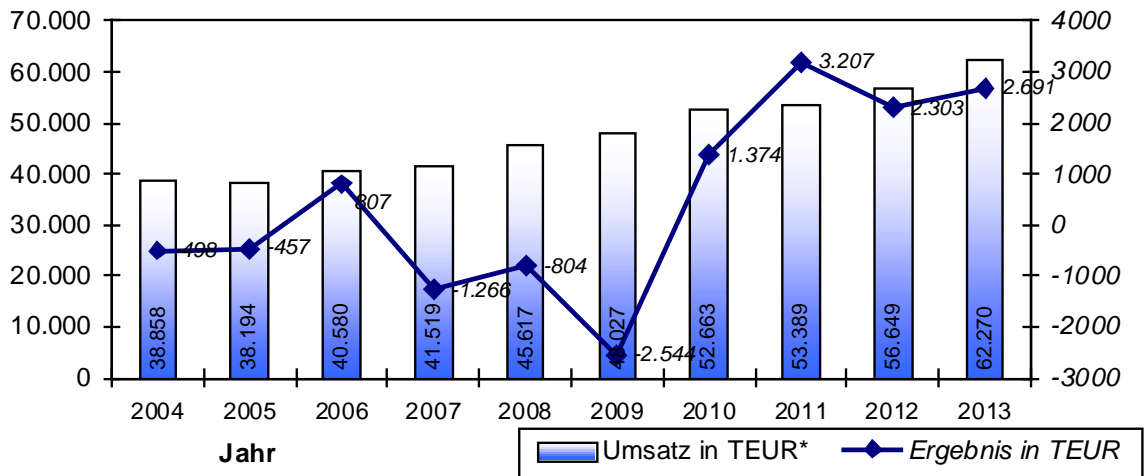
Der Anstieg beim Materialaufwand um 1.354 TEUR auf 21,49 Mio. EUR resultierte maßgeblich aus erhöhten Aufwendungen für medizinischen Bedarf (+ 1.068 TEUR) und für Wasser, Energie, Brennstoffe (+ 138 TEUR). Die Erhöhung des medizinischen Bedarfes ist dabei v. a. auf Mehrbedarf bei Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln (+ 318 TEUR), ärztlichem und pflegerischem Verbrauchsmaterial (+ 203 TEUR), Herzschrittmachern und Implantaten (+ 277 TEUR), Untersuchungen in fremden Instituten (+ 273 TEUR) sowie Blut, Blutkonserven und Blutplasma (+ 124 TEUR) zurückzuführen. Demgegenüber ist v. a. der Bedarf bei Narkose- u. sonstigem OP-Bedarf (- 165 TEUR) gesunken.

Weiterhin stieg auch der sonstige betriebliche Aufwand um 1.176 TEUR auf 5.833 TEUR. Der Anstieg resultiert maßgeblich aus höheren Aufwendungen aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+ 437 TEUR), gestiegenen Miet-, Pacht-, Fortbildungs- und Weiterbildungsaufwendungen (+ 226 TEUR), höheren Versicherungen und Abgaben (+ 137 TEUR), höherem Verwaltungsbedarf (+ 92 TEUR) sowie gestiegenen periodenfremden Aufwendungen (+ 92 TEUR).

Dem MVZ wurde ein Betriebskostenzuschuss i. H. v. 100 TEUR gewährt.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt + 2.928 TEUR und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um rd. 473 TEUR erhöht.

Umsatz- und Ergebnisentwicklung



*: Erlöse aus Krankenhausleistungen

3. Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2013	2012	2011
Jahresergebnis	2.691	2.303	3.207
+ Abschreibungen	6.175	5.771	5.878
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	433	-16	404
+/- Zu-/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	898	-395	-1.101
-/+ Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	-5.561	-5.287	-5.661
-/+ Zu-/Abnahme anderer Aktiva	-2.361	-1.334	-337
+/- Zu-/Abnahme anderer Passiva	446	1.925	72
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	2.721	2.966	2.462
+/- Zu-/Abnahme der Forderungen nach dem ThürKHG	0	0	0
-/+ Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten nach dem ThürKHG	0	0	0
= Cashflow aus Krankenhausfinanzierung (2)	0	0	0
Für Anlagenzugänge verwendete Fördermittel	572	976	1.040
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-8.080	-5.926	-2.245
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0
+ Zuführung Sonderposten nach ThürKHG	0	0	0
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (3)	-7.508	-4.951	-1.205
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0
+/- Darlehensaufnahme/Darlehensstilgung	6.489	2.834	-44
+ Einzahlungen aus Fördermittel und Investitionszuschüssen	0	0	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (4)	6.489	2.834	-44
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes [Σ: (1) - (4)]	1.702	849	1.213
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	7.062	6.213	5.000
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	8.765	7.062	6.213

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit wurde ein positiver CashFlow i. H. v. 2.721 TEUR (Vj.: 2.966 TEUR) und aus der Finanzierungstätigkeit ein positiver CashFlow i. H. v. 6.489 TEUR (Vj.: 2.834 TEUR) erwirtschaftet. Demgegenüber steht ein negativer CashFlow aus der Investitionstätigkeit i. H. v. - 7.508 TEUR (Vj.: - 4.951 TEUR). Die Liquidität der Gesellschaft hat sich damit um 1.702 TEUR verbessert und betrug zum Stichtag 8.765 TEUR. Laut Wirtschaftsprüfer ist die Liquiditätslage der Gesellschaft wie im Vorjahr als voll gesichert zu betrachten.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AfA	Absetzung für Abnutzungen (Abschreibungen)
AHG	Gesetz über Altschuldenhilfen für Kommunale Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften und private Vermieter in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Altschuldenhilfegesetz)
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
AöR	(Kommunale) Anstalt öffentlichen Rechts
AQUA	Angewandte Qualitätsförderung und Forschung im Gesundheitswesen
ARV	Aufsichtsratsvorsitzender
AV	Anlagevermögen
BA	Berufsakademie
BfE	Bürger für Eisenach
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BilMoG	Bilanzmodernisierungsgesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
BPfIV	Verordnung zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Bundespflegesatzverordnung)
CKE	Christliches Krankenhaus Eisenach gGmbH
DBI	Diakonisches Bildungsinstitut Johannes Falk gGmbH
DMBilG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DM-Bilanzgesetz 1990)
EA	Eisenach
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEG	Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)
EEZ	Empfangene Ertragszuschüsse
EKQ	Eigenkapitalquote
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)
EOG	Erlösobergrenze
ESF	Europäischer Sozialfonds
EUR / €	Euro
EWA	Entsorgungsgesellschaft Wartburgregion mbH
FW- Wartburgkreis	Freie Wähler-Wartburgkreis
GABi Gas	Grundmodell der Ausgleichsleistungs- und Bilanzierungsregeln im Gassektor
GAV	Gewinnabführungsvertrag
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GE	Gewerbeeinheiten
GF	Geschäftsführung
gGmbH	gemeinnützige GmbH
ggü.	gegenüber
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GTM	Germany Travel Mart
GVFG	Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)
GW(h)	Gigawatt(stunde)
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter

HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätze-gesetz)
HR	Handelsregister
IC	InterCity
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
IG	Interessengemeinschaft
i. H. v.	in Höhe von
i. L.	in Liquidation
IMC	Intermediate Care Station
IT	Informations-Technologie
k. A.	keine Angaben
KEBT	Kommunale Energiebeteiligungsgesellschaft Thüringen mbH
KET	Kommunaler Energiezweckverband Thüringen
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
Kfz.	Kraftfahrzeug
KMU	kleine und mittelständische Unternehmen
kV	Kilovolt
kW(h)	Kilowatt(stunde)
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
KWV	Kommunale Wohnungsverwaltung
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH
MA	Mitarbeiter
MaBiS	Marktregeln für die Durchführung der Bilanzkreisabrechnung Strom
MessZV	Messzugangsverordnung
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum Eisenach GmbH
MW(h)	Megawatt(stunde)
NL	Niederlassung
ÖHK	Ökumenisches Hainich-Klinikum Mühlhausen gGmbH
OLG	Oberlandesgericht
OP	Operationssaal
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OT	Ortsteil
OTA	Operationstechnische/r Assistent/in
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PEPP	Pauschalierende Entgelte Psychiatrie und Psychosomatik
PIA	Psychiatrische Institutsambulanz
PKA	Pharmazeutisch-kaufmännische/r Angestellte/r
PNG	Personennahverkehrsgesellschaft Bad Salzungen mbH
QM	Qualitätsmanagement
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
RBL	Rechnergestütztes Betriebsleitsystem
RLM	Registrierende Leistungsmessung
sARV	stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
SGB	Sozialgesetzbuch
SoPo	Sonderposten
TEN	Thüringer Energienetze GmbH
TEUR (T€)	Tausend Euro
THÜRIS	Thüringer Reservierungs- und Informationssystem
ThürKGG	Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit
ThürKHG	Thüringer Krankenhausgesetz

ThürKO	Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung)
ThürÖPNVG	Thüringer Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr
TierKBG	Gesetz über die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen (Tierkörperbeseitigungsgesetz)
TLG	Treuhand Liegenschaftsgesellschaft mbH, NL Thüringen
TMBLV	Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr
TMWAI	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur
Tt	Tausend Tonnen
TTG	Thüringer Tourismus GmbH
UBT	Unternehmensbetreuungsgesellschaft für die Beteiligungen des Wartburgkreises mbH
UmwG	Umwandlungsgesetz
USW	Umweltservice Wartburgregion GmbH
UV	Umlaufvermögen
VbE	Vollbeschäftigteneinheiten
Vj.	Vorjahr
WAK	Wartburgkreis
WBR	Wohnbau Ruhla GmbH
WE	Wohneinheiten
WKE	Wartburgklinikum Eisenach GmbH
WKT	Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG
WOG	Wohnungsgesellschaft Wutha-Farnroda mbH
ZASt	Zweckverband für Abfallwirtschaft Südthüringen

Herausgeber:

Stadtverwaltung Eisenach
Markt 1
99817 Eisenach



Bearbeitung:

Finanzverwaltung / Abteilung Kämmerei:

Enrico Hoffmann – Abteilungsleiter
Stefan Walther – Sachbearbeiter Beteiligungen

Email: kaemmerei@eisenach.de

Nachsatz:

Dieser Beteiligungsbericht erhebt keinen Anspruch auf inhaltliche bzw. gestalterische Vollendung. Für konstruktive Kritik und weitere Anregungen sind die Verfasser dankbar.

Titel:

Sanierungsvorhaben Markt 6-8, SWG Eisenach mbH

Online-Version:

Eine Online-Version dieses Berichts steht im Internet unter www.eisenach.de im Bereich Bürgerservice/Städtische Firmen zur/m Einsichtnahme/Download bereit.

© Stadtverwaltung Eisenach, Dezember 2014